Statistisch - prognostischer Bericht 1995

Daten - Analysen - Perspektiven

Wirtschafts- und Sozialentwicklung

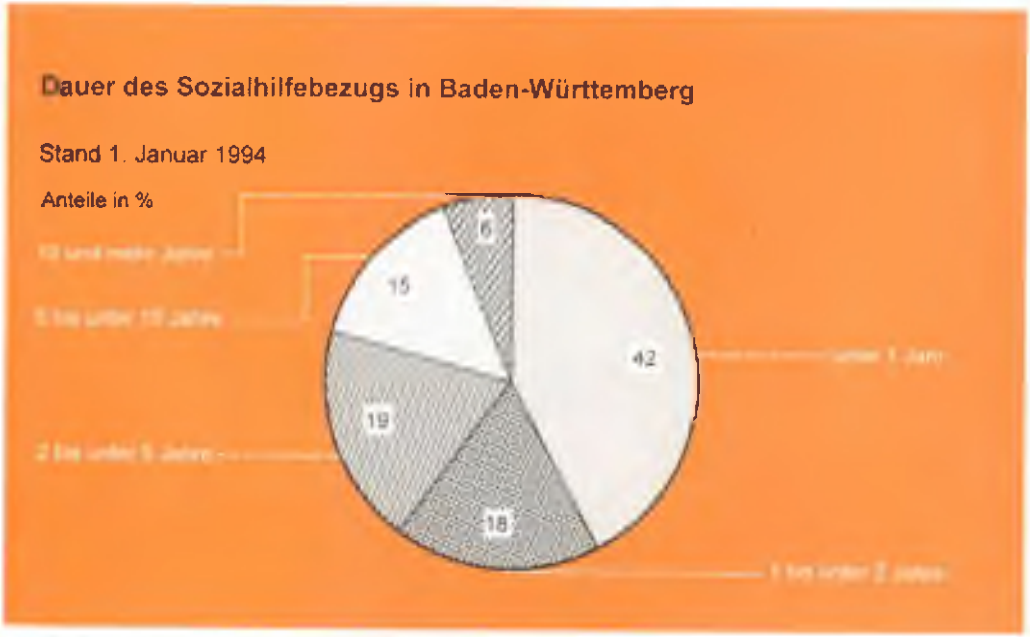
Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen

Situation der Sozialhilfe-empfänger

Wandlungen im Schulbesuchs-verhalten

Wohnungsbe-darfsprognose

Heft 22



Baden-Württemberg

METZLER POESCHEL

Statistisch-prognostischer Bericht 1995

Daten – Analysen – Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 95001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Verlag und Vertrieb: Metzler-Poeschel Verlag,
Werastraße 21 - 23, 70182 Stuttgart, Telefon (0711) 21 94 - 104, Fax (0711) 21 94 - 119

Preis DM 20,60
zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1995 legt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg den 22. Band dieser Reihe vor. Er weist in detaillierten Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen Entwicklungen und Tendenzen auf, welche die gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse prägen. Teil I des Berichts mit seinen kurzgefaßten Basis- und Hintergrundinformationen zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung des Landes wurde inhaltlich erweitert und ergänzt. Neu sind die Abschnitte über die Wohnsituation und das Gesundheitswesen sowie über Einkommen und Vermögen. Entsprechend seiner aktuellen Bedeutung wurde der Abschnitt Beschäftigung und Arbeitsmarkt vertieft und vorangestellt.

Dieser Bericht behandelt mit Schwerpunkt die Themen "Zur Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs", "Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt - zur Situation der Sozialhilfeempfänger", "Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht" und "Wohnungsbedarfsprognose für Baden-Württemberg".

Die Bedeutung des Berichts liegt darin, daß der aktuelle Zustand in den untersuchten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft vertieft analysiert und absehbare Tendenzen aufgezeigt werden. Damit werden Grundlagen geschaffen, die für die Positionsfindung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind. Die Untersuchungen dieses Berichts dienen der Regierung, dem Landtag und den Ministerien als datenorientierte Stütze bei politischen Entscheidungen. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern, aber auch der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Das mitgelieferte Material statistischer Daten macht es überdies dem interessierten Leser möglich, sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen zu bilden.

Man muß sich mit den Fakten und Trends vertraut machen, um zu erkennen, welche Veränderungen sich vollzogen haben und welche Herausforderungen auf uns zukommen. Dies gilt für den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft im Lande genauso wie für Fragen der Sozialhilfe oder der beruflichen Qualifikation der Arbeitskräfte von morgen.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Über Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts wurden die statistischen Analysen um wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen ergänzt. Der Statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im September 1995

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Dr. Eberhard Leibing
Präsident

Inhalt

		Seite
Vorwort		3
Teil I	**Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1994/95**	7
	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	9
	Bevölkerung	14
	Haushalte und Familien	16
	Schulwesen	18
	Wohnsituation	21
	Gesundheitswesen	23
	Verarbeitendes Gewerbe	27
	Bauwirtschaft	31
	Einzelhandel	34
	Außenhandel	35
	Insolvenzen	38
	Realeinkommen	39
	Preise	41
	Vermögen privater Haushalte	42
	Öffentliche Finanzen	45
	Wirtschaftliche Perspektiven	46
Teil II	**Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**	51
	Zur Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs	53
	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt – zur Situation der Sozialhilfeempfänger	83
	Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht	103
	Wohnungsbedarfsprognose für Baden-Württemberg	109
Anhang		169
	Anhangtabellen	170
	Autoren	177
	Zeichenerklärung	178

Teil I

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1994/95

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1994/95*

Wirtschaft und Gesellschaft sehen sich im Jahr 1995 mit Entwicklungen konfrontiert, deren Ursprung in den 80er Jahren liegen. Günstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und hohe Handelsbilanzüberschüsse hatten den Blick auf manchen, schon damals erkennbaren Problemherd verstellt und den Gedanken an eine Vorsorge für künftige, dürre Jahre in den Hintergrund gedrängt. Der Vereinigungsboom der frühen 90er Jahre hat in Deutschland die Fiktion einer nicht endenwollenden Wachstumsperiode noch zu einer Zeit genährt, als die weltwirtschaftlichen Antriebskräfte zusehends erlahmten und wichtige Handelspartner schon mit Rezessionstendenzen kämpften. In einem Zeitraum von zehn Jahren bis 1992 ist es allerdings gelungen, die Zahl der Beschäftigten in Baden-Württemberg um nahezu 600 000 auf rund 4 Millionen zu erhöhen und damit nicht nur die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sondern zusätzlich einen Großteil der Deutschen und Ausländer, die nach den politischen Umwälzungen im Osten Europas und dem Fall des eisernen Vorhangs ins Land gekommen waren, in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Die konjunkturelle Wende traf Wirtschaft und Staat weitgehend unvorbereitet und durch sukzessive DM-Aufwertungen zusätzlich gehandikapt und führte zu Anpassungsreaktionen, die bis heute andauern. Vor allem die hart im internationalen Wettbewerb stehenden Investitionsgüterbranchen suchten und suchen mit schlanker Produktion verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem mit Abstand beschäftigungsstärksten Wirtschaftsbereich, ging innerhalb weniger Monate der Beschäftigungszuwachs von zehn Jahren verloren, und heute entspricht die Zahl der Arbeitsplätze dem Niveau des Jahres 1957. Der öffentlichen Hand waren angesichts der hohen Verschuldung für konjunkturpolitisch adäquates Handeln enge Grenzen gesetzt. Zwangsläufige Mehrausgaben durch die hohe Arbeitslosigkeit, die Folgen von Bevölkerungswachstum und deutscher Einheit sowie die Forderung, auf den Feldern von Zukunftsaufgaben – der Stärkung des Wirtschaftsstandortes, der Forschung und Wissenschaft oder der Ausbildung – nicht nachzulassen, führten dazu, daß Steuern und Abgaben auf Arbeit, Einkommen und Verbrauch statt gesenkt, sukzessive auf Rekordniveau gehoben wurden. Dadurch wurde der Beschäftigungrückgang tendenziell noch verstärkt und über die Abschöpfung von Massenkaufkraft der private Verbrauch geschwächt - bis heute die Hauptursache für den schleppenden Verlauf der konjukturellen Erholung.

*) Redaktionsschluß: Anfang Juni 1995

Weil einem Zuwachs an Beschäftigung nach bisheriger Erfahrung ein zügiges Wirtschaftswachstum vorausgehen muß, geht es im ersten Schritt darum, den stotternden Konjunkturmotor in Gang zu bringen. Vor allem so kann die Arbeitslosigkeit gesenkt und damit Freiraum geschaffen werden für dringende Aufgaben der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sei es für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen oder die Familienförderung. Analog zur schlanken Produktion geht es gerade in konjunkturell günstigeren Zeiten auch um eine Verschlankung des Staates, das heißt um eine Neubesinnung auf die Kernaufgaben staatlichen Handelns. Bereits heute werden für Zins- und Tilgungszahlungen ein Fünftel der Landeseinnahmen aufgewendet. Einschnitte auf der Ausgabenseite sind daher unumgänglich, will man politischen Gestaltungsspielraum zurückgewinnen und künftige Generationen nicht zur Finanzierung des Gegenwartskonsums beitragen lassen.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Obwohl sich die Wirtschaft Baden-Württembergs seit Frühjahr 1994 wieder auf Erholungskurs befindet, sind auf dem Arbeitsmarkt bisher nur leichte Entspannungstendenzen sichtbar.

Im Jahr 1994 ging die Beschäftigung weiter zurück. Ende September 1994 waren mit 3 799 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern 1,7 % weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor. Auch im Januar 1995 lag die Beschäftigung um 1,1 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau und belief sich auf 3 718 000 Beschäftigte. Seit dem letzten Beschäftigtenhöchststand im September 1992 hat sich das Arbeitsplatzangebot bis Ende Januar 1995 um rund 261 000 Arbeitsplätze verringert. Allerdings hat sich der seit September 1992 vollziehende Arbeitsplatzabbau im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt.

Am stärksten war der Personalabbau 1994 im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Beschäftigtenzahl um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr zurückging. Abgesehen von dem Beschäftigtenrückgang im Jahr 1993 in Höhe von 7,5 % ist dies der stärkste Stellenabbau in diesem Wirtschaftsbereich seit 1980. Im September 1994 waren 1 558 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe tätig, rund 210 000 weniger als zwei Jahre zuvor. Demgegenüber hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor von September 1992 bis September 1994 um 28 000 auf 1 904 000 Beschäftigte zugenommen.

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet am 30.09.1994

Wirtschaftsabteilungen	Baden-Württemberg			Früheres Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen insgesamt	**3 799,4**	**– 64,3**	***– 1,7***	**23 030,3**	**– 258,0**	***– 1,1***
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32,4	– 0,3	*– 0,8*	217,5	– 2,9	*– 1,3*
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	36,5	– 0,2	*– 0,6*	401,7	– 13,9	*– 3,4*
Verarbeitendes Gewerbe	1 558,1	– 77,5	*– 4,7*	7 701,2	– 356,3	*– 4,4*
Baugewerbe	267,9	+ *0,2*	*+ 0,1*	1 664,2	+ *24,2*	*+ 1,5*
Handel	483,0	– 3,7	*– 0,8*	3 304,6	– 39,4	*– 1,2*
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	146,0	– 3,9	*– 2,6*	1 162,5	– 27,5	*– 2,3*
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	154,7	+ 0,5	*+ 0,3*	985,0	+ *2,6*	*+ 0,3*
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	828,3	+ 19,9	*+ 2,5*	5 542,6	+ *145,5*	*+ 2,7*
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	77,9	+ 1,8	*+ 2,4*	592,0	+ *20,0*	*+ 3,5*
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	214,7	– 1,0	*– 0,5*	1 458,5	– 9,9	*– 0,7*

Tabelle 2

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1994 und 1995

Nachweis	Einheit	1994				1995	
		Januar bis April		Jahresdurchschnitt		Januar bis April	
		Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet
Arbeitslose	Anzahl	343 479	2 677 123	333 416	2 555 967	339 506	2 659 780
	Veränderung zum Vorjahr in %	*+ 28,7*	*+ 19,4*	*+ 18,4*	*+ 12,6*	*– 1,2*	*– 0,6*
Arbeitslosen-quote[1]	%	*7,6*[2]	*9,3*[2]	*7,5*	*9,2*	*7,4*[2]	*9,3*[2]
Kurzarbeiter	Anzahl	109 636	467 648	64 354	275 458	29 090	148 623
	Veränderung zum Vorjahr in %	*– 56,7*	*– 53,3*	*– 65,8*	*– 64,1*	*– 73,5*	*– 68,2*
Offene Stellen	Anzahl	36 681	233 795	37 827	233 646	46 482	279 897
	Veränderung zum Vorjahr in %	*– 14,6*	*– 9,4*	*– 0,3*	*– 4,0*	*+ 26,7*	*+ 19,7*

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Ende April.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

In Baden-Württemberg war der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsabbau stärker als im westlichen Bundesgebiet. Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes wurden vergleichsweise mehr Stellen abgebaut, während beispielsweise im Baugewerbe und bei den sonstigen Dienstleistungen die Beschäftigungszunahme unterdurchschnittlich ausfiel. Die Beobachtung, daß die Beschäftigung in Baden-Württemberg schwächer tendiert als im westlichen Bundesgebiet, ist auf den stärkeren konjunkturellen Einbruch in Baden-Württemberg zurückzuführen, der sich nun in besonderem Maße in Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung und in einer Zurückhaltung gegenüber Neueinstellungen äußert. Erst wenn die vorhandenen Beschäftigungspotentiale ausgelastet sind, ist mit einer Verbesserung der Beschäftigungssituation zu rechnen.

Arbeitslosigkeit noch immer auf hohem Niveau

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte im Januar diesen Jahres mit 352 000 ihren bisherigen Höchststand. Im Zuge des Beschäftigungsabbaus hat sich ihre Zahl im Jahresdurchschnitt 1994 um gut 18 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Erhöhung fiel jedoch viel geringer aus als 1993 (47 %). Auch die saisonal bedingte Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes war in diesem Jahr stärker als im Vorjahr. In den ersten vier Monaten dieses Jahres ging die Zahl der Arbeitslosen um gut 23 000 zurück und lag im April mit rund 328 000 um 3 % unter dem Vorjahresniveau. Die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote sank 1995 von 7,9 % im Januar auf 7,4 % im April. Verglichen mit dem saisonalen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1984 bis 1991, als das Niveau der Arbeitslosigkeit noch deutlich niedriger war, fiel die Entlastung des Arbeitsmarkts im Frühjahr 1995 jedoch nur unterdurchschnittlich aus. Dies deutet darauf hin, daß die saisonale Entlastung immer noch durch strukturelle Veränderungen überlagert wird. Verglichen mit den anderen Bundesländern ist die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg niedrig. Lediglich in Bayern war die Arbeitslosenquote im April diesen Jahres mit 7,0 % geringer als im Südwesten mit 7,4 %.

Die Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt sind auch ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik. Im Durchschnitt des Jahres 1994 wäre ohne die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter in Baden-Württemberg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 81 000 Personen[1] höher gewesen. Nach der Darstellung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg wäre die Arbeitslosigkeit im Land im Jahr 1994 ohne Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, § 105 c-Fälle[2], Maßnahmen für Rehabilitanden und Deutschkurse für Aussiedler um gut 24 % höher ausgefallen. Im Jahr 1993 lag der Entlastungseffekt wegen der damals überdurchschnittlich hohen Kurzarbeiterzahlen noch bei fast 40 %.

Der Konjunktureinfluß auf den Arbeitsmarkt zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Kurzarbeit. In den vergangenen 12 Monaten ist die Zahl der Kurzarbeiter um 64 000 auf nunmehr 30 000 zurückgegangen und hat damit - abgesehen von den Jahren des Wiedervereinigungsbooms 1989 bis 1991 - den niedrigsten Stand dieses Monats in den letzten zehn Jahren erreicht. Insbesondere in den Schlüsselindustrien Baden-Württembergs ist die Zahl der Kurzarbeiter überdurchschnittlich stark gesunken. Seit dem Höchststand im Frühjahr 1993 hat sie im Bereich Fahrzeugbau um 97 %, im Maschinenbau um 95 % und im Bereich Elektrotechnik um knapp 92 % abgenommen. Der Abbau der Kurzarbeit war in Baden-Württemberg stärker als im westlichen Bundesgebiet.

Die seit Jahresbeginn rückläufige Zahl der Kurzarbeiter war begleitet von einer Zunahme der offenen Stellen. Ende April lagen diese 25 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau und erreichten mit 52 000 erstmals wieder das Niveau vor der Rezession im Herbst 1992. Allerdings bieten Wirtschaft und Verwaltung vermehrt nur zeitlich befristete Stellen an. Im Jahr 1993 waren 18 % aller Stellenangebote an einen Zeitvertrag gebunden, ein Jahr später bereits 25 % und im April diesen Jahres sogar schon ein Drittel. Die Rückführung der Kurzarbeit und mehr noch die steigende Zahl der offenen Stellen sind ein Indiz dafür, daß die Beschäftigungsreserven mehr und mehr ausgelastet sind. Die Schlüsselrolle für die weitere Beschäftigungsentwicklung kommt im Land jedoch dem Produzierenden Gewerbe zu. Erst wenn bei diesem beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereich der Stellenabbau zum Stillstand kommt, kann mit einer Tendenzwende in der Beschäftigtenentwicklung gerechnet werden.

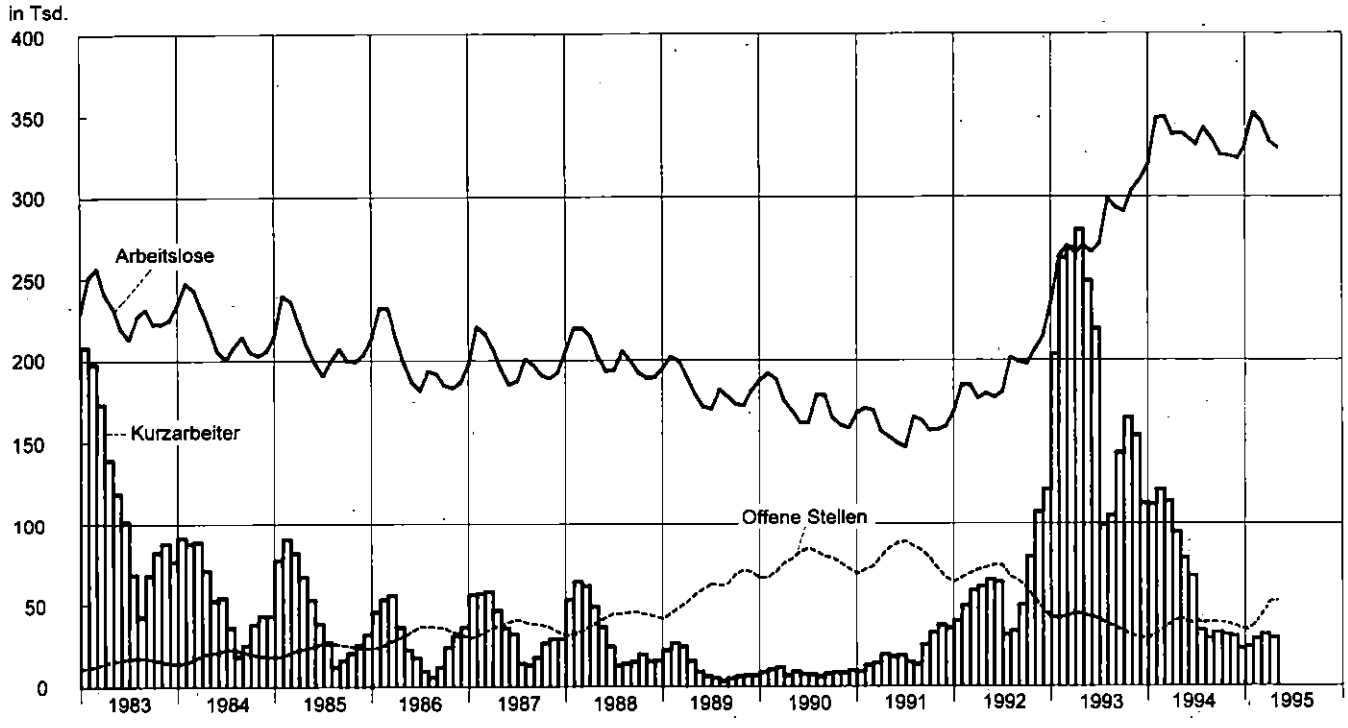
Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt blieb weiterhin angespannt. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr um 21,6 %, während die Zahl der Bewerber um 11,3 % anstieg. Von Oktober 1994 bis März 1995 wurden 16,3 % weniger Lehrstellen angeboten als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der gemeldeten Lehrstellenbewerber stieg im gleichen Zeitraum

1 Vgl. Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 2/95 des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg.

2 Hierbei handelt es sich um 58-jährige und ältere Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld bzw. Eingliederungshilfe, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Schaubild 1

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1983



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 258 95

um 4,3 %. Gegenüber März 1994 haben sich die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, insbesondere bei den Dienstleistungsberufen verschlechtert. Gute Ausbildungschancen bestehen noch im Bereich der Metall-, Bau- und Ernährungsberufe.

Langzeitarbeitslose und Ältere besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen

Ende September 1994 lag die Zahl der Arbeitslosen 12 % über dem Vorjahresniveau. Überdurchschnittlich stark von dieser Entwicklung betroffen waren mit einer Zunahme von 58 % die Langzeitarbeitslosen, die bereits ein Jahr und länger arbeitslos sind. In der Gruppe der ein bis unter zwei Jahre Arbeitslosen stieg ihre Zahl sogar um 63 % auf 61 000.

Die Arbeitslosen weisen seit 1980 ein immer höheres Alter auf. Die Betriebe trennen sich verstärkt von älteren Mitarbeitern. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 1994 fort. Insbesondere die Zahl der Arbeitslosen in der Gruppe der 55- bis unter 60-Jährigen nahm gegenüber dem Vorjahr um 30 % von 43 000 auf 56 000 (September 1994) stark zu.

Ausländische Arbeitnehmer sind in Baden-Württemberg auch weiterhin überdurchschnittlich stark von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Arbeitslosenquote lag im April 1995 mit 14,0 % fast doppelt so hoch wie bei den Arbeitslosen insgesamt mit 7,4 %. Im Zeitraum von Januar 1993 bis Januar 1995 war die Arbeitslosenquote der Ausländer um 3,1 Prozentpunkte gestiegen, während sie sich bei allen Arbeitslosen "lediglich" um 2,0 Prozentpunkte erhöht hat.

Nachdem die Rezession in den Jahren 1993 und 1994 die Schwerbehinderten nicht benachteiligt hat, hat sich ihre Lage in jüngster Zeit wieder verschlechtert. Von dem Rückgang der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1995 profitierten sie nur unterdurchschnittlich. Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen sank zwar von 17 400 im Januar auf 16 900 im April, war jedoch in allen Monaten höher als im Vorjahr.

Arbeitslosigkeit trifft zunehmend qualifizierte Arbeitnehmer

Im vergangenen Jahr und im Frühjahr 1995 waren die qualifizierteren Arbeitnehmer verstärkt von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nach einer Straffung des Produkti-

onsprozesses stand 1994 bei vielen Arbeitgebern die Schaffung einer effizienteren Verwaltung auf dem Programm.[3] Mit rund 117 000 Arbeitslosen aus Angestelltenberufen zählte man im September 1994 in Baden-Württemberg einen gegenüber dem Vorjahr um 16 % höheren Bestand - deutlich mehr als im allgemeinen Landesdurchschnitt mit 11,7 %. Auch der saisonal bedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1995 fiel bei den Arbeitern höher aus als bei den Angestellten. Im April waren 212 000 Arbeiter und gut 116 000 Angestellte bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert.

Von den 324 000 Arbeitslosen im September 1994 besaßen 172 000 eine abgeschlossene Berufsausbildung. Gegenüber dem Vorjahr waren diese Personen in überdurchschnittlichem Maß von der Arbeitslosigkeit betroffen. Seit 1982 nimmt die Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung stärker zu bzw. weniger ab als die Zahl der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser Trend hat sich mit Beginn der jüngsten Rezession für die Gruppe der

3 Vgl. Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, Strukturanalyse September 1994, des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg.

Tabelle 3

Arbeitslose in Baden-Württemberg 1994

Merkmal	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr	Arbeitslosenquote
		%	
Arbeitslose insgesamt	**333 416**	***+ 18,4***	***7,5***
nach Geschlecht			
Frauen	144 885	*+ 16,2*	*7,5*
Männer	188 531	*+ 20,2*	.
nach Alter[1) 2)]			
unter 30 Jahren	88 471	*+ 1,1*	*5,2*
30 bis unter 55 Jahren	168 066	*+ 13,5*	*5,6*
55 Jahre und älter	67 948	*+ 23,6*	*6,1*
nach Berufsausbildung[1)]			
mit abgeschlossener Berufsausbildung	172 223	*+ 11,9*	.
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	152 262	*+ 11,4*	.
nach Stellung im Beruf[1)]			
Arbeiter	207 732	*+ 9,4*	*10,5*
Angestellter	116 753	*+ 16,0*	*5,5*
nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1)]			
unter einem Jahr	234 459	*+ 0,4*	.
Langzeitarbeitslose	90 026	*+ 57,7*	.
Ausländer	76 890	*+ 21,7*	*13,8*
Aussiedler	25 877	*– 1,2*	.
Schwerbehinderte	16 128	*+ 15,6*	.

1) Stand Ende September; Zahl der Arbeitslosen insgesamt: 324 485 (+11,7% gegenüber 1993). - 2) Anstelle der Arbeitslosenquoten werden hier die Erwerbslosenquoten der 15- bis unter 30-Jährigen, der 30- bis unter 55-Jährigen und der 55- bis unter 65-Jährigen ausgewiesen.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Arbeitslosen mit betrieblicher Ausbildung noch verstärkt, während die Zahl der Arbeitslosen mit Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulabschluß unterdurchschnittlich zunahm.

Bevölkerung

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst nach wie vor. Die Hauptursache des Wachstums lag wiederum weniger in einem Anstieg der Geburten, sondern vor allem in Wanderungsgewinnen. Nachdem zum Ende des Jahres 1991 die 10 Millionen-Einwohnermarke überschritten worden war, lebten Ende 1993 gut 10,2 Millionen Menschen im Lande. In den ersten drei Quartalen 1994 stieg die Bevölkerungszahl nochmals um 27 000 Personen an. Das Bevölkerungswachstum hat sich damit in den 90er Jahren deutlich abgeflacht. Es fiel 1990 mit gut 200 000 Personen und 1991 mit 180 000 Personen noch außergewöhnlich hoch aus und tendierte 1992 mit knapp 150 000 weiter in Richtung einer Normalisierung. 1993 betrug der Zuwachs nunmehr 85 000 Personen und auch der Anstieg im Jahr 1994 dürfte nochmals merklich unter dieser Zahl liegen.

Geburtenüberschuß nur noch bei Ausländern

Auch der Geburtenüberschuß fällt in den letzten Jahren moderater aus. Seit Beginn der 90er Jahre liegt die Zahl der in Baden-Württemberg jährlich Lebendgeborenen bei einer relativ gleichbleibenden Größenordnung von knapp 120 000 Kindern. Die Zahl der Gestorbenen nahm demgegenüber mit einem Anstieg von 2,7 % auf fast 100 000 Sterbefälle in 1993 zu. Damit ergab sich für 1993 ein Geburtenüberschuß von etwa 20 000 Personen - gut 2 000 weniger als im Jahr zuvor. Im Jahr 1994 dürfte der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle erneut geschrumpft sein. In den ersten drei Quartalen lag die Zahl der Geburten um 13 000 über der der Sterbefälle. Bei dieser Gesamtentwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern festzustellen. Seit 1990 werden weniger deutsche, dafür mehr ausländische Kinder geboren. 1993 waren von den insgesamt 118 000 lebendgeborenen Kinder gut 98 000 deutscher und 20 000 ausländischer Staatsangehörigkeit. Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Todesfälle unter der deutschen Bevölkerung stärker als unter den Ausländern. Im Ergebnis ist in 1993 für die deutsche Bevölkerung ein Geburtenüberschuß von 2 000 Personen, für die ausländische Bevölkerung ein Geburtenüberschuß von gut 17 000 Personen festzustellen. Auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung lag fast bei Null, der der ausländischen Bevölkerung bei gut 12 000 Personen.

Bevölkerungszunahme 1993 zu drei Viertel durch Wanderungsüberschüsse

Die Zunahme der Bevölkerung im Jahr resultiert aus einem Geburtenüberschuß von knapp 20 000 Personen und einem Wanderungsgewinn von 66 000 Personen. Der Wanderungsgewinn hatte sich damit gegenüber dem Vorjahr gut halbiert. 1993 markiert zugleich das Jahr, in dem das Volumen der Wanderungsbewegungen erstmals seit Mitte der 80er Jahre wieder gesunken ist. Die abnehmende Dynamik im Wanderungsgeschehen beruht auf einer geringeren Zahl von Zuzügen, während die Fortzüge nahezu auf gleichem Niveau blieben. Rückläufig waren die Zuwanderungen von Ausländern, während die Zuwanderung deutscher Personen nach wie vor anhielt.

Die Abflachung des Bevölkerungswachstums war angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Anders als in der Rezession von 1981/82 und 1974/75 – in diesen Jahren wanderten mehr Einwohner ab als zu – blieb der Wanderungssaldo aber positiv. Dies beruht vor allem aus Wanderungsüberschüssen mit dem europäischen und außereuropäischen Ausland, während sich die Wanderungsgewinne aus dem übrigen Bundesgebiet rückläufig entwickelten. Die hohen Wanderungsgewinne in 1989 und 1990 gegenüber dem Bundesgebiet – damals betrug sein Anteil am gesamten Wanderungsgewinn noch 56 % – haben sich in den folgenden Jahren kontinuierlich verringert und sie wären ohne die entgegengesetzte Bilanz mit den neuen Bundesländern im Jahr 1993 schon deutlich negativ ausgefallen. Diese Entwicklung hat sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994 fortgesetzt.

Die Wanderungsgewinne Baden-Württembergs gegenüber dem europäischen Ausland (hierzu zählen auch die Türkei und der europäische Teil der früheren Sowjetunion) haben zwischen 1989 und 1992 erheblich an Bedeutung für die gesamte Wanderungsbilanz des Landes gewonnen. Ihr Anteil am Gesamtwanderungsüberschuß hat sich in diesem Zeitraum von knapp 39 % auf rund 75 % fast verdoppelt, ist jedoch im Jahre 1993 auf etwa 58 % gesunken. Der Überschuß aus den Wanderungen mit außereuropäischen Regionen lag zu Beginn der 90er Jahre bei gut 5 %. Die danach sprunghaft angestiegenen Zuwanderungen aus heute selbständigen, in Asien liegenden Ländern der früheren Sowjetunion haben allerdings dazu geführt, daß deren Gewicht deutlich zugenommen hat. 1993 entfiel die Hälfte des gesamten Wanderungsgewinns Baden-Württembergs auf diese Gebiete.

Tabelle 4

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1993 und 1994

Merkmal	1993			1. – 3. Quartal					
				1993			1994		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl								
Lebendgeborene	117 982	98 361	19 621	88 640	74 342	14 298	84 753	70 670	14 083
Sterbefälle	98 572	96 364	2 208	72 656	71 086	1 570	71 779	70 112	1 667
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	19 410	1 997	17 413	15 984	3 256	12 728	12 974	558	12 416
Zuzüge über die Landesgrenze	344 073	139 010	205 063	261 362	102 542	158 820	216 386	98 215	118 171
Fortzüge über die Landesgrenze	278 165	115 148	163 017	203 586	83 093	120 493	202 289	93 733	108 556
Wanderungssaldo	65 908	23 862	42 046	57 776	19 449	38 327	14 097	4 482	9 615
Ein- bzw. Ausbürgerung	–	4 540	– 4 540	–	2 867	– 2 867	–	12 287	– 12 287
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	85 318	30 399	54 919	73 760	25 572	48 188	27 071	17 327	9 744
Bevölkerungsstand (am Jahresende bzw. am Ende 3. Quartals)	**10 234 026**	**8 921 769**	**1 312 257**	**10 222 468**	**8 916 942**	**1 305 526**	**10 261 097**	**8 939 096**	**1 322 001**

Ausländeranteil jetzt bei 13 %

Der Zugang der Aussiedler hat sich 1994 um 3,5 % gegenüber 1993 erhöht. Anders der Zugang der Asylbewerber. Nachdem 1992 so viele Asylbewerber registriert worden waren wie nie zuvor, hielt 1994 die Wirkung der beiden Novellen des Asylverfahrensgesetzes aus den Jahren 1992 und 1993 an. Der Zugang ging 1994 auf ein Drittel des Höchstzugangs zurück. 1994 wurden 13 000 Asylbewerber aufgenommen, etwa ebenso viele wie 1986. Im ersten Quartal des Jahres 1995 reduzierte sich der Asylbewerberzugang im Vergleich zum 1. Quartal des Jahres 1994 nochmals um knapp 10 % und scheint sich bei einer Zahl von 3 000 Asylbewerbern pro Quartal zu stabilisieren.

Das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg beruht nach diesen Ergebnissen in erster Linie auf Wanderungsgewinnen mit dem Ausland und auf einem Geburtenüberschuß der Ausländer in Baden-Württemberg. Dies hat dazu geführt, daß auch der Anteil der ausländischen Bevölkerung zugenommen hat. In den ersten drei Quartalen 1994 stieg die Anzahl ausländischer Mitbürger nochmals um 10 000 Personen und erreichte im September 1994 eine Zahl von 1,3 Millionen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich auf 12,9 % erhöht und damit den bisher höchsten Stand erreicht. Fast ein Drittel der Ausländer kamen aus EU-Mitgliedsstaaten. Von den Nicht-EU-Angehörigen waren die Türken mit einem Anteil von insgesamt etwa 30 % und das ehemalige Jugoslawien mit fast 20 % häufigste Herkunftsgebiete der in Baden-Württemberg lebenden ausländischen Mitbürger.

Tabelle 5

Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern in Baden-Württemberg 1994 und 1995

Jahr/ Zeitraum	Aussiedler		Asylbewerber	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
1994				
1. Quartal	6 189	*+ 12,3*	3 337	*– 75,6*
2. Quartal	6 587	*+ 22,5*	2 776	*– 80,0*
3. Quartal	6 404	*– 13,1*	3 201	*– 42,7*
4. Quartal	8 748	*+ 0,2*	3 872	*– 28,4*
Jahr	**27 928**	***+ 3,5***	**13 196**	***– 65,7***
1995 1. Quartal	6 002	*– 3,0*	3 007	*– 9,9*

Bevölkerungsrückgang erst auf längere Sicht; Alterungsprozeß der Bevölkerung

Die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes zeigen bis ins erste Jahrzehnt des kommenden Jahrhunderts einen Anstieg der Bevölkerungszahl von derzeit 10,3 auf 10,7 bis 11,0 Millionen im Jahr 2010. Im weiteren Verlauf ist ein allmählicher, nach 2020 sogar ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Einschneidendere Wirkung als die Entwicklung der Bevölkerungszahl wird sich aus dem fortschreitenden Alterungsprozeß der Bevölkerung ergeben. Bereits mittelfristig ist mit einem Anstieg der älteren Bevölkerung über 60 Jahre von

heute 19 % auf 25 % in 2010 zu rechnen, während der Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahre von heute 22 % auf etwa 20 % sinken wird. Für die Altersgruppe der Bevölkerung, aus der sich das eigentliche Erwerbspersonenangebot bildet, ist für diesen Zeitraum mit einem Rückgang von heute 59 % auf etwa 56 % zu rechnen. Selbst größere Zuwanderungen dürften diesen demographischen Alterungsprozeß der Gesellschaft allenfalls zeitlich etwas hinausschieben, mitunter etwas abschwächen, ihn abstoppen können sie jedoch nicht. Aus diesen Veränderungen ergeben sich damit große Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Haushalte und Familien

Die Gesamtzahl der Privathaushalte in Baden-Württemberg hat sich zwischen 1972 und 1994 von 3,4 auf 4,6 Mill. um gut ein Drittel erhöht. Diese Zunahme beruht wesentlich auf einer Erhöhung der Einpersonenhaushalte, deren Zahl um gut 90 % auf 1,7 Mill. gestiegen ist. Die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte hat sich dagegen nur um rund 20 % erhöht. Der Trend zu kleineren Haushalten hat dazu geführt, daß der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten von 27 % im Jahre 1972 auf 37 % in 1994 gestiegen ist. Dies macht sich vor allem in städtischen Ballungsgebieten bemerkbar, wo bereits jeder zweite Haushalt ein Einpersonenhaushalt ist. Der Anteil der Bevölkerung der alleine lebt, hat sich demgemäß von 10 % auf etwa 16 % erhöht. Mit dem Hinweis auf den Trend zur singulären Haushaltsführung soll jedoch nicht verdeckt werden, daß der weitaus überwiegende Anteil der Bevölkerung – derzeit 84 % – auch heute in Gemeinschaft mit anderen lebt.

Kaum noch Mehrgenerationenhaushalte

In Eingenerationenhaushalten, Haushalten beispielsweise von Ehepaaren ohne Kinder – wobei diese Ehepaare sowohl zeitlebens kinderlos sein können, sich in der vorelterlichen Phase befinden oder die Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben können – lebte 1994 20 % der Bevölkerung von Baden-Württemberg. Der Anteil der Eingenerationenhaushalte an allen Haushalten hat sich seit 1972 kaum verändert: Er ist mit 23 % nahezu gleich geblieben. Der Anteil der Zweigenerationenhaushalte, die meist aus Ehepaaren oder Alleinerziehenden mit Kindern bestehen, hat sich deutlich von 46 % auf 36 % reduziert. Heute leben noch 58 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg in Zweigenerationenhaushalten. Dies zeigt, daß noch immer die Mehrheit der Bevölkerung mit Kindern in Zweigenerationenhaushalten zusammenlebt – wenn auch mit abnehmender Tendenz. Haushalte in denen drei Generationen zusammenleben, haben stark an Bedeutung verloren. Ihr Anteil an allen Privathaushalten hat sich von knapp 3 % auf weniger als 1 % reduziert. 1994 lebten noch 138 200 Personen in Baden-Württemberg in Haushalten, die mindestens aus Eltern-, Kindern- und

Tabelle 6

Privathaushalte und Haushaltsmitglieder in Baden-Württemberg 1972 und 1994 nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	1972		1994		Veränderung der Zahl der Haushalte 1994 gegen 1972
	Haushalte	Haushaltsmitglieder	Haushalte	Haushaltsmitglieder	
	1000				%
Einpersonenhaushalte	906,2	906,2	1 698,2	1 698,2	+ 87,4
Mehrpersonenhaushalte	2 463,3	8 169,0	2 937,4	8 635,9	+ 19,2
Familienhaushalt mit					
1 Generation [1]	769,1	1 657,5	1 045,0	2 099,4	+ 35,9
2 Generationen [2]	1 551,4	5 917,0	1 680,5	6 000,3	+ 8,3
3 und mehr Generationen [2]	89,6	476,6	29,0	138,2	– 67,6
Sonstige Haushalte mit					
nicht geradlinig Verwandten [3]	34,6	75,2	25,6	55,0	– 26,0
nicht verwandten Personen	16,5	35,1	156,8	341,0	+ 850,3
Insgesamt	**3 369,6**	**9 076,5**	**4 635,6**	**10 334,1**	**+ 37,6**

1) Ehepaare ohne Kinder; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 2) Ehepaare sowie Alleinerziehende mit Kindern und/oder Enkeln; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 3) Einschließlich weiterer nicht verwandter Personen.

Tabelle 7

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1994 nach der Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1982	1992	1993	1994
	1000				
Zusammenlebende Ehepaare					
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 250,2	2 418,2	2 454,3	2 468,3
darunter					
ohne Kinder	757,4	819,4	975,6	1 017,7	1 049,5
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 140,1	1 013,9	1 010,2	1 014,1
1 Kind	508,0	543,9	455,8	453,4	438,5
2 Kinder	466,2	434,8	412,2	408,0	427,6
3 Kinder oder mehr	281,4	161,4	146,0	148,8	148,0
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	1 953,5	1 758,0	1 754,7	1 779,5
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,71	1,73	1,74	1,75
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren					
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	124,5	143,4	147,0	159,4
1 Kind	55,6	83,0	100,3	101,8	110,4
2 Kinder	23,2	28,6	35,0	36,3	40,1
3 Kinder oder mehr	12,6	7,4	8,0	8,9	8,9
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	178,2	197,0	203,3	220,8
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,43	1,37	1,38	1,39
Alleinerziehende Männer	14,6	17,3	16,3	19,3	20,7
Alleinerziehende Frauen	81,8	107,2	127,0	127,7	138,7

Großelterngenerationen bestehen. Ursachen dieser Entwicklung liegen in den reduzierten Kinderzahlen in den Familien, der somit verkürzten Familienphase und vor allem dem Wunsch der jüngeren wie auch der älteren Generation, einen eigenen Haushalt zu führen. Auch für die Zukunft ist aufgrund gesellschaftlichen Tendenzen und Entwicklungen hin zu individualistischen Orientierungen mit einer weiterhin abnehmenden Bedeutung dieser Haushaltsform zu rechnen. Eine zunehmend größere quantitative Bedeutung erfahren dagegen Haushalte mit nicht verwandten Personen, wobei es sich oftmals um nichteheliche Lebensgemeinschaften oder um Wohngemeinschaften handelt. Ihr Anteil an allen Haushalten ist von weniger als 1 % auf gut 3 % gestiegen mit zunehmender Tendenz. Hier zeigt sich ein neues Verhaltensmuster in der Form des häuslichen Zusammenlebens.

Anzahl der Haushalte nimmt deutlich zu

Vorausrechnungen der Anzahl der Privathaushalte weisen darauf hin, daß die Gesamtzahl der Haushalte weiter wachsen dürfte. Die zukünftige Entwicklung scheint dabei durch einen leichten Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte geprägt zu sein, während bei den Haushalten mit drei oder mehr Personen eine weiter rückläufige Entwicklung zu erwarten sein dürfte. Auch dies belegt die zunehmende Verbreitung singulärer Haushaltsführung und die zunehmend individualistischeren Orientierungen in unserer Gesellschaft. Im Ergebnis ist vorstellbar, daß um 2010 knapp 40 % aller deutschen Haushalte Einpersonenhaushalte sind, ein knappes Drittel Zweipersonenhaushalte. Der Anteil der Dreipersonenhaushalte könnte von 15 % auf 14 % sinken, der Anteil der Vierpersonenhaushalte von 13 % auf 12 % und der mit fünf oder mehr Personen von 5 % auf 4 % fallen.

Weniger Familien mit Kindern

Die gesellschaftlichen Tendenzen hin zu mehr individualistischen Orientierungen führen im familiären Zusammenleben zu einer Pluralität von Familienformen. Dies zeigt sich in der amtlichen Statistik durch eine rückläufige Anzahl der Ehepaare mit Kindern, einer steigenden Zahl kinderloser Ehepaare, einer Zunahme von Alleinerziehenden und Alleinlebenden sowie einem Anstieg bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Die Anzahl der Ehepaare hat sich in den letzten 20 Jahren in Baden-Württemberg von 2,3 Millionen auf 2,5 Millionen erhöht. Dieser Anstieg beruht auf einer höheren Zahl kinderloser Ehepaare, deren Anteil an allen Ehepaaren von 34 % im Jahr 1975 auf heute 43 % gestiegen ist. Die Anzahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern hat sich paralell dazu um fast 250 000 reduziert. Vor allem kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern werden mit der Zeit zur Minderheit in Baden-Württemberg. 1975 hatten 22 % aller Familien drei oder mehr Kinder, 1994 waren es nur noch 13 %. Bezogen auf die Anzahl der Kinder bedeutet dies, daß 1994 am Stichtag der Datenerhebung nurmehr 25 % aller minderjährigen Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen lebten, während es 1975 noch 40 % waren.[4]

Mehr alleinerziehende Elternteile

In den letzten 20 Jahren ist ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der absoluten Anzahl Alleinerziehender festzustellen. Ebenso hat sich auch der relative Anteil Alleinerziehender an allen Familien mit minderjährigen Kindern erhöht. 1994 waren 12,5 % aller Familien mit minderjährigen Kindern Alleinerziehende. Alleinerziehende sind in der Regel Frauen. Nur 15 % aller Alleinerziehenden waren 1994 Männer. An dieser Relation hat sich seit 1975 nichts geändert. Geändert haben sich allerdings die Familienstandsstrukturen der alleinerziehenden Mütter. Während früher Witwen die Mehrheit stellten, kam es in den 70er Jahren zu einem deutlichen Anstieg geschiedener und getrenntlebender Mütter und in den 80er Jahren zu einem sehr deutlichen Anstieg bei den ledigen Müttern. Der Anteil geschiedener Mütter (45,2 %) und getrenntlebender Mütter (14,7) an allen alleinerziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern hat sich in den 80er Jahren stabilisiert. Knapp ein Drittel aller alleinerziehenden Mütter sind heute ledige Mütter, mit weiter steigender Tendenz.

Schulwesen

Gegenwärtig werden 1,1 Millionen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Damit hat sich die Zahl der Schüler gegenüber dem Schuljahr 1993/94 um 28 137 erhöht. Der Anstieg der Schülerzahlen um insgesamt 2,6 % gegenüber dem Vorjahr erstreckte sich über alle Schularten und zwar mit 3,2 % besonders ausgeprägt an den Grundschulen. Auch die Realschulen (+ 2,8 %) und Hauptschulen (+ 2,7 %) hatten einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Die Schülerzahlen an Sonderschulen wuchsen um 1,7 %, die an Gymnasien um 1,6 %. Mit dieser Entwicklung werden im Schuljahr 1994/95 40 % aller Schüler an Grundschulen, 18 % an Hauptschulen, knapp 4 % an Sonderschulen, 17 % an Realschulen und 21 % an Gymnasien unterrichtet.

Anstieg der Schülerzahlen demographisch bedingt

Anders als die Bevölkerung, hängt die Größe der Schülerjahrgänge wesentlich von der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab. Dabei fällt auf, daß nach dem historischen Geburtentief der Jahre 1975 bis 1985

4 Da es sich hier um eine Momentaufnahme der Bevölkerung handelt, in der nur die familiäre Situation an einem Stichtag festgehalten wird, ist aus dieser Zahl nicht zu schließen, daß insgesamt nur 25 % der Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern aufwachsen. Ein Teil der hier beobachteten Kinder bekommt noch Geschwister, ein anderer Teil hat Geschwister, die das Elternhaus bereits verlassen haben.

Tabelle 8

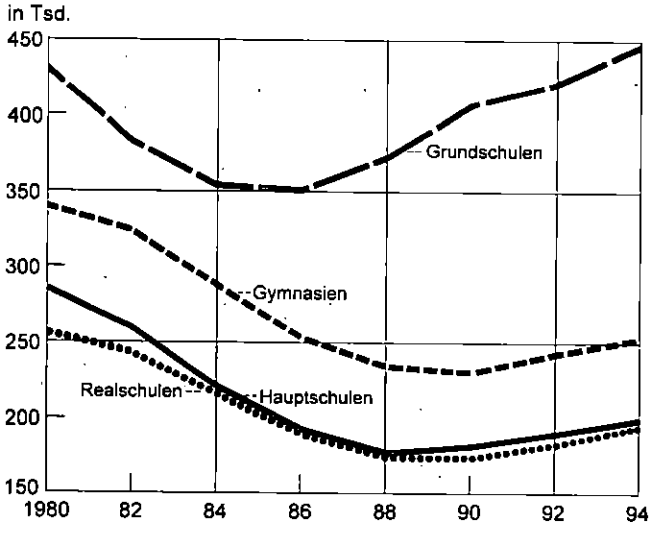
Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1990/91

Schulart	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94	1994/95
Öffentliche allgemeinbildende Schulen insgesamt	**996 092**	**1 015 404**	**1 042 185**	**1 070 259**	**1 098 396**
darunter					
Grundschulen	402 088	408 741	417 704	427 750	441 471
Hauptschulen	177 209	181 244	186 472	192 278	197 502
Sonderschulen	34 947	35 926	37 230	38 182	38 797
Realschulen	166 090	169 349	175 161	181 149	186 225
Gymnasien	210 146	214 756	220 533	225 802	229 311

– damals wurden jährlich um 95 000 Kinder geboren – die Geburtenjahrgänge inzwischen die Marke von 100 000 wieder deutlich überschreiten und seit 1990 schon nahe bei 120 000 liegen. Wegen der Trendumkehr im Verlauf der absoluten Geburtenzahl liegt die Zahl der schulpflichtigen Kinder von 6 bis unter 15 Jahren derzeit um fast 20 % über dem Niveau der Volkszählung 1987, während umgekehrt die Zahl der Berufsschulpflichtigen fast 20 % darunter liegt. Dementsprechend hat die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen ihre Talsohle vom Herbst 1988 längst verlassen und wächst mit beträchtlichen Zuwachsraten, zuletzt um 2,6 %. Auf der anderen Seite verlieren die Berufsschulen, an denen sich noch die geburtenschwachen Jahrgänge befinden, seit Jahren demographisch bedingt 3 % ihrer Schüler und mehr. Der Verlust der beruflichen Schulen hält sich insgesamt noch in Grenzen, weil Fachschulen, in den letzten Jahren auch Berufsfachschulen und berufliche Gymnasien, wieder größeren Zulauf haben. Bei rund 360 000 Schülern dürfte die Schülerzahl der beruflichen Schulen ihren demographisch vorgezeichneten Tiefststand im wesentlichen erreicht haben und in den nächsten beiden Jahren nur noch geringfügig abnehmen. Allerdings ist zu bedenken, daß bei der Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen auch arbeitsmarktbedingte Faktoren eine Rolle spielen. So fiel der Rückgang der Schülerzahlen an den Berufsschulen im Schuljahr 1994/95 deutlicher aus als nach der aktuellen Vorausschätzung erwartet. Umgekehrt besuchen mehr Schüler berufliche Vollzeitschulen als vorausgeschätzt. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte der anhaltende Rückgang von Ausbildungsplätzen in einigen Berufsfeldern sein, wie beispielsweise Elektro- und Metalltechnik oder Wirtschaft und Verwaltung. Junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, weichen daher gegenwärtig verstärkt auf Alternativen im vollzeitschulischen Bereich aus. So besuchen 1994/95 annähernd 10 000 Schüler das Berufsvorbereitungsjahr. Relativ stabil zeigen sich seit einigen Jahren dagegen die Schülerzahlen an den Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Knapp 14 000 Schüler werden dort unterrichtet. Da diese konjunkturellen Einflüsse faktisch nicht vorhersehbar sind, ist jede Schülervorausschätzung für berufliche Schulen mit einem hohen Grad an Unsicherheit behaftet. An allgemeinbildenden Schulen dominieren in erster Linie demographische Faktoren, weshalb es als relativ gesichert erscheint, daß sie sich auch in den kommenden Jahren auf steigende Schülerzahlen einzustellen haben. Heutige Bildungsgänge und Schülerverläufe vorausgesetzt, dürfte sich der heutige Zwischenstand von 1,1 Millionen bis zum Schuljahr 2004/5 um 20 % erhöhen. Entsprechend der Ausbildungsdauer wird die Schülerzahl an Grundschulen bis 1988 um 50 000, an Hauptschulen und Realschulen bis 2004 um jeweils 60 000 und an Gymnasien bis 2006 um 75 000 zunehmen. Derzeit wächst die Schülerzahl an Grund-, Haupt- und an Realschulen jährlich jeweils in der Größenordnung von etwa 3 %, die Schülerzahl an Sonderschulen und Gymnasien jeweils um etwa 2 %.

Schaubild 2

Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 293 95

Mehr Schüler pro Klasse - ältere Lehrer

Da der Ausbau des Lehrkörpers mit dem Anstieg der Schülerzahlen nicht ganz Schritt gehalten hat, sind in den letzten Jahren wieder größere Klassen zu beobachten. Vor allem für Realschüler konnte der Standard der 80er Jahre nicht gehalten werden. Im laufenden Schuljahr werden dort im Durchschnitt 25,5 Schüler je Klasse unterrichtet, 1,4 mehr als noch vor 5 Jahren. In Gymnasien liegt die Klassenstärke zur Zeit bei 24,7 (1990: 24,6) Schüler, in Grundschulen bei 22,2 (1990: 21,9), in Hauptschulen bei 20,7 (1990: 20,1) Schüler.

Für die Unterrichtssituation spielen neben der Klassengröße auch andere Faktoren, wie die Anwesenheit ausländischer Mitschüler oder die Altersstruktur des Lehrkörpers eine Rolle. Wegen des Nachwachsens stärkerer deutscher Geburtenjahrgänge hat sich der Anteil ausländischer Schüler in den beiden letzten Schuljahren nicht mehr erhöht. Während ausländische Schüler in Realschulen und Gymnasien quantitativ und auch von ihrer sprachlichen und kulturellen Herkunft her keine nennenswerte Besonderheit darstellen, prägen sie in Haupt- und Sonderschulen die Unterrichtssituation doch entscheidend. Im Landesdurchschnitt hat gut jeder 4. Schüler dieser Schularten ausländische Eltern, in Ballungsgebieten sind ausländische Kinder in diesen Schularten häufig in der Überzahl.

Die Bildungsexpansion der 70er Jahre, die wegen des damals rasch wachsenden Schülerbergs und der parallel dazu vorangetriebenen Qualifizierungsoffen-

sive zu zahlreichen Einstellungen junger Lehrkräfte geführt hat, macht sich nun, wo die Schülerzahlen gesunken sind und der Ersatzbedarf an Lehrern noch niedrig ist, in einer drastischen Alterung der Lehrerschaft bemerkbar. Derzeit ist bereits fast jeder zweite Lehrer 40 bis 50 Jahre alt, womit diese Altersgruppe doppelt so stark vertreten ist wie jüngere Lehrer unter 40 Jahren. Unter der Annahme, daß der bevorstehende Zuwachs an Schülern entsprechend auch zu Neueinstellungen führt und ältere Lehrer den Schuldienst nicht früher quittieren als bisher, werden nach der Jahrhundertwende rund 40 % der Lehrer über 50 Jahre alt sein und nahezu die Hälfte davon nur wenige Jahre vor der Pension stehen. Dabei ist berücksichtigt, daß Lehrer häufiger als andere Berufsgruppen das Pensionalter nicht erreichen und vorzeitig in den Ruhestand treten.

Tabelle 9

Übergänge aus Grundschulen*) in Baden-Württemberg auf weiterführende Schulen seit 1983

Jahr	Schüler in Klassenstufe 4 nach Abschluß der Aufnahmeprüfung	Davon Übergänge auf			
		Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Sonstige 1)
	Anzahl	%			
1983	98 910	42,6	26,7	27,2	3,4
1985	88 329	40,3	28,1	28,6	2,9
1990	91 881	36,5	27,9	32,1	3,2
1991	98 327	36,7	27,8	32,2	3,2
1992	100 938	35,8	29,0	32,3	3,0
1993	102 854	36,3	28,8	31,9	3,0
1994	101 663	37,1	29,5	31,4	2,0

*) Öffentliche und private Schulen. – 1) Sonstige Schularten, Wiederholer, ohne Grundschulempfehlung.

Übergangsquote auf Hauptschulen etwas höher, auf Gymnasien etwas niedriger

Wie schon 1993 haben auch 1994 mehr Kinder nach der vierten Grundschulklasse in die Hauptschule gewechselt. Die Übergangsquote auf die Hauptschule hat sich um 0,8 Prozentpunkte auf 37,1 % erhöht. Auch die Übergangsquote auf die Realschule hat sich nach einem leichtem Rückgang in 1993 jetzt wieder leicht auf 29,5 % erhöht. Dagegen ist die Übergangsquote auf Gymnasien weiterhin leicht rückläufig. 1994 wechselten 31,4 % der Schüler der 4. Grundschulklasse auf ein Gymnasium. Aus diesen Daten kann jedoch keine Trendwende zugunsten der Hauptschule abgeleitet werden. So zeigen zum Beispiel Erfahrungen in der Rezession zu Beginn der 80er Jahre ebenfalls eine steigende Übergangsquote auf Hauptschulen. Auch darf nicht verkannt werden, daß der Ausländeranteil in der 4. Klassenstufe inzwischen angestiegen ist und ausländische Kinder häufiger auf Hauptschulen wechseln. Daneben dürfte schließlich auch die flächendeckende Einführung des freiwilligen 10. Schuljahres in der Hauptschule die Attraktivität dieser Schulart erhöht haben.

Erstmals gelangen Mädchen häufiger zum Abitur

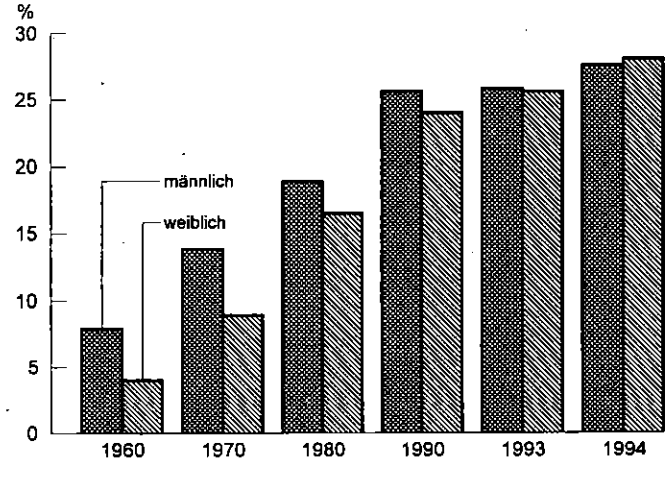
Der Anteil eines Geburtsjahrganges, der eine Abiturprüfung mit Erfolg ablegt, hat sich 1994 weiter erhöht. 1994 haben 27,6 % der Jungen und 28,1 % der Mädchen eines Geburtsjahrganges die Reifeprüfung bestanden. Besonders hervorzuheben ist an dieser Entwicklung, daß erstmals in der Geschichte Baden-Württembergs der Anteil der weiblichen Abiturienten größer war als der der männlichen. In den letzten 30 Jahren haben Jahr für Jahr mehr Mädchen ein Gymnasium besucht und eine Reifeprüfung abgelegt. Während noch 1960 der Anteil der Jungen mit Abitur doppelt so hoch war wie der der Mädchen, hat sich diese Relation bis heute nivelliert.

Kindergartenplatzbedarf

Das Mitte 1992 novellierte Kinder- und Jugendhilfegesetz begründet ab dem 01.01.1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab der Vollendung ihres dritten Lebensjahres bis zur Einschulung. Die Diskussionen über die Art und Weise zur Erfüllung dieses Rechtsanspruches werden zur Zeit kon-

Schaubild 3

Abiturienten eines Geburtsjahrganges in Baden-Württemberg 1960 bis 1994 nach Geschlecht



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 322 95

Tabelle 10

Bedarfsrechnung zur Entwicklung der Kindergartenplätze in Baden-Württemberg von 1990 bis 2000

Jahr	Bedarf an Kindergartenplätzen[1]
	Anzahl
1990	365 800
1991	385 700
1992	404 500
1993	418 500
1994	428 500
1995	432 400
1996	432 800
1997	430 800
1998	427 600
1999	423 600
2000	418 600

1) Jahresdurchschnittliche Angaben unter der Annahme des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz vom 3. Lebensjahr an. Ab 1994 auf der Basis der 8. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung.

trär geführt. Ein planerisches Problem besteht in der quantitativen Bedarfsermittlung der benötigten Kindergartenplätze. Als Rahmenorientierung, die allerdings auf kommunaler Ebene zu differenzieren wäre, können landesweit die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung bzw. der Bevölkerungsvorausrechnung herangezogen werden. Legt man für die Bedarfsrechnung zur Entwicklung der Kindergartenplätze 3 ,5 anspruchsberechtigte Jahrgänge pro Kindergartenjahr zugrunde, dann wäre im Jahresdurchschnitt 1996 mit einem Bedarf von knapp 433 000 Plätzen zu rechnen, im zweiten Quartal mit einem deutlich höheren Bedarf. Bei Einführung einer Stichtagsregelung wären nur drei Altersjahrgänge zugrunde zu legen, womit sich der Bedarf an Kindergartenplätzen auf rund 370 000 reduzierte. Damit ist allerdings der Spitzenbedarf genannt. In den Folgejahren dürfte der Platzbedarf sukzessive abnehmen.

Wohnsituation

Die Zahl der Wohngebäude ist 1994 um 1,5 % auf 2 Mill. gestiegen, die Zahl der Wohnungen um 100 000 auf 4,3 Mill. Je nach Marktsegment fiel der Zuwachs höher oder niedriger aus. Der Bestand an kleineren Wohnungen ist überdurchschnittlich gewachsen, mit zunehmender Größe der Wohnung fiel die Erhöhung aber niedriger aus. So erhöhte sich die Anzahl der Wohnungen mit einem Raum um knapp 5 %, die mit zwei oder drei Räumen jeweils um knapp 4 %. Der Bestand der Wohnungen mit vier oder mehr Räumen erhöhte sich dagegen jeweils nur etwa um 2 %. Dieser Trend zu kleineren Wohnungen korrespondiert mit dem Trend zu kleineren Haushalten. Für Familien mit Kindern, insbesondere mit mehreren Kindern, dürfte die Wohnungssuche auch künftig schwierig bleiben. Insgesamt hat sich jedoch der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg mit einer Erhöhung des Wohnungsbestands um etwa 100 000 bei einer gleichzeitigen Zunahme der Haushalte um 70 000 etwas entspannt, wobei allerdings regionalspezifische Unterschiede und Problemlagen bestehen.

Eigentümerhaushalte vorwiegend im ländlichen Raum und in größeren Haushalten

Etwa die Hälfte der Haushalte in Baden-Württemberg waren im Januar 1993 Eigentümer ihrer Wohnung, die andere Hälfte Mieter. Diese Relation ist jedoch für kleinere Gemeinden und größere Haushalte günstiger. In kleineren Gemeinden gibt es deutlich mehr Eigentümer als in größeren Gemeinden. So liegt der Anteil der Eigentümerhaushalte in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern bei 65 %. Mit steigender Wohnortgröße reduziert sich der Eigentümeranteil kontinuierlich, und der Anteil der Mieterhaushalte erhöht sich. Bei einer Einwohnerzahl zwischen 5 000 und 20 000 Ein-

Tabelle 11

Gebäude- und Wohnungsbestand in Baden-Württemberg 1988 bis 1994 nach Anzahl der Räume

Jahr	Wohngebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden[1]							
		insgesamt	davon mit ... Räumen						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
	1000								
1988	1870	3892	93	190	664	1159	844	475	468
1989	1894	3940	94	193	671	1168	855	484	476
1990	1914	3987	96	195	679	1179	864	491	482
1991	1937	4049	99	200	691	1195	876	499	490
1992	1961	4128	102	206	708	1216	890	508	497
1993	1988	4219	107	214	730	1241	905	517	506
1994	2017	4317	112	223	754	1267	920	526	515

1) Ohne Wohnheime

wohnern sind 59 % der Haushalte Eigentümer der Wohnung, bei 20 000 bis 100 000 Einwohnern sind es 47 % und in Städten mit mehr als 100 000 ist nur noch jeder 4. Haushalt Eigentümer der selbst bewohnten Wohnung.

Die Eigentumssituation variiert auch in Abhängigkeit der Haushaltsgröße. Nur jeder 3. Einpersonenhaushalt ist Eigentümer der Wohnung. Leben zwei oder drei Personen im Haushalt, steigt dieser Anteil auf 56 % bis 58 %, bei vier Personen sind es 61 % und bei fünf oder mehr Personen 66 %.

Mit dem höheren Anteil der Mieterhaushalte in Großstädten ergibt sich auch eine höhere Nachfrage nach Mietwohnungen bei häufig geringerem Angebot, was sich in der Höhe der Mietpreise widerspiegelt. Es zeigt sich ein ganz deutlicher und kontinuierlicher Zusammenhang zwischen Wohnortgröße und Mietbelastung pro qm. Im Januar 1993 wurden in kleinen Gemeinden unter 5 000 Einwohnern 6,70 DM pro qm an Miete gezahlt, in Städten mit über 100 000 Einwohnern waren es 8,50 DM pro qm, in Stuttgart sogar noch mehr.

Nach Erhebungen des Statistischen Landesamtes vom September 1993 beträgt die Wohnfläche pro Haushalt im Durchschnitt 91 qm, wobei Eigentümerhaushalte mit 110 qm im Schnitt deutlich größere Wohnungen haben als Mieter. Mit zunehmender Haushaltsgröße sinkt die Wohnfläche pro Person. Dies hat zur Folge, daß vor allem kinderreichen Familien deutlich weniger Wohnfläche pro Person zur Verfügung steht als kinderlosen Ehepaaren oder Alleinlebenden. Während Einpersonenhaushalte über knapp 68 qm verfügen und bei kinderlosen Ehepaaren pro Person knapp 47 qm zur Verfügung stehen, sind es bei Ehepaaren mit einem Kind 32 qm, bei zwei Kindern 27 qm und bei drei Kindern 23 qm. Leben mehr Kinder in den Familien, sinkt die Wohnfläche pro Person weiter ab.

182,- DM je Wohngeldempfänger

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach dem Wohngeldgesetz ein Zuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat sich in den 90er Jahren nur leicht erhöht. Im 4. Quartal 1994 lag die Anzahl der Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg bei 180 000 Personen, knapp 5 % höher als ein Jahr zuvor. Fast die Hälfte der Wohngeldempfänger erhalten nach dem Bundessozialhilfegesetz oder dem Bundesversorgungsgesetz pauschaliertes Wohngeld als Empfänger von laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt. Ihr Anteil hat sich im vierten Quartal 1994 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 um 14 % erhöht, die Zahl der übrigen Wohngeldempfänger hat sich dagegen um gut 2 % reduziert.

Im Durchschnitt wurde 1994 monatlich 182,- DM pro Wohngeldempfänger gezahlt, 14,- DM mehr als 1993. Der Wohngeldbetrag für Empfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz lag dabei mit 232,- DM weit über dem der anderen Wohngeldempfänger (135,- DM). Mit der Gewährung von Wohngeld wird die Mietbelastung der Haushalte durchschnittlich um knapp ein Drittel gesenkt. Die stärkste Entlastung erfolgt in kleinen Ge-

Tabelle 12

Eigentumsverhältnis und Mietbelastung der Haushalte in Baden-Württemberg im Januar 1993 nach Größe der Wohngemeinde und Größe des Haushalts

Besitzverhältnis / Mietbelastung	Haushalte insgesamt	Und zwar Wohngemeinden mit ... Einwohnern					Und zwar mit ... Personen				
		unter 5 000	5000 – 20 000	20 000 – 100 000	100 000 – 500 000	500 000 und mehr	1	2	3	4	5 und mehr
					in Prozent						
Eigentümerhaushalte	*49,5*	*64,5*	*58,9*	*47,4*	*24,8*	*26,4*	*32,0*	*56,4*	*58,3*	*61,0*	*66,0*
Untermieterhaushalte	*(1,6)*	/	/	*(2,3)*	/	/	*(4,0)*	/	/	/	/
Hauptmieterhaushalte	*48,9*	*34,1*	*40,0*	*50,3*	*73,5*	*71,9*	*64,0*	*43,0*	*41,4*	*38,7*	*34,0*
Haushalte insgesamt	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***	***100***
					DM						
Durchschnittliche Miete je Haushalt	552,53	516,80	567,14	551,20	547,01	566,26	456,77	596,54	663,77	648,97	682,29
Durchschnittliche Miete je m²	7,80	6,70	7,42	7,86	8,35	9,25	–	–	–	–	–

Tabelle 13

Eckzahlen aus der Wohngeldstatistik für Baden-Württemberg

– Stand: 31.12.1993 –

Mietenstufe	Empfänger von Wohngeld insgesamt	Durchschnittlicher Wohngeldanspruch	Durchschnittliche Miete	Anteil des Wohngeldes an der Miete
		DM		%
I	27 314	157	577	27,2
II	40 866	160	559	28,6
III	57 192	171	565	30,3
IV	42 200	175	547	32,0
V	18 102	182	543	33,5
VI	–	–	–	–
Insgesamt	**185 674**	**168**	**559**	**30,1**
Haushalte mit ... Personen				
1	84 133	125	396	31,6
2	37 079	189	550	34,4
3	22 532	216	660	32,7
4	20 835	202	784	25,8
5	12 223	200	870	23,0
6 und mehr	8 872	256	942	27,2
Insgesamt	**185 674**	**168**	**559**	**30,1**

meinden mit niedrigeren Mieten (33,5 % Entlastung), während in größeren Gemeinden mit höheren Mieten die Entlastung entsprechend geringer ausfällt. Haushalte mit sechs oder mehr Personen erfahren eine Reduzierung ihrer Mietbelastung um 27 %.

Wohnungsmangel erfordert jährlich gut 60 000 neue Wohnungen

Ohne Neubau oder anderweitige Bereitstellung zusätzlicher Wohnungen würde in Baden-Württemberg der Fehlbestand zum Ende des Jahres 1993 von etwa 300 000 bis zum Jahr 2005 rein rechnerisch auf etwa 800 000 steigen. Dieser Mehrbedarf resultiert zu 80 % aus steigenden Haushaltszahlen und zu 20 % aus dem Ersatzbedarf für wegfallende Wohnungen. Dank Rekordniveau in der Bautätigkeit und abgeschwächtem Zuwachs der Haushaltszahlen konnte das Defizit im Jahr 1994 bereits um 30 000 abgebaut werden. Auch im Jahr 1995 ist mit einem Abbau des Defizits um 50 000 Wohnungen zu rechnen. Um den Fehlbedarf bis 2005 zu beseitigen, müßten jährlich gut 60 000 neue Wohnungen geschaffen werden, eine Größenordnung, die 1993 und 1994 mit etwa 100 000 neuen Wohnungen übertroffen wurde. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Ballungsgebieten, wo heute wie auch zukünftig der höchste Wohnungsbedarf anzutreffen ist. Bis zum Jahre 2005 zeichnet sich für die meisten Stadtkreise sowie die verdichteten Kreise ein überdurchschnittlicher Wohnungsbedarf ab und nach den derzeitigen Trends ist nicht anzunehmen, daß in diesen Regionen und im genannten Zeitraum der zu erwartende Mehrbedarf an Wohnungen gedeckt werden kann. Die Bautätigkeit war in den letzten fünf Jahren gerade in diesen Regionen häufig unterdurchschnittlich. Gelingt es nicht, den Wohnungsbedarf in diesen Gebieten selbst zu decken, ist mit einer Abwanderung der Bevölkerung in Randzonen oder auch in ländliche Räume zu rechnen, wo sich der Wohnungsmarkt schon heute zusehends entspannt.

Gesundheitswesen

Zulassungswelle bei Ärzten im Jahr 1993

Im Jahr 1993 ist die Anzahl der Ärzte in freier Praxis um gut 10 % auf mehr als 14 000 sprunghaft angestiegen. Die Ursache für diese außergewöhnliche Zunahme war das zum 1. Januar 1993 in Kraft gesetzte Gesundheitsstrukturgesetz (GSG), nach dem in Gebieten mit ärztlicher Überversorgung keine neuen Kassenpraxen mehr zugelassen werden. Viele Mediziner nutzten daher noch die Chance, sich in freier Praxis niederzulassen. Die prozentual stärksten Zunahmen waren 1993 bei den Ärzten der Fachrichtungen Radiologische Diagnostik und Psychiatrie zu verzeichnen. Die hausärztliche Versorgung wurde im Jahr 1993 durch 2 500 Allgemeinärzte (ohne praktische Ärzte), 2 100 Internisten und gut 700 Kinderärzte sichergestellt. Neben den Hausärzten waren 1993 – wie schon in den Vorjahren – auch die Frauenärzte mit 1 100 und die Augenärzte mit 600 unter den Ärzten in freier Praxis stark vertreten.

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung hat sich seit dem Bestehen Baden-Württembergs kontinuierlich verbessert. Versorgte im Jahr 1953 ein Arzt noch rund 700 Einwohner, waren es Ende 1993 nur noch 300 Einwohner. Die Zahnarztdichte ist insbesondere seit 1970 deutlich gestiegen. Im Jahr 1993 kamen auf einen Zahnarzt in freier Praxis mit 1 500 Einwohnern rund 400 weniger als Ende 1970. Bei der Ärzte- und Zahnärztedichte liegt Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Flächenländern des westlichen Bundesgebiets im Mittelfeld. In Hessen, Bayern, dem Saarland und in Schleswig-Holstein war die ärztliche Versorgung im Jahr 1993 besser als hierzulande.

Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Apotheken ist seit dem Bestehen Baden-Württembergs bis 1988 immer besser geworden. Erst in den letzten Jahren ist die Zahl der Apotheken nicht mehr so stark gewachsen wie die Bevölkerung. Im Jahr 1993 kamen auf eine Apotheke rund 3 600 Einwohner, 200 mehr als fünf Jahre zuvor.

Tabelle 14

Ausgewählte Daten zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Baden-Württembergs

Jahr	Ärzte[1]				Zahnärzte[1]		Apotheken[1]	Auf ... Einwohner kam am Jahresende		
	insgesamt	in freier Praxis	mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit	mit sonstiger Berufsausübung[2]	insgesamt	in freier Praxis		ein Arzt	ein Zahnarzt in freier Praxis	eine Apotheke
1980	21 691	9 628	10 186	1 877	5 384	5 135	2 447	427	1 803	3 784
1985	25 173	10 868	12 407	1 898	5 635	5 325	2 685	368	1 741	3 453
1990	30 040	11 964	14 977	3 099	6 597[3]	6 216	2 838	327	1 580	3 461
1991	30 809	12 246	15 354	3 209	6 781	6 403	2 850	325	1 562	3 509
1992	31 865	12 765	15 554	3 546	6 951	6 562	2 858	318	1 547	3 551
1993	32 910	14 133	15 482	3 295	7 242	6 891	2 867	311	1 485	3 570

1) Jeweils am 31. Dezember. – 2) Z.B. bei Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, ständige Praxisvertreter, Assistenten in der Praxis. – 3) Behan-

Quelle: Landesärztekammer (ab 1985) und Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (ab 1986), Landesapothekerkammer Baden-Württemberg.

Während die Ärztedichte in Baden-Württemberg zugenommen hat, geht die Anzahl der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen deutlich zurück, seit 1980 um 13 %. Beim Bettenangebot dieser Einrichtungen insgesamt betrug die Abnahme fast 8 %. Folglich lag die Anzahl der Betten je 10 000 Einwohner mit 96 im Jahr 1993 um 16 % unter dem Angebot von 1980. Wegen neuer Regelungen und Zuordnungen im Rahmen der Krankenhausstatistik im Jahr 1990 sind die Daten für Krankenhäuser und für Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen erst ab dem Jahr 1990 vergleichbar.

Das Bettenangebot der Krankenhäuser Baden-Württembergs ist seit 1990 leicht gesunken. Unter den Flächenländern des westlichen Bundesgebiets war 1992 lediglich in Schleswig-Holstein die Dichte an Krankenhausbetten geringer als hierzulande. In den 317 Krankenhäusern versorgten in Baden-Württemberg im Jahr 1993 rund 12 000 Ärzte (ohne Ärzte im Praktikum) und 95 000 Beschäftigte im nichtärztlichen Bereich (Vollkräfte) die Patienten.

Im Gegensatz zur Reduzierung des Bettenangebots in den Krankenhäusern ist das Bettenangebot der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen seit 1990 um fast 4 % auf 30 000 gestiegen. In den 243 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen waren 1993 rund 1 300 Ärzte und fast 15 000 Personen im nichtärztlichen Bereich beschäftigt. Traditionell weist Baden-Württemberg in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Bundesvergleich eine hohe Bettendichte auf. Im Jahr 1992 war das Angebot lediglich in Hessen und Schleswig-Holstein - bezogen auf die Einwohnerzahl - noch größer als im Südwesten.

Kürzere Krankenhausaufenthalte

Das geringere Angebot an Krankenhausbetten bedeutet nicht, daß die baden-württembergische Bevölkerung heute weniger als früher auf Krankenhausbehandlungen angewiesen ist. Im Gegenteil ist die Zahl der stationär behandelten Patienten sogar leicht gestiegen. Im Jahr 1993 wurden insgesamt rund 1,7 Millionen Behandlungsfälle in baden-württembergischen Krankenhäusern registriert. Die Fortschritte in der medizinischen Forschung – beispielsweise im Bereich der Operationstechniken und Medikamente – haben es jedoch ermöglicht, daß die Anzahl der Pflegetage trotz gestiegener Fallzahlen rückläufig und damit die durchschnittliche Verweildauer gesunken ist. Die geringeren Aufenthaltszeiten in den Kliniken dürften auch auf Kostensenkungsmaßnahmen im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes zurückzuführen sein. Die reinen Krankenhausaufenthalte der bei den gesetzlichen Krankenkassen Versicherten sind von 1980 bis 1993 von 18 auf gut 13 Tage zurückgegangen. Nach der Krankenhausstatistik ist die durchschnittliche Verweildauer je Behandlungsfall zwischen 1990 und 1993 um einen Tag zurückgegangen.

Demgegenüber ist die durchschnittliche Verweildauer in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen fast dreimal so hoch wie in den Krankenhäusern. Seit 1991 steigt die Aufenthaltszeit in diesen Einrichtungen leicht an und betrug 1993 fast 32 Tage je Behandlungsfall. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der Pflegetage stärker zugenommen hat als die Zahl der stationär behandelten Patienten.

1980 bis 1993

Krankenhäuser		Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	
Anzahl der Betten		Anzahl der Betten	
insgesamt	je 10.000 Einwohner	insgesamt	je 10.000 Einwohner
x	x	x	x
x	x	x	x
69 328	71,3	28 491	29,3
69 280	70,0	28 612	28,9
68 864	68,4	29 072	28,9
68 891	67,6	29 528	29,0

delnd tätige Ärzte.

Während die Anzahl der Krankenhausbehandlungen der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung seit 1989 gestiegen ist, nimmt die Anzahl der Fälle von Arbeitsunfähigkeit der Pflichtmitglieder seit 1991 wieder ab. Im Jahr 1990 kamen auf 100 Mitglieder 136 Fälle von Arbeitsunfähigkeit, drei Jahre später waren es nur noch 118. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage lag 1993 mit insgesamt 51,6 Millionen Tagen sogar um 14 % unter dem Vorjahresniveau. Eine ähnliche Entwicklung war auch nach früheren Rezessionen zu beobachten.

Nach den neuesten Daten der Krankheitsartenstatistik entfielen im Jahr 1991 rund drei Viertel der Arbeitsunfähigkeitsfälle auf Krankheiten der Atmungsorgane, Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, Krankheiten der Verdauungsorgane sowie auf Verletzungen und Vergiftungen. Dabei waren die männlichen Pflichtmitglieder insbesondere wegen Verletzungen und Krankheiten des Skeletts häufiger arbeitsunfähig als die Frauen. Bei den Krankenhausbehandlungen der gesetzlich Versicherten waren 1991 insgesamt gut ein Drittel auf Krankheiten des Kreislaufsystems, Verletzungen und Vergiftungen sowie auf Krankheiten der Verdauungsorgane zurückzuführen.

Kostensenkung ermöglichte Beitragsstabilität

Nachdem die Beitragssätze der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen von 1990 bis 1993 auf ihren bisherigen Höchststand von 12,9 % kletterten, waren diese im vergangenen Jahr leicht rückläufig (1994: 12,7 %) und haben sich bis April diesen Jahres auf diesem Niveau stabilisiert. Dies ist das Ergebnis der verbesserten Einnahmen-/Ausgabensituation der gesetzlichen Krankenkassen infolge des zum 1. Januar 1993 in Kraft gesetzten Gesundheitsstrukturgesetzes. Im Jahr 1993 erwirtschafteten sie einen Einnahmenüberschuß, weil die Beitragseinnahmen je Mitglied um fast 10 % gestiegen sind, während dagegen die Leistungsausgaben je Mitglied um rund 2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. In den Jahren zuvor waren dagegen die Leistungsausgaben stärker gestiegen als die Beitragseinnahmen. So betrug 1992 das Verhältnis von Einnahmen- zu Ausgabenwachstum 8 zu 9 %, 1991 sogar 2 zu 11 %. Allerdings war die Einnahmen-/Ausgabenentwicklung im Jahr 1994 bereits nicht mehr so günstig wie im Vorjahr. Dort stiegen die Beitragseinnahmen je Mitglied um rund 2,5 % und die Leistungsausgaben je Mitglied um rund 6,5 %. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß einige Kosten des Gesundheitswesens wegen der Gefahr einer Budgetüberschreitung im Jahr 1993 ins Jahr 1994 verschoben wurden. Unter diesem Gesichtspunkt dürften die Kosten der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 1993 tendenziell zu gering und im Jahr 1994 zu hoch ausgewiesen sein.

Den größten Anteil an den Leistungsausgaben je Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherungen bildeten 1993 mit 34 % die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen, gefolgt von den Arztkosten mit 18 % und den Apothekenkosten mit 13 %. Demgegenüber machten die Kosten für Zahnersatz lediglich 3 % der Leistungsausgaben je Mitglied aus. Die Kostensenkungen der gesetzlichen Krankenversicherungen waren 1993 bei den Kosten für Zahnersatz und den Apothekenkosten am stärksten, wo die Ausgaben auch infolge der Kostenbeteiligung der Versicherten um 28 bzw. 21 % hinter dem Vorjahr zurückblieben. Demgegenüber lagen 1994 die Zahnersatz- und Apothekenkosten der Krankenkassen je Mitglied 10 bzw. 4 % über dem Vorjahresniveau.

Seit 1990 konnte auch der Anstieg der Krankenhauskosten deutlich gedämpft werden. Nach jährlichen Zuwachsraten von 9 % im Jahr 1991 und 8 % im Jahr 1992 lagen die Kosten der Krankenhäuser im Jahr 1993 nur noch 3 % über dem Vorjahresniveau. Die Kostenentwicklung ging zu 95 % auf Steigerungen im Personalsektor zurück.

Im Vergleich zu den Gesamtkosten können die Kenngrößen "bereinigte Kosten je Pflegetag" und "je Behandlungsfall" die Kostenstruktur der Krankenhäuser exakter darstellen. Im Jahr 1993 entstanden je Patient Kosten in Höhe von rund 6 000 DM, gut 1 % mehr als im Vorjahr. Ein Jahr davor betrug die entsprechende Zunahme noch fast 7 %. Die Kosten je Pflegetag beliefen sich 1993 auf rund 500 DM und waren etwa 4 % höher als im Vorjahr (1992 gegen 1991: + 9 %). Die Abschwächung dieser Kostensteigerungen ist auf die rückläufige Zahl der Pflegetage in Verbindung mit einem leichten Anstieg der Behandlungsfälle zurückzuführen. Bei weiter zügiger Umsetzung der mittel- und

Tabelle 15

Ausgewählte Daten zum gesundheitlichen Zustand der baden-württembergischen Bevölkerung 1980 bis 1993

Indikatoren zum gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung	1980	1985	1990	1991	1992	1993
Krankenhäuser						
Pflegetage	X	X	21 574 348	21 483 960	21 270 641	20 906 704
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	X	X	13,5	13,2	12,9	12,5
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen						
Pflegetage	X	X	9 000 566	9 337 193	9 622 131	9 717 185
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	X	X	31,8	30,4	31,3	31,5
Arbeitsunfähigkeit der Pflichtmitglieder (ohne Rentner) und freiwilligen Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen [1]						
Tage je Fall						
Anzahl	16,9	16,8	14,9	15,1	15,5	15,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	X	X	X	1,3	2,6	– 1,9
Fälle je 100 Pflichtmitglieder	119,4	116,4	136,4	136,1	132,9	117,8
häufigste Krankheitsarten (Fälle je 100 Pflichtmitglieder) nach der Krankheitsartenstatistik:						
Krankheiten der Atmungsorgane	.	.	36,7	37,1	...	...
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	.	.	26,4	27,6	...	...
Krankheiten der Verdauungsorgane	.	.	19,0	20,7	...	...
Verletzungen und Vergiftungen	.	.	19,4	17,6	...	...
Krankenhausbehandlung der Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen						
Tage je Fall						
Anzahl	17,8	16,9	14,6	14,4	14,0	13,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	X	X	X	– 1,4	– 2,8	– 3,6
Fälle je 100 Versicherte	.	15,7	16,0	16,0	16,3	16,51
häufigste Krankheitsarten (Fälle je 100 Versicherte) nach der Krankheitsartenstatistik:						
Krankheiten des Kreislaufsystems	.	.	2,3	2,4	...	...
Verletzungen und Vergiftungen	.	.	1,7	1,7	...	...
Krankheiten der Verdauungsorgane	.	.	1,7	1,7	...	...
Schwerbehinderte [2]						
insgesamt	.	676 345	633 535	643 021	.	674 867
je 1000 Einwohner	.	73	65	65	.	66

1) Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landwirtschaftliche Krankenkassen. – 2) 1981 - 1985: anerkannte Schwerbehinderte; ab 1986: Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis; in den Jahren 1980, 1992 und 1994 hat keine Erhebung stattgefunden.

Tabelle 16

Ausgewählte Daten zu den Kosten der gesundheitlichen Versorgung Baden-Württembergs 1980 bis 1994

Jahr	Durchschnittliche Beitragssätze der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen	Kosten der Krankenhäuser[1]			
		insgesamt	darunter Personalkosten	je Behandlungsfall (bereinigt)	je Pflegetag (bereinigt)
	%	1 000 DM		DM	
1980	11,05	.	.	.	.
1985	11,24	.	.	.	.
1990	11,86	9 216 341	6 119 558	5 175,91	384,16
1991	11,55	10 059 441	6 806 968	5 578,68	421,97
1992	12,17	10 839 228	7 363 431	5 939,04	460,17
1993	12,86	11 191 182	7 692 378	6 024,81	480,53
1994	12,69[2]	...	...	...	...

1) Ohne Bundeswehrkrankenhäuser. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

langfristigen Strukturelemente des Gesundheitsstrukturgesetzes wird erwartet, daß die Kostenentwicklungen im Gesundheitswesen auch in den nächsten Jahren moderat bleiben.[5]

Verarbeitendes Gewerbe

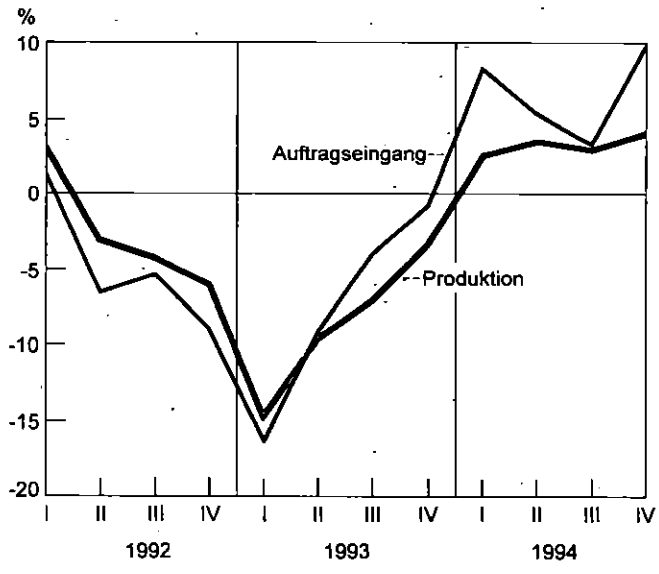
Im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung brachte das Jahr 1994 dem Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs überwiegend Lichtblicke. Dabei wurden offensichtlich auch die verstärkten Bemühungen der Unternehmen belohnt, durch Rationalisierungen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dennoch muß diese erfreuliche Entwicklung vor dem Hintergrund der erst jüngst überwundenen, schärfsten Rezession der Nachkriegszeit relativiert werden: So brachte das Jahresergebnis 1993 gegenüber dem Vorjahr äußerst schmerzliche Einbußen von 9 % bei der Produktion und jeweils 8 % beim realen Auftragseingang, beim Umsatz und bei den Beschäftigtenzahlen. Gegen Ende des Jahres 1993 zeichnete sich jedoch insofern eine konjunkturelle Wende ab, als die realen Auftragseingänge im vierten Quartal zumindest nicht weiter zurückgingen. Erstmals seit Anfang 1992 konnte der Ordereingang damit wieder knapp das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes erreichen. *(Schaubild 4)*

Auf diesen Wendepunkt folgte 1994 eine spürbare konjunkturelle Aufwärtsentwicklung: Die realen Auftragseingänge nahmen um knapp 7 % zu. Besonders

Schaubild 4

Produktion und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1992 bis 1994

Veränderung des jeweiligen Indexes gegenüber dem Vorjahreszeitraum



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 342 95

5 Weitere Informationen zur gesundheitlichen Versorgung und zum gesundheitlichen Zustand der baden-württembergischen Bevölkerung sowie zu den Kosten des Gesundheitswesens enthält der "Gesundheitsrahmenbericht Baden-Württemberg", der vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung in der Reihe "Gesundheitspolitik" herausgegeben und voraussichtlich 1996 veröffentlicht wird.

erfreulich ist dabei der kräftige Anstieg im vierten Quartal nach den eher verhaltenen Zuwächsen im zweiten und dritten Quartal. Die Produktion stieg trotz des niedrigen Vorjahresniveaus lediglich um 3,5 %, der Umsatz gar nur um 2 ,5 %. Der Aufschwung 1994 ist damit nach den dramatischen Rückgängen der Jahre 1992 und 1993 noch als relativ verhalten einzustufen. Er reichte auch nicht aus, um eine Trendwende bei der Beschäftigung herbeizuführen: Trotz steigender Produktion wurden 1994 die Arbeiterstunden um fast 5 % und die Zahl der Beschäftigten um nahezu 7 % reduziert. Nachdem das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg von der Rezession 1993 stärker erfaßt wurde als das in den alten Bundesländern, konnte es 1994 seine relative Position wieder etwas verbessern. Die Zuwächse beim Auftragseingang und beim Umsatz blieben zwar um 0,5 Prozentpunkt hinter dem im früheren Bundesgebiet zurück. Die südwestdeutsche Industrie konnte jedoch ihre Produktion mit 3,5 % etwas kräftiger steigern als im Durchschnitt der alten Bundesländer, der bei 3 % Wachstum lag.

Impulse aus dem Ausland

Aufwind erhielt das Verarbeitende Gewerbe im Zuge der weltweiten Konjunkturbelebung in erster Linie von der Auslandsnachfrage *(Tabelle 17)*: Die preisbereinigten Ordereingänge aus dem Ausland stiegen 1994 um nahezu 14 % an. Dagegen blieb die Inlandsnachfrage mit einem Zuwachs von nur knapp 3 % eher flau, zumal sie 1993 mit – 10 % wesentlich stärker zurückgegangen war als die Auslandsnachfrage mit – 3 %. Dieser Befund gilt durchweg für alle wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Land. Im Bereich der Feinmechanik und im Textilgewerbe war sogar ein weiterer Rückgang der Inlandsnachfrage zu beklagen, der im Textilgewerbe auch nicht vom leichten Zuwachs der Auslandsnachfrage kompensiert werden konnte. Mit dem Maschinenbau und dem Straßenfahrzeugbau verzeichneten zwei der drei größten Branchen im Land die stärksten Zuwächse beim gesamten Ordereingang. Allerdings hatten diese beiden Branchen 1993 auch überdurchschnittliche Einbußen in Höhe von 9 % und 10,5 % zu verkraften. Dagegen blieb der Auftragszuwachs im Bereich der Elektrotechnik als zweitgrößter Branche aufgrund der dort besonders schwachen Inlandsnachfrage unter dem Durchschnitt. Wie schon im Abschwung 1993 wurde damit auch im Aufschwung 1994 deutlich, wie stark die Abhängigkeit des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg vom Investitionsgütersektor einerseits und vom Export andererseits ist.

Bedingt vor allem durch die typische zeitliche Verzögerung blieb das Produktionswachstum 1994 hinter dem Zuwachs beim Auftragseingang zurück. Nach dem

Tabelle 17

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1994

Wirtschaftsbereiche ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Auftragseingang (Volumenindex)			Produktionsindex (fachliche Betriebsteile, kalendermonatlich)	
	insgesamt	Inland	Ausland		
	Veränderung 1994 gegenüber 1993 in %			1985 = 100	Veränderung 1994
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt [1]	**+ 6,8**	**+ 2,9**	**+ 13,6**	**111,9**	**+ 3,4**
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 8,2	+ 5,9	+ 13,4	119,5	+ 4,4
Chemische Industrie	+ 5,7	+ 3,1	+ 10,1	122,8	+ 4,9
Investitionsgütergewerbe	+ 7,8	+ 3,1	+ 14,4	111,5	+ 4,4
Maschinenbau	+ 11,4	+ 7,2	+ 16,5	107,9	+ 3,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	+ 12,9	+ 6,2	+ 17,5	100,8	+ 8,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 5,1	+ 0,4	+ 15,1	127,3	+ 6,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	+ 0,1	- 0,6	+ 0,9	93,1	- 6,2
Herstellung von EBM-Waren [2]	+ 3,4	+ 2,0	+ 7,7	125,0	+ 3,8
Verbrauchsgütergewerbe	+ 1,4	- 0,3	+ 8,3	105,4	- 1,3
Herstellung von Kunststoffwaren	+ 7,6	+ 5,4	+ 15,9	151,6	+ 4,7
Textilgewerbe	- 4,9	- 7,3	+ 1,5	66,1	- 10,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	–	–	–	101,3	+ 0,5

1) Beim Auftragseingangsindex ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. – 2) Eisen-, Blech- und Metallwaren.

drastischen Rückgang im Jahre 1993 zeichnete sich damit erst eine langsame Erholung ab. Den mit Abstand höchsten Zuwachs konnte 1994 der Straßenfahrzeugbau vermelden. Dagegen gab es gegenüber 1993 weitere Einbrüche im Bereich der Feinmechanik und im Textilgewerbe. Vor allem letzteres zählte aber nicht nur 1993 und 1994 zu den Branchen mit einem Produktionsrückgang, sondern ist auch langfristig ein schrumpfender Bereich, dessen Produktion das Niveau von 1985 mittlerweile um fast ein Drittel unterschreitet. Dagegen wiesen mit der Herstellung von Kunststoffwaren, der Elektrotechnik, der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren und der Chemischen Industrie solche Branchen, die im Vergleich zu 1985 als Wachstumsbereiche gelten können, auch 1994 durchweg überdurchschnittliche Zuwachsraten auf.

In noch geringerem Umfang als die Produktion stiegen 1994 die Umsätze. Dies ist einerseits Folge eines Lageraufbaus nach der überstandenen Rezession. Andererseits dürfte aber auch der verschärfte Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten und seine hemmende Wirkung auf Absatzpreise und Erlöse eine Rolle spielen. Dennoch gingen analog der Entwicklung bei den Auftragseingängen die Impulse 1994 vom Auslandsgeschäft aus, während das Inlandsgeschäft nahezu stagnierte. Folglich stieg die Exportquote deutlich an, und zwar erstmals seit 1990 wieder über die 30 % - Marke. Auch hier wird deutlich, daß das Verarbeitende Gewerbe im Land stärker vom Exportgeschäft abhängig ist als das im früheren Bundesgebiet, wo die Exportquote 1994 lediglich bei 28,7 % lag. Besonders stark ausgeprägt ist die Exportabhängigkeit traditionell im Investitionsgütergewerbe und dort vor allem in der Feinmechanik, im Maschinen- und im Straßenfahrzeugbau. In diesen Branchen wurden jeweils über 40 % des Umsatzes im Auslandsgeschäft erzielt.

Umsatz			Exportquote	
insgesamt	Inland	Ausland	1994	1993
gegenüber 1993 in %			%	
+ 2,5	+ 0,4	+ 7,5	30,9	29,5
+ 7,1	+ 6,2	+ 10,0	22,9	22,3
+ 7,5	+ 6,7	+ 9,1	34,4	33,9
+ 2,0	- 1,2	+ 7,5	39,0	37,0
+ 0,9	- 3,2	+ 6,8	43,5	41,1
+ 5,4	+ 3,8	+ 7,7	42,5	41,6
+ 1,4	- 2,7	+ 10,3	34,1	31,3
- 16,3	- 19,7	- 11,5	43,9	41,6
+ 2,1	+ 0,5	+ 7,2	24,7	23,5
- 0,3	- 1,5	+ 5,0	19,0	18,1
+ 5,2	+ 4,0	+ 10,4	20,6	19,6
- 4,3	- 5,9	+ 0,7	25,2	23,9
+ 1,8	+ 1,4	+ 6,1	8,4	8,1

Der massive Stellenabbau setzte sich auch 1994 fort

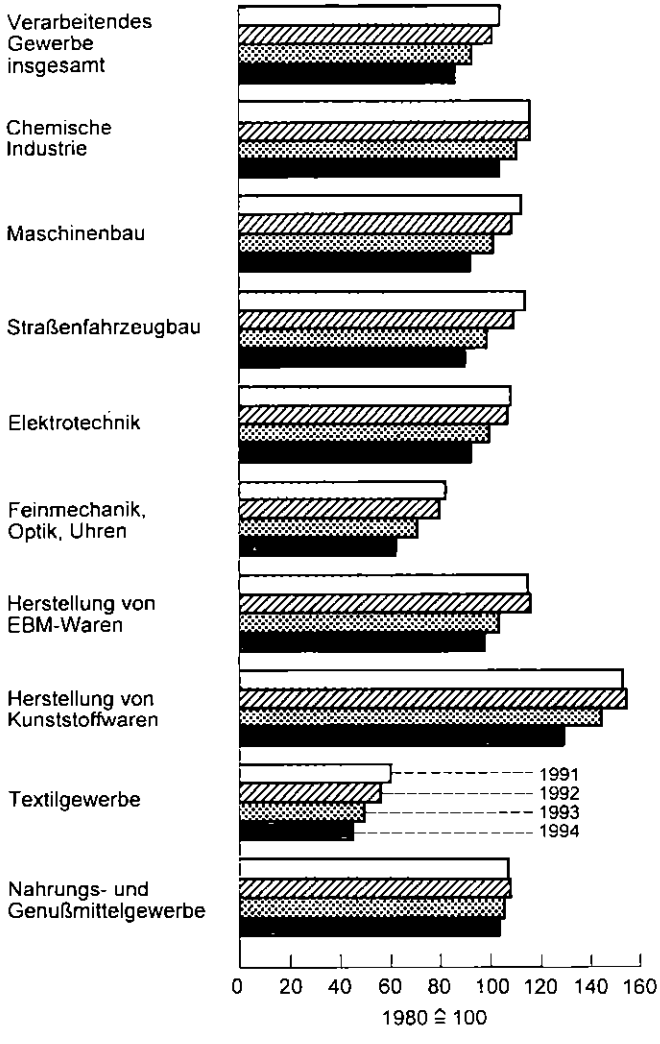
Trotz der konjunkturellen Lichtblicke des Jahres 1994 gab es bei der Beschäftigung keine Trendwende: Nachdem sich die Beschäftigtenzahl bereits 1992 und 1993 um insgesamt 158 000 reduziert hatte, wurden 1994 nochmals über 95 000 Stellen abgebaut. Seit 1991 ging damit jeder sechste Arbeitsplatz in der südwestdeutschen Industrie verloren. Der Stand der Industriebeschäftigung sackte mit knapp 1,3 Mill. in etwa auf das Niveau von 1957 ab. Der sich trotz des Produktionswachstums fortsetzende, massive Abbau von Arbeitsplätzen ist dabei vorrangig als Ergebnis von Rationalisierungsbemühungen zu verstehen: Um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. wieder zu verbessern, waren viele Unternehmen offensichtlich gezwungen, durch intensive Rationalisierungsmaßnahmen ihre Lohnstückkosten teilweise rapide zu senken. Erste Erfolge sind dabei bereits erzielt worden: Bei einem Produktivitätsanstieg von 7,5 % gegenüber 1993 reduzierten sich die Lohnstückkosten 1994 um 6 % und waren damit erstmals seit mehr als 10 Jahren überhaupt wieder rückläufig. Ebenso reduzierte sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme 1994 um knapp 3 %. Bei den gleichzeitig leicht gestiegenen Umsätzen hat sich damit, freilich um den Preis eines weiteren Stellenabbaus, die Ertragslage der Unternehmen wieder verbessert.

Der seit 1991 anhaltende Arbeitsplatzverlust vollzog sich in den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in unterschiedlicher Intensität *(Schaubild 5)*. Die in Relation zur Beschäftigtenzahl massivsten Einbußen waren in diesem Zeitraum im Textilgewerbe mit 26 % und in der Feinmechanik mit 23 % zu beklagen. Dagegen verlief der Stellenabbau im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 3,5 %, im Bereich der Herstellung von Kunststoffwaren mit 9,5 % und in der Chemischen Industrie mit 10,5 % noch vergleichsweise glimpflich. Die Schlüsselbranchen der südwestdeutschen Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau bewegten sich in dieser Rangfolge mit Werten zwischen 15 und 21 % eher im Mittelfeld. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß allein in diesen Branchen zwischen 1991 und 1994 mehr als 140 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Damit waren etwa 55 % der seit 1991 insgesamt abgebauten Stellen in einer dieser drei Branchen angesiedelt.

Schaubild 5

Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs

Beschäftigtenzahl in ausgewählten Branchen 1991 bis 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 369 95

Überwiegend günstige Aussichten für 1995

Die Konjunkturbeobachtung im laufenden Jahr sowie Prognosen über die künftige Entwicklung werden dadurch enorm erschwert, daß gegenwärtig nur wenige vorläufige amtliche Daten über das Verarbeitende Gewerbe im 1. Quartal 1995 vorliegen. Grund hierfür sind die von der Europäischen Union verordneten, sehr aufwendigen Umstellungen der Statistik auf völlig neue Klassifikationen für Produkte und Wirtschaftszweige. Aussagen über die zu erwartende Entwicklung von Produktion und Beschäftigung können sich daher nur auf einige Indizien stützen und sind zwangsläufig mit einer größeren Unsicherheit behaftet als in früheren Jahren.

Ein erster Anhaltspunkt ist dabei die Entwicklung der Ordereingänge im Jahr 1994. Wie bereits festgestellt, konnte das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs gerade im 4. Quartal einen sehr hoher Zuwachs von fast 10 % vermelden. Das im Land dominierende Investitionsgütergewerbe verzeichnete sogar einen Anstieg von knapp 12 %. Bei der typischen zeitlichen Verzögerung zwischen Auftragseingang und Produktion dürfte das Produktionswachstum zumindest im ersten Halbjahr 1995 das des zweiten Halbjahres 1994 deutlich übertreffen. Hinzu kommt, daß der Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe offensichtlich nicht mehr alleine von der Auslandsnachfrage getragen wird. Im 4. Quartal stiegen nämlich die Ordereingänge aus dem Inland, nachdem sie bis dahin eher stagnierten, um fast 9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an. Dieser Zuwachs blieb nur noch wenig hinter dem der Auslandsorders zurück, die um 11 % stiegen. Speziell im Investitionsgütergewerbe lag der Zuwachs der Auftragseingänge aus dem Inland mit 12,5 % im 4. Quartal sogar erstmals wieder über dem aus dem Ausland mit 11 %. Dies deutet zum Jahresbeginn auf einen Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe nach klassischem Muster hin: 1994 fast ausschließlich von der Auslandsnachfrage initiiert, dürfte er 1995 durch die anspringende Investitionsgüternachfrage aus dem Inland gestützt und verstärkt werden.[6] Inzwischen ist zu berücksichtigen, daß durch die Währungssituation im Frühjahr 1995 die Exportwirtschaft zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird.

Ein weiteres Indiz hierfür ist die Umsatzentwicklung im 1. Quartal 1995: Nach ersten vorläufigen Berechnungen stieg der Umsatz um 8 % gegenüber dem allerdings noch sehr schwachen Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Dabei konnten analog der Auftragsentwicklung des Jahres 1994 die Inlandsumsätze um immerhin 6,5 % gesteigert, wenn auch der Anstieg der Auslandsumsätze mit 11,5 % noch deutlich höher ausfiel. Günstige Bedingungen für die Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet sieht auch der ifo-Konjunkturtest.[7] Er prognostiziert für Westdeutschland 1995 ein Wachstum der realen Produktion von 5 %. Dabei erreichen mit dem Maschinenbau (+ 9 %), der Elektrotechnik (+ 5 % bis + 6 %) und dem Fahrzeugbau (+ 8 % bis + 9 %) gerade die Branchen, die in Baden-Württemberg besonders stark vertreten sind, ein überdurchschnittliches Wachstum. Das Produktionswachstum des Ver-

6 Diese Ansicht wird auch im Frühjahrsgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vertreten. Vgl. hierzu: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1995, in: ifo-Wirtschaftskonjunktur, Heft 4/ 1995, S. A1 - A23, insbesondere S. A8.

7 Vgl. Baumann, Hans: Westdeutsche Industrie: Trotz DM-Aufwertung höheres Produktionswachstum als 1994, in: ifo-Schnelldienst, Heft 14/1995, S. 13 - 20.

arbeitenden Gewerbes im Land dürfte daher wohl etwas höher als im früheren Bundesgebiet ausfallen. Diese recht günstige Einschätzung wird auch von den baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern geteilt.[8] In deren vierteljährlicher Umfrage wird von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Land nicht nur das Geschäftsklima besser eingeschätzt als im letzten Quartal 1994, sondern es werden auch höhere Auftragsbestände und Produktionspläne gemeldet.

Wechselkursentwicklung wird zum Risiko

Das niedrige Zinsniveau, die sich immer weniger erhöhenden Rohstoffpreise sowie die gesunkenen Lohnstückkosten bilden sehr günstige Rahmenbedingungen für eine weitere Expansion der Industrieproduktion im Südwesten. Für den weiteren Produktionsverlauf dürften jedoch, zumindest mittelfristig, die internationalen Währungsturbulenzen das größte Risiko darstellen. Deren Auswirkungen auf das Exportgeschäft können nicht exakt quantifiziert werden. Unstrittig ist jedoch, daß eine über einen längeren Zeitraum andauernde Stärke der DM den Umsatzerwartungen und damit auch den Produktionsplänen der Unternehmen einen spürbaren Dämpfer versetzen wird. Dies gilt umso mehr, als der verschärfte Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten ohnehin Umsatzsteigerungen wie in früheren Jahren enorm erschwert hat. Vor diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, daß der konjunkturelle Aufschwung mittlerweile nicht mehr nur von der Auslandsnachfrage, sondern auch von der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern getragen wird. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß das Verarbeitende Gewerbe des Landes nach wie vor in besonderem Maße von der Exportnachfrage abhängig ist.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern dürfte auch weiterhin vom Bemühen um Kostensenkungen gekennzeichnet sein. Es sind also nicht nur Erweiterungsinvestitionen im Zuge der Produktionsausweitungen, sondern in starkem Maße auch Rationalisierungsinvestitionen zu erwarten. Daher ist im Jahresergebnis 1995 ein weiterer Personalabbau trotz kräftiger Produktionssteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe nicht auszuschließen. Er wird jedoch nicht die Dimensionen des Stellenabbaus von 1994 annehmen, wie aus den ersten vorläufigen Berechnungen für das 1. Quartal 1995 geschlossen werden kann: Danach lag die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt um 3,5 % unter dem Wert des ersten Quartals 1994, nachdem das Jahresergebnis 1994 noch ein Minus von fast 7 % gegenüber 1993 ausgewiesen hatte.

Bauwirtschaft

Nach dem von 1989 bis ins Jahr 1992 hinein anhaltenden Boom erlebte das Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1992/93 eine, wenn auch vergleichsweise kurze, Rezessionsphase. Diese bescherte der Branche im Jahresergebnis 1993 ein Minus von 5,4 % bei den nominalen Auftragseingängen und eine etwa 8 % unter dem Vorjahresergebnis liegende reale Rohbauleistung. Jedoch war schon im zweiten Halbjahr 1993 bei der Auftragslage ein leichte Stabilisierung zu verzeichnen, die auf einen erneuten Aufschwung hindeutete. Dies bestätigte sich im Jahre 1994 in eindrucksvoller Weise: Die nominalen Auftragseingänge erfuhren ein kräftiges Plus von 8,3 % gegenüber dem Vorjahr und auch in der realen Rohbauleistung ergab sich ein Zuwachs von etwa 3 %. Wie im Bundesgebiet wurde das Bauhauptgewerbe damit auch im Land zum eigentlichen Motor der Inlandsnachfrage und neben dem Export zur wichtigsten Stütze der gesamten Konjunkturentwicklung.

Auch 1994 anhaltender Boom im Wohnungsbau

Die Aufwärtsentwicklung bei den Auftragseingängen machte sich vor allem im ersten Halbjahr 1994 deutlich bemerkbar *(Tabelle 18)*. Gegenüber dem allerdings sehr schwachen Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nahmen die Aufträge nominal um über 12 % zu; im zweiten Halbjahr waren es noch fast 5 %. Hauptstütze dieser Entwicklung war, begünstigt durch ein niedriges Zinsniveau und durch staatliche Förderungsmaßnahmen (steuerliche Vergünstigungen), weiter der Wohnungsbau mit einem dicken Auftragsplus von über 17 %. Dagegen nahmen die nominalen Auftragseingänge im gewerblich-industriellen und im öffentlichen Hochbau nach den starken Einbrüchen 1993 mit etwa 1 % bzw. knapp 4 % in vergleichsweise geringem Maße zu. Gespalten verlief die Auftragsentwicklung im Tiefbau. Mit Zuwächsen in der Größenordnung von 10 % wurden im Straßen- und sonstigen öffentlichen Tiefbau die 1993 erlittenen Einbußen 1994 wieder annähernd wettgemacht. Weiter auf Talfahrt befindet sich dagegen der gewerblich-industrielle Tiefbau mit einem Minus von fast 9 %. Zwar stiegen im Tiefbau insgesamt die Auftragseingänge 1994 um etwa 5 % an, doch nach den Einbußen 1992 und vor allem 1993 wurde das Niveau von 1989 nur knapp überschritten. Im Hochbau lagen die Auftragseingänge dagegen um mehr als 40 % über dem seinerzeitigen Niveau.

8 Vgl. Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg: Fahrt in schwierigeres Gelände. IHK-Bericht über die Wirtschaftslage in Baden-Württemberg nach dem ersten Quartal 1995, Stuttgart, April 1995.

Tabelle 18

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1993 und 1994

– Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in % –

Jahr	Zeitraum	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
			zusammen	Wohnungsbau	gewerblicher und industrieller Bau	öffentlicher Bau[1]	zusammen	Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	sonstiger öffentlicher Bau[1]
1993	1. Halbjahr	- 11,4	- 7,2	+ 8,8	- 21,5	- 24,3	- 19,0	- 23,5	- 4,3	- 18,6
	2. Halbjahr	+ 1,0	+ 6,4	+ 17,0	- 3,5	- 7,1	- 9,6	- 10,7	- 17,5	- 1,3
	Jahr	- 5,4	- 0,6	+ 13,0	- 13,0	- 16,5	- 14,6	- 17,6	- 11,6	- 11,0
1994	1. Quartal	+ 15,1	+ 16,3	+ 32,5	- 0,6	- 5,3	+ 12,3	+ 15,1	- 8,8	+ 18,0
	2. Quartal	+ 9,6	+ 13,6	+ 24,5	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,3	+ 5,8	- 2,1	+ 5,1
	1. Halbjahr	+ 12,1	+ 14,9	+ 28,2	+ 1,4	- 1,0	+ 6,1	+ 9,7	- 5,3	+ 10,9
	3. Quartal	+ 4,0	+ 3,8	+ 9,7	- 3,8	+ 3,4	+ 4,2	+ 12,3	- 15,9	+ 7,3
	4. Quartal	+ 5,6	+ 6,1	+ 5,6	+ 6,1	+ 15,3	+ 4,6	+ 4,6	- 8,2	+ 11,9
	2. Halbjahr	+ 4,8	+ 4,9	+ 7,6	+ 0,8	+ 8,6	+ 4,4	+ 8,9	- 12,2	+ 9,4
	Jahr	+ 8,3	+ 9,7	+ 17,3	+ 1,1	+ 3,9	+ 5,2	+ 9,3	- 8,9	+ 10,2

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Der Anstieg der nominalen Auftragseingänge basierte 1994 sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau ausschließlich auf einem mengenmäßigen Zuwachs: Im Hochbau stagnierten die Rohbaupreise nahezu, so daß der reale Zuwachs der Auftragseingänge weitgehend dem nominalen entsprach. Im Tiefbau gaben die Baupreise 1994 deutlich nach. Folglich fiel der reale Zuwachs dort sogar um etwa einen Prozentpunkt höher aus als der nominale.

Anstieg der Bauproduktion bei stagnierender Beschäftigung

Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung stieg 1994 insgesamt um 3 % an. Analog der Entwicklung bei den Auftragseingängen gab es dabei im Hochbau und im Tiefbau gegenläufige Entwicklungen: Von der Rezession des Vorjahres bereits weniger stark getroffen als der Tiefbau, profitierte der Hochbau mit einem realen Plus von über 6 % in starkem Maße vom Aufschwung. Dagegen wurde im Tiefbau ein nochmals um etwa 3 % unter dem Vorjahr liegendes Produktionsergebnis erzielt. Zeitlich versetzt zum Auftragseingang erfuhr die reale Rohbauleistung im zweiten Halbjahr 1994 mit fast 11 % im Hoch- und knapp 1 % im Tiefbau einen deutlich stärkeren Zuwachs als im ersten Halbjahr. Von Januar bis Juni legte der Hochbau mit knapp 2 % nur wenig zu und der Tiefbau wies einen Rückgang von über 7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf. Die realen Auftragsbestände waren am Jahresende 1994 wegen der ausgesprochen günstigen Entwicklung der Auftragseingänge dennoch höher als Ende 1993, im Hochbau um 9 % und im Tiefbau um 2 %.

Trotz der höheren Rohbauleistung wurden auch 1994 wieder weniger Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt. Nachdem sich die Zahl der Beschäftigten von 1989 bis 1992 von 167 000 auf 183 000 erhöht hatte, reduzierte sie sich 1993 auf 180 000. Am Stichtag Ende Juni 1994 wurden mit knapp 179 000 nochmals fast 1 % weniger Beschäftigte als im Vorjahr registriert. Ein Indiz für eine eher gleichbleibende Beschäftigung ist dagegen der geringfügige Anstieg der Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe um 0,4 % gegenüber 1993. Infolge der Produktivitätsentwicklung gehen von der Baubranche mittlerweile jedoch weniger Beschäftigungseffekte ausgehen als noch vor 10 Jahren: Während die reale Rohbauleistung von 1985 bis 1994 im Hochbau um 38 % und im Tiefbau um 5 % zunahm,

reduzierte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten, wenn auch geringfügig, um 0,5 %. Eine erfreuliche Entwicklung war 1994 dagegen bei den Auszubildenden festzustellen: Ende Juni befanden sich 15 % Personen mehr in einem Ausbildungsverhältnis als 1993. Dieser Anstieg wirkt jedoch der langfristigen Entwicklung nur zum Teil entgegen: So war die Relation von Auszubildenden zu Facharbeitern 1985 mit etwa 1:8 noch deutlich günstiger als 1994 mit 1:13.

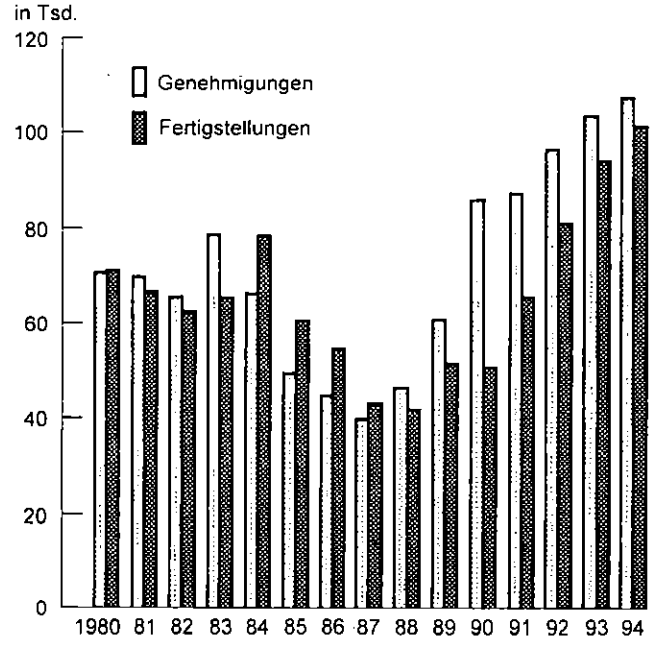
Neue Rekorde bei Baugenehmigungen und Fertigstellungen von Wohnungen

Daß sich die Baukonjunktur 1994 in besonderem Maße auf die Wohnungsbaunachfrage stützen konnte, kommt auch im erneuten Anstieg der erteilten Baugenehmigungen zum Ausdruck (Schaubild 6). Mit 107 000 zum Bau freigegebenen Wohnungen wurde der nun schon seit 1988 ungebrochen anhaltende Trend fortgesetzt und das Genehmigungsvolumen des Vorjahres (103 000) nochmals um mehr als 4 % übertroffen. Gegenüber dem historischen Tiefststand von 1987 (40 000) bedeutet dies fast eine Verdreifachung. Ähnlich hohe Genehmigungszahlen gab es im Land bisher nur Anfang der 60er und Anfang der 70er Jahre. Von den etwa 94 000 Neubauwohnungen in Wohngebäuden (+ 5 % gegenüber 1993) entfielen allein fast 65 000 (+ 5 %) oder 69 % auf Mehrfamilienhäuser. Zwar erzielten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienwohnhäusern eine ähnlich hohe Zuwachsrate, aufgrund seines Anteils war der Geschoßwohnungsbau dennoch auch 1994 das ergiebigste Zuwachsfeld. Die Genehmigungen für den Um- und Ausbau sowie die Erweiterung bestehender Wohngebäude haben dagegen mit 11 000 Wohnungen das allerdings sehr hohe Vorjahresniveau nicht mehr übertroffen.

Die seit 1988 kontinuierlich steigenden Baugenehmigungen schlugen 1994 auch in einem neuen Fertigstellungsrekord zu Buche *(Schaubild 6)*. Erstmals seit 20 Jahren wurde mit fast 102 000 neu bezugsfertigen Wohnungen (durch Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie Baumaßnahmen im Bestand) die magische Grenze von 100 000 wieder überschritten. Gegenüber dem schon sehr hohen Vorjahresergebnis von 94 000 Wohnungen ergab sich ein nochmaliger Anstieg von 7,9 %. Von den 1994 insgesamt 102 000 fertiggestellten Wohnungen befanden sich 89 000 in neuen Wohngebäuden. Den größten Zuwachs verzeichneten dabei mit 18 % die privaten Bauherren, die mit einem Anteil von 47 % (1993: 43 %) den Wohnungsbauunternehmen mit 48 % nur noch knapp nachstanden. Allerdings sind hierbei eher die langfristigen Strukturverschiebungen auffällig: 1978 wurden noch über 2/3 der fertiggestellten Wohnungen von privaten Bauherren gebaut. Trotz des neuerlichen Rekords bei den Fertigstellungen ergab sich aufgrund des sprunghaft gestiegenen Genehmigungsvolumens Ende 1994 ein Bauüberhang von 156 900 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen, 2,4 % mehr als Ende 1993. Höhe und Struktur dieses Bauüberhangs lassen für 1995 ein Fertigstellungsvolumen von etwas mehr als 95 000 Wohnungen erwarten. Wenn damit auch das Ergebnis für 1994 nicht ganz erreicht wird, so ist doch das anhaltend hohe Niveau der Wohnungsfertigstellung sehr beachtlich.

Schaubild 6

Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen*) in Baden-Württemberg von 1980 bis 1994



*) Bezugsfertige Wohnungen durch Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie Baumaßnahmen im Bestand.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 372 95

Mit den Fertigstellungen der letzten vier Jahre und insbesondere dem neuerlichen Rekordergebnis von 1994 konnte ein ganz wesentlicher Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes in Baden-Württemberg geleistet werden. Um den langfristigen Wohnungsbedarf im Land zu befriedigen, müssen bis 2005 jahresdurchschnittlich etwa 60 000 bis 70 000 Wohnungen gebaut werden. Angesichts der Fertigstellungszahlen der vergangenen Jahre sollte diese Aufgabe lösbar sein, wenngleich dabei auch regionale Unterschiede bei Wohnungsbedarf und Wohnungsbau zu beachten sind.

Ungünstigere Signale im 1. Quartal 1995

Nach dem sehr erfreulichen Verlauf im Jahre 1994 schwächte sich die Baukonjunktur zu Beginn des Jahres 1995 allerdings merklich ab. Im 1. Quartal 1995 gingen 2,2 % weniger Aufträge ein als im entsprechen-

den Vorjahreszeitraum. Dabei fiel das Minus im Tiefbau mit etwa 1 % geringer aus als im Hochbau mit fast 3 %. Im Wohnungsbau, der in den vergangenen Jahren die wesentliche Stütze der Baukonjunktur war, blieben die Auftragsvergaben um fast 11 % unter dem außerordentlich hohen Niveau des Vorjahreszeitraums. Der Rückgang der Wohnungsbaunachfrage dokumentiert sich auch darin, daß im 1. Quartal 1995 fast 15 % weniger Wohnungsbaugenehmigungen erteilt wurden als im entsprechenden Vergleichszeitraum 1994. Zwar dürfte die Bauwirtschaft zumindest im ersten Halbjahr 1995 noch von dem sehr hohen Bauüberhang aus dem Vorjahr profitieren, doch zeichnet sich eindeutig eine Abschwächung im Wohnungsbau ab.

Dagegen waren im Nichtwohnbau im 1. Quartal 1995 deutliche Aufwärtstendenzen beim Auftragseingang und beim Genehmigungsvolumen zu verzeichnen. Die Auftragseingänge reichten zwar nicht ganz aus, das Minus beim Wohnungsbau völlig wettzumachen, wirkten ihm jedoch kräftig entgegen. Ferner stieg das Genehmigungsvolumen im Nichtwohnbau im 1. Quartal 1995 gegenüber dem 1. Quartal 1994 um fast 7 % auf 7,1 Mill. Kubikmeter umbauten Raums an. Die Bauherrengruppe der Wirtschaftsunternehmen (einschließlich Deutsche Bahn AG, Folgeunternehmen der Deutschen Bundespost sowie Land- und Forstwirtschaft) leisteten mit einem Anteil von nahezu 88 % und einem Zuwachs von nahezu 20 % den mit Abstand größten Beitrag zu dieser Entwicklung. Dagegen verringerte sich das Genehmigungsvolumen bei öffentlichen Bauherren (einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter) um fast 65 %. Deren Bedeutung ist mit einem Anteil von nur 6 % jedoch gering.

Trotz der Abschwächung der Baukonjunktur profitierte das Bauhauptgewerbe auch im 1. Quartal 1995 noch von den ausgesprochen hohen Auftragseingängen des Vorjahres. So waren die realen Auftragsbestände am Ende des Quartals im Hochbau um 2,6 % und im Tiefbau sogar um 4,3 % höher als ein Jahr zuvor. Auch die reale Rohbauleistung stieg gegenüber dem 1. Quartal 1994 um knapp 3 % an, wobei die gegenläufige Entwicklung im Hochbau (+ 7,4 %) und Tiefbau (- 7,4 %) anhielt. Einen weiteren Rückgang gab es dagegen bei der Beschäftigung: So wurden im 1. Quartal 1995 etwa 8 % weniger Arbeitsstunden geleistet als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Offensichtlich durch Überstundenabbau bzw. Kurzarbeit konnte jedoch der Rückgang der Beschäftigten auf 0,7 % beschränkt werden.

Einzelhandel

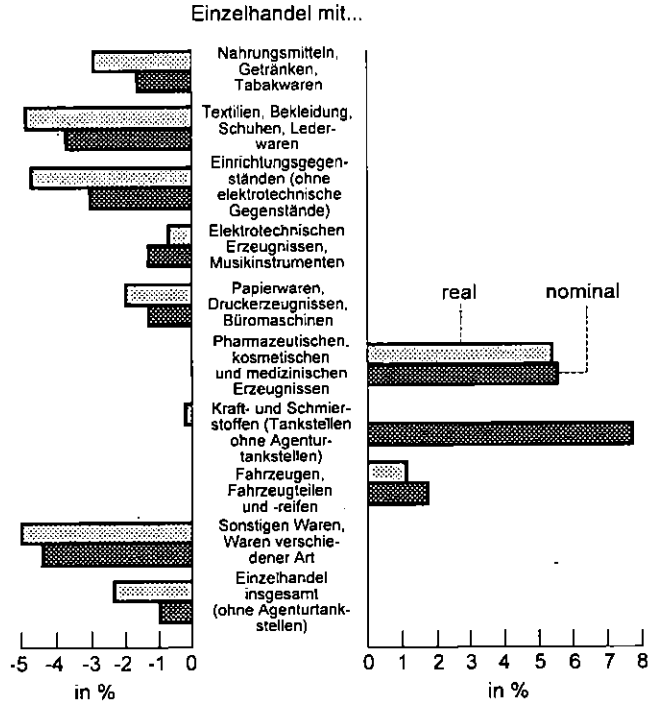
Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und weiterer Realeinkommenseinbußen verharrt die Konsumnachfrage bislang auf einem äußerst niedrigen Niveau. Dies fand ihren Niederschlag auch in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze. So hatten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg 1994 einen Umsatzrückgang von 1 % zu verzeichnen, der etwas höher ausfiel als im früheren Bundesgebiet mit 0,5 %. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise ergab sich sogar eine reale Einbuße von stark 2 %. Damit hat sich zwar der hohe Umsatzrückgang des Jahres 1993 um real fast 5 % deutlich abgeschwächt, eine Trendumkehr gelang jedoch nicht: Der reale Einzelhandelsumsatz blieb damit bereits im dritten Jahr hintereinander rückläufig.

Branchenspezifische Unterschiede

In den einzelnen Branchen ergaben sich dabei durchaus beträchtliche Entwicklungsunterschiede *(Schaubild 7)*: Durch starke Preiserhöhungen konnten die Freien Tankstellen ihren nominalen Umsatz kräftig erhöhen, wobei ihr Absatz rein mengenmäßig jedoch stagnierte. Dagegen konnte der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen sowohl nominal als auch real einen deutlichen Zuwachs erzielen. Das durch die Gesundheitsreform bedingte Minus von stark 4 % im Vorjahr konnte damit 1994 wieder ausgeglichen werden. Dagegen nimmt sich der geringfügige reale Zuwachs im Fahrzeughandel nach den Vorjahresverlusten von über

Schaubild 7

Umsatz im Einzelhandel Baden-Württembergs 1994
Nominale und reale Veränderung gegenüber 1993 in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 373 95

16 % eher bescheiden aus. Besonders schwache Ergebnisse erzielten der Einzelhandel mit Textilien und Bekleidung sowie der mit Einrichtungsgegenständen. Den höchsten Umsatzrückgang hatte jedoch der Einzelhandel mit sonstigen Waren, dem insbesondere die Kauf- und Warenhäuser zugeordnet sind, zu beklagen.

Stärker noch als im Vorjahr wurde die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel Baden-Württembergs reduziert: Betrug der Rückgang 1993 noch knapp 3 %, waren es 1994 fast 4 %. Dabei ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten mit 3,5 % im Jahr 1993 und fast 4,5 % im Jahr 1994 jeweils deutlich stärker zurück als die der Teilzeitbeschäftigten mit fast 2 % bzw. 3 %. Der sich bereits in den davor liegenden Jahren abzeichnende Trend zu einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel fand damit auch im konjunkturellen Abschwung seine Fortsetzung. In der Folge dieser langfristigen Entwicklung stieg gegenüber dem Basisjahr 1986 die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um fast 30 %. Dagegen waren 1994 etwa 7 % weniger Vollzeitbeschäftigte registriert als 1986.

Auch 1995 kein grundlegender Umschwung zu erwarten

Der Einzelhandel des Landes findet auch 1995 keine wesentlich besseren Voraussetzungen vor als 1994. Die Einführung des Solidarzuschlages und der gesetzlichen Pflegeversicherung zu Jahresbeginn stellen eine weitere, schwerwiegende Belastung der frei verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dar. Ausgeglichen werden könnte dies nur durch eine erneute, kräftige Senkung der Sparquote. Da die Sparquote zuletzt aber bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht hat, dürfte ein weiterer signifikanter Rückgang wenig wahrscheinlich sein. Eine spürbare Belebung des privaten Konsums ist daher 1995 kaum zu erwarten. Hinzu kommt, daß Wohnungsmieten und Urlaubsreisen tendentiell einen höheren Anteil an den Konsumausgaben einnehmen dürften, weil die privaten Haushalte die Ausgaben für diese beiden Verwendungszwecke nicht merklich beschränken können oder wollen. Dagegen könnte der Konkurrenzdruck im Einzelhandel weiter zunehmen und ein verschärfter Preiswettbewerb umsatzdämpfende Wirkungen haben. Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, daß die Umsätze im Einzelhandel 1995 nominal eher stagnieren und real nochmals leicht rückläufig sein werden.

Außenhandel

Im Jahr 1994 wurden Waren aus Baden-Württemberg im Wert von 117,4 Mrd. DM (vorläufiges Ergebnis) ins Ausland ausgeführt. Nachdem das Vorjahr dem Land mit nur 107,5 Mrd. DM ein allerdings auch methodisch bedingtes[9] Minus von 4,5 % gegenüber 1992 beschert hatte, stiegen die Ausfuhren nominal wieder um 9,2 % an. Bei einem Anstieg des bundesweit errechneten Index der Ausfuhrpreise von knapp 1 % bedeutet dies ein reales Plus von nahezu 8,5 %. Nachdem die Auslandsnachfrage infolge der weltweiten Konjunkturerholung bereits seit Mitte 1993 wieder leicht angezogen hatte, entwickelte sie sich somit im Jahr 1994 neben dem Wohnungsbau zum wichtigsten Konjunkturmotor im Land. Dabei fiel der Anstieg der Ausfuhren Baden-Württembergs geringfügig höher aus als im gesamten Bundesgebiet (+ 9,1 %) und entsprach exakt dem Zuwachs in den alten Bundesländern.

Exportzuwachs vor allem im Kraftfahrzeugbau

Den bedeutendsten Beitrag zur positiven Exportentwicklung leistete der Kraftfahrzeugbau mit einem Zuwachs von 13 % *(Tabelle 19)*. Er erhöhte damit seinen Anteil an den gesamten Ausfuhren Baden-Württembergs gegenüber 1993 von 21,5 % auf 22,3 %. Ein ebenfalls überdurchschnittlich hoher Zuwachs war mit mehr als 14 % bei den chemischen Erzeugnissen zu verzeichnen, die 10 % der Ausfuhren des Landes ausmachten. Mit knapp 8 % ein eher unterdurchschnittliches Exportwachstum gab es dagegen im Maschinenbau, der mit 23,6 % jedoch nach wie vor den höchsten Anteil an den Ausfuhren des Landes hielt. Von den bedeutsameren Warengruppen gab es lediglich bei der Ausfuhr von Textilien keinen Zuwachs. Die schwierige Situation der heimischen Textilindustrie im Exportgeschäft hat sich damit nach dem herben Rückgang im Vorjahr um knapp 10 % nicht verbessert. Ansonsten erfuhr die Warenstruktur der Ausfuhren 1994 jedoch keine gravierenden Veränderungen gegenüber 1993. Bedingt durch die Konjunkturentwicklung im Inland belebte sich erwartungsgemäß auch die Importnachfrage deutlich: Der Wert der Einfuhren aus dem Ausland nach Baden-Württemberg stieg gegenüber 1993 um 9 % auf 81,1 Mrd. DM an, nachdem es im Jahr 1993 noch einen ebenfalls konjunkturbedingten Rückgang von 13 % gegenüber 1992 gegeben hatte.

9 Durch die Einführung des Europäischen Binnenmarkts änderten sich 1993 Aufbau und Durchführung der Außenhandelsstatistik. Im Warenverkehr mit EU-Mitgliedsstaaten (Intrahandelsstatistik) ist es aufgrund der geänderten Erhebungsmethode (Direktbefragung statt Auswertung der Warenbegleitpapiere) und der Erhöhung des von der Meldepflicht befreienden Betrags 1993 zu einer Untererfassung gegenüber 1992 gekommen. Der Rückgang der Ausfuhren im Jahre 1993, vor allem der in die EU-Mitgliedsstaaten, ist damit wohl überzeichnet.

Tabelle 19

Ausfuhr (Spezialhandel) Baden-Württembergs 1994 nach ausgewählten Handelspartnern

Handelspartner	Ausfuhr 1994[1]		Veränderung	
	Wert	Anteil am Insgesamt	1994 gegenüber 1993*	1993 gegenüber 1992
	Mill. DM	%		
Insgesamt	**117 438,2**	**100,0**	**+ 9,2**	**- 4,5**
darunter				
EU-Länder	48 441,2	41,2	+ 9,4	- 15,7
darunter				
Frankreich	13 524,0	11,5	+ 8,5	- 14,1
Italien	9 358,0	8,0	+ 13,7	- 25,6
Großbritannien	7 556,1	6,4	+ 12,2	- 4,8
Niederlande	5 775,0	4,9	+ 8,5	- 13,9
Belgien-Luxemburg	5 096,8	4,3	+ 12,7	- 13,4
Spanien	3 540,9	3,0	+ 9,7	- 26,5
EFTA-Länder[2]	22 012,3	18,7	+ 10,7	- 3,1
darunter				
Schweiz	10 049,9	8,6	+ 11,2	- 0,4
Österreich	7 591,1	6,5	+ 5,7	- 2,2
Schweden	2 658,4	2,3	+ 22,9	- 14,4
Osteuropäische Reformländer[3]	6 534,8	5,6	+ 20,0	+ 29,3
darunter				
Gebiet der früheren Sowjetunion	2 070,4	1,8	+ 17,4	+ 76,7
Tschechien und Slowakei	1 598,8	1,4	+ 22,7	+ 16,9
Ungarn	1 209,9	1,0	+ 28,0	+ 2,1
USA	12 303,7	10,5	+ 10,5	+ 11,3
Asien	17 818,6	15,2	+ 7,2	+ 0,9
darunter				
Japan	3 691,8	3,1	- 2,8	- 12,5
China	1 479,3	1,3	- 25,7	+ 112,9
asiatische Schwellenländer[4]	12 535,3	10,7	+ 16,6	- 3,6
OPEC-Länder[5]	3 715,5	3,2	- 1,8	- 25,6

1) Vorläufige Werte – 2) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. – 3) Gebiet der früheren Sowjetunion, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien Bulgarien, Albanien. – 4) Asien ohne Japan und die Staatshandelsländer China, Vietnam, Mongolei, Nordkorea. – 5) Algerien, Libyen, Nigeria, Gabun, Venezuela, Ecuador, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Kräftige Impulse aus Europa, den USA sowie den asiatischen Schwellenländern

Die baden-württembergischen Exporteure profitierten 1994 vor allem von der kräftigen Konjunkturbelebung in fast ganz Europa sowie von dem auch im vierten Jahr noch anhaltenden Aufschwung in den USA *(Tabelle 20)*. Der Export ins europäische Ausland, in das alleine zwei Drittel aller Ausfuhren des Landes gingen, erhöhte sich von 1993 auf 1994 um fast 10 %. Der Wert der in die USA ausgeführten Waren stieg nach dem kräftigen Zuwachs 1993 nochmals um mehr als 10 % an, obwohl sich die Wechselkursrelation zwischen DM und Dollar seit Beginn des Jahres 1994 nahezu kontinuierlich verschlechtert hat. Dagegen setzte sich der Rückgang der Exporte in die OPEC-Länder fort: Nach dem dramatischen Rückgang im Jahr 1993 war ein weiteres Minus von knapp 2 % zu verzeichnen. Gespalten verlief die Entwicklung der Exporte nach Asien: So gaben die Ausfuhren nach Japan nach dem kräftigen Minus 1993 nochmals um nahezu 3 % nach, und auch das im Vorjahr noch so erfolgreiche Chinageschäft verlief bei einem Rückgang um über ein Viertel wenig zufriedenstellend. Diese enormen Schwankungen sind jedoch auch auf die generell eher diskontinuierliche Auftragsvergabe bei Staatshandelsländern zurückzuführen. Dagegen erhöhte sich die

Ausfuhr in die asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer um bemerkenswerte 17 %. Unter diesen stechen die Exporte nach Südkorea mit einer Wachstumsrate von fast 50 % besonders hervor. Die Wettbewerbsposition der baden-württembergischen Exporteure auf dem südostasiatischen Markt ist angesichts der verschlechterten Wechselkursrelation zum US-Dollar umso höher zu bewerten. Allerdings kam ihnen dabei zugute, daß die ebenfalls zunehmende Stärke des Yen die Position der japanischen Konkurrenten in ähnlicher Weise erschwert hat.

Innerhalb Europas sind die Mitgliedsstaaten der EU der wichtigste Handelspartner Baden-Württembergs. Aufgrund der günstigen Konjunkturentwicklung in diesen Ländern ergab sich hier gegenüber 1993 ein Zuwachs der Ausfuhren um mehr als 9 %. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß damit nur ein Teil des Exportrückgangs von 1992 auf 1993 wieder wettgemacht werden konnte. Besonders hohe Zuwächse konnten 1994 trotz zunehmender Schwächen von Lira und britischem Pfund bei den Ausfuhren nach Italien und Großbritannien erzielt werden. Frankreich blieb trotz einer leicht unterdurchschnittlichen Exportzunahme weiterhin Baden-Württembergs bedeutendster ausländischer Absatzmarkt noch vor den USA. Besonders erfreulich entwickelten sich mit einem Plus von fast 11 % die Ausfuhren in die EFTA-Staaten, bei denen der Vorjahresrückgang mehr als kompensiert werden konnte. Hier ist vor allem die Schweiz als drittwichtigster Absatzmarkt baden-württembergischer Exporteure zu nennen. Weiterhin sehr positiv verliefen die Ausfuhren in die Reformländer Osteuropas. Nachdem hier bereits 1993 gegenüber 1992 ein kräftiger Zuwachs erzielt werden konnte, ergab sich 1994 nochmals ein Plus von 20 %.

Der steigende Außenwert der DM belastet die Exportchancen

Neben der konjunkturellen Entwicklung in den Absatzländern bestimmen die Wechselkurse der beteiligten Währungen ganz wesentlich die Exportchancen der baden-württembergischen Unternehmen. Dabei informiert der Index des Außenwertes der DM am umfassendsten darüber, wie sich die Wettbewerbsposition deutscher Exporteure verändert.[10] Die zunehmende Stärke der DM bzw. die Schwäche der Währungen der wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs[11]

10 Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank: Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989, S. 44 - 52.

11 Österreich, auf das 1994 6,5 % der baden-württembergischen Ausfuhren entfielen, wird aufgrund der engen Bindung des Schillings an die DM nicht weiter betrachtet. Der Außenwert der DM gegenüber dem österreichischen Schilling ist seit 1981 in etwa und seit 1987 exakt konstant geblieben.

Tabelle 20

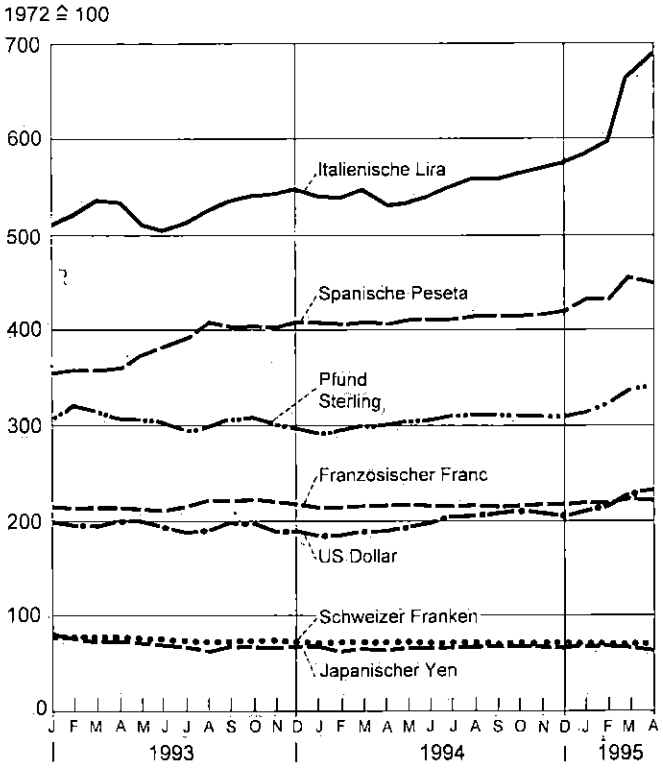
Warenstruktur der Ausfuhr (Spezialhandel) Baden-Württembergs 1993 und 1994

Warenart	Ausfuhr 1994[1]		Ausfuhr 1993		Veränderung
	Wert	Anteil am Insgesamt	Wert	Anteil am Insgesamt	1994 gegenüber 1993[1]
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Insgesamt	**117 438,2**	***100,0***	**107 536,9**	***100,0***	**+ *9,2***
darunter					
Maschinen	27 765,9	*23,6*	25 784,2	*24,0*	+ *7,7*
Kraftfahrzeuge	26 164,6	*22,3*	23 136,0	*21,5*	+ *13,1*
Elektrotechnische Erzeugnisse	18 316,4	*15,6*	16 857,3	*15,7*	+ *8,7*
Chemische Erzeugnisse	11 768,0	*10,0*	10 289,0	*9,6*	+ *14,4*
Textilien	4 763,3	*4,1*	4 774,1	*4,4*	- *0,2*
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	4 464,8	*3,8*	4 331,7	*4,0*	+ *3,1*
Eisenwaren	4 303,7	*3,7*	4 035,7	*3,8*	+ *6,6*
Waren aus NE-Metallen	3 423,3	*2,9*	3 129,1	*2,9*	+ *9,4*
Papier, Pappe und Papierwaren	2 870,2	*2,4*	2 532,4	*2,4*	+ *13,3*

1) Vorläufige Werte.

Schaubild 8

Außenwert der DM gegenüber ausgewählten anderen Währungen von Januar 1993 bis April 1995



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 367 95

kommt in einem teilweise rasanten Anstieg dieses Indexes zum Ausdruck *(Schaubild 8)*. Seit Januar 1993 blieb lediglich der Außenwert der DM gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen konstant und sank in den ersten Monaten des Jahres 1995 sogar leicht ab. Weiterhin günstige Exportbedingungen liefert auch der vergleichsweise stabile französische Franc. Dagegen stieg der Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar, der italienischen Lira, dem britischen Pfund und der spanischen Peseta bereits im Verlauf des Jahres 1994 deutlich an. Allerdings wurde die zunehmende Schwäche dieser Währungen bislang durch den sehr günstigen Konjunkturverlauf in diesen Ländern teilweise überdeckt, so daß die Ausfuhren 1994 jeweils kräftig anstiegen.

Seit Beginn des Jahres 1995 gewann der Verfall der genannten Währungen jedoch trotz der Interventionen der beteiligten Notenbanken beträchtlich an Tempo. Angesichts der Bedeutung der einzelnen Abnehmerländer ist dabei aus Sicht der baden-württembergischen Exporteure die Schwäche der italienischen Lira und des britischen Pfundes genauso besorgniserregend wie der besonders in die Schlagzeilen geratene US-Dollar. Während jedoch in Europa die günstige Konjunkturentwicklung auch 1995 anhalten und die Stärke der DM teilweise überdecken dürfte, zeichnet sich den USA eher ein Abflachen der Konjunktur ab. Dabei ist es nur ein schwacher Trost, daß die japanischen Konkurrenten auf dem US- und dem asiatischen Markt mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Ob und inwieweit sich die genannten Währungen in den nächsten Monaten dauerhaft erholen werden, bleibt abzuwarten. Unstrittig ist in jedem Fall, daß die gegenwärtige Stärke der DM die Exportaussichten gerade auch der baden-württembergischen Wirtschaft deutlich schmälert. Angesichts der großen Bedeutung des Exportes für das Land dämpft eine starke DM zwangsläufig auch die Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Insolvenzen

In der Insolvenzstatistik werden alle gerichtlichen Insolvenzverfahren, also beantragte Konkursverfahren und eröffnete Vergleichsverfahren, erfaßt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es vermutlich in einer hohen Zahl von derartigen Fällen nicht zu einem förmlichen Insolvenzverfahren kommt, weil etwa zwischen Schuldner und Gläubigern auf andere Weise ein Ausgleich erzielt wird oder aufgrund fehlender Masse der Gang zum Amtsgericht erst gar nicht unternommen wird. Die registrierten Fälle von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung weisen in der Regel einen engen, wenngleich zeitlich verzögerten Zusammenhang mit dem Konjunkturverlauf auf.

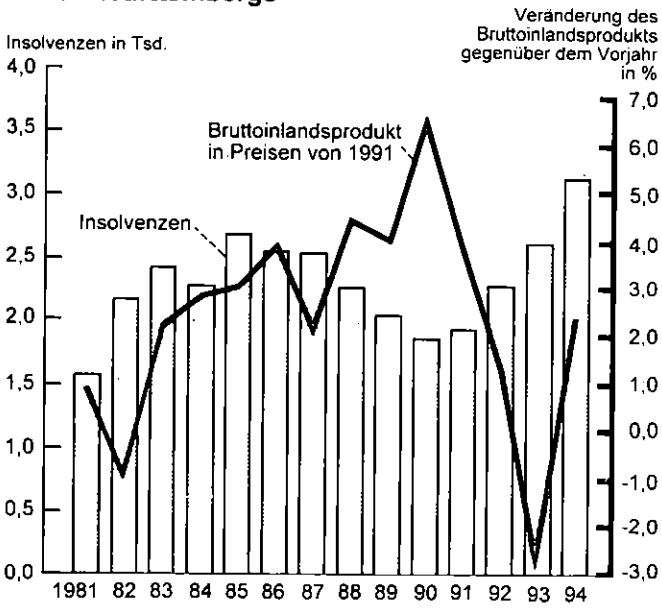
Neuer Insolvenzenrekord 1994

Obwohl die Konjunktur im Laufe des Jahres 1994 wieder Tritt faßte, wurde im vergangenen Jahr mit mehr als 3 100 Konkursen und Vergleichen in Baden-Württemberg ein neuer Höchststand bei den Insolvenzen erreicht. Daß sich in einer konjunkturellen Erholungsphase der Anstieg der Insolvenzen zunächst noch weiter fortsetzt, war bereits in den Jahren nach der Rezession 1982 zu beobachten. Damals erreichte die Zahl der Insolvenzen mit rund 2 700 erst 1985, also drei Jahre nach dem Rezessionsjahr, ihr Maximum.

Für den seit 1990 beschleunigten Anstieg der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren (1991: + 4 %, 1992: + 15 %, 1993: + 17 %, 1994: + 19 %) dürften neben der konjunkturellen Entwicklung auch Mitzieheffekte aufgrund der Verflechtung der Unternehmen untereinander verantwortlich sein. Die Zahl der Insolvenzen kann auch steigen, weil sich einzelne Unternehmensteile zunehmend verselbständigen oder einheimische Unternehmen im Zuge der internationalen Verflechtung durch ausländische Konkurrenzunternehmen vom Markt verdrängt werden.

Schaubild 9

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs



*) Ohne Anschlußkonkurse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg J74 95

Die Gesamtentwicklung der Insolvenzen wurde seit 1991 vom Verlauf der Unternehmensinsolvenzen geprägt, während die Insolvenzfälle bei den übrigen Gemeinschuldnern (private Haushalte, Nachlaßkonkurse und Organisationen ohne Erwerbszweck) – im Jahr 1994: 1 200 – nur unterdurchschnittlich stark zunahmen (+ 11 %). Die Zahl der Insolvenzen der Unternehmen und freien Berufe erhöhte sich hingegen 1994 um 25 % auf 1 900. Wie schon in den Vorjahren waren unter den Unternehmen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung besonders von Zahlungsschwierigkeiten betroffen. Fast drei Viertel der Unternehmensinsolvenzen betrafen Unternehmen, deren Gründung weniger als acht Jahre zurückliegt.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat allerdings zuletzt nicht mehr so stark (um 25 %) zugenommen wie 1992 (34 %) und 1993 (29 %). Verantwortlich für diese Entwicklung sind die geringeren Zuwachsraten bei den Unternehmenszusammenbrüchen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch im Dienstleistungsbereich (ohne Handel). Im Jahr 1994 war das Dienstleistungsgewerbe einschließlich der freien Berufe mit 650 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren der Wirtschaftszweig mit den meisten Insolvenzfällen, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 500 und dem Handel mit 450 zahlungsunfähigen oder überschuldeten Unternehmen. Im Baugewerbe registrierten die Amtsgerichte 1994 knapp 300 Unternehmenszusammenbrüche, 38 % mehr als im Vorjahr.

Obwohl sich die Lage im Konkursgeschehen damit gesamtwirtschaftlich verschlechtert hat, sind in einzelnen Branchen Entspannungstendenzen sichtbar. So entfielen im Jahr 1994 von den 500 beantragten Konkursverfahren innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (+ 19 %) nur noch gut 100 – 15 % weniger als im Vorjahr – auf den technologisch hochwertigen Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, der in den Jahren 1992 und 1993 noch besonders stark konkursanfällig war.

Insolvenzhäufigkeit im Südwesten noch immer am niedrigsten

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist 1994 in Baden-Württemberg mit 25 % gegenüber dem Vorjahr stärker angestiegen als in allen anderen Bundesländern des früheren Bundesgebiets. Dort nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen durchschnittlich um 16 % zu. Auch die Gesamtinsolvenzen haben 1994 in Baden-Württemberg mit 19 % stärker zugenommen als im früheren Bundesgebiet (15 %). Damit hat sich die Position Baden-Württembergs im Bundesländervergleich verschlechtert. Im Jahr 1993 konnte der Südwesten noch das relativ beste Ergebnis verbuchen. Setzt man jedoch die Unternehmenszusammenbrüche zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Beziehung, ergibt sich für Baden-Württemberg mit 51 Insolvenzfällen je 10 000 Unternehmen wie schon in den Vorjahren immer noch die geringste Häufigkeitsziffer unter allen Bundesländern. Nur in Bayern und Rheinland-Pfalz war die Insolvenzgefährdung mit 52 und 56 Fällen ähnlich gering wie hierzulande.

Die von den Konkursgläubigern angemeldeten Forderungen beliefen sich in Baden-Württemberg 1994 nach vorläufigen Angaben auf über 4,5 Mrd. DM und lagen 27 % über dem Vorjahresniveau. Seit 1991 hat sich die Zunahme der angemeldeten Forderungen bis 1994 wieder abgeschwächt.

Überträgt man die Entwicklungen des vergangenen Konjunkturzyklus auf die heutige Situation und berücksichtigt die anhaltenden Struktureffekte und die für exportorientierte Unternehmen erschwerten außenwirtschaftlichen Bedingungen, so ist in diesem und möglicherweise auch im nächsten Jahr weiterhin mit einer hohen Zahl an Insolvenzverfahren zu rechnen.

Einbußen beim Realeinkommen

Mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist simultan die Entstehung von Einkommen verbunden. Die Einwohner Baden-Württembergs erwirtschafteten 1993 Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen in Höhe von 338 Mrd. DM. Davon entfielen fast drei

Viertel auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (253 Mrd. DM) und gut ein Viertel auf das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (85 Mrd. DM). Diese Beträge standen den Privathaushalten jedoch nicht in vollem Maße für Konsum- und Sparentscheidungen zur Verfügung, vielmehr gingen davon noch Steuern und Sozialabgaben ab. Zur Verfügung standen schließlich Nettolöhne und -gehälter in Höhe von 137 Mrd. DM und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Höhe von 76 Mrd. DM. Das bedeutet, 1993 beliefen sich die Nettolöhne- und -gehälter nur noch auf 54,2 % der ursprünglich erwirtschafteten Bruttoeinkommen. 1980 waren es noch 58,5 %, womit sich die steigende Belastung der Einkommen zeigt. Die Nettolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer ist im Zeitraum 1990 bis 1993 jahresdurchschnittlich um 2,9 % gewachsen, in den 80er Jahren waren es allerdings noch durchschnittlich 3,6 %. Erste Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet zeigen für 1994 eine Stagnation bei dieser Einkommensgröße.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen (netto) demgegenüber in den 80er Jahren jährlich um 9,0 % zu, im Zeitraum 1990 bis 1993 dann aber nur um 0,4 %, wobei diese Einkommen 1993 deutlich schrumpften. Allerdings zeigen erste Ergebnisse für 1994 für das Bundesgebiet eine Steigerungsrate um 6,6 %.

Bisher wurden nur die Einkommen der wirtschaftlich Aktiven betrachtet. Um auch der nicht im Wirtschaftsprozeß stehenden Bevölkerung (Rentnern, Arbeitslose, Kinder, Kranke) den Lebensunterhalt zu sichern, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, das heißt, er belastet zum einen die erwirtschafteten Einkommen mit Sozialabgaben und Steuern, er bringt andererseits aber vielfältige Leistungen aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge (wie zum Beispiel Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld) sowie andere Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistungen wie Kindergeld, Kriegsopferversorgung, Ausbildungshilfe, Wohngeld usw. Diese Transferzahlungen beliefen sich 1993 auf 85,5 Mrd. DM. Sie waren im Durchschnitt der 80er Jahre um jährlich durchschnittlich 5 % und im Zeitraum 1990 bis 1993 um durchschnittlich jährlich 8 % gestiegen. Erste Ergebnisse des Bundesgebiets lassen darauf schließen, daß auch 1994 die Transfereinkommen um 4,1 % steigen werden. Dabei nahmen zum Beispiel das Arbeitslosengeld bzw. -hilfe sowie Zahlungen für Sozialhilfe stark zu. Zudem stiegen die Ausgaben für Altersruhegeld als Folge der Altersstruktur der Bevölkerung, für viele die wichtigste Einkommensquelle. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 1980 rund 1,5 Mill. Personen überwiegend von Renten und Pensionszahlungen, im Jahr 1993 waren es bereits rund 1,8 Mill. Personen. Die Sozialhilfe nannten 1993 rund 252 500 als Hauptquelle ihres Lebensunterhalts, das waren 34,4 % mehr als 1980. Arbeitslosengeld/-hilfe erhielten 1993 zudem 5,6 mal mehr als 1980.

Die Berücksichtigung sämtlicher Einkommensbestandteile führt zum Verfügbaren Einkommen, das heißt zu dem Einkommen, das letztlich das Versorgungsniveau bestimmt. Es betrug 1993 in Baden-Württemberg 292 Mrd. DM. Fast die Hälfte trugen die Nettolöhne und -gehälter bei, die staatlichen Transfer knapp ein Viertel und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen gut ein Viertel. Das Verfügbare Einkommen ist im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets 1994 um 2,1 % gestiegen.

Bei den bisherigen Betrachtungen ist zu beachten, daß es sich um nominale Größen handelt und die Wirkungen der Geldentwertung unberücksichtigt blieben. Deflationiert man die Einkommsgrößen mit dem Preisindex für die Lebenshaltung, erhält man für das Verfügbare Einkommen je Einwohner in den 80er Jahren eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 1,9 %, im Zeitraum 1990 bis 1993 ist das Verfügbare Einkommen lediglich um jährlich 0,9 % gestiegen. Erste Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet für 1994 lassen auf Einbußen beim Verfügbaren Realeinkommen schließen in Höhe von 0,5 %. Die Summe der realen Nettolöhne und -gehälter Baden-Württembergs ist im Zeitraum 1990 bis 1993 jahresdurchschnittlich um 0,8 % geschrumpft; für 1994 lassen sich für das frühere Bundesgebiet sogar Einkommenseinbußen um 2,6 % errechnen.

Auskunft über die Entwicklung der Löhne und Gehälter Baden-Württembergs für 1994/95 gibt die Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Als durchschnittlichen (nominalen) Bruttostundenverdienst in der Gesamtindustrie errechnete sich für Januar 1995 bei den Männern DM 26,68 und bei den Frauen DM 19,70. Das waren 2,6 % bzw. 1,4 % mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen – einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen. Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß Frauen in den Industrien mit relativ niedrigem Lohnniveau überproportional vertreten sind. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Januar 1995 im Durchschnitt DM 1 016 (+ 5,5 %), die Frauen DM 739 (+ 3,1). Die Summen beinhalten bei den Männern 1,4 Mehrarbeiterstunden und bei den Frauen 0,5 Stunden.

Die Bruttomonatsverdienste aller Angestellten lagen im Januar 1995 bei 5 535 DM . Das waren 2,6 % mehr als im Vorjahr. Die beschäftigten Männer kamen im Januar 1995 im Durchschnitt auf einen Bruttoverdienst von DM 6 321 (+ 2,6 %), die Frauen auf DM 4 138 (+ 2,5 %).

Inwieweit die Lohnerhöhungen 1994 ausreichten, die Preissteigerungen auszugleichen, wird mit Hilfe des sogenannten Reallohnindex abgeschätzt, dem Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung. Danach ergibt sich im Januar 1995 eine Reallohnverbesserung um 2,0 %,

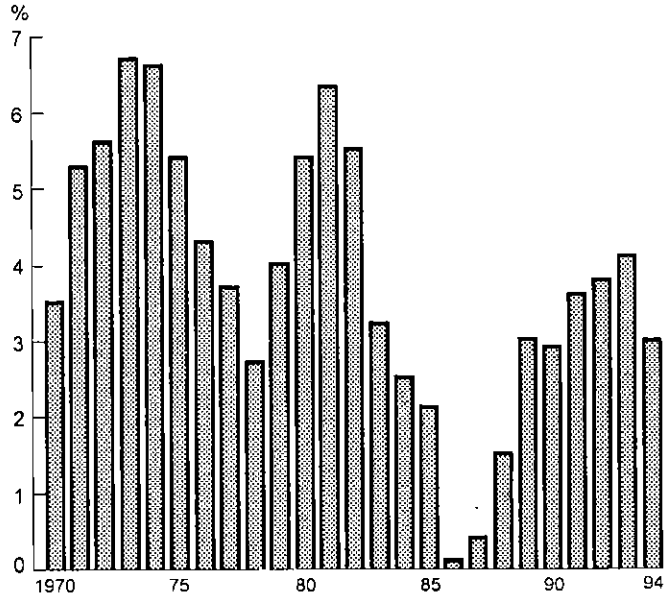
im Vorjahr wurde ein Reallohnrückgang um – 1,0 % verzeichnet. Dies stellt kein Widerspruch zu den obigen Ergebnissen dar. Hier muß nämlich beachtet werden, daß sich diese Reallohnsteigerung auf die Bruttolöhne bezieht und die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung noch nicht berücksichtigt ist.

Im Jahr 1995 lassen die zusätzlichen Belastungen wie zum Beispiel der Solidaritätszuschlag und die erstmals zu leistenden Beiträge zur Pflegeversicherung voraussichtlich weitere Einbußen erwarten. Die Forschungsinstitute geben in ihrem Frühjahrsgutachten für 1995 eine Zunahme der nominalen Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten von 1 % an. Bei einer Preissteigerungsrate von 2,0 % bedeutet dies, daß für 1995 bei den Arbeitnehmereinkommen wieder Einbußen zu erwarten sind. Da jedoch die entnommenen Gewinn- und Vermögenseinkommen voraussichtlich kräftiger steigen werden, bei allerdings zugleich nur mäßigem Anstieg der Transfereinkommen wird das reale Verfügbare Einkommen voraussichtlich stagnieren.

Schaubild 10

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970

Veränderung gegen Vorjahr



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 343 95

Moderate Preissteigerungsraten

Der Preisauftrieb der Verbraucherpreise schwächte sich 1994 im Vergleich zum Vorjahr deutlich ab. Für Baden-Württemberg errechnet sich ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 3 %. 1993 betrug die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate 4,2 %. Die Preissteigerungsrate für 1994 lag damit zwar immer noch über dem Niveau der 80er Jahre (+ 2,8 %), war aber zugleich die niedrigste Rate seit 1990. Anfang 1995 setzte sich die günstige Preisentwicklung fort, was allerdings auf dem Basiseffekt in Folge der Steuererhöhungen, die zum 1. Januar 1994 wirksam wurden, zurückzuführen war. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Baden-Württembergs lag somit im April 1995 um 2,3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Für die 8 Hauptgruppen des Preisindex für die Lebenshaltung wurden im April 1995 zwischen 1,1 % und 4,1 % ermittelt. Am stärksten stiegen die Güter für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art mit 4,1 %. Besonders stark stiegen die Dienstleistungen für Versicherungen, was mit der Erhöhung der Versicherungssteuer begründet wird. In der nach ihrem Ausgabenvolumen wichtigsten Hauptgruppe "Wohnungsvermietung, Energie" - hier fiel der Anstieg mit 3,6 % ebenfalls überdurchschnittlich aus -, zogen die Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten um 4,8 % an. Die Haushaltsenergie wurde dagegen billiger (- 1 %). Profitieren konnten die Verbraucher von der insgesamt eher ruhigen Preisentwicklung in den restlichen Sektoren des privaten Verbrauchs. Die Teuerungsrate für Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren belief sich auf 1,8 %. Um 1,6 % verteuerten sich Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung. Mit einem Plus von 1,4 % belasteten die Güter für die Gesundheits- und Körperpflege das Haushaltsbudget; hier waren unter anderem Dienstleistungen für Körperpflege und Friseurleistungen spürbar teurer (+ 3,6 %). Bekleidung und Schuhe sowie die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung, Freizeit verteuerten sich jeweils um 1,2 %, während die Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, das Haushaltsbudget nur wenig mehr belasteten als im Vorjahr (+ 1,1 %). Allerdings kletterten hier die Preise für den öffentlichen Nahverkehr (+ 3,7 %) und die Güterbeförderung (+ 5,9 %) deutlich über den Vorjahreswert.

Auch im früheren Bundesgebiet lag die durchschnittliche Jahresteuerungsrate 1994 bei 3 %. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten nimmt Deutschland eine mittlere Position ein. Höhere Preissteigerungsraten weisen Italien, Spanien, Portugal und Griechenland auf, während Frankreich, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Dänemark, die Schweiz und Österreich etwas niedriger lagen.

Etwas angezogen haben im Verlauf des vergangenen Jahres die Preise der vorgelagerten Handelsstufen. Hier legten insbesondere die Jahresteuerungsraten der Einfuhrpreise und Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ab September 1994 zu. So schlug sich die Verteuerung der Weltmarktpreise für Rohstoffe im Laufe

Tabelle 21

Ausgewählte Preisindizes im früheren Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1994 und 1995

– Veränderung gegenüber Vorjahr in % –

Jahr Quartal Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelspreise	Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	aller privaten Haushalte
	früheres Bundesgebiet							Baden-Württemberg	
1994									
1. Quartal	-0,4	+0,9	-2,6	+0,3	+0,2	+0,2	+1,3	+0,7	+3,3
2. Quartal	+0,7	+0,8	0,0	+1,2	+0,3	+1,1	+1,1	+0,3	+3,1
3. Quartal	+0,8	+0,8	+1,9	+1,5	+0,6	+2,2	+1,2	+0,4	+3,0
4. Quartal	+2,4	+1,6	+2,0	+2,3	+1,3	+2,8	+1,1	+0,7	+2,5
Jahr	+0,8	+1,0	+0,5	+1,3	+0,6	+1,6	+1,2	+0,5	+3,0
1995									
Januar	+2,2	+1,8	+5,7	+1,7	+1,7	+3,2	+1,2	.	+2,3
Februar	+1,8	+2,0	+8,2	+2,6	+1,8	+3,4	+1,1	+1,3	+2,3
März	+1,2	+1,8	+7,3	+2,4	+1,8	+3,9	+1,1	.	+2,4
1. Quartal	+1,7	+1,8	+7,1	+2,2	+1,7	+3,5	+1,2	+1,3	+2,3
April	+0,8	+1,7	+7,0	+1,9	+2,1	+3,6	+1,1	.	+2,3

des Jahres 1994 merklich auf die Entwicklung der Einfuhrpreise nieder, wobei jedoch die kräftige Abwertung des US-Dollars eine spürbare Entlastung gebracht hat. Die Einfuhrpreise zogen im Durchschnitt des Jahres 1994 um 0,8 % an, im 1. Quartal 1995 betrug die Verteuerung 1,7 %. Für gewerbliche Erzeugnisse mußte im Durchschnitt des Jahres 1994 um 0,6 % mehr bezahlt werden als vor einem Jahr, wobei sich die Jahresteuerungsrate im Verlauf des Jahres zunehmend erhöhte. Im ersten Quartal 1995 belief sich die Teuerungsrate schließlich auf 1,7 %. Diese alles in allem zwar noch moderate aber doch beschleunigende Preisentwicklung der Einfuhr- und der Erzeugerpreise bewirkte bei den Großhandelspreisen eine Zunahme um 1,6 % im Jahr 1994; vom 1. Quartal 1995 zum 1. Quartal 1994 betrug die Steigerung allerdings bereits 3,5 %. Von 1992 auf 1993 waren die Großhandelspreise um 1,1 % gesunken. Etwas günstiger fiel dagegen die Preissteigerung im Einzelhandel aus. Hier lag das Preisniveau im Durchschnitt des Jahres 1994 um 1,2 % ebenso wie im 1. Quartal 1995 über dem Vorjahreswert. 1993 hatte die Steigerungsrate 2,1 % betragen.

Die Entwicklung der Baupreise verlief im vergangenen Jahr sehr moderat. Der Preisindex für die Wohngebäude erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 0,6 %. Damit war im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Preisberuhigung zu verzeichnen (1993: + 2,7 %). Anfang 1995 zeigte sich allerdings wieder eine leicht steigende Tendenz. So zogen im Februar 1994 die Preise binnen Jahresfrist um 0,7 % an, während die Teuerungsrate im Februar 1995 bei 1,3 % lag.

Insgesamt betrachtet ist aber nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres deutlich verstärkt. So prognostizierten die Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten einen Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch von 2 % im ersten Halbjahr 1995 und 2,5 % im zweiten Halbjahr 1995.

Vermögen privater Haushalte

Neben dem verfügbaren Einkommen ist vor allem das Vermögen der privaten Haushalte geeignet, deren materiellen Wohlstand zu beschreiben. Zudem besteht zwischen der Höhe des Einkommens und der des Vermögens eine wechselseitige Beziehung: Zum einen ist das Sparen als eine Art der Einkommensverwendung gleichzusetzen mit Vermögensbildung, zum anderen sind Vermögenserträge ein Teil des Einkom-

mens. Es gibt zwar keine einheitliche Vermögenstatistik, in der das Vermögen aller privaten Haushalte vollständig erfaßt wird. Dennoch lassen sich die Teilergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Vermögensteuerstatistik in durchaus sinnvoller Weise zusammenfügen, so daß wichtige Erkenntnisse über die Vermögenssituation der privaten Haushalte gewonnen werden können. Während in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Bezieher sehr hoher Einkommen[12] nicht befragt werden, werden in der Vermögensteuerstatistik nur die Vermögensteuerpflichtigen[13] erfaßt. Auf diese Weise werden einige Personen bzw. Haushalte in beiden Statistiken und einige überhaupt nicht erfaßt. Dennoch ergänzen sich Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Vermögensteuerstatistik insofern, als erstere weitgehend die Vermögenslage breiter Bevölkerungsschichten abbildet, während letztere eher die Vermögenssituation von Spitzenverdienern und Vermögenden beschreibt.

Kräftiger Anstieg der Bruttogeldvermögen, aber auch der Kreditverpflichtungen [14]

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden hauptsächlich das Geldvermögen, also Sparbücher, Bausparguthaben und Wertpapiere, und das Grundvermögen nach Einheitswerten erfaßt. Das durch die Erhebung repräsentierte Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte (ohne Ausländerhaushalte und Anstaltsbevölkerung) betrug am 31. Dezember 1988 in Baden-Württemberg etwa 30 000 DM je Haushalt. Ende 1973 waren es noch knapp 17 000 DM gewesen, was einem Anstieg von 80 % in diesen 15 Jahren entspricht. Mit diesem Vermögenszuwachs ging eine deutliche Strukturveränderung hinsichtlich der verschiedenen Anlageformen einher: Wurden 1973 noch knapp 50 % des Bruttogeldvermögens auf Sparbüchern und 30 % in Form von Bausparguthaben gehalten, waren es 1988 nur noch 41 % bzw. 20 %. Dagegen erfreuen sich Wertpapiere mit einem Anteil von 39 % im Jahre 1988 gegenüber 20 % im Jahre 1973 deutlich wachsender Beliebtheit. Doch nicht nur das durchschnittliche Bruttogeldvermögen, sondern auch die Kreditverpflichtungen aus Konsumentenkrediten wuchsen zwischen 1973 und 1988 kräftig an. Wenn auch der Anteil der Haushalte, die solche Kreditverpflichtungen eingingen, sowohl Ende 1973 mit 16 % als auch Ende 1988 mit 18 % verhältnismäßig gering war, so stieg doch deren durchschnittliche Kreditverpflichtung im genannten Zeitraum von 5 900 DM auf 12 800 DM an. Die Schulden der Haushalte mit Kreditverpflichtungen nahmen also im Durchschnitt stärker zu als die Bruttogeldvermögen aller privaten Haushalte. Dadurch erfuhr das durchschnittliche Nettogeldvermögen aller privaten Haushalte – 1973 betrug es knapp 16 000 DM, 1988 knapp 28 000 DM –, mit 75 % einen geringeren Anstieg als das durchschnittliche Bruttogeldvermögen.

Das Geldvermögen ist dabei keineswegs gleichmäßig verteilt. Dies gilt für das Nettogeldvermögen noch mehr als für das Bruttogeldvermögen und bedeutet, daß die Masse der privaten Haushalte lediglich ein Geldvermögen besitzt, das unterhalb des Durchschnittswertes liegt. Dieser wird seinerseits von relativ wenigen Vermögenden nach oben gezogen. So verfügten am 31. Dezember 1988 die obersten 10 % der Haushalte über die Hälfte des gesamten ausgewiesenen Nettogeldvermögens, während andererseits bei der unteren Hälfte der Haushalte das jeweilige Nettogeldvermögen 10 000 DM nicht überstieg. Dieses Ausmaß der Ungleichverteilung überrascht zumindest insofern, als in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wie ausgeführt Spitzenverdiener mit tendentiell höheren Vermögen gar nicht erfaßt werden. Die Höhe des individuellen Nettogeldvermögens hängt dabei neben der Einkommenshöhe auch von der Ansparzeit ab. Letzteres erklärt die relativ günstige und vor allem gegenüber 1973 stark verbesserte Geldvermögensposition älterer und kleinerer Haushalte von Nichterwerbstätigen, insbesondere von Rentnern *(Schaubild 11)*.

Eigentumsquote beim Grundvermögen bei 56 %

Angesichts der Höhe der jeweiligen Vermögensbeträge hängt die gesamte Vermögensposition eines Haushalts jedoch wesentlich davon ab, ob er Grundvermögen besitzt oder nicht. Die Eigentumsquote, definiert als Anteil der privaten Haushalte mit Grundvermögen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte, betrug Ende 1988 immerhin 56 %, 11 Prozentpunkte mehr als 1973. Verbunden mit dem Anstieg der Eigentumsquote ist allerdings auch ein rapider Anstieg der Belastung durch Hypotheken und Baudarlehen: Betrug die durchschnittliche Restschuld der privaten Haushalte mit entsprechenden Kreditverpflichtungen Ende 1973 noch lediglich 47 500 DM, waren es Ende 1988 bereits 106 300 DM, also mehr als das Doppelte. Die Ursache dieser Entwicklung dürfte vor allem in den starken Preissteigerungen bei Immobilien im genannten Zeitraum liegen. Interessanterweise hat sich vor allem für Rentner wie schon die Geld- auch die Grundvermö-

12 Die Abschneidegrenze lag bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM.

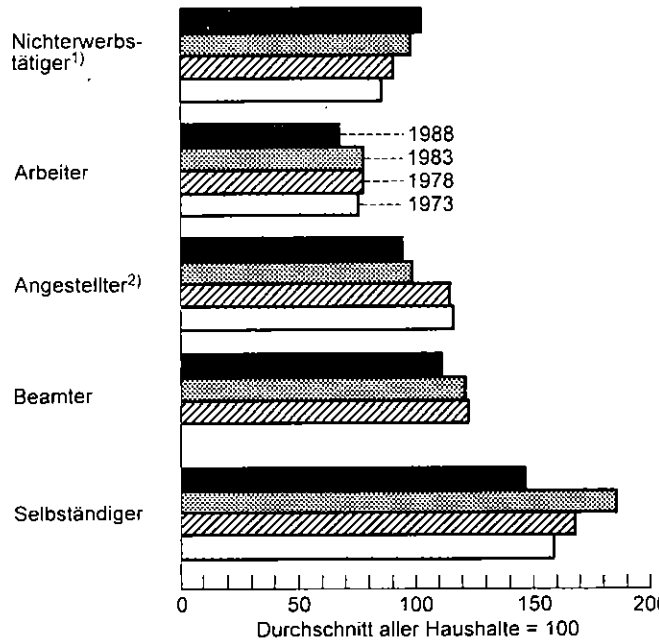
13 Unbeschränkt vermögensteuerpflichtig sind natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von mehr als 70 000 DM. Bei gemeinsamer Veranlagung von Haushalten wird dieser Freibetrag mit der Zahl der gemeinsam Veranlagten multipliziert.

14 Vgl. hierzu auch die ausführliche Darstellung bei Kössler, Richard: Die Vermögenslage breiter Bevölkerungsschichten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1994, S. 261 - 270.

gensposition trotz ihrer relativ geringen Einkommen in diesem Zeitraum deutlich verbessert. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen ist nicht nur die Eigentumsquote von 1973 bis 1988 um fast 15 Prozentpunkte auf über 50 % kräftig gestiegen. Nichterwerbstätige mit Grundbesitz waren auch zu 78 % schuldenfrei. Dagegen wiesen Ehepaare mit Kindern zwar sehr hohe Eigentumsquoten, aber auch sehr hohe Restschulden auf. So besaßen beispielsweise über 80 % der Familien mit drei und mehr Kindern Grundvermögen, doch von diesen waren fast 2/3 noch mit Hypotheken und Baudarlehen in einer durchschnittlichen Höhe von über 150 000 DM belastet. Überdies hat sich die Eigentumsquote der Haushalte mit einer unter 35 Jahre alten Bezugsperson gegenüber 1978 von 33 % auf 28 % deutlich verringert. Der Grunderwerb erfolgt damit im individuellen Lebensverlauf also später als dies noch 10 Jahre zuvor der Fall war. Auch dies dürfte zum Großteil Folge der Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt sein.

Schaubild 11

Nettogeldvermögen*) in Baden-Württemberg Ende 1973, 1978, 1983 und 1988 nach der sozialen Stellung der Bezugsperson



*) Ohne sonstiges Geldvermogen - 1) Einschließlich Arbeitslose - 2) 1973 einschließlich Beamter

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 365 95

Zur Höhe und Verteilung des steuerlichen Vermögens [15]

Ein Teil der in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht eingehenden Spitzenverdiener werden in der Vermögensteuerstatistik erfaßt. Da dort das gesamte Vermögen der Vermögensteuerpflichtigen erfaßt wird, ermöglicht die Vermögensteuerstatistik trotz teilweise unterschiedlicher Bewertung der einzelnen Vermögensarten eine recht vollständige Beurteilung der Vermögenssituation der "reicheren" Haushalte. In Baden-Württemberg besaßen 1989 knapp 185 000 natürliche Personen bzw. Haushalte ein Pro-Kopf-Vermögen von 70 000 DM und mehr und waren damit unbeschränkt vermögensteuerpflichtig. Dies entspricht einem Anteil von 4,4 % aller privaten Haushalte und bedeutete gegenüber 1974 mehr als eine Verdoppelung. Das auf diese Weise repräsentierte Gesamtvermögen betrug 1989 über 122,5 Mrd. DM, etwa dreimal soviel wie 1974. Rein rechnerisch erhöhte sich das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen im genannten Zeitraum damit von etwa 584 000 DM um 14 % auf etwa 663 000 DM.

Das steuerliche Vermögen ist jedoch noch ungleichmäßiger verteilt als das in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfaßte Geld- und Grundvermögen der breiten Bevölkerungsschichten: Während sich die Steuerpflichtigen im mittleren Bereich der Verteilung konzentrieren, sind die von ihnen gehaltenen Vermögen in den oberen Größenklassen konzentriert. So besaßen 1989 nur 10 % der Steuerpflichtigen ein Vermögen von mehr als 1 Mill. DM. Diese 10 % "Reichsten" verfügten jedoch über 56 % des gesamten steuerlichen Vermögens. Umgekehrt betrug das Vermögen von 51 % der Steuerpflichtigen nicht mehr als 300 000 DM. Das von diesen gehaltene Vermögen machte zusammen nur einen Anteil von knapp 15 % des gesamten steuerlichen Vermögens aus. Betrachtet man die Sozialstruktur der Vermögensteuerpflichtigen, fällt insbesondere auf, daß der Anteil der Nichterwerbstätigen, also im wesentlichen der Rentner und Pensionäre, gegenüber 1974 von 36 % auf 56 % angestiegen ist. Hier zeichnet sich eine deutliche Parallele zu den obigen Ausführungen über das Geld- und Grundvermögen ab. Die Rentner haben also ihre relative Vermögensposition in diesen 15 Jahren insgesamt deutlich verbessert, was nicht zuletzt auf die einschneidenden demographischen Veränderungen in diesem Zeitraum zurückzuführen ist.

15 Vgl. hierzu auch die ausführliche Darstellung bei Drißner, Engelbert: Zur Verteilung des steuerlichen Vermögens, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1994, S. 318 - 328.

Öffentliche Finanzen

Das Land Baden-Württemberg konnte im Jahre 1994 seinen Konsolidierungskurs fortsetzen. Obwohl die bereinigten Einnahmen gegenüber 1993 um 0,1 % auf 48,28 Mrd. DM zurückgegangen sind und vor allem die Steuereinnahmen um 3,8 % auf 35,79 Mrd. DM abgenommen haben, mußte die Nettokreditaufnahme gegenüber 1993 (1,63 Mrd. DM) nur leicht auf 1,69 Mrd. DM ausgeweitet werden. Bei einer Bruttokreditaufnahme von 8,47 Mrd. DM konnten die Tilgungsausgaben auf 6,78 Mrd. DM erhöht werden, das sind 1,15 Mrd. DM mehr als 1993.

Die trotz ungünstiger Einnahmenentwicklung nur geringfügige Steigerung der Neuverschuldung wurde durch einen Rückgang der bereinigten Ausgaben um ebenfalls 0,7 % auf 49,62 Mrd. DM erreicht. Unter den wichtigsten Ausgabenpositionen sind dabei die Personalausgaben um 2,2 % auf 20,94 Mrd. DM angestiegen, die Sachausgaben haben um 2,7 % auf 28,68 Mrd. DM abgenommen; hierin sind auch die Leistungen im Länderfinanzausgleich enthalten, die wegen des überdurchschnittlich starken Rückgangs der baden-württembergischen Steuereinnahmen 1994 niedriger ausgefallen sind als in den Jahren zuvor.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes war 1994 sehr differenziert. So ist der Rückgang um 3,8 % gegenüber 1993 ausschließlich durch Mindereinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern verursacht, die – vornehmlich konjunkturbedingt – insgesamt um 5,1 % abgenommen haben, darunter die Steuern vom Einkommen um 6,8 % und die Steuern vom Umsatz um 3,5 %. Demgegenüber kamen durch reine Landessteuern 4,6 % mehr in die Landeskasse als ein Jahr zuvor. Die Steuereinnahmen haben 1994 gerade 72,1 % der Gesamtausgaben gedeckt, 1993 waren es noch 74,4 %.

Die Steuereinnahmen lagen 1994 um 2,6 % unter dem Haushaltsansatz, dagegen konnten bei den sonstigen Einnahmen 4,7 % mehr eingenommen werden als im Haushaltssoll vorgesehen war. Auf der Ausgabenseite wurden die Personalausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz um 1,0 % und die Sachausgaben um 4,4 % unterschritten. Dadurch konnte die Nettokreditaufnahme 1994 um 372 Mill. DM oder 18,0 % unter dem Haushaltsansatz bleiben.

Die Schulden des Landes beliefen sich Ende 1994 auf 49,1 Mrd. DM gegenüber 47,4 Mrd. DM im Vorjahr. Dies ergibt je Einwohner einen Betrag von 4 788 DM für 1994 gegenüber 4 646 DM im Jahre 1993.

Im 1. Quartal 1995 sind die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 8,5 % oder um 741 Mill. DM auf 9,48 Mrd. DM angestiegen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß zwischen dem 1. Quartal 1993 und dem 1. Quartal 1994 die Steuereinnahmen um 556 Mill. DM oder um 6,0 % zurückgegangen sind. Anders als im Gesamtjahr 1994 hat der Anteil des Landes an den Gemeinschaftsteuern mit 10,1 % überdurchschnittlich zugenommen, darunter die Steuern vom Einkommen um 5,1 % und die Steuern vom Umsatz um 22,0 %. Die starke Zunahme bei den Gemeinschaftsteuern ist im wesentlichen durch eine geänderte Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zum Ausgleich der Belastungen der alten Länder durch den neuen gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich verursacht. Die reinen Landessteuern haben mit + 0,1 % praktisch stagniert.

Bei den baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) konnte 1994 erstmals seit der Landesgründung ein Rückgang der Ausgaben festgestellt werden. Die Ausgaben aller Gemeinden/Gv. (bereinigt um besondere Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnische Verrechnungen; ohne Zahlungen der Gemeinden/Gv. untereinander) betrugen 38 524 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr (1993: 39 477 Mill. DM) ist dies ein Rückgang um 953 Mill. DM (- 2,4 %).

Große Ausgabepositionen waren die Personalausgaben mit 9 591 Mill. DM (+ 0,9 %), der laufende Sachaufwand mit 7 061 Mill. DM (- 1,0 %) sowie die Sozialleistungen mit 5 716 Mill. DM (+ 2,0 %). Die letztgenannte Veränderungsrate ist jedoch infolge von Verbuchungsänderungen mit Unsicherheiten behaftet. Wären die Sozialleistungen wie in den Vorjahren ausgewiesen, würde – nach einer Schätzung – die Steigerungsrate bei ca. 5 % liegen.

Erhebliche Rückgänge sind dagegen bei den investiven Ausgaben festzustellen: Die Sachinvestitionen gingen gegenüber 1993 um 16,3 % auf 7 185 Mill. DM zurück. Der größte Teil davon waren die Baumaßnahmen mit Ausgaben in Höhe von 5 513 Mill. DM (- 16,9 %). Der Rückgang der Investitionen überlagerte die Steigerung bei den laufenden Ausgaben, so daß bei den Ausgaben insgesamt der schon erwähnte Rückgang um 2,4 % festgestellt wurde.

Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gv. betrugen 1994 insgesamt 38 453 Mill. DM (+ 0,9 %). Die Nettosteuereinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 13 915 Mill. DM und gingen insgesamt um 1,2 % zurück. Die Gewerbesteuereinnahmen blieben zwar mit 6 506 Mill. DM fast auf Vorjahresniveau (- 0,1 %), durch die höhere Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund (1 010 Mill. DM, + 41,3 %) sank jedoch der den Gemeinden verbleibende Teil auf 5 496 Mill. DM (- 5,2 %). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging um 0,7 % auf 6 554 Mill. DM zurück, die Grundsteuereinnahmen stiegen auf 1 699 Mill. DM (+ 11,5 %).

Die Schlüssel-, Bedarfs- und sonstigen allgemeinen Zuweisungen vom Land lagen 1994 bei 6 574 Mill. DM und damit 2,6 % niedriger als im Vorjahr. Die Erstattungen und laufenden Zuweisungen vom Land betrugen 2 896 Mill. DM (+ 1,7 %).

Der Finanzierungssaldo als Differenz zwischen den bereinigten Einnahmen und Ausgaben lag bei - 71 Mill. DM. Zum Vergleich: 1993 war er ebenso negativ, betrug jedoch - 1 354 Mill. DM. Dieser Rückgang ist sicherlich auch ein Ergebnis der Sparanstrengungen der Kommunen, beruht jedoch zum Teil auf außerordentlichen Einnahmen infolge von Auslagerungen kommunaler Betriebe aus den Haushalten.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich Ende 1994 auf 17 144 Mill. DM. Das waren 113 Mill. DM mehr als 1993. Bezieht man diese Beträge auf die Einwohner des Landes, so ergibt sich für 1994 ein Pro-Kopf-Schuldenstand von 1 673 DM (+ 3,50 DM gegenüber dem Vorjahr).

Wirtschaftliche Perspektiven

Die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der seit 1993 anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in der Weltwirtschaft sind überwiegend günstig zu beurteilen.[16] Zum einen ist zu erwarten, daß die Rohstoffpreise nach dem kräftigen Anstieg in den Jahren 1993 und 1994 künftig nur noch moderat zunehmen werden. Begünstigt wird diese Entwicklung von der gegenwärtigen Schwäche des US-Dollars, wodurch die in dieser Währung fakturierten Rohstoffe für viele Abnehmerländer billiger werden. Ferner ist die Geldpolitik der meisten Notenbanken – vielfach unter dem Abwertungsdruck auf ihre Währungen – ebenso sowie die Finanzpolitik der Regierungen deutlich vom Bemühen um Stabilität gekennzeichnet. Diese Faktoren dürften auch für die Jahre 1995 und 1996 geringe Inflationsraten garantieren.

Zum anderen geht von der Belebung der Nachfrage vor allem in Westeuropa und in den asiatischen Schwellenländern ein starker Importsog aus. Trotz der Währungsturbulenzen in den ersten Monaten dieses Jahres ist daher mit einer weiterhin kräftigen Expansion des Welthandels zu rechnen. Der Zuwachs dürfte 1995 mit etwa 9 % eine ähnliche Größenordnung erreichen wie 1994. Bedingt durch das allmähliche Abflachen der konjunkturellen Entwicklung in den USA sowie durch lagerzyklische Einflüsse in Westeuropa dürften die Impulse für den Welthandel 1996 zwar etwas geringer ausfallen, doch ist auch dann noch mit einem Wachstum der internationalen Handelsströme von etwa 7 % zu rechnen. Allerdings sind Prognosen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig mit einer größeren Unsicherheit behaftet als sonst: Durch die von der Europäischen Union verordnete Umstellung der Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe auf neue Produkt- und Wirtschaftszweigsystematiken liegen im Moment kaum amtliche Daten vor, die einen Einblick in die Konjunkturentwicklung dieses so gewichtigen Wirtschaftsbereichs zulassen.

Konjunkturaufschwung vor allem in Westeuropa

Die künftige Entwicklung der Binnennachfrage in den einzelnen Ländern und damit auch der Absatzchancen baden-württembergischer Exporteure ist in hohem Maße davon abhängig, in welchem konjunkturellen Stadium sich das jeweilige Land befindet *(Tabelle 22)*. So zeichnet sich in den USA bereits für 1995, vor allem

Tabelle 22

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Industrieländern 1994 bis 1996

– Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % –

Region/Land	1994	1995[1)]	1996[1)]
Westeuropa	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,5
darunter			
Deutschland	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,0
Frankreich	+ 2,5	+ 3,0	.
Italien	+ 2,4	+ 2,75	.
Großbritannien	+ 3,8	+ 3,0	.
USA	+ 4,1	+ 3,25	+ 1,75
Japan	+ 0,6	+ 1,75	+ 3,0

1) Prognose im Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute e. V.

Quelle: DIW-Wochenbericht, Heft 15/16, 1995

16 Den folgenden Einschätzungen liegen die Prognosen im Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. zugrunde. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1995, in: DIW-Wochenbericht, Heft 15/16, 13. April 1995, S. 299 - 330.

aber für 1996 eine deutliche Abflachung der Konjunktur ab. Der bislang starke Importsog wird damit deutlich geringer werden, zumal sich Exporte in die USA durch die Schwäche des US-Dollars erheblich verteuern. Eine Fortsetzung des wenn auch moderaten Konjunkturaufschwungs ist dagegen in den westeuropäischen Ländern zu erwarten. Zwar wird dort das reale Bruttoinlandsprodukt 1996 wohl etwas weniger stark zunehmen als 1995, doch ist dies ausschließlich auf die nachlassende Dynamik bei den Exporten in Drittländer zurückzuführen. Die Binnennachfrage und hier vor allem die Anlageinvestitionen werden dagegen weiter kräftig expandieren und weitere Exportchanchen für baden-württembergische Unternehmen eröffnen.

In Japan verläuft die konjunkturelle Erholung vorläufig eher zurückhaltend. Hier ist unter anderem aufgrund der Stärke des Yens erst 1996 mit einem kräftigeren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Dagegen gelten die asiatischen Schwellenländer nach wie vor als eine ausgesprochene Wachstumsregion. Die Entwicklung in den Reformländern Osteuropas verläuft weiterhin gespalten. Während 1995 für Polen, Slowenien, die Slowakei und Tschechien Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts um 5 % prognostiziert werden, dürfte in den Staaten der GUS die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter schrumpfen.

Günstige Rahmenbedingungen für die Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland

Wie für fast alle Länder Westeuropas sind auch für Deutschland die Konjunkturaussichten in den Jahren 1995 und 1996 überwiegend erfreulich. Zwar stellt die momentane Stärke der DM eine schwerwiegende Belastung der Exporteure dar, doch bieten die übrigen volkswirtschaftlichen Rahmendaten durchweg günstige Bedingungen für eine weitere Festigung der Aufschwungtendenzen. Zu nennen sind dabei insbesondere die Preisstabilität und das niedrige Zinsniveau. Hinzu kommen aber auch erste Erfolge der in der zurückliegenden Rezession intensiv betriebenen Rationalisierungsmaßnahmen. Diese trugen wesentlich zur Senkung der Lohnstückkosten und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei. In Verbindung mit den vergleichsweise niedrigen Kapitalmarktzinsen führt die verbesserte Ertragslage der Unternehmen außerdem dazu, daß Investitionen in Sachkapital wieder rentabler werden. Nicht zuletzt deshalb dürften die Ausrüstungsinvestitionen 1995/96 zur wichtigsten Stütze der konjunkturellen Entwicklung werden *(Tabelle 23)*. Damit stellt sich auch eine gewisse Verlagerung auf die Inlandsnachfrage ein.

Für den Export wird zwar 1995 noch eine ähnliche hohe Wachstumsrate wie bei den Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Durch die Aufwertung der DM dürfte sich das Exportwachstum 1996 jedoch merklich reduzieren. Die Baukonjunktur, 1994 neben dem Export noch wichtigster Träger der Aufwärtsentwicklung, dürfte in Westdeutschland merklich an Schwung verlieren. Dies gilt vor dem Hintergrund reduzierter staatlicher Fördermaßnahmen und geringerer Renditeerwartungen besonders für den Wohnungsbau. Der Rückgang dort dürfte durch die zu erwartenden Zuwächse beim gewerblich-industriellen Bau lediglich ausgeglichen werden. Angesichts der Bestrebungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte werden auch vom öffentlichen Bau keine wesentlichen Impulse ausgehen, so daß die Bauinvestitionen insgesamt 1995 nur geringfügig zunehmen dürften. Die Einführung des Solidaritätszuschlags und der Pflegeversicherung zum Jahresbeginn steht einem spürbaren Anstieg des verfügbaren Realeinkommens der privaten Haushalte 1995 entgegen. Außerdem hat die Sparquote mittlerweile ein so niedriges Niveau erreicht, daß ein weiterer signifikanter Rückgang kaum zu erwarten ist. Mit einer deutlichen Belebung der privaten Konsumnachfrage ist daher erst zu rechnen, wenn die Beschäftigung wieder zunimmt.

Im Gesamtergebnis für das Jahr 1995 rechnen sowohl der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung als auch das Frühjahrsgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Westdeutschland von 2,5 %, der etwas über dem Zuwachs des Jahres 1994 liegt. Für 1996 ist nach der Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute aufgrund der Aufwertung der DM und der damit verbundenen Abflachung der Exporte ein etwas geringerer Zuwachs zu veranschlagen. Als Kehrseite der Rationalisierungserfolge geht von dieser Expansion jedoch kein durchgreifender positiver Beschäftigungseffekt aus. So ist 1995 in Westdeutschland lediglich damit zu rechnen, daß der seit 1992 andauernde Stellenabbau gestoppt wird.

Perspektiven für Baden-Württemberg

Ein Blick auf den bisherigen Konjunkturverlauf im Land und im früheren Bundesgebiet gibt Hinweise auch auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg *(Tabelle 24)*. Dabei wird deutlich, daß der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts 1993 im Land vor allem deshalb stärker ausfiel, weil das Verarbeitende Gewerbe – insbesondere das Investitionsgütergewerbe – und auch Teile des Baugewerbes in Baden-Württemberg heftiger von der Rezession erfaßt wurden als im früheren Bundesgebiet. Hinzu kommt, daß das Verarbeitende Gewerbe im Land einen wesentlich höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung innehat. Im beginnenden Aufschwung 1994 entsprach das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg dem Durchschnitt der alten Bundesländer, obwohl Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe nur unterdurch-

schnittlich zulegten. Für den Ausgleich sorgte vielmehr das stärkere Wachstum in den Dienstleistungsbranchen "Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen" sowie "Wohnungsvermietung".

Das im Land besonders stark vertretene Investitionsgütergewerbe dürfte wieder stärker vom Aufschwung profitieren. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß im 4. Quartal 1995 im Investitionsgütergewerbe Baden-Württembergs besonders hohe Auftragseingänge aus dem Inland zu verzeichnen waren. Deren Zunahme überschritt mit 12,5 % sogar erstmals seit längerer Zeit das Wachstum der Auslandaufträge. Das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs wird daher – spiegelbildlich zur Rezession 1992/93 – im laufenden Jahr wohl etwas stärker zulegen können als im westli-

Tabelle 23

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet 1995 und Ist-Werte 1994

Merkmal	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
		Prognosen			Prognosen	
	Ist-Werte	Jahreswirtschaftsbericht [1]	Frühjahrsgutachten [2]	Ist-Werte	Jahreswirtschaftsbericht [1]	Frühjahrsgutachten [2]
	1994	1995		1994	1995	
	Mill.					
Arbeitslose	2,556	rd. 2,4	2,48	1,142	rd. 1,0	1,015
	Prozent					
Arbeitslosenquote [3]	*8,3*	*7,5 bis 8,0*	*8,1*	*14,8*	*12 bis 13*	*13,1*
	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Erwerbstätige	*- 1,3*	*rd. 0,5*	*0,0*	*+ 1,1*	*rd. 2,5*	*+ 2,0*
Entstehung des Sozialprodukts (real)						
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	*+ 2,3*	*rd. 2,5*	*+ 2,5*	*+ 9,2*	*8,0 bis 10,0*	*+ 8,5*
Verwendung des Sozialprodukts (real)						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	*+ 1,6*	*rd. 2,5*	*+ 2,0*	*+ 8,4*	*8,0 bis 10,0*	*+ 8,5*
Privater Verbrauch	*+ 0,8*	*0,5 bis 1,0*	*+ 1,0*	*+ 4,5*	*2,0 bis 2,5*	*+ 2,0*
Staatsverbrauch	*+ 1,1*	*rd. 1,0*	*+ 1,5*	*+ 1,8*	*rd. 0,5*	*+ 2,0*
Anlageinvestitionen	*+ 1,2*	*4,0 bis 5,0*	*+ 3,5*	*+ 16,5*	*13,0 bis 15,0*	*+ 13,5*
Ausrüstungen	*- 3,1*	*7,5 bis 8,5*	*+ 7,5*	*+ 7,4*	*11,0 bis 13,0*	*+ 10,5*
Bauten	*+ 4,1*	*1,5 bis 2,5*	*+ 1,0*	*+ 21,6*	*14,0 bis 16,0*	*+ 15,0*
Ausfuhr	*+ 7,7*	*rd. 7,5*	*+ 7,5*	*+ 22,6*	*22,0 bis 24,0*	*+ 21,5*
Einfuhr	*+ 7,1*	*rd. 7,5*	*+ 6,5*	*+ 9,4*	*rd. 7,0*	*+ 5,5*
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	*+ 2,6*	*rd. 2,0*	*+ 2,0*	*+ 3,0*	*rd. 2,5*	*+ 3,0*
Bruttoinlandsprodukt	*+ 2,0*	*rd. 2,0*	*+ 2,0*	*+ 2,9*	*rd. 2,0*	*+ 2,5*
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	*+ 3,2*	*rd. 4,5*	*+ 4,5*	*+ 10,1*	*8,0 bis 10,0*	*+ 11,0*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*+ 1,2*	*3,0 bis 3,5*	*+ 3,5*	*+ 8,5*	*7,5 bis 8,0*	*+ 7,5*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*+ 8,4*	*6,0 bis 8,0*	*+ 7,5*	.	*30,0 bis 40,0*	.
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	*+ 2,1*	*2,5 bis 3,0*	*+ 3,0*	*+ 5,1*	*4,0 bis 5,0*	*+ 4,5*

1) Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung. – 2) Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1995 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). – 3) Arbeitslose bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen.

chen Bundesgebiet. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte demnach im Land 1995 und 1996 etwas höher ausfallen als im westlichen Bundesgebiet.

Voraussetzungen für eine langfristige Verstetigung des Wachstumspfades

Der für 1995 und 1996 prognostizierte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bleibt zweifellos hinter dem zurück, was mittelfristig möglich und vor allem beschäftigungswirksam notwendig wäre. Die Wachstums- und Beschäftigungspolitik bleibt daher das wichtigste Aufgabenfeld der Entscheidungsträger in Staat und Wirtschaft. Die Deutsche Bundesbank hat in den letzten Jahren durch ihre am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldmengensteuerung einen wesentlichen Beitrag zur Preisniveaustabilität geleistet. Dagegen könnte der vergleichsweise hohe Tarifabschluß in der Metallindustrie zu Beginn des Jahres 1995 zu einer ernsthaften Belastung für die Unternehmen werden. Der damit verbundene Anstieg der Lohnstückkosten dürfte zwar durch die hohen Produktivitätsfortschritte gemildert werden. Letztere finden dadurch aber in entsprechend geringerem Maße Niederschlag in Steigerungen der Rentabilität und in Erweiterungsinvestitionen.

Gefordert bleibt weiterhin die Finanzpolitik. Positiv ist zu vermerken, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte gegenüber 1993 mittlerweile deutlich reduziert wurde. Bedenklich ist dagegen der enorme Anstieg der Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Die Abgabenquote erreicht 1995 mit 44,5 % Rekordniveau. Gerade im Hinblick auf die Schwäche der privaten Konsumnachfrage ist aber eine Rückführung dieser Quote dringend geboten. Ein gleichzeitiger Abbau von Abgabenbelastung und Haushaltsdefizit kann nur über eine entschlossene Ausgabenreduktion erreicht werden. Lediglich auf diese Weise wird mittelfristig die Staatsquote gesenkt und eine wesentliche Rahmenbedingung für mehr Investitionen und eine höhere Beschäftigung geschaffen. Im Zentrum der Bemühungen um einen Abbau der Abgabenbelastung

Tabelle 24

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1993 und 1994 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

Wirtschaftsbereich	Baden-Württemberg			Früheres Bundesgebiet		
	Veränderung 1993 gegenüber 1992	Veränderung 1994 gegenüber 1993	Anteil an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1994	Veränderung 1993 gegenüber 1992	Veränderung 1994 gegenüber 1993	Anteil an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1994
	%					
Bruttoinlandsprodukt	- 2,8	+ 2,3	X	- 1,7	+ 2,3	X
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 8,6	+ 4,3	1,4	- 4,2	- 1,7	1,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	- 2,1	- 0,7	2,0	- 3,7	- 1,5	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	- 8,5	+ 2,0	35,1	- 7,7	+ 2,5	27,8
Baugewerbe	- 4,3	+ 2,0	5,7	- 1,1	+ 3,2	5,5
Handel	- 2,5	- 0,6	7,6	- 2,1	- 0,4	9,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,6	+ 1,2	4,6	+ 0,8	+ 1,1	5,9
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	+ 5,7	+ 8,4	5,4	+ 5,7	+ 7,8	6,2
Wohnungsvermietung [1]	+ 4,5	+ 4,1	7,3	+ 3,8	+ 3,5	7,7
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	+ 2,2	+ 3,1	19,1	+ 2,4	+ 3,0	20,5
Staat, private Haushalte [2]	+ 1,9	+ 1,1	11,8	+ 1,2	+ 0,8	13,3

1) Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

sollte die Reduzierung der auf hohem Niveau befindlichen Lohnnebenkosten stehen. Dies legen die Erfahrungen der jüngsten Zeit besonders nahe: Das Ziel, durch Rationalisierung und Personalabbau die Produktionskosten zu senken, spielte nämlich sowohl in der Rezession als auch im beginnenden Aufschwung eine übergeordnete Rolle. Der jüngste Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe ist daher zweifellos auch auf Erfolge bei der Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen. Gleichzeitig macht er aber deutlich, daß der Produktionsfaktor Arbeit mit zu hohen Kosten belastet ist und sein Einsatz deshalb besonders stark reduziert wurde.

Die Tatsache, daß von den traditionellen "Paradebranchen" des Landes mittlerweile geringere Arbeitsmarkteffekte ausgehen als in vergleichbaren Aufschwungphasen früherer Jahre, deutet überdies auf ein weiteres Voranschreiten des Strukturwandels in Baden-Württemberg hin. Bei der Bewältigung dieses erforderlichen und zwangsläufigen Strukturwandels sind in erster Linie die Unternehmen selbst gefordert. Bei einer Rückbesinnung auf Tugenden wie Kreativität, Leistungs- und Risikobereitschaft sowie einer Fortentwicklung des im Land in hohem Maße vorhandenen Forschungspotentials sollte diese Aufgabe aber gut zu lösen sein.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

Zur Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Bei Aussagen zu den Lebensbedingungen in Stadt und Land schwingt auch heute häufig noch unterschwellig die Nachteilsvermutung für den ländlichen Raum mit, die früher obligatorisch war. In der Bildungsdebatte der 60er Jahre beispielsweise wurde die Ungleichheit der Bildungschancen thematisch durch die katholische Arbeitertochter präzisiert, ein Ausdruck, der durch den Zusatz "vom Land" seine Krönung erfahren hat. Von einem regionalen Bildungsgefälle spricht heute niemand mehr und seit verbesserte Verkehrsverbindungen es ermöglichen, daß "man" auf dem Lande wohnt und in der Stadt arbeitet, wird im unterschiedlichen Wirtschaftsprofil der beiden Gebietstypen mehr das sich Ergänzende als das Gegensätzliche gesehen. Die Wirtschaft des Landes ist durch vielfältige Aktivitäten miteinander verbunden und so neigt sie permanent dazu, auseinanderstrebende Entwicklungen mit der Zeit umzukehren und wieder einem Ausgleich zuzuführen. Seit den 70er Jahren verlangsamt sich das Wachstum im Kern der Ballungsgebiete, während die Randzonen und vielfach auch das Umland schneller wachsen. Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme städtischen Wohnens und Arbeitens. Bodenknappheit und hohe Bodenpreise verdrängen das Wohnen und Produzieren aus den Zentren und in dessen Sog siedeln sich dort andere, finanzkräftigere Funktionen an. Gerade die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten trägt aber dazu bei, daß das Verkehrsaufkommen, die Umweltbelastungen und auch der Aufwand für die erforderliche Infrastruktur zunehmen.

Von daher ist es wichtig, sich von Zeit zu Zeit über die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Räumen des Landes einen Überblick zu verschaffen und den Blick vor allem auf die Kräfte zu richten, die über den Rand der Ballungsgebiete hinaus und in diese hinein wirken. Wenn im folgenden Aussagen über die Wirtschaftskraft gemacht werden, so hat im allgemeinen wohl jeder intuitiv eine recht gute Vorstellung davon. Unter "Kraft" versteht man im physikalischen Sinn einen zielgerichteten Vektor, der die Ursache von Bewegungsänderungen beschreibt. Entsprechend wird im folgenden unter Wirtschaftskraft das aus der wirtschaftlichen Struktur, den vorgegebenen Rahmenbedingungen und anderen Einflußgrößen begründbare Potential für wirtschaftliche Leistungen verstanden. Gegenstand der Untersuchung sind zunächst die wirtschaftlichen Leistungen selbst. Zu untersuchen ist aber auch die Ursache-Wirkungs-Konstellation, aus der heraus die Wirtschaft einer Region ihre Leistungen erbringt. Wirtschaft und Gebiet sind in charakteristischer Weise miteinander verflochten, sie unterscheiden sich von anderen Gebieten unter anderem durch seine Größe, Wirtschaftsstruktur und Einkommensverhältnisse und reagieren deshalb auch unterschiedlich auf die allgemeinen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Wirtschaftskraft eines Raumes ist allerdings nur ein Faktor, der neben anderen wie beispielsweise die Lage, Verkehrsanbindung, Umwelt, Bildungseinrichtungen, Kultur den Wohlstand und die Lebensqualität kennzeichnen. Die zur Quantifizierung der Wirtschaftskraft erforderlichen Meßgrößen stammen im wesentlichen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und werden ergänzt durch Angaben aus der Beschäftigten-, der Arbeitsmarkt- und der Bevölkerungsstatistik. Zur Bemessung der wirtschaftlichen Leistung wird hier der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen vor anderen Indikatoren wie der Steuerkraftsumme oder der Bruttolohn- und Gehaltsumme der Vorzug gegeben. Sie ist auch bekannter und vor allem aktueller verfügbar als die sachinhaltlich adäquatere Größe "Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten", bei der die verzerrende Wirkung bestimmter Produkt-Steuern[1] eliminiert ist. Generell besteht aber Einigkeit darüber, daß die angesprochenen Zusammenhänge und Entwicklungen außerordentlich komplex sind. Die herangezogenen statistischen Kennziffern können diese nicht umfassend erklären. Sie dienen vielmehr als Indikatoren, die eine näherungsweise Beurteilung von Wirtschaftskraft und wirtschaftlicher Entwicklung eines Raumes erlauben.

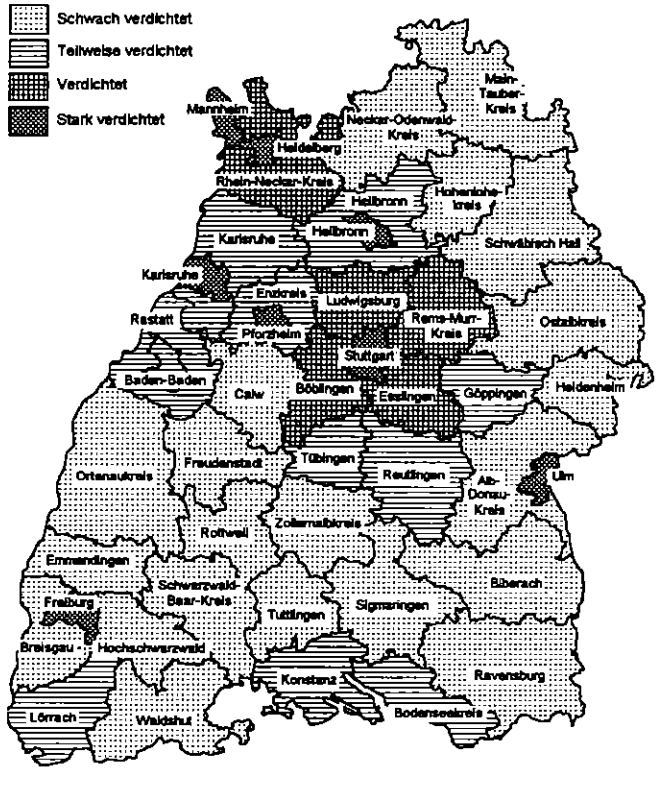
Wenn im folgenden nicht nach der Raumeinteilung des Landesentwicklungsplans (LEP) zurückgegriffen wird, so hat dies seinen Grund. Die kleinste regionale Einheit, für die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorliegen, ist die Ebene der Stadt- und Landkreise, die sich jedoch nicht mit den Grenzen der vom LEP definierten Räume decken. Diese werden deshalb – um im Sinne der Themenstellung dennoch zu Trendaussagen über die wirtschaftliche Entwicklung in verdichteten und weniger verdichteten Landesteilen zu kommen – zu möglichst homogenen Gebieten zusammengefaßt *(Schaubild 1)*. Als Ergebnis der nachfolgenden Analyse hat sich eine Gliederung des

1 Gemeint ist insbesondere die Mineralölsteuer, die den Marktpreis von Petroprodukten erhöht, ohne daß ihr eine wirtschaftliche Leistung vorausging. Dies wirkt sich in nennenswertem Umfang nur in den Stadtkreisen Mannheim und Karlsruhe aus, in letzterem sogar erheblich. Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen liegt in Karlsruhe um ein Viertel höher als die BWS zu Faktorkosten.

Landes in vier Raumtypen als günstig erwiesen, wobei die Stadtkreise ohne Unterscheidung zusammengefaßt und die Landkreise je nach Bevölkerungsdichte einem der drei anderen Raumtypen zugeordnet werden. Die Grenze zwischen verdichteten, teilweise verdichteten und schwach verdichteten Landkreisen ergibt sich aus der Bevölkerungsdichte, die dort große Intervalle aufweist *(Tabelle 1)*. Die verdichteten und teilweise verdichteten Landkreise liegen mit Schwerpunkt in der nördlichen Landeshälfte und bilden zusammen mit den Stadtkreisen einen breiten Gürtel, der sich von Nordwesten in südöstlicher Richtung erstreckt und nur vom Landkreis Calw und dem Alb-Donau-Kreis unterbrochen wird. Um diesen Gürtel herum gruppieren sich die nur schwach verdichteten Landkreise. Eine Sonderstellung nehmen in diesem Bild wegen ihrer Insellage die Stadtkreise Freiburg und Ulm sowie die im Süden die Landesgrenze flankierenden Gebiete am Drei-Ländereck und am Bodensee ein, die ebenfalls Verdichtungen aufweisen.

Schaubild 1

Bevölkerungsdichte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach ihrer Verdichtung 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 31/001/95

Wirtschaftsleistung in den Ballungsräumen besonders hoch

Wirtschaftliche Leistungen werden in den einzelnen Landesteilen in sehr unterschiedlicher Intensität erbracht. Allein 22 % der Bruttowertschöpfung des Landes werden auf einer Fläche von 525 km², das sind 1,5 % der Landesfläche, in den drei Großstädten Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim erwirtschaftet. Für alle Stadtkreise zusammen sind es 32 % der Bruttowertschöpfung auf 3,5 % der Landesfläche und zählt man die – stärker verdichteten – Landkreise der Region Stuttgart und den Rhein-Neckar-Kreis hinzu, dann entsteht gut die Hälfte der Wirtschaftsleistung auf einem Sechstel der Landesfläche. Umgekehrt werden in den nur schwach verdichteten Landkreisen auf zwei Dritteln der Landesfläche gerade 28 % der Wirtschaftsleistung erbracht.

Die Beobachtung, daß die wirtschaftliche Leistung in schwach verdichteten Kreisen niedrig und in verdichteten Kreisen entsprechend hoch ist, wird anschaulich am Anteil, den die Stadt- und Landkreise an der Bruttowertschöpfung des Landes haben *(Schaubild 2)*. Die verdichteten Landkreise leisten im Durchschnitt mit 4 % also einen doppelt so großen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung im Land wie teilweise verdichtete Landkreise (Anteil von 2 %) und diese wiederum im Durchschnitt um die Hälfte mehr als nur schwach verdichtete Kreise (Anteil von 1,5 % am Landeswert). Mit Abweichungen zeigt die Wirtschaftsleistung das gleiche Verteilungsmuster wie die Bevölkerungsdichte. Es läge also nahe, ganz allgemein zwischen der Bevölkerungsdichte und der Wirtschaftskraft einen kausalen Zusammenhang zu vermuten. Für diese These spricht auch der relativ hohe Korrelationskoeffizient von 0,75, was besagt, daß in der Regel die dicht besiedelten Kreise einen hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung haben und umgekehrt dünn besiedelte Räume meist nur einen kleinen Anteil. Eine so verkürzte Betrachtungsweise übersähe, daß der zahlenmäßig feststellbare Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Wertschöpfungsanteil durch andere Einflußfaktoren überlagert und durch sie unter Umständen stärker bestimmt sein kann als durch die Dichte der Besiedelung.

Wirtschaftsleistung steigt mit der Bevölkerungszahl

Was liegt näher, als anzunehmen, daß die Wertschöpfung eines Stadt- oder Landkreises ganz einfach von seiner Größe abhängt? Von der jeweiligen Fläche geht allerdings ein solcher Einfluß nicht aus. Im Gegenteil: die elf flächengrößten Kreise sind in der Rangskala nach der Wertschöpfung meist weit hinten zu finden, während die Stadtkreise trotz ihrer kleinen Fläche durch ihre Wirtschaftsstärke auffallen. Gerade diese

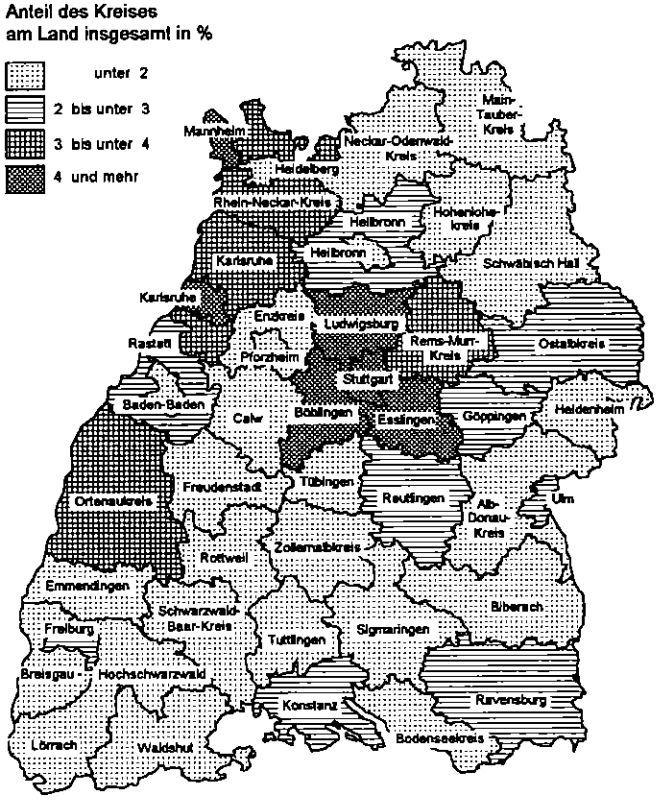
Tabelle 1

Bevölkerung, Fläche und Bevölkerungsdichte am 30.06.1994

Raumtyp — Kreise	Bevölkerung Anzahl	Fläche km^2	Bevölkerungs-dichte Einwohner / km^2
Stadtkreise	**1 931 610**	**1 244**	**1 553**
Stuttgart	591 980	207	2 855
Mannheim	317 296	145	2 189
Karlsruhe	277 683	173	1 601
Freiburg	197 795	153	1 292
Heidelberg	138 887	109	1 276
Heilbronn	122 605	100	1 228
Pforzheim	117 617	98	1 202
Ulm	115 160	119	970
Baden-Baden	52 587	140	375
Verdichtete Landkreise	**2 224 676**	**3 866**	**575**
Esslingen	490 207	641	764
Ludwigsburg	482 010	687	701
Böblingen	347 734	618	563
Rhein-Neckar-Kreis	508 872	1 062	479
Rems-Murr-Kreis	395 853	858	461
Teilweise verdichtete Landkreise	**2 484 079**	**8 042**	**309**
Göppingen	252 937	642	394
Tübingen	203 496	519	392
Karlsruhe	400 333	1 085	369
Enzkreis	184 630	574	322
Konstanz	255 546	818	312
Rastatt	220 162	739	298
Bodensee	191 666	665	288
Heilbronn	295 994	1 100	269
Lörrach	210 069	807	260
Reutlingen	269 246	1 094	246
Schwach verdichtete Landkreise	**3 607 160**	**22 599**	**160**
Heidenheim	136 280	627	217
Emmendingen	144 245	680	212
Ortenaukreis	392 508	1 861	211
Zollernalbkreis	191 701	918	209
Schwarzwald-Baar-Kreis	208 266	1 025	203
Ostalbkreis	308 324	1 511	204
Calw	156 940	798	197
Rottweil	137 637	769	179
Tuttlingen	127 738	734	174
Breisgau-Hochschwarzwald	227 265	1 378	165
Ravensburg	259 075	1 632	159
Waldshut	162 176	1 131	143
Freudenstadt	119 132	871	137
Alb-Donau-Kreis	178 191	1 357	131
Hohenlohekreis	100 688	777	130
Neckar-Odenwald-Kreis	144 897	1 126	129
Biberach	172 669	1 410	122
Schwäbisch Hall	176 966	1 484	119
Sigmaringen	128 178	1 204	106
Main-Tauber-Kreis	134 274	1 305	103
Baden-Württemberg	**10 247 515**	**35 752**	**287**

Schaubild 2

Verteilung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1994 auf die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 31/002/95

Beobachtung hatte ja eingangs zu der Vermutung geführt, die Wirtschaftskraft einer Region ganz allgemein als Funktion nicht seiner Größe, sondern der Siedlungsdichte zu begreifen. Nun kann die Größe eines Kreises auch durch seine Bevölkerungszahl ausgedrückt werden und es zeigt sich, daß – so verstanden – die Bruttowertschöpfung eines Kreises ein gut Teil Ausdruck seiner Größe ist. Fragen, die sich aus Unterschieden in der Rangordnung der Stadt- und Landkreise bezüglich der Bevölkerungsdichte und der jeweiligen Bruttowertschöpfung ergeben, finden hieraus in der Regel eine Erklärung. Die bevölkerungsreichen Landkreise im Umfeld von Stuttgart, von Mannheim sowie Karlsruhe und selbst weniger verdichtete, aber flächengroße Kreise, allen voran der Ortenaukreis, aber auch der Ostalbkreis und der Landkreis Ravensburg haben eine höhere Wertschöpfung als die übrigen Stadtkreise. Diese und auch die Verhältnisse in anderen, hier nicht genannten Kreisen, legen es nahe, für die Unterschiede im absoluten Umfang der Wertschöpfung zunächst einmal die Bevölkerungszahl verantwortlich zu machen. Für die Bevölkerungszahl und die Bruttowertschöpfung der Kreise errechnet sich überdies mit einem Korrelationskoeffizient von 0,82 auch mathematisch ein enger Zusammenhang.

Allerdings ist die Wirtschaftsleistung in den Stadtkreisen wesentlich höher als es nach der dort lebenden Bevölkerungszahl zu erwarten wäre. Gemessen an der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen werden in den Stadtkreisen nahezu ein Drittel aller Leistungen erbracht, obwohl nur gut ein Sechstel der Bevölkerung dort lebt. *(Tabelle 2).* Auch in den verdichteten Landkreisen um Stuttgart und Mannheim-Heidelberg liegt die Wirtschaftsleistung über dem Erwartungswert. Aus den an die Landeshauptstadt angrenzenden Landkreisen und den Rhein-Neckar-Kreis stammt jede fünfte im Land erwirtschaftete Mark, aber nur jeder siebte Einwohner. In den übrigen Landkreisen kehrt sich dieses Verhältnis um und ist in den vergleichsweise schwach verdichteten Landkreisen noch ungünstiger als in den teilweise verdichteten. 35 % der Bevölkerung entfallen auf diese zwanzig Kreise, aber nur 28 % der Bruttowertschöpfung des Landes. Die Bevölkerung ist offensichtlich nicht so stark auf die Ballungsgebiete konzentriert wie die Wirtschaftsleistung. Mit der Bevölkerungszahl sind also die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsleistung nur zum Teil zu erklären.

Ballungszentren mit großer Ausstrahlung auf das Umland

Der Einfluß, der von den wirtschaftlichen Gegebenheiten summarisch auf die Wirtschaftsleistung der Stadt- und Landkreise ausgeht, wird sichtbar, wenn man den Einfluß des Faktors "Größe" rechnerisch isoliert und ausschaltet. Der Ausdruck Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Einwohner, den man als Ergebnis einer solchen Operation erhält, ist allerdings – Unzulänglichkeit des Ausdrucks – nicht wörtlich zu verstehen. Es handelt sich dabei nicht etwa um einen DM-Betrag, der im Durchschnitt des jeweiligen Stadt- oder Landkreises von einem Einwohner erwirtschaftet wurde, sondern um eine Hilfsgröße, die näherungsweise beschreiben soll, welche Substanz die Wirtschaft einer Region hat, wenn man ihre Wirtschaftsleistung von der sie tragenden Bevölkerung abstrahiert. Natürlich ist dieser Maßstab reichlich grob, weil ein großer Anteil der ortsansässigen Bevölkerung nichts zu diesen Leistungen beigetragen hat oder aber als Pendler in Nachbarkreisen arbeitet.

Auch die so normierte Wirtschaftskraft zeigt ein deutliches Gefälle zwischen den Stadt- und Landkreisen. Es fällt aber auf, daß die Unterschiede zwischen den Landkreisen kleiner sind als bei absoluten Werten *(Tabelle 3).* Eine überdurchschnittliche gute Substanz haben offensichtlich die Stadtkreise, die nach der Bruttowertschöpfung je Einwohner allesamt die ersten zehn Plätze belegen. Daß die Großstädte Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe auch hinsichtlich der spezifischen Wirtschaftskraft ganz vorne zu finden sind, ist dabei nicht so überraschend wie die Beobachtung, daß die übrigen Stadtkreise trotz ihrer vergleichsweise ge-

Tabelle 2

Bevölkerung und Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1994

- Anteil am Land in % -

Raumtyp — Kreise	Bevölkerung [1]	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen [2]
Stadtkreise	**18,8**	**31,7**
Stuttgart	5,8	11,1
Mannheim	3,1	4,9
Karlsruhe	2,7	5,9
Freiburg	1,9	2,3
Heidelberg	1,4	1,8
Heilbronn	1,2	1,7
Pforzheim	1,1	1,3
Ulm	1,1	2,0
Baden-Baden	0,5	0,6
Verdichtete Landkreise	**21,7**	**20,2**
Esslingen	4,8	4,7
Ludwigsburg	4,7	4,2
Böblingen	3,4	4,5
Rhein-Neckar-Kreis	5,0	3,6
Rems-Murr-Kreis	3,9	3,2
Teilweise verdichtete Landkreise	**24,2**	**20,0**
Göppingen	2,5	2,1
Tübingen	2,0	1,4
Karlsruhe	3,9	3,2
Enzkreis	1,8	1,2
Konstanz	2,5	2,3
Rastatt	2,1	2,0
Bodensee	1,9	1,7
Heilbronn	2,9	2,1
Lörrach	2,0	1,7
Reutlingen	2,6	2,3
Schwach verdichtete Landkreise	**35,2**	**28,1**
Heidenheim	1,3	1,2
Emmendingen	1,4	0,9
Ortenaukreis	3,8	3,6
Zollernalbkreis	1,9	1,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	2,0	1,7
Ostalbkreis	3,0	2,4
Calw	1,5	1,0
Rottweil	1,3	1,2
Tuttlingen	1,2	1,1
Breisgau-Hochschwarzwald	2,2	1,4
Ravensburg	2,5	2,3
Waldshut	1,6	1,1
Freudenstadt	1,2	0,9
Alb-Donau-Kreis	1,7	1,1
Hohenlohekreis	1,0	0,8
Neckar-Odenwald-Kreis	1,4	1,0
Biberach	1,7	1,4
Schwäbisch Hall	1,7	1,5
Sigmaringen	1,3	1,0
Main-Tauber-Kreis	1,3	1,1
Baden-Württemberg	**100**	**100**

1) Stand 30.06.1994. - 2) Vorläufige Angaben.

Tabelle 3

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen insgesamt und je Einwohner 1992

Raumtyp — Kreise	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen		Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Einwohner	
	Mill. DM	Rang	Rang	DM
Stadtkreise	**140 481**			**72 890**
Stuttgart	50 467	*1*	*2*	84 620
Mannheim	20 062	*4*	*4*	63 360
Karlsruhe	27 013	*2*	*1*	96 730
Freiburg	10 006	*14*	*9*	51 430
Heidelberg	8 083	*21*	*6*	57 850
Heilbronn	7 259	*24*	*5*	60 990
Pforzheim	6 045	*30*	*8*	52 080
Ulm	9 007	*19*	*3*	79 690
Baden-Baden	2 538	*44*	*10*	48 140
Verdichtete Landkreise	**90 507**			**41 160**
Esslingen	21 469	*3*	*11*	43 940
Ludwigsburg	18 678	*6*	*21*	39 220
Böblingen	19 827	*5*	*7*	57 650
Rhein-Neckar-Kreis	15 745	*8*	*39*	31 500
Rems-Murr-Kreis	14 788	*9*	*26*	37 880
Teilweise verdichtete Landkreise	**89 088**			**36 720**
Göppingen	9 343	*17*	*28*	37 520
Tübingen	6 335	*29*	*38*	31 720
Karlsruhe	13 703	*10*	*33*	34 970
Enzkreis	5 437	*31*	*40*	30 030
Konstanz	9 482	*16*	*27*	37 580
Rastatt	9 066	*18*	*12*	43 480
Bodensee	7 722	*22*	*15*	40 970
Heilbronn	9 731	*15*	*35*	34 310
Lörrach	7 373	*23*	*31*	35 750
Reutlingen	10 896	*11*	*14*	41 090
Schwach verdichtete Landkreise	**127 331**			**36 160**
Heidenheim	5 323	*32*	*18*	39 780
Emmendingen	4 167	*41*	*41*	29 360
Ortenaukreis	16 103	*7*	*13*	42 210
Zollernalbkreis	6 976	*25*	*29*	37 320
Schwarzwald-Baar-Kreis	8 267	*20*	*17*	39 940
Ostalbkreis	10 628	*12*	*32*	35 220
Calw	4 318	*40*	*44*	28 050
Rottweil	5 206	*33*	*24*	38 230
Tuttlingen	4 997	*35*	*16*	40 220
Breisgau-Hochschwarzwald	6 407	*28*	*42*	28 760
Ravensburg	10 035	*13*	*20*	39 420
Waldshut	5 131	*34*	*36*	32 110
Freudenstadt	3 944	*42*	*34*	34 740
Alb-Donau-Kreis	4 976	*36*	*43*	28 660
Hohenlohekreis	3 735	*43*	*22*	38 840
Neckar-Odenwald-Kreis	4 501	*39*	*37*	31 810
Biberach	6 620	*26*	*19*	39 480
Schwäbisch Hall	6 553	*27*	*23*	38 620
Sigmaringen	4 714	*38*	*25*	38 060
Main-Tauber-Kreis	4 731	*37*	*30*	36 150
Baden-Württemberg	**447 408**			**44 410**

ringen Größe meist so deutlich vor den Landkreisen im Umfeld der Großstädte rangieren. Dies mag an der Stärke der Stadtkreise bzw. an Defiziten der genannten Landkreise liegen; eine große Rolle spielt dabei jedenfalls der "Import" von Arbeitskräften, durch den insbesondere Stadtkreise eine größere Wirtschaftsleistung realisieren, als es ihnen aufgrund ihrer Einwohnerzahl möglich wäre.

Die Bruttowertschöpfung der verdichteten Landkreise liegt je Einwohner im regionalen Vergleich deutlich niedriger als im absoluten Maßstab. Ausgenommen hiervon ist lediglich der Landkreis Böblingen, der nicht nur wegen seiner Bevölkerungszahl mit den Stadtkreisen konkurrieren kann und der Landkreis Esslingen zeigt ein Niveau, das fast nahtlos an die Stadtkreise anschließt und alle anderen Landkreise übersteigt. Auch die Bruttowertschöpfung der teilweise verdichteten Landkreise liegt meist niedriger als erwartet. Lediglich Rastatt, Reutlingen und der Bodenseekreis bilden hierin eine Ausnahme. Sie können sich vom Niveau her sogar mit dem verdichteten Landkreis Esslingen messen. Die Bruttowertschöpfung je Einwohner ist vor allem in Landkreisen niedrig, die wie Karlsruhe und Heilbronn das Umland zu den gleichnamigen Stadtkreisen bilden. Ähnliche Effekte sind bei den schwach verdichteten Landkreisen zu erkennen. Niedrige Werte weisen die Landkreise Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald, Calw und der Alb-Donau-Kreis auf, die im Einzugsbereich der benachbarten Stadtkreise liegen. Höhere Werte haben dagegen der Ortenaukreis und Schwarzwald-Baar-Kreis oder die Landkreise Heidenheim und Tuttlingen, die – großstadtfern – bestimmte zentrale Funktionen wahrnehmen, auch wenn nach vorläufigen Schätzzahlen für 1994 der Schwarzwald-Baar-Kreis und der Landkreis Tuttlingen Niveauverluste zu erwarten haben.

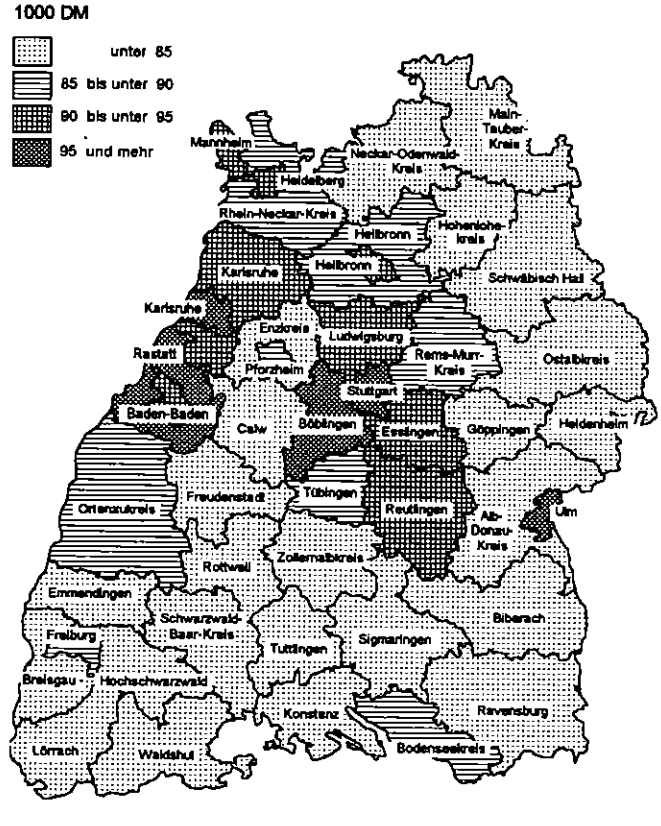
Insgesamt fällt auf, daß die Stadtkreise bezüglich ihrer Wertschöpfung je Einwohner kompakt plaziert sind und insofern eine homogene Gruppe darstellen, während die Homogenität der Landkreise in verdichteten bzw. teilweise und schwach verdichteten Räumen gespalten ist. Eher selten nehmen letztere den Rang ein, der ihnen nach der Bevölkerungsdichte zukommt; bei den teilweise verdichteten Landkreisen beispielsweise ist dies nur beim Bodenseekreis der Fall, während die übrigen neun Kreise "besser" oder "schlechter" plaziert sind. Dies liegt natürlich an der konstruktionsbedingten Unschärfe der Meßgröße. Für die Wirtschaftskraft mag es nicht so wichtig sein, ob ein Betrieb seinen Standort am Stadtrand oder eine Ortschaft weiter jenseits der Kreisgrenze hat. Deren Meßgröße ändert sich dadurch aber deutlich. Weil der Umzug von Einwohnern und Betrieben in die Randzonen oder aufs Land in den letzten Jahrzehnten nicht einem Zufall entspringen, sondern einen Gesamttrend ausdrücken, ergeben sich aus diesen Unschärfen für die Stadt- und Landkreise mehr und mehr eine neue Qualität. Der Wert für die Bruttowertschöpfung je Einwohner verliert für sich allein als Ausdruck der Wirtschaftskraft eines Stadt- oder Landkreises zwar an Aussagekraft, die Spanne zwischen den Werten für die Stadt- und den Landkreisen in ihrem Einzugsgebiet gewinnt aber als Ausdruck für die wirtschaftliche Verflechtung dieser Räume an Informationsgehalt.

Deutliches Wirtschaftsgefälle zu den schwach verdichteten Kreisen

Eine Meßgröße für die Wirtschaftskraft, welche die oben genannten Unschärfen nicht aufweist, ist die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur auch "Arbeitsproduktivität" bezeichnet, weil sie angibt, wie viele Einheiten der wirtschaftlichen Leistung auf eine Arbeitskraft entfallen. Auch sie zeichnet ein deutliches Stadt-Land-Gefälle, wenn auch nicht so markant wie die beiden vorgenannten Größen Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und Bruttowertschöpfung je Einwohner *(Schaubild 3)*. Schon das Verhältnis der Großstädte zu den übrigen Stadtkreisen betont weniger das Unter-

Schaubild 3

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1992



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 31/003/95

Tabelle 4

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen und je Einwohner 1992

Raumtyp — Kreise	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen		Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Einwohner	
	DM	Rang	Rang	DM
Stadtkreise	**108 490**			**72 890**
Stuttgart	118 740	*2*	*2*	84 620
Mannheim	93 810	*6*	*4*	63 360
Karlsruhe	146 160	*1*	*1*	96 730
Freiburg	87 010	*19*	*9*	51 430
Heidelberg	92 130	*8*	*6*	57 850
Heilbronn	92 800	*7*	*5*	60 990
Pforzheim	85 790	*20*	*8*	52 080
Ulm	98 220	*4*	*3*	79 690
Baden-Baden	90 620	*12*	*10*	48 140
Verdichtete Landkreise	**93 350**			**41 160**
Esslingen	90 940	*11*	*11*	43 940
Ludwigsburg	90 500	*13*	*21*	39 220
Böblingen	108 400	*3*	*7*	57 650
Rhein-Neckar-Kreis	89 770	*14*	*39*	31 500
Rems-Murr-Kreis	87 610	*15*	*26*	37 880
Teilweise verdichtete Landkreise	**87 830**			**36 720**
Göppingen	84 110	*23*	*28*	37 520
Tübingen	87 440	*16*	*38*	31 720
Karlsruhe	91 640	*9*	*33*	34 970
Enzkreis	80 580	*34*	*40*	30 030
Konstanz	84 800	*22*	*27*	37 580
Rastatt	98 010	*5*	*12*	43 480
Bodensee	85 510	*21*	*15*	40 970
Heilbronn	87 070	*18*	*35*	34 310
Lörrach	83 610	*24*	*31*	35 750
Reutlingen	91 390	*10*	*14*	41 090
Schwach verdichtete Landkreise	**80 870**			**36 160**
Heidenheim	82 060	*30*	*18*	39 780
Emmendingen	76 840	*41*	*41*	29 360
Ortenaukreis	87 200	*17*	*13*	42 210
Zollernalbkreis	80 300	*35*	*29*	37 320
Schwarzwald-Baar-Kreis	82 480	*28*	*17*	39 940
Ostalbkreis	79 480	*36*	*32*	35 220
Calw	77 960	*39*	*44*	28 050
Rottweil	83 230	*25*	*24*	38 230
Tuttlingen	81 980	*31*	*16*	40 220
Breisgau-Hochschwarzwald	75 590	*44*	*42*	28 760
Ravensburg	82 610	*27*	*20*	39 420
Waldshut	78 060	*38*	*36*	32 110
Freudenstadt	78 980	*37*	*34*	34 740
Alb-Donau-Kreis	80 830	*33*	*43*	28 660
Hohenlohekreis	82 270	*29*	*22*	38 840
Neckar-Odenwald-Kreis	76 110	*43*	*37*	31 810
Biberach	82 890	*26*	*19*	39 480
Schwäbisch Hall	81 520	*32*	*23*	38 620
Sigmaringen	77 280	*40*	*25*	38 060
Main-Tauber-Kreis	76 470	*42*	*30*	36 150
Baden-Württemberg	**92 190**			**44 410**

schiedliche und läßt mehr Raum für Vergleichbares *(Tabelle 4)*. So liegt der Wert für Ulm, Heidelberg und Heilbronn nur knapp unter dem Niveau Mannheims. Auch die Landkreise in den einzelnen Raumtypen zeigen sich hinsichtlich ihrer Produktivität vergleichsweise homogen. Insgesamt ergibt sich dabei der Eindruck, daß sich das Gefälle zwischen Stadt und Land auch in der Fläche des Landes fortsetzt. Die verdichteten Landkreise liegen mit ihren Werten in etwa im Landesdurchschnitt, während schwach verdichtete Landkreise in der Regel doch signifikant darunter liegen. Landkreise, die gewisse Verdichtungsansätze aufweisen, liegen meist leicht unter dem Landesdurchschnitt und nehmen damit unter den Landkreisen eine Mittelstellung ein. Als Gesamtergebnis ist also festzuhalten, daß mit steigender Verdichtung die Produktivität und damit die Wirtschaftskraft im Land zunimmt.

Von diesem Gesamtergebnis sind bei genauerem Hinsehen doch eine Reihe von Ausnahmen zu machen. Es fällt auf, daß die starken Kreise eines Raumtyps hinsichtlich ihrer Produktivität mit den Kreisen des jeweils höher verdichteten Raumtyps konkurrieren können und im Extremfall auch dort einen hervorragenden Platz einnehmen würden. Umgekehrt wären die wirtschaftsschwächeren Kreise eines Raumtyps im weniger verdichteten Raumtyp nicht an der Spitze zu finden. Am stärksten fällt diese Überlappung für die Landkreise im Umfeld der Großstädte auf, die bezüglich ihrer Wirtschaftskraft mit den Stadtkreisen weitgehend vergleichbar sind und lediglich zur Landeshauptstadt und zu Karlsruhe[2] eine deutliche Distanz erkennen lassen. Der Landkreis Böblingen – herausragender Vertreter dieser Gruppe von Landkreisen – übertrifft die Großstadt Mannheim an Wirtschaftskraft und der Rems-Murr-Kreis, unter den verdichteten Landkreisen leicht zurückhängend, kann seine Wirtschaftskraft gut mit den Städten Freiburg oder Pforzheim vergleichen. Entsprechendes gilt für die teilweise verdichteten Landkreise, deren Aushängeschild, der Landkreis Rastatt, bei Abstrichen in den 90er Jahren auch unter den verdichteten Landkreisen einen hervorragenden Platz oder wie die Landkreise Karlsruhe und Reutlingen einen guten Platz einnehmen würden.

Diese Beobachtungen relativieren den Eindruck eines nachhaltigen Stadt-Land-Gefälles, der im wesentlichen auf den Durchschnittswerten für die einzelnen Raumtypen beruht. Diese über das arithmetische Mittel gebildeten Werte reagieren allerdings stark auf Extremwerte, zumal wenn sie wie im Fall der Landkreise Böblingen und Karlsruhe mit einem starken Gewicht in die Durchschnittsberechnung eingehen. Eine andere Methode der Mittelwertbildung, etwa über den Median, in den jeder Kreis mit dem gleichen Gewicht eingeht und wo Extremwerte keine Rolle spielen, ergeben zwar auch signifikante Unterschiede zwischen Stadtkreisen, verdichteten und teilweise verdichteten Landkreisen; diese Unterschiede erscheinen aber stark nivelliert und lassen die Sichtweise eines allgemeinen Stadt-Land-Gefälles nicht zu. Markante Unterschiede bestehen allerdings zwischen der Gruppe der schwach verdichteten Landkreise und den dichter besiedelten Gebieten. Aus der Gruppe dieser Kreise ragt nur der Ortenaukreis hervor, dessen Wirtschaftskraft dem Durchschnitt der teilweise verdichteten Landkreise entspricht. Die nachfolgenden Landkreise Rottweil, Biberach und Ravensburg kämen in jener Gruppe über den vorletzten Platz nicht hinaus.

Wirtschaftskraft nicht nur aus Dienstleistungen

Zwischen Stadt und Land, verdichteten und weniger verdichteten Gebieten in der Wirtschaftskraft ein Gefälle festzustellen, provoziert die Frage nach den Gründen dafür. Dabei geht es zum einen um Fragen der Zentralität der jeweiligen Gebiete, die ganz allgemein wirtschaftliche Leistung begünstigt und in Abhängigkeit von typischen Bedarfsausprägungen auch die Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete beeinflußt. Die wirtschaftliche Leistung wird aber auch durch die jeweilige Standortgunst bzw. die Standortnachteile bestimmt, die das spezifische Profil eines Gebiets begünstigen und andere Zusammensetzungen eher behindern. Wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft eines Gebiets ist seine Zusammensetzung der Wirtschaftsbereiche, die sich zwar ausschließlich über ihre Produkte und Aktivitäten definieren, denen aber eine ganz bestimmte Wertschöpfungsintensität anhaftet.

Je produktiver, innovativer und weltoffener ein Wirtschaftsbereich ist, umso mehr werden sich diese Eigenschaften in einer guten Wirtschaftsleistung niederschlagen. Wenn man (eher) wirtschaftsstarke und (eher) wirtschaftsschwache Wirtschaftsbereiche voneinander unterscheiden will, wird man also in erster Linie auf solche Indikatoren zurückgreifen. In *Tabelle 5* sind die Wirtschaftsbereiche aufgeführt, die hinsichtlich der Intensität, mit der Forschung und Entwicklung (FuE) betrieben wird, der Exportorientierung und der Arbeitsproduktivität, den Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche deutlich übertreffen. Letztere ist besonders wichtig, weil sie statistisch für alle Wirtschaftsbereiche beobachtet wird. Angaben zur FuE-Intensität und zum Exportanteil sind in erster Linie für das Verarbeitende Gewerbe relevant und werden auch nur dort statistisch beobachtet. Die Angaben zur Arbeitsproduktivität liegen für alle Wirtschaftsbereiche, zuletzt für das Jahr 1992 und nur auf Landesebene vor. Diese Hinweise sind nicht gerade üppig und werden deshalb ergänzt durch Angaben zum Gewicht dieser Branchen und zum

2 der Unterschied zu Karlsruhe wird über die Meßgröße BWS z.M. wegen der anteiligen Mineralölsteuer zahlenmäßig weit überhöht ausgewiesen.

Tabelle 5

Indikatoren der Wirtschaftskraft für die Wirtschaftsbereiche 1980 und 1992

VGR-Nr.	Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1'000 DM		Jahresdurchschnittliche Veränderung der Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 in %		Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %		Intensität[1] von Forschung und Entwicklung
		1980	1992	1980-92	1986-92	1985-89	1990-94	
	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Preisen von 1991	73,8	91,4	0,0	3,6	.	.	.
11	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	19,0	44,8	3,6	2,3	.	.	.
21	**Energie- und Wasserversorgung, Bergbau**	**194,9**	**237,0**	**2,7**	**2,2**	.	.	.
22	Verarbeitendes Gewerbe	72,8	88,5	1,8	1,9	32,8	30,6	.
2211	**Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen**	167,7	197,0	3,2	3,2	36,2	35,4	S H
2212	**Mineralölverarbeitung**			1,3	– 3,6	.	.	
2221	**Herstellung von Kunststoffwaren**	61,1	77,4	**6,0**	**5,5**	**22,4**	**20,9**	
2222	Gummiverarbeitung			0,9	0,4	30,3	30,2	
2231	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	87,7	109,5	1,3	4,2	6,6	4,8	
2232	Feinkeramik			4,7	10,0	.	.	
2233	Herstellung und Verarbeitung von Glas			0,8	2,5	31,6	29,3	
2241	Eisenschaffende Industrie	61,2	76,4	**4,6**	**6,7**	.	.	
2242	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke			2,7	0,6	27,8	25,4	
2243	Gießerei			– 1,3	– 1,9	15,3	15,2	
2244	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.			2,4	3,0	15,4	14,8	
2251	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	81,3	85,8	2,9	6,5	13,8	10,9	
2252	**Maschinenbau**			0,8	0,7	46,6	42,6	H
2253	**Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen**			9,7	7,5	56,2	63,3	S H
2261	**Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.**	85,8	104,4	2,2	1,5	48,3	43,9	H
2262	Schiffbau			– 1,3	– 0,1			
2263	**Luft- und Raumfahrzeugbau**			8,9	17,4	.	31,2	S
2271	**Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten**	62,3	88,1	3,5	3,7	31,9	30,5	S H
2272	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren			0,6	1,8	44,0	40,7	S H
2281	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	66,5	78,7	2,3	3,6	27,3	24,9	H
2282	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.			0,4	0,7	34,1	31,1	
2291	Holzbearbeitung	62,5	63,8	4,3	5,3	20,1	17,1	
2292	Holzverarbeitung			– 1,4	1,9	15,8	12,2	
2301	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	70,1	76,8	2,7	3,4	37,6	39,5	
2302	Papier- und Pappeverarbeitung			1,7	3,9	18,6	20,7	
2303	Druckerei, Vervielfältigung			0,9	2,7	5,8	5,2	
2311	Ledergewerbe	41,8	57,7	– 4,5	– 5,3	–	–	
2313	Textilgewerbe			– 1,5	– 1,7	27,9	28,5	
2314	Bekleidungsgewerbe			– 1,0	0,5	17,5	19,0	
2321/22	Ernährungsgewerbe einschließlich Getränkeherstellung	70,5	64,5	0,1	0,8	.	.	
2323	Tabakverarbeitung			– 12,5	– 19,3	.	.	
24	Baugewerbe	71,8	79,6	0,3	1,7	.	.	.
31	Handel	48,7	56,9	3,0	4,8	.	.	.
32	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	57,0	86,2	4,4	5,8	.	.	.
41	**Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen**	107,2	135,7	4,1	5,7	.	.	.
43+42	Sonstige Dienstleistungsunternehmen und Wohnungsvermietung	118,7	146,1	5,6	6,7	.	.	.
431	Gastgewerbe, Heime	–	–	1,6	3,6	.	.	.
432	**Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe**	–	–	3,5	2,9	.	.	.
433	Gesundheits- und Veterinärwesen	–	–	3,3	3,8	.	.	.
434+42	**Übrige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung**	–	–	6,4	7,7	.	.	.
61	Staat	58,2	58,7	1,5	1,7	.	.	.
62	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	49,4	49,7	3,6	3,6	.	.	.

1) S = Spitzentechnik; H = Höherwertige Technik.

Anmerkung: Hervorhebungen = Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft

Wertschöpfungswachstum in den 80er und frühen 90er Jahren. In der Veränderung der Wertschöpfung sind – wenn schon nicht isoliert als Einzelgrößen – wenigstens summarisch alle anderen Einflüsse miterfaßt, welche auf die Wirtschaftskraft nachhaltig einwirken.

Die Hinzunahme einer Veränderungsgröße in den Datenkranz zur Beurteilung der Wirtschaftskraft einer Branche hat zudem den Zweck, die oben genannten Indikatoren auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Eine überdurchschnittliche Exportorientierung, FuE-Intensität oder auch Arbeitsproduktivität sind ja keine hinreichenden Bedingungen in dem Sinne, daß sie zwingend auf Wirtschaftsstärke schließen lassen. Diese Angaben sind zunächst als begründete Hinweise zu verstehen, die Wirtschaftsstärke vermuten lassen. Wie sich zeigt, sind sie in sich aber erstaunlich konsistent und plausibel.

Vergleichsweise dicht liegen die Informationen für den industriellen Kern der Wirtschaft vor. Sie weisen, wie erwartet, für die traditionellen Paradebranchen (Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik) fast unisono auf Wirtschaftsstärke hin. Dies gilt vor allem für ihre ausgeprägte Exportorientierung und das starke Engagement in Forschung und Entwicklung; bezüglich der Arbeitsproduktivität dieser Branchen und ihrem Wertschöpfungswachstum in den 90er Jahren sind indessen Abstriche zu machen. Der Maschinenbau ist von der Ablauforganisation her arbeitsintensiv angelegt und auch die Betriebe der Elektrotechnik liegen bezüglich der Arbeitsproduktivität nur knapp über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Insofern überrascht es nicht, daß insbesondere der Maschinenbau, aber auch die Elektrotechnik in den letzten Jahren Anteilsverluste an der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes hinnehmen mußten, während der Straßenfahrzeugbau seinen Anteil schwach behaupten konnte. Auch das ansonsten überzeugende Gesamtbild für die Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten ist wegen des Absatzeinbruchs in den letzten Jahren eingetrübt. Anders die in den letzten zehn Jahren wiedererstarkte Chemische Industrie und der Bau von Luft- und Raumfahrzeugen. Beide Branchen überzeugen sowohl durch Weltmarktpräsenz und FuE-Intensität als auch hinsichtlich ihrer Arbeitsproduktivität und ihres Wertschöpfungswachstums. Zählt man die Mineralölverarbeitung (wegen der hohen Arbeitsproduktivität), die Kunststoffverarbeitung (wegen ihres Wachstums) hinzu, dann sind die wirtschaftsstarken Industriebranchen genannt. Für andere Branchen wie die Feinmechanik, Optik oder die Herstellung von Musikinstrumenten, von Glas oder von Zellstoff sind die Hinweise auf Wirtschaftsstärke doch eher dünn oder überzeugen wie im Fall der Tabakindustrie nicht *(Tabelle 6)*.

Bei anderen Wirtschaftsbereichen ergeben sich Hinweise auf die wirtschaftliche Stärke allein aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei fällt der Bereich Energie- und Wasserversorgung wegen seiner hohen Arbeitsproduktivität auf. Mit Abstand, aber auf noch immer hohem Niveau, gilt dies auch für Banken und Versicherungen sowie unternehmensnahe Dienstleistungsunternehmen wie Planungs- und Beratungsbüros, Werbungsfirmen etc.. Rechnet man den Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur hinzu, dessen Arbeitsproduktivität ebenfalls noch über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft liegt, dann sind die wirtschaftsstarken Bereiche aufgezählt. Der Bereich Wohnungsvermietung, wiewohl vermutlich dazugehörend, entzieht sich einer Zuordnung, weil für ihn aus methodischen Gründen Angaben zur Arbeitsproduktivität nicht gesondert ausgewiesen werden[3]. Auf Landesebene machen die wirtschaftsstarken Bereiche zusammen 46 % der Bruttowertschöpfung aus, knapp die Hälfte davon entstammt dem Dienstleistungsbereich.

Insgesamt überrascht die Treffsicherheit der Größe "Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige" als Indikator für die Wirtschaftskraft einer Branche. Dies zeigt sich nicht nur in einer hohen Arbeitsproduktivität bei den Wachstumsbranchen wie den unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen oder der Energie- und Wasserversorgung, sondern umgekehrt auch in niedrigen Produktivitätsziffern für Branchen wie Holz, Leder, das Textil- und das Bekleidungsgewerbe, deren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung seit vielen Jahren schrumpft. Dieser enge Zusammenhang besteht freilich nicht immer. Trotz niedriger Produktivität zeigt das Ernährungsgewerbe eine passable Entwicklung und trotz hoher Produktivität entwickelt sich der Bereich Steine und Erden vergleichsweise verhalten. Im Prinzip braucht dies nicht zu verwundern; der Ausdruck "Arbeitsproduktivität" ist nur eine von mehreren Größen, die auf die Rentabilität oder die Ertragslage hinweisen, für die es in der amtlichen Statistik keine Angaben gibt, die aber zur Messung der Wirtschaftskraft zweifellos adäquater wären als die Arbeitsproduktivität.

Wertschöpfungsintensive Wirtschaftsbereiche in den Ballungsgebieten stark vertreten

Die Treffsicherheit bei der Kennzeichnung von Wachstums- und Schrumpfbranchen stützt die These, daß die Wirtschaftskraft einer Region wesentlich von seiner Wirtschaftsstruktur herrührt. Ein hoher Anteil wertschöpfungsintensiver Branchen – so der Gedankengang – läßt eine hohe spezifische Wirtschaftsleistung erwarten. Die Wertschöpfung in den Stadtkrei-

3 Im Falle der Selbstnutzung von Wohnungseigentum, die einen großen Anteil an der Wertschöpfung dieses Bereichs ausmacht, sind keine Erwerbstätigen beteiligt.

Tabelle 6

Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 1970 bis 1994 nach Wirtschaftsbereichen

- in Preisen von 1991 -

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen im Verarbeitenden Gewerbe							
	in Mill. DM				Anteile an der Bruttowertschöpfung insgesamt			
	1970	1980	1990	1994[1]	1970	1980	1990	1994[1]
Wertschöpfungsintensives Investitionsgütergewerbe	**40 835**	**61 963**	**83 960**	**76 000**	**18,0**	**20,2**	**20,5**	**17,8**
2252/53 Maschinenbau, Herstellung von Büromaschinen	19 814	24 413	33 164	28 000	8,7	8,0	8,1	6,6
2261/62/63 Fahrzeugbau	11 629	20 942	26 638	24 000	5,1	6,8	6,5	5,6
2271 Elektrotechnik	9 392	16 608	24 158	23 000	4,1	5,4	5,9	5,4
Andere wertschöpfungsintensive Wirtschaftsgruppen	**11 597**	**14 172**	**20 677**	**22 000**	**5,1**	**4,6**	**5,0**	**5,1**
2211/12 Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	10 177	11 865	16 340	17 000	4,5	3,9	4,0	4,0
2221 Herstellung von Kunststoffwaren	1 420	2 307	4 337	5 000	0,6	0,8	1,1	1,2
Wirtschaftsgruppen mit Anteilsverlusten	**13 275**	**14 282**	**13 856**	**11 000**	**5,9**	**4,7**	**3,4**	**2,6**
2311/13/14 Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	8 145	7 640	6 635	5 000	3,6	2,5	1,6	1,2
2222/72 Gummiverarbeitung, Feinmechanik [2]	5 130	6 642	7 221	5 000	2,3	2,2	1,8	1,2
Übrige Wirtschaftsgruppen	**35 255**	**39 511**	**42 351**	**41 000**	**15,5**	**12,9**	**10,3**	**9,6**
2231/32/33 Steine und Erden, Feinkeramik und Glas	3 348	3 982	4 252	5 000	1,5	1,3	1,0	1,2
2241/42/43/44 Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei	5 177	5 929	7 231	7 000	2,3	1,9	1,8	1,6
2251 Stahl- und Leichtmetallbau	1 543	1 539	2 225	2 000	0,7	0,5	0,5	0,5
2281/82 Herstellung von EBM-Waren und Musikinstrumenten	6 114	6 564	8 127	7 000	2,7	2,1	2,0	1,6
2291/92 Holzbearbeitung und -verarbeitung	4 805	5 698	4 706	5 000	2,1	1,9	1,1	1,2
2301/02/03 Papier- und Pappeverarbeitung, Druckerei	5 708	6 479	7 522	7 000	2,5	2,1	1,8	1,6
2321/22/23 Ernährungsgewerbe, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung	8 560	9 320	8 288	8 000	3,8	3,0	2,0	1,9
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	**100.962**	**129.928**	**160.844**	**150.000**	**44,5**	**42,4**	**39,2**	**35,1**

1) Vorläufige Angaben. - 2) Aus Geheimhaltungsgründen zusammengefaßt.

sen und verdichteten Landkreisen stammt nach dem Stand von 1994 zu gut der Hälfte aus wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereichen und dieser Anteil sinkt mit zunehmender Entfernung von den Ballungsgebieten. In teilweise verdichteten Landkreisen beträgt er noch über 40 %, in schwach verdichteten Landkreisen nur noch gut ein Drittel *(Tabelle 7)*.

Die Niveauunterschiede zwischen den Raumtypen gehen dabei vorwiegend auf den Industriebesatz, der Unterschied zwischen den Stadtkreisen und den verdichteten Landkreisen fast ausschließlich auf die starke Präsenz von Banken und Versicherungen in den Zentren zurück. Dienstleistungen für Unternehmen sind in den verdichteten Landkreisen ebenso stark vertreten wie in den Stadtkreisen und die starken Investitionsgüterbranchen sogar stärker. Umgekehrt sind die anderen, weniger wertschöpfungsintensiven Bereiche in schwach verdichteten Kreisen zumeist wesentlich stärker vertreten als in den Ballungszentren. Dies gilt mit Nuancen vor allem für das Verarbeitende und das Baugewerbe, die Wohnungsvermietung und das Gesundheitswesen. Der Unterschied zu den Stadtkreisen wäre insgesamt noch größer, wenn dort nicht durch Gebietskörperschaften, Staat und Verkehrsbereich zentrale Funktionen angesiedelt wären, die in den Landkreisen eben fehlen. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei den weniger wertschöpfungsintensiven Industriebranchen. Während diese Branchen bei den Stadtkreisen nur noch für Pforzheim und Heilbronn eine größere Rolle spielen, liegt ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung in den schwach verdichteten Landkreisen mit 18 % dreimal so hoch wie in den verdichteten Landkreisen. Branchen mit Anteilsverlusten wie die Textil-, Leder-, Tabakindustrie oder Gießereien spielen für die Wertschöpfung im Verdichtungsraum praktisch keine Rolle, während sie in schwach verdichteten Landkreisen immerhin noch 5 % zur Bruttowertschöpfung beitragen.

Tabelle 7

Arbeitsproduktivität und Gewicht wertschöpfungsintensiver Bereiche 1992

Raumtyp — Kreise	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen		Anteil wertschöpfungsintensiver Bereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt	
	DM	Rang	Rang	in %
Stadtkreise	**108 490**			**62**
Stuttgart	118 740	*2*	*2*	57
Mannheim	93 810	*6*	*4*	53
Karlsruhe	146 160	*1*	*1*	62
Freiburg	87 010	*19*	*29*	36
Heidelberg	92 130	*8*	*21*	38
Heilbronn	92 800	*7*	*16*	43
Pforzheim	85 790	*20*	*35*	33
Ulm	98 220	*4*	*9*	48
Baden-Baden	90 620	*12*	*15*	44
Verdichtete Landkreise	**93 350**			**49**
Esslingen	90 940	*11*	*6*	52
Ludwigsburg	90 500	*13*	*14*	45
Böblingen	108 400	*3*	*3*	55
Rhein-Neckar-Kreis	89 770	*14*	*17*	42
Rems-Murr-Kreis	87 610	*15*	*8*	48
Teilweise verdichtete Landkreise	**87 830**			**42**
Göppingen	84 110	*23*	*22*	38
Tübingen	87 440	*16*	*37*	32
Karlsruhe	91 640	*9*	*12*	45
Enzkreis	80 580	*34*	*25*	36
Konstanz	84 800	*22*	*36*	33
Rastatt	98 010	*5*	*7*	51
Bodensee	85 510	*21*	*5*	53
Heilbronn	87 070	*18*	*11*	46
Lörrach	83 610	*24*	*20*	39
Reutlingen	91 390	*10*	*19*	40
Schwach verdichtete Landkreise	**80 870**			**35**
Heidenheim	82 060	*30*	*10*	47
Emmendingen	76 840	*41*	*39*	30
Ortenaukreis	87 200	*17*	*30*	35
Zollernalbkreis	80 300	*35*	*33*	34
Schwarzwald-Baar-Kreis	82 480	*28*	*24*	37
Ostalbkreis	79 480	*36*	*26*	36
Calw	77 960	*39*	*43*	27
Rottweil	83 230	*25*	*34*	33
Tuttlingen	81 980	*31*	*38*	30
Breisgau-Hochschwarzwald	75 590	*44*	*42*	27
Ravensburg	82 610	*27*	*23*	38
Waldshut	78 060	*38*	*40*	29
Freudenstadt	78 980	*37*	*32*	34
Alb-Donau-Kreis	80 830	*33*	*28*	36
Hohenlohekreis	82 270	*29*	*18*	42
Neckar-Odenwald-Kreis	76 110	*43*	*27*	36
Biberach	82 890	*26*	*13*	45
Schwäbisch Hall	81 520	*32*	*31*	35
Sigmaringen	77 280	*40*	*41*	28
Main-Tauber-Kreis	76 470	*42*	*44*	26
Baden-Württemberg	**92 190**			**44**

Tabelle 8

Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft 1994*)

- Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen insgesamt in % -

Raumtyp — Kreise	Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft				Andere Wirtschaftsbereiche			
	zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	ausgewählte Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	zusammen	darunter: übrige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes	darunter: Handel und Verkehr, Gastgewerbe	darunter: Staat, Gesundheitswesen
Stadtkreise	**53,8**	**3,5**	**23,2**	**27,1**	**46,2**	**6,0**	**14,7**	**16,9**
Stuttgart	59,4	2,9	21,1	35,4	40,6	3,9	13,2	14,4
Mannheim	56,5	3,6	31,7	21,2	43,5	6,3	15,0	11,4
Karlsruhe	62,0	5,7	36,3	20,1	38,0	4,0	12,9	13,7
Freiburg	37,4	2,6	10,5	24,3	62,6	5,0	18,5	27,6
Heidelberg	39,8	1,9	11,8	26,1	60,2	7,5	13,6	28,5
Heilbronn	43,0	5,0	13,4	24,6	57,0	11,2	21,1	13,3
Pforzheim	33,7	2,9	10,3	20,6	66,3	20,6	18,9	14,2
Ulm	47,9	2,5	20,3	25,0	52,1	8,9	15,4	19,2
Baden-Baden	46,2	2,9	12,0	31,3	53,8	4,4	15,8	16,4
Verdichtete Landkreise	**51,6**	**1,1**	**28,6**	**21,8**	**48,4**	**11,3**	**11,9**	**10,1**
Esslingen	52,3	2,8	27,6	22,0	47,7	11,3	11,9	10,2
Ludwigsburg	44,8	1,0	22,1	21,7	55,2	12,2	16,2	10,5
Böblingen	68,2	0,7	49,5	18,0	31,8	5,8	8,1	7,6
Rhein-Neckar-Kreis	42,1	0,4	15,2	26,5	57,9	15,5	11,9	11,3
Rems-Murr-Kreis	46,8	0,3	24,4	22,1	53,2	12,8	11,2	11,2
Teilweise verdichtete Landkreise	**43,1**	**1,4**	**22,2**	**19,4**	**56,9**	**12,8**	**12,2**	**14,1**
Göppingen	39,3	0,8	19,8	18,7	60,7	16,8	14,0	12,5
Tübingen	31,9	1,0	10,5	20,3	68,1	10,7	11,7	29,0
Karlsruhe	47,1	2,4	21,3	23,4	52,9	10,2	10,5	14,5
Enzkreis	37,5	0,3	19,6	17,7	62,5	20,4	12,5	9,8
Konstanz	42,3	1,3	19,7	21,3	57,7	14,2	13,5	15,2
Rastatt	49,8	0,6	27,2	22,0	50,2	14,9	9,5	9,6
Bodensee	53,4	0,9	36,6	15,9	46,6	5,5	11,7	12,4
Heilbronn	45,4	3,1	24,8	17,4	54,6	10,9	12,4	11,0
Lörrach	39,2	2,0	22,9	14,3	60,8	13,8	14,2	14,9
Reutlingen	39,0	0,9	19,2	19,0	61,0	13,0	12,7	14,1
Schwach verdichtete Landkreise	**35,2**	**1,2**	**16,3**	**17,7**	**64,8**	**17,8**	**12,3**	**15,4**
Heidenheim	48,1	1,5	30,2	16,5	51,9	13,9	8,2	11,1
Emmendingen	31,5	0,3	13,4	17,8	68,5	17,1	10,9	18,2
Ortenaukreis	34,8	1,1	13,0	20,7	65,2	19,4	15,5	13,2
Zollernalbkreis	35,6	0,7	18,5	16,4	64,4	21,8	12,7	12,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	40,0	0,8	19,9	19,3	60,0	18,1	11,2	14,3
Ostalbkreis	35,2	1,5	18,7	15,0	64,8	21,1	11,5	14,1
Calw	27,4	0,3	11,3	15,9	72,6	14,2	12,9	23,1
Rottweil	35,5	0,7	19,5	15,3	64,5	19,2	14,9	12,9
Tuttlingen	33,1	2,2	15,8	15,1	66,9	27,6	9,7	12,2
Breisgau-Hochschwarzwald	29,0	0,4	10,9	17,7	71,0	14,3	14,2	18,3
Ravensburg	37,3	0,3	12,8	24,3	62,7	15,7	13,4	16,8
Waldshut	29,4	2,3	9,3	17,8	70,6	20,0	12,0	16,5
Freudenstadt	34,7	0,4	19,9	14,5	65,3	14,4	15,2	15,6
Alb-Donau-Kreis	34,2	0,5	16,8	16,8	65,8	16,6	10,8	13,3
Hohenlohekreis	42,0	2,3	21,9	17,9	58,0	16,1	11,9	10,4
Neckar-Odenwald-Kreis	35,7	3,2	17,8	14,8	64,3	10,3	11,5	21,2
Biberach	44,1	5,1	26,4	12,6	55,9	11,7	9,8	14,7
Schwäbisch Hall	35,5	0,8	12,3	22,4	64,5	17,5	12,7	14,2
Sigmaringen	26,8	0,2	9,4	17,2	73,2	21,6	10,3	20,6
Main-Tauber-Kreis	26,4	0,8	12,6	13,0	73,6	19,6	9,7	23,6
Baden-Württemberg	**46,0**	**2,0**	**22,1**	**21,8**	**54,0**	**11,7**	**12,9**	**14,2**

*) Vorläufige Angaben.
1) Ausgewählt wurden Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Kunststoffwaren, Maschinenbau, Herstellung von ADV-Geräten, Straßen-, Luft- u. Raumfahrzeugbau sowie Elektrotechnik. Auswahlkriterien waren die Arbeitsproduktivität, Branchenwachstum und -größe, Weltmarktorientierung incl. Entwicklungsintensität der Branche. - 2) Ohne Gastgewerbe, Gesundheits- und Veterinärwesen und Wohnungsvermietung.

Nicht alle Stadt- und Landkreise entsprechen hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur dem allgemeinen Stadt-Land-Gefälle. Für die Mehrzahl der Kreise trifft dies auch zu, bei einem beachtlichen anderen Teil aber nicht. Erklärungsansätze ergeben sich aus der Untersuchung von Kreisen, bei denen die Erwartung nicht zutrifft, Stadtkreisen also, die trotz eines vergleichsweise niedrigen Anteils wertschöpfungsintensiver Branchen eine hohe wirtschaftliche Leistung entwickeln oder umgekehrt Landkreisen, deren Wirtschaftsleistung zurückbleibt, obwohl sie einen hohen Anteil wirtschaftsstarker Branchen aufweisen. Zunächst fällt auf, daß solche Abweichungen in Stadtgebieten häufiger vorkommen als im ländlichen Raum. Auffallendstes Beispiel hierfür ist der Stadtkreis Ulm, dessen Anteil wirtschaftsstarker Branchen guten Durchschnitt darstellt, der trotzdem aber mit die höchste Wirtschaftskraft aller Stadt- und Landkreise aufweist. In Landkreisen kommt dieses Phänomen nur selten vor, ist aber in Tübingen, Konstanz, dem Ortenaukreis und dem Landkreis Tuttlingen deutlich ausgeprägt.

Die Erklärung hierfür liegt am Beispiel der Universitätsstädte auf der Hand. Diese Stadtkreise übernehmen mit ihrer Rolle als Ausbildungszentren eine Zentralitätsfunktion, die bei weitem das übersteigt, was aufgrund ihrer Einwohnerzahl angemessen wäre. Zusätzliche Aufgaben solchen Zuschnitts erhöhen natürlich die Bruttowertschöpfung, sie führen aber auch zu Irritationen, weil sie die Wirtschaftsstruktur auf der Seite der schwächeren Bereiche verlängert und damit die Wirtschaftsstruktur ungünstiger aussehen läßt. Hinzu kommt ein methodischer Effekt. Der Indikator "Anteil wirtschaftsstarker Branchen" verleitet also dazu, die Wirtschaftskraft der Universitätsstandorte zu unterschätzen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen die Wirtschaftskraft einer Region näherungsweise beschreibt. Die Kenntnis der jeweiligen Wirtschaftsstruktur ist als Interpretationshilfe wichtig, um die typischen Verhältnisse eines Gebietes besser zu verstehen und Unterschiede in der Wirtschaftskraft zu anderen Gebieten erklären zu können.

Wirtschaftskraft für Universitätsstandorte höher als erwartet

Diese Kenntnisse kann man beim Vergleich der Universitätsstandorte untereinander und mit anderen Stadtkreisen nutzen. Die herausragende Rolle Ulms unter den Universitätsstandorten erklärt sich neben seinem hohen Staatsanteil aus seiner Rolle als Standort wirtschaftsstarker Industriefirmen und zugleich als Standort moderner Dienstleistungsunternehmen. *(Tabelle 8)*. Vermutlich hat gerade die örtliche Symbiose von Wissenschaft und Forschung mit dem produzierenden Sektor den hohen Anteil wirtschaftsnaher Dienstleistungen begünstigt. Die hohe Wirtschaftskraft Ulms resultiert aber auch aus seinen Beziehungen zum Umland. Anders als in dichter besiedelten Regionen hat es nämlich seine produzierenden Funktionen nicht dorthin abgegeben, gleichwohl aber neue Dienstleistungsfunktionen angesiedelt. Die Stärken Ulms liegen also in einer starken Repräsentanz wertschöpfungsintensiver Industriebranchen und moderner Dienstleistungsunternehmen. Mit einem Anteil dieser Bereiche von 48 % an der gesamten Wertschöpfung liegt Ulm im Niveau deutlich vor den anderen Stadtkreisen. Nachteile gegenüber den Großstädten bestehen in der schwachen Repräsentanz von Banken und Versicherungen und darin, daß die starken Industriebranchen nicht ganz so stark vertreten sind wie dort.

Ähnlich wie für die Universitätsstädte äußert sich die Zentralitätsfunktion im Fall der Stadtkreise Heilbronn und Pforzheim. In beiden Fällen ist zwar die Industrie nur durchschnittlich oder sogar schwächer vertreten. Die örtliche Nähe der Fachhochschule begünstigt aber Innovationskraft und Entwicklungspotential des Produktionsstandorts. Hinzu kommt in beiden Kreisen das starke Gewicht des Bereichs Handel, das bald doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt. Die wirtschaftliche Kurzbeschreibung Heilbronns wäre indessen nur unzureichend ohne den Hinweis auf die starke Position des Bereichs Energieversorgung. Seine Wertschöpfung macht immerhin 5 % der gesamten Bruttowertschöpfung aus und wird absolut nur vom Stadtkreis Karlsruhe übertroffen. Vor allem daher ist der siebte Platz in der Kreisrangfolge für die Arbeitsproduktivität zu verstehen.

Im Gegensatz zu den Stadtkreisen und Universitätsstandorten sind die Gründe, weshalb die Wirtschaftskraft der Landkreise Tuttlingen und Ortenau nach dem Indikator Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen besser ist als nach der Wirtschaftsstruktur zu erwarten, schwer zu fassen. Die jeweilige Struktur zeigt nur wenig Auffälligkeiten. Dies trifft besonders für den Landkreis Tuttlingen zu, der aus der Reihe anderer ländlich geprägter Landkreise durch wenig Landwirtschaft und wenig Standorte für das Gesundheitswesen auffällt. Überdurchschnittlich stark ist dort nur der Bereich Energieversorgung. Der Ortenaukreis hat eine gewisse Stärke im Handel. Wirklich auffallend ist aber nur seine Position als Standort von Bildung und Wissenschaft, Kultur und Verlage. Allenfalls Baden-Baden hat diesbezüglich ein ähnlich hohes Gewicht.

Die Gründe, weshalb eine Reihe von Landkreisen – bei Stadtkreisen kommt dies nicht vor – trotz vordergründig günstiger Wirtschaftsstruktur hinsichtlich der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nur Mittelmaß darstellen oder trotz durchschnittlicher Struktur in der Rangfolge weit abfallen, konzentrieren sich auf wenige. In den meisten dieser Kreise ist das Verarbeitende Gewerbe – auch mit wertschöpfungsstarken Branchen – auffällig stark vertreten, während der Dienstleistungssektor mehr oder weniger große Defizite aufweist.

Tabelle 9

Entwicklung von Wirtschaft und Wirtschaftsbereichen von 1980 bis 1994

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen (Vorläufige Angaben) – 1980 = 100

Raumtyp — Kreise	Bruttowert-schöpfung zu Markt-preisen insgesamt	Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft			Andere Wirtschaftsbereiche			
		zusammen	darunter		zusammen	darunter		
			ausgewählte Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes[1]	Dienst-leistungs-unter-nehmen[2]		übrige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes	Handel und Verkehr, Gast-gewerbe	Staat, Gesund-heits-wesen
Stadtkreise	**201**	**227**	**170**	**335**	**177**	**125**	**180**	**195**
Stuttgart	192	218	142	327	165	95	166	190
Mannheim	180	182	148	276	178	144	173	185
Karlsruhe	237	293	296	350	180	124	194	180
Freiburg	211	244	173	321	196	167	201	197
Heidelberg	223	288	173	440	194	183	189	196
Heilbronn	206	242	146	418	185	148	193	201
Pforzheim	172	218	126	330	155	104	193	205
Ulm	210	212	125	513	209	166	193	272
Baden-Baden	188	215	160	257	170	138	154	196
Verdichtete Landkreise	**213**	**242**	**184**	**434**	**189**	**142**	**214**	**204**
Esslingen	205	229	171	430	185	136	212	204
Ludwigsburg	215	243	185	376	197	150	233	199
Böblingen	220	233	200	433	196	144	220	206
Rhein-Neckar-Kreis	218	312	185	523	178	130	193	212
Rems-Murr-Kreis	208	231	164	425	192	157	206	199
Teilweise verdichtete Landkreise	**214**	**253**	**184**	**451**	**192**	**144**	**210**	**205**
Göppingen	199	234	157	495	182	132	221	202
Tübingen	211	297	192	433	186	124	203	207
Karlsruhe	221	246	170	419	203	168	214	201
Enzkreis	199	239	158	550	181	132	221	221
Konstanz	214	273	215	378	185	143	191	205
Rastatt	235	305	210	714	191	173	199	195
Bodensee	218	237	198	468	200	164	215	209
Heilbronn	236	259	188	493	219	178	250	216
Lörrach	201	244	203	389	181	133	182	210
Reutlingen	204	226	163	387	192	127	215	198
Schwach verdichtete Landkreise	**203**	**263**	**192**	**419**	**181**	**147**	**197**	**194**
Heidenheim	202	213	170	407	192	169	170	198
Emmendingen	198	284	215	375	174	120	204	208
Ortenaukreis	196	268	207	345	171	127	208	192
Zollernalbkreis	188	258	192	423	164	121	202	193
Schwarzwald-Baar-Kreis	175	238	163	481	149	101	186	191
Ostalbkreis	195	215	154	455	186	162	193	191
Calw	201	234	177	330	191	161	190	193
Rottweil	207	253	190	435	188	150	212	196
Tuttlingen	204	301	265	402	176	152	200	176
Breisgau-Hochschwarzwald	210	254	160	404	196	216	191	200
Ravensburg	224	334	198	527	188	158	199	209
Waldshut	189	204	102	441	183	146	180	202
Freudenstadt	214	290	285	300	187	137	202	225
Alb-Donau-Kreis	223	361	273	562	186	160	196	196
Hohenlohekreis	234	307	229	620	199	161	245	205
Neckar-Odenwald-Kreis	198	270	207	440	172	127	192	178
Biberach	209	239	205	449	190	176	210	190
Schwäbisch Hall	237	294	240	342	214	225	208	211
Sigmaringen	212	319	178	573	189	197	187	170
Main-Tauber-Kreis	198	328	278	422	174	154	161	183
Baden-Württemberg	**207**	**242**	**181**	**389**	**184**	**141**	**196**	**198**

1) Ausgewählt wurden Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Kunststoffwaren, Maschinenbau, Herstellung von ADV-Geräten, Straßen-, Luft- u. Raumfahrzeugbau sowie Elektrotechnik. Auswahlkriterien waren die Arbeitsproduktivität, Branchenwachstum und -größe, Weltmarktorientierung incl. Entwicklungsintensität der Branche. - 2) Ohne Gastgewerbe, Gesundheits- und Veterinärwesen und Wohnungsvermietung.

Wirtschaftswachstum in den 80er Jahren vor allem in den verdichteten und teilweise verdichteten Landkreisen

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen als Ausdruck der gesamten Wirtschaftsleistung hat sich in den 80er und frühen 90er Jahren nominal gut verdoppelt. Wachstumsmotor waren dabei die wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche *(Tabelle 9)*. Diese nahmen in dieser Zeit um das 1,5-fache zu, während die weniger starken Bereiche nur um gut zwei Drittel zulegten. Das stärkste Wachstum (fast das Dreifache) meldeten die unternehmensorientierten Dienstleistungsunternehmen gefolgt vom Bereich Bildung und Wissenschaft, dem Bereich Wohnungsvermietung und dem Bereich Banken und Versicherungen (jeweils bald das Doppelte). Auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes haben sich in dieser Zeit die wertschöpfungsintensiven Branchen von den anderen Branchen deutlich abgesetzt. Während das Wachstum der wirtschaftsstarken Branchen zusammen noch knapp unter dem Gesamttrend verlief, blieben die weniger starken Branchen deutlich zurück. Sie legten im Durchschnitt nur um die Hälfte zu.

Die Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Branchen spiegelten sich per Saldo auch in den einzelnen Landesteilen wieder, erhielten dort aber ein spezifisch regionales Strickmuster. So gestaltete sich das Wachstum in den verdichteten Kreisen um die Großstädte für alle Branchen dynamischer als in den Großstädten selbst und meist auch dynamischer als in den übrigen Stadtkreisen. Die Wachstumskräfte setzten sich – zentrifugal stärker werdend – in den teilweise verdichteten Landkreisen bis in die schwach verdichteten Landkreise fort und das Bild eines allgemeinen, von den verdichteten Kreisen ausgehenden Diffusion des Wirtschaftswachstums wird nur dadurch gestört, daß sich die weniger wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche im schwach verdichteten Raum nur durchschnittlich entwickeln. Zumindest in qualitativer Hinsicht hat sich damit auf breiter Ebene eine Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten – und gerade auch wertschöpfungsintensiver Aktivitäten – weg von den Ballungsräumen vollzogen. Getragen von der Stadtflucht wirtschaftsstarker Industriefirmen und flankiert von Planungs- und Beratungsunternehmen hat diese Entwicklung inzwischen auch den Bereich Wohnungsvermietung erfaßt und somit eine beachtliche Breite angenommen. Das Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes fiel gerade in den schwach verdichteten Landkreisen am höchsten aus. Das Wachstum anderer Wirtschaftsbereiche war in schwach verdichteten Kreisen zwar stärker als in den Stadtregionen, blieb aber hinter der Entwicklung in den verdichteten und teilverdichteten Gebieten zurück. Per Saldo bewegte sich das Wachstum in den schwach verdichteten Landkreisen im Landesdurchschnitt, während das Wachstum in den Stadtkreisen zehn Prozentpunkte darunter und in den verdichteten Landkreisen wie auch in den teilweise verdichteten Landkreisen ebenso viel darüber lag.

Unterschiedliche Entwicklungsmuster bei stark und schwach wachsenden Kreisen

Die vergleichsweise milden Unterschiede zwischen den einzelnen Raumtypen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen doch erhebliche Entwicklungsunterschiede gibt. Vor allem unter den Stadtkreisen ist die Spannweite groß. Bei einer Zunahme um nominal gut 130 % in der Zeit von 1990 bis 1994 hat der Stadtkreis Karlsruhe mit das stärkste Wachstum, eine Entwicklung, die fast auf der ganzen Breite der Wirtschaftsbereiche basiert und nicht nur den Namen Mineralölverarbeitung hat. Demgegenüber ist der Zuwachs an Wertschöpfung in den großen Industriezentren Mannheim und Pforzheim nur gut halb so groß. Auch in den anderen Räumen rühren Wachstumsunterschiede aus der jeweils anders gelagerten industriellen Entwicklung. Positivbeispiele sind die Landkreise Heilbronn (Maschinenbau, aber auch Kunststoff und Chemie) und Rastatt (Straßenfahrzeuge, Elektrotechnik), deren Wertschöpfung 1994 ebenfalls um gut 130 % über dem Niveau des Jahres 1980 lag. Trotz gleicher Dynamik beider Kreise unterscheidet sich ihr Entwicklungsmuster grundlegend. Während der Landkreis Rastatt seine Entwicklungsstärke einzig auf die wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche – und hier vor allem auf das Tandem Verarbeitendes Gewerbe und unternehmensnahe Dienstleistungen – stützt, bezieht sie der Landkreis Heilbronn aus der ganzen Breite seiner Wirtschaftsstruktur. Durch verhaltenes Wachstum fallen die Landkreise Göppingen und Lörrach auf und auch diese Kreise verkörpern verschiedene Entwicklungsmuster. Während der Landkreis Göppingen den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der 90er Jahre insbesondere durch Verluste im Maschinenbau einbüßte, fiel der Landkreis Lörrach nur deshalb nicht stärker zurück, weil er vom Ausbau von Staat und Gesundheitswesen profitierte.

Auch im ländlichen Raum sind derartige Grundmuster in den Entwicklungslinien der Kreise zu beobachten. Der Alb-Donau-Kreis, der Hohenlohe-Kreis und auch der Landkreis Schwäbisch Hall, die allesamt durch einen hohen Wertschöpfungszuwachs von etwa 130 % auffallen, beziehen diesen in erster Linie durch starke Zuwächse bei den wertschöpfungsintensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der unternehmensnahen Dienstleistungen. Aber auch die nicht so wirtschaftskräftigen Bereiche profitierten in diesen Kreisen von allgemein guten Wachstumsverhältnissen. Zumindest teilweise mag dies Folge einer verbesserten Verkehrsanbindung nach Vollendung des Autobahnbaus sein. Es fällt nämlich auf, daß der Hohenlohekreis und

Tabelle 10

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen

- Anteil am Land in % -

Raumtyp — Kreise	1970	1980	1982	1984	1986	1988	1990	1992	1994[1]
Stadtkreise	**34,5**	**32,5**	**32,8**	**32,5**	**32,3**	**31,7**	**31,0**	**31,4**	**31,7**
Stuttgart	12,7	11,9	12,1	12,2	12,2	11,8	11,2	11,3	11,1
Mannheim	6,4	5,6	5,4	5,0	4,9	4,8	4,4	4,5	4,9
Karlsruhe	5,3	5,2	5,2	5,5	5,7	5,5	5,9	6,0	5,9
Freiburg	2,2	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,3	2,2	2,3
Heidelberg	1,7	1,7	1,8	1,8	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8
Heilbronn	1,8	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7
Pforzheim	1,6	1,6	1,7	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,3
Ulm	2,0	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0
Baden-Baden	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Verdichtete Landkreise	**17,7**	**19,6**	**19,5**	**20,2**	**20,7**	**20,7**	**20,7**	**20,2**	**20,2**
Esslingen	4,5	4,7	4,6	4,8	5,0	5,0	5,0	4,8	4,7
Ludwigsburg	3,7	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,2	4,2
Böblingen	3,3	4,2	4,4	4,8	5,0	4,8	4,6	4,4	4,5
Rhein-Neckar-Kreis	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,4	3,5	3,5	3,6
Rems-Murr-Kreis	2,9	3,2	3,1	3,1	3,2	3,4	3,3	3,3	3,2
Teilweise verdichtete Landkreise	**19,1**	**19,3**	**19,4**	**19,0**	**18,9**	**19,1**	**19,7**	**19,9**	**20,0**
Göppingen	2,4	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Tübingen	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
Karlsruhe	2,7	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	3,1	3,1	3,2
Enzkreis	1,1	1,2	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2
Konstanz	2,2	2,3	2,3	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1	2,3
Rastatt	1,9	1,7	1,8	1,9	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0
Bodensee	1,5	1,6	1,7	1,5	1,6	1,6	1,7	1,7	1,7
Heilbronn	1,7	1,8	2,0	2,1	2,0	2,0	2,1	2,2	2,1
Lörrach	1,9	1,7	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7	1,6	1,7
Reutlingen	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	2,4	2,3
Schwach verdichtete Landkreise	**28,7**	**28,6**	**28,3**	**28,3**	**28,1**	**28,5**	**28,7**	**28,5**	**28,1**
Heidenheim	1,4	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Emmendingen	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Ortenaukreis	3,6	3,8	3,7	3,8	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6
Zollernalbkreis	1,7	1,7	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	1,6	1,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,8	1,7
Ostalbkreis	2,7	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4
Calw	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Rottweil	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Tuttlingen	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1
Breisgau-Hochschwarzwald	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Ravensburg	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3	2,2	2,3
Waldshut	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Freudenstadt	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Alb-Donau-Kreis	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Hohenlohekreis	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Neckar-Odenwald-Kreis	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Biberach	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5	1,4
Schwäbisch Hall	1,2	1,3	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5	1,5
Sigmaringen	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,0
Main-Tauber-Kreis	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Baden-Württemberg	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

1) Vorläufige Angaben.

der Landkreis Schwäbisch Hall im Bereich Wohnungsvermietung Rekordzuwächse verzeichnen, während der Alb-Donau-Kreis diesbezüglich im allgemeinen Rahmen der ländlichen Kreise bleibt. Entsprechend unterschiedlich auch der Befund für die wirtschaftlich nur schwach wachsenden Kreise Waldshut und Schwarzwald-Baar-Kreis, deren Wertschöpfung in der Zeit von 1980 bis 1994 nominal um 90 bzw. 75 % zugenommen hat. Während das schwache Abschneiden im Kreis Waldshut im wesentlichen auf Einbrüche der Chemischen Industrie zu Beginn der 90er Jahre zurückgeht, sind für den Schwarzwald-Baar-Kreis die Einbrüche in der Uhrenindustrie und der Unterhaltungselektronik zu nennen und das Ergebnis wäre noch schlechter ausgefallen, wenn nicht wenigstens die unternehmensorientierten Dienstleistungen überdurchschnittlich tendiert hätten.

Stadt-Land-Gefälle im Umbruch?

Das oben beschriebene Gefälle der wirtschaftlichen Leistungskraft zwischen verdichteten und weniger verdichteten Gebieten hatte sich in den 70er und 80er Jahren leicht, in der Tendenz aber eindeutig nivelliert. Die wirtschaftliche Vorrangstellung der Stadtkreise, die sich zum Beispiel bis weit in die 70er Jahre aufgebaut hatte, war mit der Zeit gebröckelt. Davon profitiert hatten insbesondere die um die Großstädte liegenden Verdichtungsräume und – nicht ganz so deutlich – die weniger verdichteten Kreise im ländlichen Raum. Diese Entwicklung scheint in den 90er Jahren eine Wende zu erfahren. Die Landeshauptstadt und auch Mannheim zeigen auf unterschiedlichem Niveau Tendenzen einer Stabilisierung und Karlsruhe setzt seine in den 80er Jahren begonnene Expansion fort *(Tabelle 10)*. Pforzheim ausgenommen gilt ähnliches auch für die übrigen Stadtkreise. Während Freiburg, Heilbronn und Baden-Baden ihre Wirtschaft im Gleichschritt mit dem allgemeinen Tempo im Land entwickelten, konnten Heidelberg und Ulm ihr Gewicht neuerdings sogar leicht ausbauen. Auch die teilweise verdichteten Landkreise, die bis weit in die 80er Jahre fast unbeeindruckt von Expansion und Kontraktion ihren Anteil am Landeswert in etwa konstant gehalten hatten, entwickelten sich gegen Ende der 80er Jahre überdurchschnittlich gut und haben ihren Anteil in den 90er Jahren gut behaupten können. Mit Ausnahme des Landkreises Göppingen gilt dies für alle Landkreise dieses Raumtyps. Konstanz hat zuletzt sein Gewicht sogar stärken können und scheint an frühere, bessere Zeiten anzuknüpfen.

Anders die Landkreise, die in den 70er und 80er Jahren das stärkste Wirtschaftswachstum verzeichneten. Die verdichteten Landkreise im Umfeld von Stuttgart und Mannheim und auch die schwach verdichteten Kreise im ländlichen Raum haben ihre Phase überdurchschnittlichen Wachstums in den 90er Jahren nicht fortsetzen können. Namentlich die dicht an Stuttgart angrenzenden Landkreise haben an Gewicht eingebüßt. Günstiger als in der Region Stuttgart stehen die Tendenzen im Raum Heidelberg, wovon auch der Rhein-Neckar-Raum profitiert. An Boden verloren haben in den 90er Jahren auch die schwach verdichteten Landkreise, die insgesamt hinter der Landesentwicklung zurückbleiben, im Ostalbkreis und Schwarzwald-Baar-Kreis sogar deutlich.

Wirtschaftliche Renaissance der Stadtkreise

Die wirtschaftliche Renaissance der Stadtkreise ist eng verknüpft mit der Expansion des Dienstleistungssektors und insbesondere der Kreditinstitute, Versicherungen und der Dienstleistungen für Unternehmen. Anders als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt – und auch anders als die wirtschaftsstarken Investitionsgüterbranchen –, die über die frühen 90er Jahre hinweg stagniert haben, hat sich dieser Teil der Wirtschaft weiter gut entwickelt und von 1990 bis 1994 seine Wertschöpfung nominal um die Hälfte erhöht. Im Landesdurchschnitt hat er inzwischen bei einem Anteil von 22 % die gleiche Bedeutung erreicht wie die wirtschaftsstarken Industriebranchen *(Tabelle 8)*. Von dieser Entwicklung haben am meisten die Stadtkreise profitiert, in denen der Dienstleistungsanteil deutlich höher liegt als in anderen Landesteilen. In Stuttgart wird jede dritte DM, in Ulm und Heidelberg jede vierte DM in einer Bank, einem Versicherungsunternehmen, einem Beratungs- oder Planungsunternehmen oder in der Werbebranche erwirtschaftet. In den genannten Städten war die von den unternehmensnahen Dienstleistungen ausgehende Dynamik auch überdurchschnittlich stark ausgeprägt *(Tabelle 11)*.

Daß die Stadtkreise in den 90er Jahren wirtschaftlich wieder an Boden gewonnen haben, hat auch einen zweiten Grund. Anders als in den 80er Jahren entwickelte sich nämlich dort das Verarbeitende Gewerbe zuletzt wieder etwas günstiger als in den Landkreisen. Dies gilt insbesondere für die Mehrzahl der wirtschaftsstarken Industriebranchen, die in den Stadtkreisen das Verarbeitende Gewerbe stark dominieren. Die übrigen Industriebranchen haben es in den Stadtkreisen allerdings weiterhin schwerer als auf dem Land. Von 1990 bis 1994 haben sie in jedem zweiten Stadtkreis an Wertschöpfung verloren, in Stuttgart und Karlsruhe jeweils sogar 20 %. Pforzheim ausgenommen, spielen typische Schrumpfbranchen in den Stadtkreisen praktisch keine Rolle mehr.

Daß die Landkreise im Verdichtungsraum um Stuttgart in den 90er Jahren hinter dem allgemeinen Wachstumstempo im Land zurückblieben, hat viel mit den Strukturproblemen des Maschinenbaus und der Rezession zu tun, die die großen Industriegüterproduzen-

Tabelle 11

Entwicklung von Wirtschaft und Wirtschaftsbereichen von 1990 bis 1994

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in jeweiligen Preisen (Vorläufige Angaben) – 1990 = 100

Raumtyp — Kreise	Bruttowert-schöpfung zu Markt-preisen insgesamt	Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft			andere Wirtschaftsbereiche			
		zusammen	darunter		zusammen	darunter		
			ausgewählte Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes[1]	Dienst-leistungs-unter-nehmen[2]		übrige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes	Handel und Verkehr, Gast-gewerbe	Staat, Gesund-heits-wesen
Stadtkreise	**121**	**125**	**106**	**151**	**117**	**92**	**116**	**125**
Stuttgart	117	119	88	154	114	78	113	123
Mannheim	131	140	144	140	120	105	117	125
Karlsruhe	120	123	114	149	115	80	115	127
Freiburg	122	124	99	143	121	103	118	123
Heidelberg	124	130	93	162	121	93	118	129
Heilbronn	122	124	97	147	121	115	117	126
Pforzheim	111	116	87	138	109	89	113	126
Ulm	127	133	102	179	122	108	120	127
Baden-Baden	125	137	126	144	117	89	111	125
Verdichtete Landkreise	**116**	**114**	**98**	**146**	**117**	**99**	**114**	**126**
Esslingen	112	110	93	142	114	92	112	127
Ludwigsburg	116	112	97	134	118	104	116	125
Böblingen	116	116	108	142	117	86	119	125
Rhein-Neckar-Kreis	122	126	89	167	119	104	112	128
Rems-Murr-Kreis	115	111	91	145	119	107	113	125
Teilweise verdichtete Landkreise	**121**	**123**	**111**	**143**	**119**	**102**	**116**	**127**
Göppingen	119	121	109	138	118	108	114	126
Tübingen	123	126	90	162	122	100	114	128
Karlsruhe	123	122	117	130	123	111	116	126
Enzkreis	113	115	95	150	111	89	118	132
Konstanz	135	173	200	158	116	100	113	127
Rastatt	118	116	102	143	120	112	113	130
Bodensee	121	122	114	147	119	90	117	127
Heilbronn	120	117	104	144	122	112	122	130
Lörrach	118	125	110	162	114	93	115	124
Reutlingen	115	109	93	130	119	95	119	125
Schwach verdichtete Landkreise	**116**	**116**	**95**	**147**	**116**	**104**	**115**	**125**
Heidenheim	115	114	102	147	116	98	110	126
Emmendingen	127	138	102	188	122	116	116	129
Ortenaukreis	117	115	90	139	118	110	115	125
Zollernalbkreis	115	121	104	150	111	95	114	126
Schwarzwald-Baar-Kreis	107	106	86	141	108	87	112	126
Ostalbkreis	115	113	93	158	117	106	118	125
Calw	120	119	101	136	120	108	111	125
Rottweil	121	127	106	171	118	102	124	127
Tuttlingen	112	118	100	148	109	92	117	121
Breisgau-Hochschwarzwald	119	133	107	157	114	103	114	121
Ravensburg	118	118	100	130	118	106	117	127
Waldshut	109	99	61	144	114	95	115	128
Freudenstadt	112	106	92	133	116	105	109	126
Alb-Donau-Kreis	110	106	83	145	113	98	114	121
Hohenlohekreis	119	122	103	160	117	108	117	126
Neckar-Odenwald-Kreis	119	124	104	164	116	107	114	120
Biberach	119	117	107	149	120	113	118	126
Schwäbisch Hall	126	124	90	156	127	143	123	128
Sigmaringen	116	115	77	157	116	107	111	119
Main-Tauber-Kreis	114	115	94	146	113	102	109	122
Baden-Württemberg	**119**	**120**	**102**	**148**	**117**	**100**	**115**	**125**

1) Ausgewählt wurden Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Kunststoffwaren, Maschinenbau, Herstellung von ADV-Geräten, Straßen-, Luft- u. Raumfahrzeugbau sowie Elektrotechnik. Auswahlkriterien waren die Arbeitsproduktivität, Branchenwachstum und -größe, Weltmarktorientierung incl. Entwicklungsintensität der Branche. - 2) Ohne Gastgewerbe, Gesundheits- und Veterinärwesen und Wohnungsvermietung.

ten stärker getroffen hat als andere Branchen. Darunter hatten offensichtlich auch die unternehmensorientierten Dienstleistungen zu leiden, weil Aufträge aus der Region ausgeblieben sind. Von der Konjunktur- und Strukturkrise weniger betroffen war indessen der Rhein-Neckar-Kreis. Dort hat der Dienstleistungssektor inzwischen Großstadtniveau und ist offenbar weniger auf den Investitionsgüterbereich angewiesen als im Raum Stuttgart. Vor allem mit dem starken Wachstum der Dienstleistungen für Unternehmen ist es zu erklären, daß der Rhein-Neckar-Kreis in den letzten Jahren mit die höchste Wachstumsrate hatte.

Die teilweise verdichteten Landkreise verdanken ihr stärkeres Gewicht vor allem Tendenzverschiebungen im Industrie-Bereich, die bis in die 80er Jahre zurückgehen. Für die starken Investitionsgüterbranchen sind dort die schwierigen 90er Jahre insgesamt glimpflicher verlaufen als anderswo im Land. Während sie in dieser Zeit sowohl in schwach verdichteten Kreisen als auch im Umkreis der Großstädte ihre Bruttowertschöpfung selbst nominal kaum steigern konnten und – wie oben beschrieben – in den Stadtkreisen sogar deutliche Verluste meldeten, erwirtschafteten sie gerade in den teilweise verdichteten Landkreisen einen signifikanten Wertschöpfungszuwachs. Es paßt ins Bild, daß Wachstumsbranchen wie die Chemische und die Kunststoffindustrie ihre Anteilsgewinne bevorzugt in diesen Gebieten realisiert haben und daß die weniger wertschöpfungsintensiven Industriebranchen weniger an Gewicht verloren haben als in den verdichteten Landkreisen und in den Stadtkreisen. Auch die anderen Wirtschaftsbereiche wie Verkehr, Gastgewerbe, Gesundheitswesen und staatliche Einrichtungen – allesamt weniger wertschöpfungsintensive Bereiche – entwickelten sich dort besser als in den Ballungsgebieten und lediglich bei Banken und mehr noch den unternehmensnahen Dienstleistungen war dies umgekehrt. Letztere sind in den Stadtkreisen und den schwach verdichteten Landkreisen stärker gewachsen.

Auch die Verzögerungen in der wirtschaftlichen Entwicklung der schwach verdichteten Landkreise gehen maßgeblich auf Tendenzen im Industriebereich zurück. Während sich der gesamte Dienstleistungssektor – Dienstleistungsunternehmen ebenso wie Handel und Verkehr oder Gesundheitswesen und Staat – im Landesdurchschnitt entwickelte, blieben vor allem die starken Investitionsgüterbranchen, aber auch die Chemische Industrie merklich hinter der Entwicklung in den stärker verdichteten Landesteilen zurück und verfehlten selbst nominal gemessen das Leistungsniveau von 1990 um 5 %. Daß das Leistungsgefälle zu den anderen Landesteilen in den 90er Jahren dennoch vergleichsweise moderat ausfiel, lag an den weniger wertschöpfungsintensiven Industriebranchen. Diese meldeten 1994 in den schwach verdichteten Landkreisen nämlich nominal noch einen leichten Zuwachs gegenüber 1990, während sie in dichter bewohnten Landkreisen in etwa stagnierten und in den Stadtkreisen deutlich schrumpften. Offenbar ist abseits der Verdichtungsräume das Kostenniveau gerade für die von der Ertragslage weniger begünstigten Branchen angemessener und der Standort auch von den räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten her günstiger als im verdichteten Raum.

Qualitatives Wachstum in den 90er Jahren verlangsamt

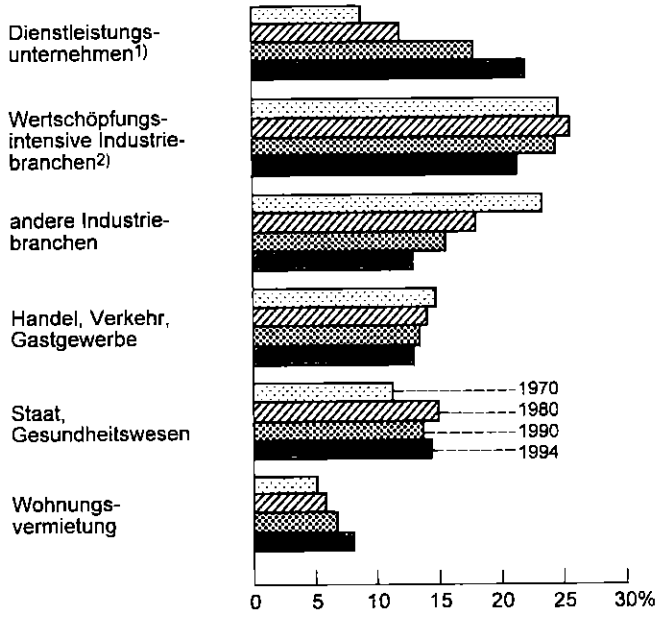
Der wirtschaftliche Strukturwandel – allgemein verstanden als die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten aus dem Produzierenden in den Dienstleistungssektor – hat sich in den 90er Jahren sogar verstärkt fortgesetzt, gleichwohl aber noch nicht hinreichend zur Stärkung der Wirtschaftskraft beigetragen. Diese Feststellung mag zunächst überraschen, zumal sich das Wachstum in den wertschöpfungsintensiven Dienstleistungssparten Banken und Versicherungen und auch den unternehmensnahen Dienstleistungen selbst in konjunkturell schwieriger Zeit kaum abgeschwächt hat. Deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist bis Ende 1994 um gut ein Viertel auf 20 % gewachsen. Trotzdem haben die wertschöpfungsintensiven Bereiche in ihrer Gesamtheit wegen der strukturellen und konjunkturellen Probleme, mit denen die wertschöpfungsintensiven Investitionsgüterbranchen zu kämpfen hatten, vom Strukturwandel nur wenig profitiert. Anders als in den 80er Jahren, in denen sie ihren Wertschöpfungsanteil halten konnten, haben sie in den letzten Jahren deutlich an Boden verloren, und repräsentieren nur noch 20 % des Bruttoinlandsprodukts *(Schaubild 4)*.

Daß sich die Wirtschaftsstruktur trotz fortgesetzten Strukturwandels gegenüber den späten 80er Jahren kaum gestärkt zeigt, liegt aber auch daran, daß Bereiche wie der Staat, das Gesundheitswesen, vor allem aber die Bauwirtschaft und die Wohnungsvermietung sich zuletzt wesentlich besser entwickeln konnten als in den 80er Jahren und so dazu beitrugen, den langfristig zu beobachtenden Gewichtsverlust der weniger wertschöpfungsintensiven Bereiche deutlich zu verlangsamen. Hauptgrund dieser Entwicklung dürfte das starke Bevölkerungswachstum sein, in dessen Folge das Ernährungsgewerbe, die Hersteller von Getränken und eine Reihe von Zulieferindustrien für die Bauwirtschaft erstarkten und anders als in den 70er und 80er Jahren wieder Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung fanden. Entgegen des langfristigen Trends haben somit in den 90er Jahren die wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche ihren Wertschöpfungsanteil von 46 % kaum erhöht, während die anderen Bereiche ihren Anteil von 54 % annähernd halten konnten.

Schaubild 4

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1970

Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt



1) Banken und Versicherungen, Dienstleistungen für Unternehmen, Bildung und Wissenschaft.- 2) Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie und Petrochemie,Kunststoffindustrie.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 371 95

Land. Mit Kenntnis der jeweils typischen Wirtschaftsstruktur und weiterer Standorteigenschaften läßt sich in einem Szenario herausarbeiten, welche Landesteile durch die verschiedenen Einflußfaktoren wirtschaftlich begünstigt oder benachteiligt werden. Danach wird der längerfristige Trend in der wirtschaftlichen Entwicklung der Landkreise und besonders der verdichteten Landkreise durch Konjunktureinfluß im Vergleich zu den Stadtkreisen oder den schwach verdichteten Landkreisen, in denen das konjunkturreagible Investitionsgütergewerbe schwächer vertreten ist, verzerrt und man kann davon ausgehen, daß dies teilweise korrigiert wird, wenn sich in nächster Zeit die Wirtschaft erholt hat. Die stärker verdichteten Landkreise sind wegen des hohen Industrieanteils durch dessen Verschlankungsprozeß überdurchschnittlich betroffen, diesmal allerdings zu ihren Ungunsten. Die Verlagerung von Betriebsstandorten oder Fertigungskapazitäten begünstigt wegen günstigerem Kostenniveau oder anderen Standortvorteilen in der Regel die weniger verdichteten Gebiete und auch das Bevölkerungswachstum mit seinen nachfragesteigernden Wirkungen auf den Bedarf an Wohnungen und persönlicher Ausstattung dürfte bevorzugt dort wirtschaftliche Aktivitäten auslösen. Das einzige Kriterium, das in erster Linie für ein überdurchschnittliches Wachstum der Stadtkreise spricht, ist der hohe Anteil an Banken, Versicherungen und unternehmensnahen Dienstleistungen. Weil diese Wirtschaftsbereiche immer eine hohe Wertschöpfung erwarten lassen, ist dieses Kriterium allerdings hoch einzuschätzen, zumal die räumliche Nähe zur Kooperation mit Industriebetrieben auch dann gegeben ist, wenn der Industriebesatz in den Stadtkreisen selbst weiter ausgedünnt wird.

Ausgleichstendenzen zwischen Stadt und Land

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen in den bisherigen und den bevorstehenden 90er Jahren hängt wesentlich von den Ursachen ab, welche die industrielle Entwicklung begünstigt oder verzögert haben. Diese sind vielfältig, überlagern sich und lassen sich analytisch nur schwer voneinander trennen. Ein konjunkturell bedingter, das heißt vorübergehender Nachfrageausfall als Ursache ist jedenfalls für die Einschätzung des längerfristigen Trends anders zu beurteilen als Maßnahmen zur Verschlankung von Betriebs- und Ablaufstrukturen, sei es die Verringerung der Fertigungstiefe oder die Auslagerung von Produktionsschritten oder von Dienstleistungsaktivitäten.

Auch die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums und der sich daraus ergebende Bedarf hat ganz spezifische Effekte auf das wirtschaftliche Geschehen im

Die Wirkungskomponenten Bevölkerungswachstum und Standortverlagerung sind nicht nur von ihrer Intensität, sondern auch von der zeitlichen Reichweite her mit Einschränkungen zu versehen. Standortverlagerungen von Produktionsbetrieben aus den Verdichtungsräumen in den ländlichen Raum werden vermutlich schwächer werden und auch das Bevölkerungswachstum dürfte nach den erkennbaren Trends sich eher abschwächen als zunehmen.

Setzt sich die Entwicklung wie in der ersten Hälfte der 90er Jahre fort, dann werden die Stadtkreise nicht mehr wie in den 70er und 80er Jahren an Gewicht verlieren, sondern ihre wirtschaftliche Position sogar ausbauen und sichern – wenn auch unter anderen Vorzeichen. Dort hat die Wirtschaft innerhalb weniger Jahre ihr Profil nachhaltig geändert und ein Ende dieser Entwicklung – mehr Dienstleistung und weniger Produktion – ist noch nicht abzusehen. Anhalten dürfte auch der leichte Trend, wirtschaftliche Aktivitäten über die Verdichtungsräume hinaus in den ländlichen Raum zu verlagern, zumindest solange die Bevölkerungszahl zunimmt und der Wohnungsbau und dessen Zulieferindustrien davon profitiert.

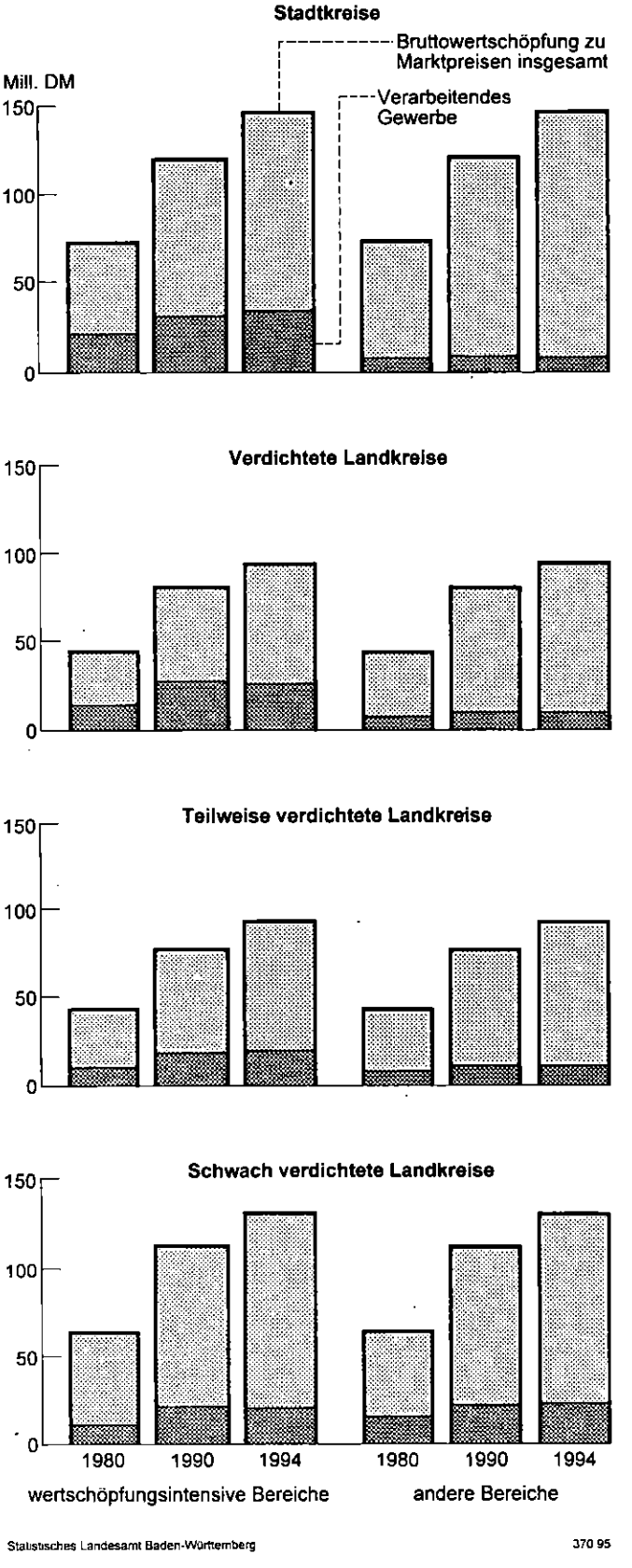
Beschäftigungszuwachs im ländlichen Raum

Ein günstiger Trend hinsichtlich der Wirtschaftskraft muß für die jeweiligen Regionen nicht ohne weiteres auch eine günstige Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt bedeuten – nicht selten ist sogar das Gegenteil der Fall. Wegen der unterschiedlich hohen Arbeitsproduktivität ist nämlich landesweit der Beschäftigtenanteil des Verarbeitenden Gewerbes mit gut 40 % im Jahr 1994 deutlich höher als der Wertschöpfungsanteil, der nur bei gut einem Drittel liegt, während umgekehrt für die wertschöpfungsintensiven Dienstleistungsunternehmen der Wertschöpfungsanteil mit 22 % größer ist als der Beschäftigtenanteil (15 %). Von daher schlagen sich in der regionalen Beschäftigungsentwicklung der 90er Jahre vor allem die Veränderungen im Industriesektor nieder, die sich dort als Reaktion auf die – regional unterschiedlich gelagerten – Konjunktureinflüsse und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ergeben haben *(Schaubild 5 und 6)*. Anders als die Bruttowertschöpfung, die sich in den Stadtkreisen zuletzt allgemein günstiger, in der Region Stuttgart und im ländlichen Raum aber unterdurchschnittlich entwickelt hat, verlief die Beschäftigtenentwicklung insgesamt umso günstiger je weiter die einzelnen Kreise von den Ballungszentren entfernt liegen *(Tabelle 12)*. Die Stadtkreise Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg, wo das Investitionsgütergewerbe vergleichsweise schwach vertreten ist, haben von der Dienstleistungskonjunktur profitiert, während die anderen Stadtkreise, insbesondere die Landeshauptstadt Stuttgart Arbeitsplatzverluste hinnehmen mußten.

Schwach verdichtete Landkreise haben in den 90er Jahren eine auffallend günstige Beschäftigtenentwicklung genommen. Während die Beschäftigtenzahl in anderen Landesteilen eher gesunken ist, hat sie hier – wenn auch nur leicht und auf niedrigerem Niveau – weiter zugenommen. Die Gründe hierfür liegen wohl vor allem im Bevölkerungswachstum, das sich in dieser Zeit vor allem in den schwächer verdichteten Raum verlagert hat, aber auch darin, daß hiervon mehr als andere Branchen die ortsnahen Handels-, Verkehrs- und Gaststättenbetriebe und auch das Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelgewerbe sowie das Baugewerbe profitiert haben, die in diesen Gebieten stärker vertreten sind. Überdies fällt auf, daß die Beschäftigungsverluste des Investitionsgütergewerbes im schwach verdichteten Raum moderater ausfielen als in anderen Landesteilen. Mit einem Zuwachs von 8 % bzw. 7 % entwickelte sich die Beschäftigung im Landkreis Schwäbisch-Hall und dem Hohenlohekreis in den Kreisen am stärksten, wo auch das Bevölkerungswachstum am größten war und dieser Impuls wirkte so breit, daß die Beschäftigung in fast allen Wirtschaftsbereichen deutlich über dem Durchschnitt tendierte. Bei einem etwas niedrigeren Wachstum von Beschäftigung und Bevölkerung ist diese Breite auch für den Landkreis Biberach festzustellen, während die Land-

Schaubild 5

Entwicklung der wertschöpfungsintensiven und der anderen Wirtschaftsbereiche seit 1980 gemessen an der Bruttowertschöpfung insgesamt (in jeweiligen Preisen)



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 370 95

Tabelle 12

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen und nach Kreisen

Veränderung 30.06.94 gegenüber 30.06.90 – 1990 = 100

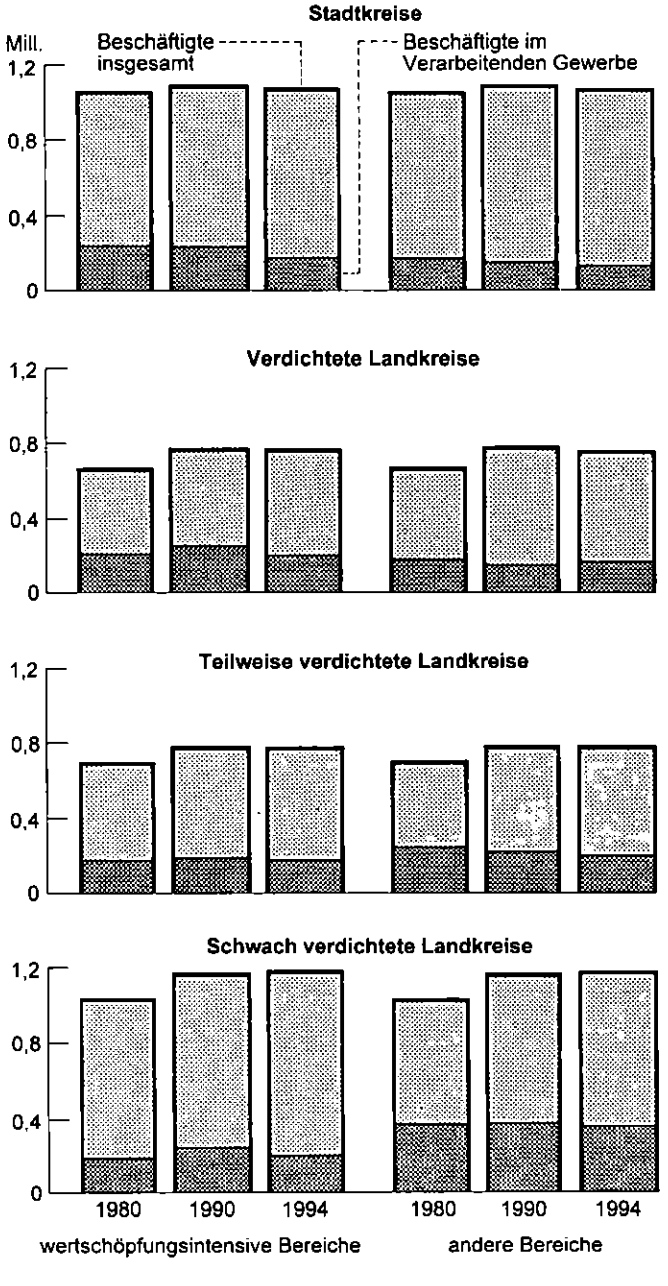
Raumtyp — Kreise	Beschäftigte insgesamt	Wirtschaftsbereiche mit hoher Wirtschaftskraft			Andere Wirtschaftsbereiche			
		zusammen	darunter		zusammen	darunter		
			ausgewählte Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes [1]	Dienstleistungsunternehmen [2]		übrige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes	Handel und Verkehr, Gastgewerbe	Staat, Gesundheitswesen
Stadtkreise	**98**	**94**	**80**	**107**	**100**	**87**	**103**	**106**
Stuttgart	94	90	76	106	97	81	97	105
Mannheim	97	92	84	104	101	94	106	97
Karlsruhe	101	101	84	110	101	89	103	106
Freiburg	103	102	86	108	104	95	105	109
Heidelberg	102	101	86	110	103	82	107	110
Heilbronn	100	96	80	115	101	91	102	108
Pforzheim	94	89	74	108	95	84	102	111
Ulm	99	91	79	111	105	88	111	113
Baden-Baden	103	102	97	103	104	106	101	103
Verdichtete Landkreise	**99**	**92**	**82**	**121**	**103**	**92**	**111**	**113**
Esslingen	97	92	82	123	101	89	108	111
Ludwigsburg	101	95	88	110	104	92	109	117
Böblingen	94	85	76	123	105	91	117	106
Rhein-Neckar-Kreis	103	100	86	131	105	94	113	113
Rems-Murr-Kreis	100	94	85	118	104	95	109	118
Teilweise verdichtete Landkreise	**100**	**96**	**87**	**116**	**102**	**91**	**109**	**112**
Göppingen	95	90	80	116	98	88	102	107
Tübingen	104	101	90	107	106	91	107	115
Karlsruhe	104	102	92	118	105	95	111	112
Enzkreis	99	97	90	119	100	89	114	120
Konstanz	103	108	98	119	101	90	104	109
Rastatt	101	97	90	122	104	98	111	110
Bodensee	97	90	82	113	102	89	112	111
Heilbronn	104	93	85	123	112	101	120	118
Lörrach	98	98	91	117	98	85	105	112
Reutlingen	94	88	78	112	98	88	108	110
Schwach verdichtete Landkreise	**101**	**97**	**88**	**113**	**103**	**93**	**112**	**110**
Heidenheim	100	94	88	111	104	97	109	113
Emmendingen	105	97	83	124	109	99	118	113
Ortenaukreis	103	99	86	116	104	97	112	105
Zollernalbkreis	96	97	90	114	95	84	114	111
Schwarzwald-Baar-Kreis	95	90	83	115	97	83	107	112
Ostalbkreis	98	89	81	110	102	92	115	106
Calw	102	96	94	99	104	95	107	111
Rottweil	94	83	71	114	99	89	109	114
Tuttlingen	98	100	94	113	97	91	109	104
Breisgau-Hochschwarzwald	106	102	88	123	107	96	109	111
Ravensburg	104	97	90	105	107	101	108	112
Waldshut	100	96	85	120	101	87	109	117
Freudenstadt	104	98	94	109	107	103	108	112
Alb-Donau-Kreis	103	104	100	112	103	92	111	118
Hohenlohekreis	107	103	95	132	109	93	130	112
Neckar-Odenwald-Kreis	101	98	91	115	103	93	109	107
Biberach	106	101	98	111	108	98	115	114
Schwäbisch Hall	108	104	97	112	110	105	123	106
Sigmaringen	101	96	87	113	102	92	114	108
Main-Tauber-Kreis	101	103	92	119	101	94	105	105
Baden-Württemberg	**99**	**95**	**84**	**112**	**102**	**92**	**108**	**109**

1) Ausgewählt wurden Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Kunststoffwaren, Maschinenbau, Herstellung von ADV-Geräten, Straßen-, Luft- u. Raumfahrzeugbau sowie Elektrotechnik. Auswahlkriterien waren die Arbeitsproduktivität, Branchenwachstum und -größe, Weltmarktorientierung incl. Entwicklungsintensität der Branche. - 2) Ohne Gastgewerbe, Gesundheits- und Veterinärwesen und Wohnungsvermietung.

kreise Emmendingen und Hochschwarzwald ihre Beschäftigungsdynamik (+ 5 % bzw. + 6 %) vorwiegend aus hohen Zuwächsen bei Dienstleistungsunternehmen und dem Baugewerbe speisen.

Schaubild 6

Entwicklung der wertschöpfungsintensiven und der anderen Wirtschaftsbereiche seit 1980 gemessen an der Beschäftigtenzahl



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 368 95

Arbeitslosigkeit in den Dienstleistungszentren vergleichsweise niedrig

Während sich von 1990 bis 1994 die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg nominal um 20 % erhöht hat und die Zahl der Beschäftigten zuletzt nur noch das Niveau von 1990 hatte, hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Land annähernd verdoppelt. Der Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen entsprechend fiel die Zunahme in den Gebieten mit hohem Industriebesatz stärker und in den Gebieten mit hohem Dienstleistungsanteil schwächer aus als im Landesdurchschnitt. In den Stadtkreisen, wo nur jeder dritte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe beschäftigt ist, nahm die Arbeitslosenzahl um gut die Hälfte zu, während sie sich in den Landkreisen – dort ist der Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung bald doppelt so hoch – gut verdoppelt hat. Bei dieser Betrachtung ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Stadt- und Landkreise von einem unterschiedlich hohen Niveau der Arbeitslosigkeit ausgingen. Begünstigt durch die gute Wirtschaftsentwicklung in den Landkreisen Karlsruhe, Rastatt und Konstanz nahm die Arbeitslosigkeit in den teilweise verdichteten Landkreisen nicht ganz so stark zu *(Tabelle 13)*. Auffallend hoch war die Zunahme im Landkreis Rottweil, wo sich die Arbeitslosenzahl in den 90er Jahren verdreifacht und im Landkreis Böblingen, wo sie sich knapp verdreifacht hat. In beiden Kreisen ist die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt. Nur wenig ist die Arbeitslosigkeit in Heidelberg gestiegen, wo jeder vierte in einem Dienstleistungsunternehmen beschäftigt ist. Auch in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg blieb die Zunahme mit etwa einem Drittel vergleichsweise moderat – in Mannheim allerdings auf hohem Niveau. Die geringsten Steigerungen für die Landkreise meldeten Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und Biberach, deren Arbeitslosenzahl um gut zwei Drittel gestiegen ist.

Auch das Niveau der Arbeitslosigkeit hat sich in den Landkreisen stärker erhöht als in den Stadtkreisen. Vor allem in der Region Stuttgart und mehr noch im ländlichen Raum, wo im Jahr 1990 die Arbeitslosenquote im Mittel noch bei gut 3 und 3,5 % lag, haben sich diese Werte bis 1994 stark erhöht und insgesamt verdoppelt *(Tabelle 14)*. In den Stadtkreisen, wo das Ausgangsniveau der Arbeitslosigkeit mit 5,5 % im Jahr 1990 schon hoch gelegen hatte, fiel die Erhöhung um 2,5 Prozentpunkte vergleichsweise mild aus. Insgesamt hat sich dadurch das Stadt-Land-Gefälle in der Arbeitslosigkeit merklich verringert: dem überdurchschnittlich hohen Niveau von 8,3 % in den Stadtkreisen steht im Umfeld der Großstädte eine Quote von 6,3 % gegenüber, während das der Landkreise im Mittel knapp unterhalb des Landesdurchschnitts von 7,5 % liegt.

Während die Mittelwerte für die verdichteten und teilweise verdichteten Landkreise auch die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Kreisen im allgemeinen gut be-

Tabelle 13

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Bevölkerung und Arbeitslose 1980 bzw. 1987, 1990 und 1994

Raumtyp / Kreise	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen			Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer			Bevölkerung			Arbeitslose[1]		
	1980	1990	1994	1980	1990	1994	1980	1990	1994	1987	1990	1994
	Anteil am Land in %											
Stadtkreise	**32,6**	**31,0**	**31,7**	**30,6**	**28,8**	**28,3**	**19,8**	**19,3**	**18,9**	**28,7**	**27,8**	**22,6**
Stuttgart	11,9	11,2	11,1	10,6	10,0	9,5	6,3	6,0	5,8	6,9	6,3	6,9
Mannheim	5,6	4,4	4,9	5,2	4,6	4,5	3,3	3,2	3,1	6,1	6,9	4,6
Karlsruhe	5,2	5,9	5,9	4,2	3,9	4,0	2,9	2,8	2,7	4,3	4,0	2,9
Freiburg	2,3	2,3	2,3	2,4	2,3	2,4	1,9	1,9	1,9	4,0	3,3	2,2
Heidelberg	1,7	1,7	1,8	1,9	1,9	2,0	1,4	1,4	1,4	2,1	2,2	1,3
Heilbronn	1,7	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,2	1,2	1,2	1,5	1,6	1,6
Pforzheim	1,6	1,4	1,3	1,8	1,7	1,6	1,2	1,2	1,1	1,5	1,6	1,6
Ulm	2,0	1,9	2,0	2,2	2,0	2,0	1,1	1,1	1,1	1,8	1,4	1,1
Baden-Baden	0,7	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Verdichtete Landkreise	**19,6**	**20,7**	**20,2**	**19,2**	**20,1**	**19,9**	**21,8**	**22,0**	**21,7**	**18,1**	**18,3**	**20,3**
Esslingen	4,7	5,0	4,7	4,8	5,0	4,8	5,0	4,9	4,8	3,3	3,2	4,4
Ludwigsburg	4,0	4,3	4,2	4,1	4,2	4,2	4,7	4,8	4,7	4,0	4,2	4,3
Böblingen	4,2	4,6	4,5	3,7	4,1	3,9	3,3	3,4	3,4	2,5	2,4	3,7
Rhein-Neckar-Kreis	3,4	3,5	3,6	3,4	3,4	3,5	5,0	5,0	5,0	5,5	5,3	4,6
Rems-Murr-Kreis	3,2	3,3	3,2	3,2	3,4	3,5	3,9	3,9	3,9	2,8	3,1	3,4
Teilweise verdichtete Landkreise	**19,3**	**19,7**	**20,0**	**20,1**	**20,4**	**20,6**	**23,6**	**24,0**	**24,2**	**22,0**	**23,1**	**23,6**
Göppingen	2,2	2,1	2,1	2,4	2,3	2,2	2,5	2,5	2,5	2,1	2,4	2,7
Tübingen	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,9	2,0	2,0	1,9	2,3	1,9
Karlsruhe	3,0	3,1	3,2	2,9	2,9	3,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,6	3,4
Enzkreis	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,7	1,8	1,8	1,4	1,4	1,7
Konstanz	2,3	2,1	2,3	2,2	2,1	2,2	2,5	2,5	2,5	2,7	2,7	2,4
Rastatt	1,7	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	2,0
Bodensee	1,6	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,9	1,9	1,5	1,5	1,6
Heilbronn	1,8	2,1	2,1	1,9	2,1	2,2	2,6	2,7	2,9	2,2	2,4	3,0
Lörrach	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	2,1	2,1	2,0	2,0	1,8	2,2
Reutlingen	2,4	2,4	2,3	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,3	2,7	2,9
Schwach verdichtete Landkreise	**28,6**	**28,7**	**28,1**	**30,1**	**30,7**	**31,2**	**34,8**	**34,7**	**35,2**	**31,2**	**30,9**	**33,4**
Heidenheim	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
Emmendingen	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,4	1,4	1,4	1,5	1,4	1,2
Ortenaukreis	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,3	3,8
Zollernalbkreis	1,7	1,6	1,5	2,1	1,9	1,8	1,9	1,8	1,9	1,5	1,7	2,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	2,0	1,9	1,7	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	2,0	2,5	2,2	2,5
Ostalbkreis	2,5	2,5	2,4	2,8	2,7	2,7	3,0	3,0	3,0	2,9	3,1	3,1
Calw	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,4	1,5	1,5	1,0	1,2	1,2
Rottweil	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,2	1,4	1,3	1,3	1,1	0,9	1,5
Tuttlingen	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,6
Breisgau-Hochschwarzwald	1,4	1,4	1,4	1,3	1,5	1,6	2,1	2,2	2,2	1,9	1,8	1,6
Ravensburg	2,1	2,3	2,3	2,1	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	2,2	2,1	1,9
Waldshut	1,2	1,2	1,1	1,3	1,3	1,3	1,6	1,6	1,6	1,2	1,3	1,7
Freudenstadt	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	0,8	0,9	0,9
Alb-Donau-Kreis	1,0	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,7	1,7	1,7	1,5	1,4	1,4
Hohenlohekreis	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0	0,6	0,7	0,9
Neckar-Odenwald-Kreis	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,4	1,4	1,4	1,2	1,5	1,4
Biberach	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5	1,6	1,6	1,7	1,4	1,2	1,1
Schwäbisch Hall	1,3	1,4	1,5	1,4	1,5	1,6	1,6	1,7	1,7	1,3	1,2	1,5
Sigmaringen	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,2
Main-Tauber-Kreis	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,0	1,3	1,3
Baden-Württemberg	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

1) Jahresdurchschnitt.

schreibt, streuen die Quoten in den übrigen Landesteilen doch erheblich. Mannheim (11,4 %) und Baden-Baden (6,3 %) für die Stadtkreise und die Landkreise Tuttlingen (9,0 %) bzw. Biberach (5,0 %) markieren die Extremwerte und diese Beispiele sind keine Einzelfälle. Die Arbeitslosigkeit lag 1994 in Freiburg, Heilbronn und Pforzheim immerhin knapp unter 10 % und auch der Schwarzwald-Baar-Kreis bzw. der Zollernalbkreis kommen mit 8,9 und 8,5 % nahe an den Landkreis Tuttlingen heran. Als Positivbeispiel für die Stadtkreise repräsentiert Ulm mit 7,6 in etwa den Landesdurchschnitt, während die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Calw als Positivbeispiel für die schwach verdichteten Landkreise mit 5,6 % bzw. 5,8 % deutlich darunter liegen.

Zusammenfassung

- Die Wirtschaftskraft ist einer unter mehreren Faktoren, die den Wohlstand und die Lebensqualität eines Raumes bestimmen.

- Die Einflüsse auf die regionale Wirtschaftsentwicklung sind deshalb außerordentlich komplex. Die zur Quantifizierung der Wirtschaftskraft verfügbaren statistischen Meßgrößen können diese nicht umfassend erklären. Als Indikator für die Wirtschaftskraft wurde die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen herangezogen und durch Angaben aus der Beschäftigten-, der Arbeitsmarkt- und der Bevölkerungsstatistik ergänzt.

- Die wirtschaftlichen Leistungen in den einzelnen Landesteilen unterscheiden sich stark. In den Großstädten Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe werden auf einem Sechzigstel der Landesfläche 22 % der Bruttowertschöpfung erbracht. In allen Stadtkreisen und den verdichteten Landkreisen im Umfeld von Stuttgart und Mannheim zusammen entsteht auf einem Sechstel der Landesfläche die Hälfte der Wirtschaftsleistung, in schwach verdichteten Landkreisen dagegen auf zwei Dritteln der Landesfläche nur 28 % der Wirtschaftsleistung.

- Schwach verdichtete Landkreise haben im Durchschnitt nur einen Anteil von jeweils gut 1 % der Bruttowertschöpfung des Landes, teilweise verdichtete Landkreise einen Anteil von 2 % und die verdichteten Landkreise bereits einen Anteil von 4 % am Landeswert.

- Die wirtschaftliche Bedeutung der verdichteten Landkreise zeigt sich im Vergleich mit den Stadtkreisen. Zwar kommt ihr Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung des Landes an die der Großstädte nicht heran – diese haben im Durchschnitt einen Anteil von 7 % der Bruttowertschöpfung des Landes –, sie liegt aber mehr als doppelt so hoch als bei den anderen Stadtkreisen.

- Ein Grund hierfür liegt im Bevölkerungsreichtum der verdichteten Landkreise. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Landes ist ihr Anteil im Durchschnitt gut viermal so groß wie der Anteil der kleineren Stadtkreise und auch durchweg größer als der Mannheims und Karlsruhe. Lediglich die Landeshauptstadt (Bevölkerungsanteil von 5,8 %) übertrifft den Rhein-Neckar-Kreis (Anteil von 5,0 %) bzw. die Landkreise Esslingen und Ludwigsburg (Anteile von 4,8 bzw. 4,7 %) deutlich.

- Die Anteilsunterschiede zwischen den verdichteten Landkreisen und den Stadtkreisen wären noch größer, wenn diese nicht einen Teil ihrer Bruttowertschöpfung aus den Nachbarkreisen "geliehen" hätten. Durch das tägliche Pendeln von Arbeitnehmern in die städtischen Zentren realisieren die Stadtkreise eine größere Wirtschaftsleistung als es ihnen aufgrund ihrer Einwohnerzahl möglich wäre. Ähnliche Effekte sind abseits der Ballungsgebiete auch bei Landkreisen wie dem Ortenaukreis, dem Schwarzwald-Baar-Kreis oder den Landkreisen Heidenheim und Tuttlingen zu beobachten, die bestimmte zentrale Funktionen wahrnehmen. Umgekehrt ist die Bruttowertschöpfung je Einwohner in Landkreisen, die im Einzugsbereich der benachbarten Stadtkreise liegen, meist vergleichsweise niedrig.

- Die Substanz, die unabhängig von Gebietsgröße oder Einwohnerzahl in der Wirtschaft der Stadt- und Landkreise steckt – mithin ihre Wirtschaftskraft – wird besser in der "Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen" ausgedrückt. Auch diese Meßgröße signalisiert ein Gefälle vor allem zwischen den Ballungszentren und ihrem Umkreis; weil Pendlerbeziehungen berücksichtigt sind, fallen die Unterschiede aber wesentlich geringer aus als nach den Ergebnissen der Bruttowertschöpfung je Einwohner.

- Die Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen hängt stark mit ihrer Wirtschaftsstruktur zusammen. Eine hohe Wertschöpfung ist meist dort gegeben, wo starke Wirtschaftsbereiche überproportional vertreten sind. Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie die unternehmensorientierten Dienstleistungen tragen landesweit mit gut einem Fünftel ebenso viel zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei wie die starken Industriebranchen des baden-württembergischen Investitionsgütergewerbes, der Chemie und der Mineralölverarbeitung. Alle wirtschaftsstarken Bereiche zusammen erwirtschaften im Land 46 % des Bruttoinlandsprodukts.

Tabelle 14

Arbeitslosenquote 1987, 1990 und 1994 für die Kreise Baden-Württembergs

- Jahresdurchschnitt -

Raumtyp — Kreise	1987	1990	1994
Stadtkreise	**7,8**[1]	**5,7**[1]	**8,3**[1]
Stuttgart	5,1	4,1	8,3
Mannheim	9,3	9,1	11,4
Karlsruhe	7,8	6,0	7,9
Freiburg	11,4	7,9	9,8
Heidelberg	8,1	7,7	8,2
Heilbronn	6,5	5,7	9,7
Pforzheim	6,5	5,5	9,7
Ulm	8,3	5,3	7,6
Baden-Baden	5,5	3,9	6,3
Verdichtete Landkreise	**3,9**[1]	**3,2**[1]	**6,3**[1]
Esslingen	3,2	2,5	6,3
Ludwigsburg	4,4	3,4	6,3
Böblingen	3,8	2,7	7,4
Rhein-Neckar-Kreis	6,0	4,5	6,9
Rems-Murr-Kreis	3,9	3,2	6,2
Teilweise verdichtete Landkreise	**5,1**[1]	**4,0**[1]	**7,5**[1]
Göppingen	4,2	3,9	7,7
Tübingen	5,4	5,1	7,4
Karlsruhe	5,3	3,7	6,2
Enzkreis	3,9	3,0	6,6
Konstanz	6,0	5,0	7,5
Rastatt	6,0	4,2	6,8
Bodensee	5,0	3,6	6,7
Heilbronn	4,9	3,7	7,6
Lörrach	5,2	4,1	7,5
Reutlingen	4,6	4,2	7,9
Schwach verdichtete Landkreise	**5,4**[1]	**3,7**[1]	**7,2**[1]
Heidenheim	5,4	4,4	7,8
Emmendingen	6,3	4,1	6,3
Ortenaukreis	6,1	3,6	7,3
Zollernalbkreis	4,1	3,5	8,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	6,1	4,2	8,9
Ostalbkreis	5,6	4,3	7,7
Calw	3,8	3,3	5,8
Rottweil	4,5	2,8	8,0
Tuttlingen	5,6	4,0	9,0
Breisgau-Hochschwarzwald	5,5	3,6	5,6
Ravensburg	5,8	3,7	6,1
Waldshut	4,4	4,3	8,1
Freudenstadt	4,7	3,5	6,0
Alb-Donau-Kreis	5,3	3,5	5,9
Hohenlohekreis	3,8	3,0	6,5
Neckar-Odenwald-Kreis	5,5	4,8	7,6
Biberach	5,4	3,3	5,0
Schwäbisch Hall	5,4	3,3	6,7
Sigmaringen	5,4	3,8	7,1
Main-Tauber-Kreis	5,1	4,4	7,8
Baden-Württemberg	**5,1**	**4,1**	**7,5**

1) Mittelwert errechnet als Median.

- Die Wertschöpfung in den Stadtkreisen und den verdichteten Landkreisen stammt nach dem Stand von 1994 zu gut der Hälfte aus wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereichen und dieser Anteil sinkt offenbar mit zunehmender Entfernung von den Ballungsgebieten. In teilweise verdichteten Landkreisen beträgt er noch 40 %, in schwach verdichteten Kreisen nur noch gut ein Drittel.

- Der Unterschied zwischen den Stadtkreisen und den verdichteten Landkreisen geht fast ausschließlich auf die starke Präsenz von Banken und Versicherungen in den Zentren zurück. Dienstleistungen für Unternehmen sind in den verdichteten Landkreisen ebenso stark vertreten wie in den Stadtkreisen und die starken Investitionsgüterbranchen sogar stärker. Umgekehrt sind die anderen, weniger wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche im schwach verdichteten Raum stärker vertreten als im verdichteten Raum. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei den weniger wertschöpfungsintensiven Industriebranchen. Branchen mit Anteilsverlusten wie die Textil-, Leder-, Tabakindustrie oder Gießereien spielen für die Wertschöpfung in Stadtkreisen und verdichteten Landkreisen praktisch keine Rolle, während sie in schwach verdichteten Landkreisen immerhin noch 5 % zur Bruttowertschöpfung beitragen.

- Nicht alle Unterschiede in der Wirtschaftsleistung zwischen Stadt- und Landkreisen lassen sich auf das Branchenprofil zurückführen. Die Stadtkreise, aber auch einige Landkreise haben wegen ihrer Zentralität eine höhere Bruttowertschöpfung als allein nach ihrer Wirtschaftsstruktur zu erwarten wäre. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Ulms, aber auch bei den traditionellen Universitätsstandorten Heidelberg und Freiburg und den Landkreisen Tübingen und Konstanz.

- Die Wirtschaftsleistung hat sich in den Jahren seit 1980 nominal gut verdoppelt. Wachstumsmotor waren die wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsbereiche, die doppelt so schnell wuchsen wie die anderen Bereiche. Die unternehmensorientierten Dienstleistungen wuchsen um fast das Dreifache, während die wirtschaftsstarken Industriebranchen sich knapp unter dem Gesamttrend entwickelten und die weniger starken Industriebranchen nur um die Hälfte zulegten. Von daher hätte man erwarten können, daß begünstigt durch die Wirtschaftsstruktur die Entwicklung in den verdichteten Räumen dynamischer verläuft als in den weniger verdichteten. Das Wachstum gestaltete sich aber im Umkreis der Großstädte dynamischer als in den Großstädten selbst und in den teilweise verdichteten Landkreisen sogar leicht stärker als in den verdichteten.

- Die stärkste Zunahme unter den Stadtkreisen hat seit 1980 mit 130 % Karlsruhe, dessen Bruttowertschöpfung zwar auch von der sukzessiven Erhöhung der Mineralölsteuer profitiert hat, dessen Zuwachs aber auf der ganzen Breite seiner Wirtschaftsstruktur basiert. Ebenfalls um 130 % ist die Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Rastatt und Heilbronn sowie im Alb-Donau-Kreis, dem Hohenlohekreis und im Landkreis Schwäbisch Hall gewachsen. Die hohen Zuwächse wurden vor allem vom "Tandem" wirtschaftsstarke Industrie und unternehmensorientierte Dienstleistungsfirmen getragen. Gerade die wertschöpfungsintensive Industrie, aber auch die anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes haben sich im schwach verdichteten Raum am stärksten entwickelt.

- Die wirtschaftliche Vorrangstellung der Stadtkreise, die in den 80er Jahren etwas verblaßt war, hat sich in den bisherigen 90er Jahren wieder leicht gefestigt. Die Landeshauptstadt und Mannheim zeigen Tendenzen einer Stabilisierung und Heidelberg wie auch Ulm haben ihr Gewicht etwas ausgebaut. Mehr als die Landkreise profitieren sie von der Expansion von Kreditinstituten, Versicherungen und den Dienstleistungen für Unternehmen, die in den Stadtkreisen stark vertreten sich. Hinzu kommt, daß die wirtschaftsstarken Industriebranchen, insbesondere Chemie und Mineralölverarbeitung, sich in den Stadtkreisen inzwischen fast so gut entwickeln wie in den Landkreisen.

- Die Beschäftigung hat sich in den 90er Jahren in den schwach verdichteten Landkreisen vergleichsweise günstig entwickelt. Anders als in den anderen Landesteilen wurden dort Mitte 1994 (etwas) mehr Arbeitnehmer beschäftigt als zu Beginn des Jahrzehnts. Der Grund dafür liegt in der Standortverlagerung industrieller Fertigung aus den Ballungsgebieten, mehr noch aber darin, daß die Konjunktur in den weniger verdichteten Landesteilen günstiger verlaufen ist als in den Verdichtungsräumen. Im Zuge des enormen Bevölkerungswachstums hat vor allem das Baugewerbe, deren Zulieferbranchen und der Bereich Wohnungsvermietung profitiert, die in den teilweise und schwach verdichteten Landkreisen stark vertreten sind.

- Während sich von 1990 bis 1994 die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg nominal um 20 % erhöht hat und die Zahl der Beschäftigten zuletzt nur noch das Niveau von 1990 hatte, hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Land annähernd verdoppelt. Der Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen entsprechend fiel die Zunahme in den Gebieten mit hohem Industriebesatz stärker und in den Gebieten mit hohem Dienstleistungsanteil schwächer aus als im Landesdurchschnitt. In den Stadtkreisen, wo nur jeder dritte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe beschäftigt ist, nahm die Arbeitslosenzahl um gut die Hälfte zu, während sie sich in den Landkreisen gut verdoppelt hat.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt – zur Situation der Sozialhilfeempfänger

Neustrukturierte Sozialhilfestatistik

Seit 30 Jahren liefert die amtliche Sozialhilfestatistik Angaben über die Empfänger von Sozialhilfe und den dafür erforderlichen Aufwand von örtlichen und überörtlichen Trägern. Mit der Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogrammes ab 1994 wurde das seit 1963 unverändert angewendete Erhebungskonzept der Sozialhilfestatistik grundsätzlich überarbeitet. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU-Empfänger). Neu im Erhebungsprogramm ist der gesonderte Nachweis von Kurzzeitempfängern. Dagegen erfahren die Erhebungsteile zur Hilfe in besonderen Lebenslagen und des Sozialhilfeaufwands verhältnismäßig wenig Neuerungen.

Die folgende Ausarbeitung konzentriert sich auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Hilfeart steht sowohl bei der Armutsdebatte als auch bei der Mißbrauchsdiskussion und der Diskussion um das Lohnabstandsgebot im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Aktuelle Überlegungen zur Reform der Sozialhilfe beziehen sich ebenfalls auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Auch zahlenmäßig ist die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt mit Abstand die bedeutendste Hilfeart: Vier von fünf Sozialhilfeempfängern erhielten 1993 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Ende 1993 waren in Baden-Württemberg über 254 000 Personen Empfänger dieser Hilfeart. Während des gesamten Jahres 1993 wurden im Lande etwa 400 000 HLU-Empfänger registriert. Auf diese entfielen im gleichen Zeitraum, wie noch gezeigt wird, nur rund 40 % aller Sozialhilfeaufwendungen.

Den Schwerpunkt der amtlichen Sozialhilfestatistik bildet die Hilfe zum Lebensunterhalt – genauer die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Einmalige Hilfen werden ausschließlich in der Aufwandsstatistik erfaßt. Die Sozialämter melden die in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden HLU-Empfänger in anonymer Form auf einem gemeinsamen Erhebungsbogen (manuelle Meldung) an das Statistische Landesamt. Bis auf wenige Fälle leben die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Bisher wurde die Erhebung am Jahresende durchgeführt und ermittelt, in wieviel Fällen die Sozialämter des Landes während des Jahres laufende Hilfe zu gewähren hatten. Häufig wird in diesem Zusammenhang sprachlich etwas ungenau statt von "Sozialhilfefällen" von Sozialhilfeempfängern gesprochen, obwohl Doppel- und Mehrfachzählungen möglich sind. Ein und dieselbe Bedarfsgemeinschaft kann durchaus zwei oder in ganz seltenen Fällen auch mehrmals in der Statistik erscheinen, wenn im Laufe des Jahres über zwei oder mehrere nicht zusammenhängende Perioden Sozialhilfe bezogen wurde oder der Haushalt während des Jahres in einen anderen Stadt- oder Landkreis umgezogen ist. Man kann diese Problematik dadurch umgehen, daß die Empfängerzahlen nur am Jahresende im Zeitvergleich verwendet werden. Allerdings bleiben bei dieser Betrachtungsweise die innerhalb eines Jahres abgeschlossenen Fälle unberücksichtigt. Mit der neustrukturierten Sozialhilfestatistik werden sowohl Bestandsgrößen am Jahresende als auch durch Fortschreibung von Zu- und Abgängen Quartalsergebnisse ermittelt, so daß neben der Situation am Jahresende auch unterjährige Ergebnisse sowie Daten über die Fluktuation während eines Jahres zur Verfügung stehen.

Neue Merkmale und Kurzzeitempfänger

Mit der Neukonzeption der Sozialhilfestatistik sollten verschiedene Schwachpunkte der bisherigen Statistik vermieden werden. Die Hauptziele der Reform sind aktuellere Ergebnisse und die Überwindung von inhaltlichen Defiziten. Dies gilt – wie bereits erwähnt – besonders für die statistische Erfassung der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Bisher gab es hier zum Beispiel keine Angaben zur Dauer, Höhe und Art des Leistungsbezugs. Auch Daten über den Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit und dem Sozialhilfebezug stehen nunmehr neben weiteren sozio-ökonomischen Merkmalen zur Verfügung. Einen vollständigen Überblick über die neuen Merkmale sowie Merkmale mit Änderungen bei den Merkmalsausprägungen vermittelt umseitige Übersicht.

Für längerfristige Betrachtungen kann auf die Ergebnisse der bisherigen Sozialhilfestatistik zurückgegriffen werden. Insbesondere die Angaben zu Alter, Geschlecht sowie die Unterscheidung nach Deutschen und Ausländern stehen schon seit 1963 zur Verfügung. Außerdem können Angaben zur Haushaltsstruktur und zu den Ursachen der Sozialhilfebedürftigkeit aus der

Reform der Sozialhilfestatistik

– Stand 01.01.1994 –

Merkmale sowie Merkmale mit Änderungen bei den Merkmalsausprägungen, die sich auf die **einzelnen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft** beziehen:

- Personengruppe
- Zeitpunkt der Arbeitslosenmeldung
- Art der Mehrbedarfszuschläge
- Erwerbsstatus
- Höchster allgemeinbildender Schulabschluß
- Höchster Berufsausbildungsabschluß

Merkmale sowie Merkmale mit Änderungen bei den Merkmalsausprägungen, die sich auf die **Bedarfsgemeinschaft** beziehen:

- Beginn der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt an die Bedarfsgemeinschaft in der jetzigen Zusamensetzung
- Beginn der ununterbrochenen Gewährung laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft
- Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaft in DM pro Monat
- Anerkannte Bruttokaltmiete in DM pro Monat
- Anspruch der Bedarfsgemeinschaft in DM pro Monat
- Besondere soziale Situation
- Voraussichtliche Gewährung der HLU als Vorleistung für andere vorrangige Sozialleistungen
- Zahl der Haushaltsmitglieder
- Zahl aller HLU-Empfänger im Haushalt
- Angerechnetes bzw. in Anspruch genommenes Einkommen; übergegangene Ansprüche

bisherigen Erhebung entnommen werden, um strukturelle Veränderungen im Zeitablauf darzustellen. Ergänzend stehen Ergebnisse der Wohngeldstatistik zur Verfügung, die für die Beschreibung der Wohnsituation von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt weitergehende Informationen erbringen und eine Gegenüberstellung zu Empfängern von Tabellenwohngeld erlauben.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden erste Ergebnisse der neuen Sozialhilfestatistik für Baden-Württemberg veröffentlicht. Diese vorläufigen Auswertungen stützen sich auf mindestens 70 % der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 1. Januar 1994. Eine Auswertung des Gesamtmaterials scheiterte an den Umstellungsproblemen bei einigen Sozialämtern. Auch können derzeit noch nicht alle Merkmale (zum Beispiel Schul- und Berufsausbildungsabschluß) sinnvoll interpretiert werden, da den Auskunftspflichtigen zum Zeitpunkt der Erhebung die notwendigen Informationen zur vollständigen Auskunftserteilung zumindest teilweise fehlten. Durch die Neuaufnahme von Merkmalen wie Bruttobedarf, Bruttokaltmiete und Anspruch der Bedarfsgemeinschaft in die Sozialhilfestatistik läßt sich die ökonomische Situation der HLU-Empfänger im Lande nunmehr erstmals umfassend beschreiben. Auch die Dauer des

Tabelle 1

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfegewährung in Baden-Württemberg 1994 nach Alter und Wohngelegenheit

	Empfänger am				Davon Empfänger ohne eigenen Wohnraum			
	30.03.1994	29.06.1994	28.09.1994	28.12.1994	30.03.1994	29.06.1994	28.09.1994	28.12.1994
unter 25	173	176	179	150	143	154	167	148
25 – 40	585	573	654	606	556	525	630	596
40 – 60	670	680	692	667	636	641	669	651
60 und älter	66	74	65	60	62	67	60	57
Insgesamt	**1 494**	**1 503**	**1 590**	**1 483**	**1 397**	**1 387**	**1 526**	**1 452**

Sozialhilfebezugs bzw. bei arbeitslosen HLU-Empfängern die Dauer der Arbeitslosigkeit konnten aus der bisherigen Statistik nicht ermittelt werden.

Wenngleich wichtige Strukturmerkmale wie zum Beispiel Alter und Geschlecht der HLU-Empfänger Erhebungsbestandteile sowohl in der bisherigen als auch in der neustrukturierten Sozialhilfestatistik sind, führt die Ausgliederung der Asylbewerber und gleichgestellter Personen aus der Sozialhilfe durch das im November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz dazu, daß die Ergebnisse vor und nach der Statistikreform nicht vollständig vergleichbar sind.

Eine Sonderstellung im Rahmen der neuen Statistik nehmen die Empfänger von laufender Hilfe mit kurzzeitiger Hilfegewährung ein. Diese Empfängergruppe wurde in der bisherigen Sozialhilfestatistik überhaupt nicht ausgewiesen. Kurzzeitempfänger sind Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Wochen- oder Tagessätzen erhalten. Als Empfänger solcher Leistungen kommen vor allem die sogenannten Nichtseßhaften und Landfahrer in Frage. Im Unterschied zu den HLU-Empfängern mit monatlichen Regelsätzen werden für Kurzzeitempfänger nur einige wenige Merkmale erhoben. Auf Sammelbögen wird ihre Zahl nach Alter, Geschlecht und Nationalität sowie mit und ohne Wohnsitz nachgewiesen und in dieser aggregierten Form an das Statistische Landesamt vierteljährlich übermittelt. Der Erhebungsstichtag ist jeweils der letzte "reguläre" Mittwoch im Quartal.

An den Stichtagen 1994 bewegte sich die Zahl der von den Sozialämtern des Landes gemeldeten Kurzzeitempfänger um 1 500 Personen. Mehr als 95 % der Empfänger mit kurzzeitiger Hilfegewährung waren 1994 deutscher Nationalität. Überwiegend (90 %) handelte es sich bei dieser Personengruppe um wohnsitzlose Männer im erwerbsfähigen Alter.

Ergebnisse der bisherigen Sozialhilfe- und der Wohngeldstatistik

Unterschiedliche Gewichtung bei Empfängern und Ausgaben

Das Bundessozialhilfegesetz definiert die Aufgabe der Sozialhilfe als Hilfe, die es dem Empfänger ermöglicht, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Hilfe soll ihn befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken. Sozialhilfe wird als Hilfe zum Lebensunterhalt und als Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Die erste Hilfeart dient zur Sicherung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Im Unterschied dazu greift die Hilfe in besonderen Lebenslagen, wenn eine besondere Lebens- oder Bedarfssituation wie Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit entstanden ist.

Wenn heute über Sozialhilfe in der Öffentlichkeit diskutiert wird, dann ist damit in der Regel die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gemeint. Der Hilfe in besonderen Lebenslagen wird dagegen wesentlich weniger Aufmerksamkeit zuteil.

Betrachtet man allein die Empfängerzahlen (Fallzahlen), dann ist diese Gewichtung durchaus verständlich. So wurden im Berichtsjahr 1993 403 595 Fälle von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und lediglich 198 614 Hilfen in besonderen Lebenslagen ausgewiesen. Ein ganz anderes Bild entsteht jedoch, wenn die Bruttoausgaben der Sozialhilfe beider Hilfearten verglichen werden. Fast zwei Drittel der Sozialhilfeaufwendungen entfallen nämlich auf die Hilfen in besonderen Lebenslagen. Im Berichtsjahr 1993 wurden für Hilfen zum Lebensunterhalt knapp 1,8 Milliarden DM und für die Hilfen in besonderen Le-

benslagen 3,1 Milliarden DM ausgegeben. Umgerechnet auf die Bevölkerung Baden-Württembergs ergab sich 1993 eine jährliche Pro-Kopf-Belastung (Brutto) in Höhe von 474 DM. Davon entfielen allein auf Hilfen in besonderen Lebenslagen 299 DM.

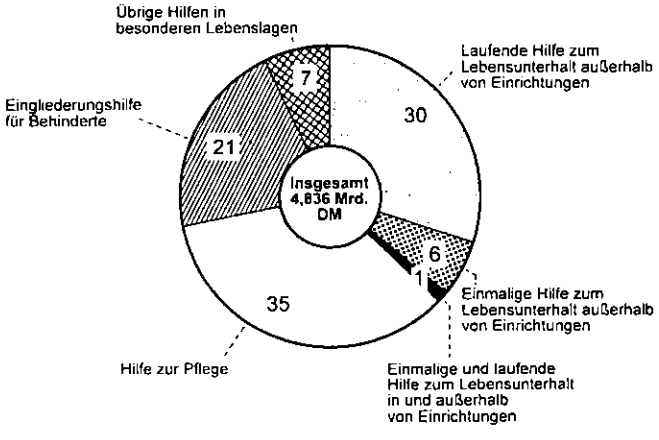
In den 60er Jahren lagen – im Gegensatz zu heute – die Fallzahlen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen deutlich über den Fallzahlen bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Von 1963 bis 1969 blieb das Niveau bei beiden Hilfearten nahezu konstant. Dies änderte sich in den 70er Jahren. Während die Hilfen in besonderen Lebenslagen nur langsam zunahmen, explodierte die Zahl der HLU-Empfänger. Sie verdoppelte sich von rund 64 000 im Jahre 1970 auf fast 123 000 im Jahre 1979. Bereits seit Mitte der 70er Jahre lagen die ermittelten Fallzahlen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt höher als bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen. Diese Entwicklung hat bis heute angehalten. Gegenwärtig werden etwa doppelt so viel Fälle laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wie Hilfen in besonderen Lebenslagen registriert. Etwa jeder vierte Empfänger, laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt 1993 gleichzeitig Hilfe in besonderen Lebenslagen. Davon waren über 90 % Krankenhilfe sowie Hilfe bei Schwangerschaft und Familienplanung.

Im Unterschied zu den Fallzahlen veränderten sich die Gewichte bei den Bruttoausgaben zwischen den beiden Hilfearten innerhalb von drei Jahrzehnten nicht nennenswert. Im Jahre 1963 entfielen von 183 Millionen DM, die für Sozialhilfe ausgegeben wurden, rund 36 % auf Hilfen zum Lebensunterhalt. Dieser Anteil betrug 1993 etwas mehr als 37 %. Das Ausgabenwachstum für die laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt ist vor allem auf die gestiegene Zahl der Empfänger zurückzuführen. Dagegen wurde der Ausgabenanstieg für die Hilfen in besonderen Lebenslagen auch durch andere Faktoren beeinflußt. So wuchsen beispielsweise die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege von 1987 bis 1993 um rund 70 % (HLU: + 91 %), während die Zahl der Empfänger dieser Hilfeart im gleichen Zeitraum nur um 7 % (HLU: + 99 %) angestiegen ist. Das starke Ausgabenwachstum für die Hilfe zur Pflege seit 1987 ist vor allem auf gestiegene Pflegekosten in den Einrichtungen zurückzuführen und nur zu einem kleineren Teil dadurch verursacht, daß die Zahl der Pflegebedürftigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zugenommen hat.

Schaubild 1

Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Baden-Württemberg 1993 nach ausgewählten Hilfearten

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 273 95

Demographische Merkmale der HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen

Die Empfänger werden immer jünger

Der ganz überwiegende Teil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lebt außerhalb von Einrichtungen. Am 31. Dezember 1993 erhielten nur rund 2 200 Personen – das waren weniger als ein Prozent aller HLU-Empfänger am Jahresende – laufende Hilfen in Einrichtungen. Dabei handelte es sich zu zwei Dritteln um nicht pflegebedürftige Altenheimbewohner, welche die Kosten der Altenheimunterbringung aus eigenen Mitteln nicht aufbringen konnten. Zwischen den Sozialhilfeempfängern in und außerhalb von Einrichtungen bestehen, nicht nur im Hinblick auf die Altersverteilung, wesentliche strukturelle Unterschiede, so daß es sinnvoll ist, beide Empfängergruppen getrennt zu betrachten. Die folgenden Ausführungen beschränken sich ausschließlich auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Die Empfänger in Einrichtungen werden nicht weiter untersucht.

Analysiert man die Veränderungen in der Altersstruktur der HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen seit 1963, so fällt eine Grundtendenz sofort ins Auge: Die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt werden im Durchschnitt immer jünger. Während 1963 bei einer Gesamtzahl von rund 64 700 etwa jeder Vierte das 65. Lebensjahr vollendet hatte, betrug dieser Anteil am Ende der 70er Jahre nur noch ein Siebtel. Die aktuellen Zahlen zeigen, daß heute sogar nur noch jeder 15. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 65 oder älter war. Die Sozialhilfebedürftigkeit im Alter hat heute im Vergleich zu den 60er und den frühen 70er Jahren deutlich an Gewicht verloren. Diese Entwicklung ist auch die Folge der relativ hohen Rentenanpassungen in den 70er und 80er Jahren.

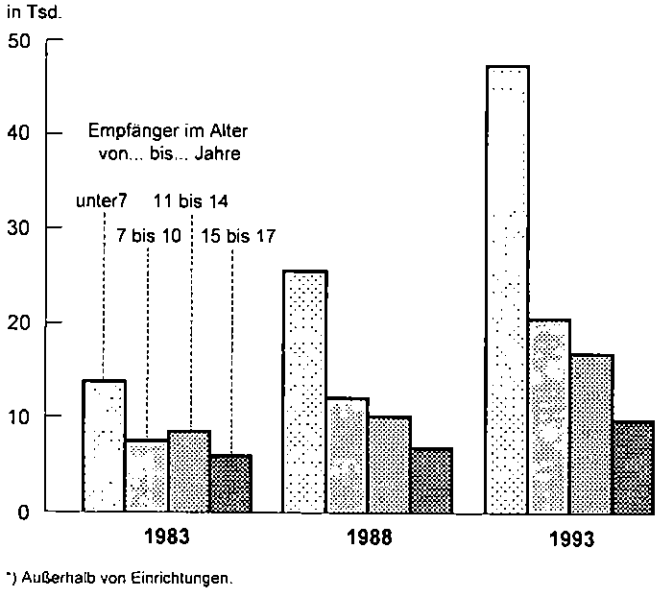
Werden die über 64jährigen HLU-Empfänger auf die Wohnbevölkerung gleichen Alters bezogen, ergibt sich, daß die Häufigkeitsziffer bei dieser Empfängergruppe in den letzten 30 Jahren von 18 Fällen im Laufe eines Jahres auf rund 17 je 1 000 der gleichaltrigen Wohnbevölkerung leicht zurückgegangen ist. Dagegen stiegen die Ziffern in den übrigen Altersklassen teilweise beträchtlich an. So hat sich die Ziffer bei den 25- bis 50jährigen innerhalb von 30 Jahren nahezu um das Zehnfache erhöht. Jeder dritte Empfänger von laufender Hilfe außerhalb von Einrichtungen gehört heute dieser Altersklasse an, während dies in der ersten Hälfte der sechziger Jahre nur auf jeden sechsten zutraf. Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren wiesen in der jüngsten Erhebung gut 50 Mal so viele HLU-Fälle bezogen auf die entsprechende Altersgruppe auf als in den frühen sechziger Jahren. Ihr Anteil an allen HLU-Empfängern stieg in 30 Jahren von 2 auf 12 %.

Noch höhere Ziffern waren 1993 nur bei Kindern und Jugendlichen festzustellen. Trotzdem hat sich der Anteil der unter 18jährigen an allen HLU-Empfängern im Zeitablauf kaum verändert. In den letzten 30 Jahren bewegte sich dieser Anteil regelmäßig zwischen 32 und 40 %. Bei der Beurteilung dieser Tatsache ist zu berücksichtigen, daß die baden-württembergische Bevölkerung innerhalb der letzten drei Jahrzehnte einen Alterungsprozess durchlaufen hat, der sich in der Sozialhilfe so nicht niedergeschlagen hat. Obwohl der Anteil Kinder und Jugendlicher in der Gesamtbevölkerung stark rückläufig war, blieb ihr Anteil unter den HLU-Empfängern im Zeitablauf praktisch unverändert. Die Zahl der HLU-Empfänger unter sieben Jahren stieg seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre von neun je 1 000 Einwohner im gleichen Alter auf 82 während des Jahres 1993 an.

Zum Jahresende 1993 waren fast 47 500 Kinder dieser Altersklasse auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Jedes 18. Kind im Vorschulalter (jünger als sieben Jahre) hat das neue Jahr in Baden-Württemberg als Sozialhilfeempfänger begonnen. Gegenüber 1985 hat sich dieser Anteil praktisch verdoppelt. Bei den Sieben- bis Zehnjährigen waren es am 31. Dezember 1993 immerhin noch 4,7 % und bei Elf- bis Vierzehnjährigen 3,9 % der gleichaltrigen Bevölkerung, die auf laufende Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen waren. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 17 Jahren waren zu rund 3,2 % sozialhilfebedürftig.

Schaubild 2

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt unter 18 Jahren*) in Baden-Württemberg am Jahresende 1983, 1988 und 1993



*) Außerhalb von Einrichtungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 260 95

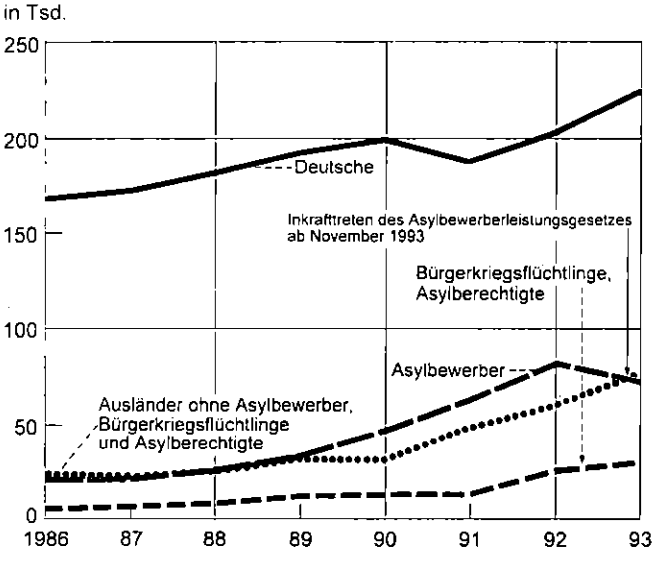
Mehr als die Hälfte der ausländischen Sozialhilfeempfänger sind Flüchtlinge

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre stiegen die Flüchtlingszahlen auch in Baden-Württemberg beträchtlich an. Ende der achtziger Jahre waren vor allem die Umwälzungen in Osteuropa und der Ausbruch des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien ursächlich für den Zustrom von Flüchtlingen. Da diese Menschen in der Regel aus eigenen Kräften ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, sind sie auf das Sozialamt angewiesen. Bis zum Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes erhielten alle Personen, die nicht Deutsche waren und die sich in Baden-Württemberg aufhielten, Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, wenn sie für ihren Lebensunterhalt nicht selbst aufkommen konnten. Damit stieg mit dem Zustrom von Flüchtlingen, die in Baden-Württemberg um Asyl baten oder vorübergehend Zuflucht suchten, die Anzahl der ausländischen Hilfeempfänger – aber auch ihr Anteil an allen Hilfeempfängern – überproportional an. Zwischen 1986 und 1993 hat die Zahl der HLU-Empfänger, die aus ihrer angestammten Heimat Zuflucht in Baden-Württemberg suchten, von gut 25 000 auf über 103 000 (1992: 110 000) zugenommen. Gleichzeitig stieg ihr Anteil an allen Sozialhilfeempfängern von 12 % auf etwa 26 % (1992: 29 %) an.

Im Jahre 1993 waren etwa drei Fünftel der rund 178 000 ausländischen HLU-Empfänger Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Auch dadurch ergibt sich eine deutliche Diskrepanz, wenn der Anteil der Ausländer in der Wohnbevölkerung und unter den Emp-

Schaubild 3

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg 1986 bis 1993 nach Personengruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 287 95

fängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gegenübergestellt wird. Während der Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung 1993 rund 13 % betrug, lag er unter den HLU-Empfängern bei 44 %. Die Berechnung der altersspezifischen Häufigkeitsziffern verdeutlicht, daß die Betroffenheit von Sozialhilfe der ausländischen Bevölkerung in jeder Altersgruppe mindestens vier Mal so hoch ist wie in der deutschen. Bei den Kindern bis zehn Jahren war im Jahr 1993 im Durchschnitt jedes fünfte ausländische Kind Empfänger von laufender Hilfe. Auffällig ist auch die Ziffer für die 21- bis 24jährigen Ausländer. Etwa jeder sechste dieser Altersgruppe erhielt 1993 vorübergehend oder für längere Zeit laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. In der entsprechenden Altersklasse der deutschen Bevölkerung war im Durchschnitt jeder 40. betroffen.

Seit 1986 werden in Baden-Württemberg – in Ergänzung zur Bundesstatistik – unter den ausländischen Sozialhilfeempfängern Asylbewerber, "De-facto"-Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge und Asylberechtigte getrennt ausgewiesen.

Asylbewerber bildeten innerhalb der ausländischen HLU-Empfänger im Jahre 1992 mit mehr als 83 000 Fällen, das entspricht einem Anteil von über 50 %, die größte Gruppe. Im Jahre 1993 war dieser Anteil erstmals seit vielen Jahren wieder rückläufig. Doch sind die Zahlen über die in der Sozialhilfestatistik ausgewiesenen Asylbewerber 1993 für Vergleichszwecke nur bedingt geeignet, da zu berücksichtigen ist, daß am 1. November 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft trat und die neu hinzugekommenden Asylbewerber in den letzten beiden Monaten des Jahres nicht mehr als Sozialhilfeempfänger zu melden waren. Mögliche Auswirkungen der Änderungen in der Asylgesetzgebung auf die Zahl der Asylbewerber, die bisher Sozialhilfe und ab November 1993 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, können aus der bisherigen Sozialhilfestatistik nicht mehr beurteilt werden. Dies gilt im übrigen auch für die "de-facto"-Flüchtlinge. Sobald die ersten Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik vorliegen, kann diese Fragestellung erneut aufgegriffen werden.

Aus dem ehemaligen Jugoslawien dürfte der überwiegende Teil der bereits erwähnten "de-facto"-Flüchtlinge stammen. Dies sind Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag abgelehnt worden ist, die aber aus rechtlichen, humanitären oder politischen Gründen nicht abgeschoben werden. Ihre Zahl belief sich 1993 auf etwa 17 000 im Land. Weitere knapp 6 000 Personen waren als Kontingentflüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen Aufnahme in Baden-Württemberg gefunden haben, auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Über 7 000 Asylberechtigte erhielten 1993 ebenfalls laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Wenngleich die starke Zunahme der ausländischen HLU-Bezieher in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre maßgeblich auf das Flüchtlingsproblem zurückzuführen ist, gewinnen in der jüngsten Vergangenheit zunehmend ökonomische Gründe als Ursache für den Anstieg der HLU-Empfänger insgesamt an Bedeutung. Dies zeigt sich sehr deutlich, wenn die Entwicklung der deutschen und sonstigen ausländischen Sozialhilfeempfänger (ohne Flüchtlinge) seit 1991 untersucht wird. So stieg die Wachstumsrate der Empfängergruppe (Deutsche und ausländische Nichtflüchtlinge) von relativ bescheidenen 2,5 % 1990/91 über 10,7 % 1991/92 auf rund 14 % von 1992 auf 1993 an. Die rezessiven Tendenzen 1992 und die Baden-Württemberg voll treffende Rezession des Jahres 1993 haben die Zahl der deutschen und der sonstigen ausländischen Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt kräftig anwachsen lassen. So wurden 1993 rund 37 000 mehr deutsche und sonstige ausländische HLU-Empfänger (ohne Flüchtlinge) registriert als im Jahr zuvor.

Mädchen und Frauen in der Mehrheit

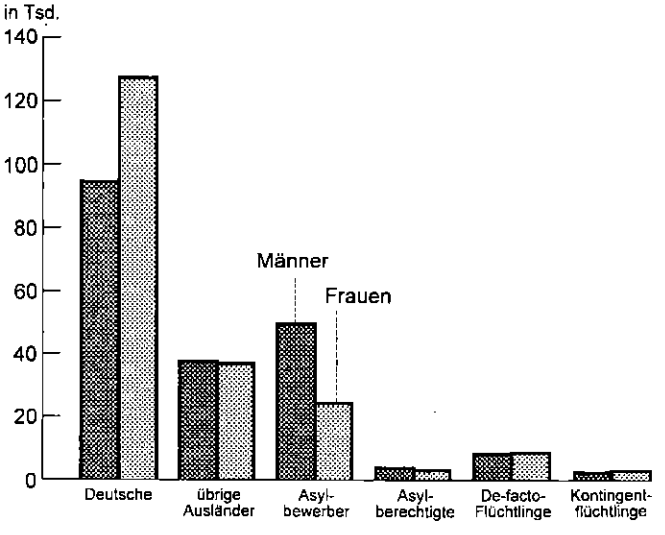
Bezogen auf die Bevölkerung Baden-Württembergs erhielten im Laufe des Jahres 1993 von 1 000 Mädchen und Frauen durchschnittlich 27 vorübergehend

oder auch für längere Zeit laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Die Häufigkeitsziffer für die männliche Bevölkerung lag im selben Zeitraum bei durchschnittlich 23 Fällen. Mit 51 % der HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen waren die Mädchen und Frauen 1993 – wenn auch nur knapp – in der Mehrheit. Vor 20 Jahren lag ihr Anteil noch um 13 Prozentpunkte höher als heute. Bei dieser Gegenüberstellung bleiben jedoch zwei wichtige Merkmale bezüglich der Bevölkerungsstruktur unberücksichtigt, da geschlechtsspezifische Unterschiede sowohl beim Altersaufbau der Bevölkerung als auch zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung bestehen. In den höheren Altersklassen haben die Frauen – bedingt durch die größere Lebenserwartung – ein deutliches Übergewicht, während unter den Ausländern die männliche Bevölkerung die Mehrheit bildet.

Durch die Aufgliederung der Gesamtzahlen für verschiedene Personengruppen wird deutlich, daß Frauen und Mädchen unter den ausländischen HLU-Empfängern in der Minderheit sind. Von 100 HLU-Empfängern mit ausländischen Paß waren 43 weiblichen Geschlechts. Innerhalb der deutschen HLU-Empfänger befanden sich die männlichen Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit fast 43 % dagegen deutlich in der Minderheit. Da die Proportion zwischen männlichen und weiblichen Hilfeempfängern bei den ausländischen Nichtflüchtlingen nahezu ausgeglichen ist, sind die Unterschiede allein auf die Flüchtlinge unter den HLU-Empfängern zurückzuführen. Während unter Asylberechtigten, die in Baden-Württemberg 1993 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, der Männeranteil geringfügig höher lag als der von Frauen, waren unter Kontingent- und "de-facto"-Flüchtlingen mehrheitlich Frauen. Dagegen ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei den Asylbewerbern besonders auffällig. In dieser Personengruppe waren mehr als zwei Drittel der HLU-Bezieher männlichen Geschlechts.

Schaubild 4

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt*) in Baden-Württemberg 1993 nach Geschlecht und Personengruppe



*) Außerhalb von Einrichtungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 278 95

Je nach betrachteter Altersklasse variiert das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen HLU-Empfängern. Waren die Hilfebezieher älter als 25 Jahre, bildeten die Frauen stets die Mehrheit. Dieses Übergewicht nahm mit höherem Lebensalter zu. Dagegen überstieg die Zahl der männlichen HLU-Bezieher in den jüngeren Altersklassen (25 und jünger) durchgehend die der Frauen und Mädchen. In den oberen Altersklassen wirken sich die höheren Besetzungszahlen der Frauen in der Bevölkerung auch auf die HLU-Empfänger aus. Dagegen führt insbesondere die große Zahl der Asylbewerber zu einem Übergewicht der männlichen HLU-Bezieher in jüngeren Altersklassen.

Haushaltsstruktur und die Hauptursachen der Sozialhilfebedürftigkeit

Alleinerziehende

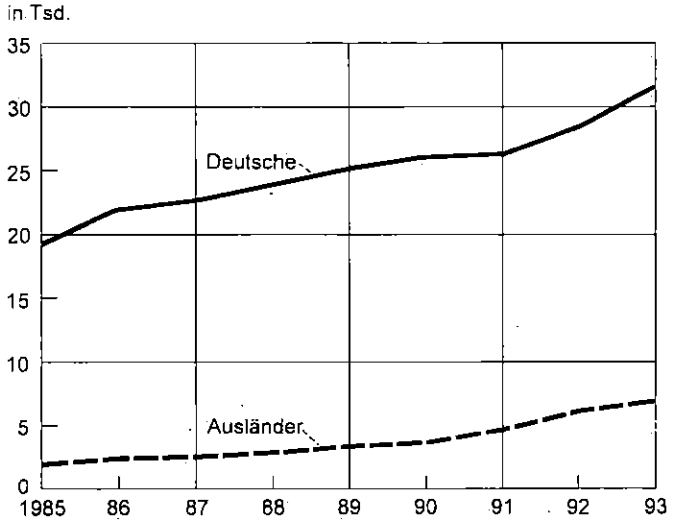
Von allen Haushalten, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhalten haben, entfielen 1993 im Lande 19 % auf Haushalte mit einer alleinerziehenden Mutter oder – wenn auch weitaus seltener – mit einem alleinerziehenden Vater als Haushaltsvorstand. Ein Viertel aller HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen lebten in Haushalten mit alleinerziehenden Müttern und Vätern. Bei den deutschen Haushalten waren es sogar rund 38 %.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist die Zahl der alleinerziehenden Mütter, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, um rund vier Fünftel angestiegen. Diese Entwicklung hat sich seit 1991 stark beschleunigt. Während die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1985 bis 1991 6,4 % betrug, stieg diese im Zeitraum von 1991 bis 1993 auf fast 12 % pro Jahr an.

Als Hauptursache für den Sozialhilfebezug in diesen Haushalten weist die Statistik "Ausfall des Ernährers" aus. Nach der Scheidung wird die ökonomische Situation vor allem für Frauen, die in den allermeisten Fällen nach der Trennung für die Kinder sorgen, so schwierig, daß der Gang zum Sozialamt in vielen Fällen unvermeidbar wird. Aber auch Arbeitslosigkeit und unzureichendes Erwerbseinkommen sind bei vielen

Schaubild 5

Haushalte alleinerziehender Frauen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg 1985 bis 1993 nach Deutschen und Ausländern



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 285 95

Alleinerziehenden Ursache für den Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Dabei ist es durchaus nicht so, daß die Haushalte von Alleinerziehenden ausschließlich von Sozialhilfe leben. In jedem vierten dieser Haushalte wird von den alleinerziehenden Müttern trotz der zu versorgenden Kinder ein Erwerbseinkommen erzielt und damit zum Lebensunterhalt der Familie beigetragen. 94 % der Haushalte hatten in irgendeiner Form Einkommen, das auf ihren Sozialhilfeanspruch angerechnet wurde. Neben Kindergeld und Wohngeld waren dies vor allem private Unterhaltsleistungen, die etwa in jedem zweiten Fall in Anrechnung gebracht wurden.

Unter den deutschen Haushalten, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, waren Alleinerziehende mit 25 % wesentlich häufiger vertreten als bei den ausländischen, bei welchen ihr Anteil nur 8 % betrug. Trotzdem kann nicht übersehen werden, daß auch immer mehr ausländische Frauen als Alleinerziehende auf Leistungen des Sozialamts angewiesen sind. Mitte der achtziger Jahre waren rund 1 900 alleinerziehende Ausländerinnen mit einem oder mehreren Kindern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Im Jahre 1993 hatte sich diese Zahl mit knapp 6 900 bereits mehr als verdreifacht.

Alleinerziehende sind umso eher auf das Sozialamt angewiesen, je mehr Kinder im Haushalt wohnen. Dieser Zusammenhang läßt sich durch die Gegenüberstellung von Empfängerhaushalten und Haushalten mit entsprechender Familienstruktur im Lande bestätigen. Zwischen einem Fünftel und einem Sechstel der alleinerziehenden Frauen mit einem Kind unter 15 Jahren waren danach auf laufende Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen. Bei zwei und mehr Kindern unter 15 Jahren stiegt dieser Anteil auf über ein Drittel an. Angesichts der hohen fixen Kosten, insbesondere der Miete, und der durch die familiäre Situation eingeschränkten Möglichkeit, einer Vollerwerbstätigkeit nachzugehen, ist dieser Zusammenhang wenig überraschend.

Vor allem Kinder und Jugendliche sind vom sozialen Abstieg durch Scheidung und Trennung betroffen. Zur Jahreswende 1993/94 lebte knapp die Hälfte der rund 91 000 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt unter 15 Jahren in Haushalten Alleinerziehender. Davon war etwa jedes vierte Kind jünger als drei Jahre.

Ehepaare und sonstige Haushalte mit Kinder

Bei Ehepaaren mit Kindern sind Arbeitslosigkeit und/oder Flüchtlingsschicksal die Hauptgründe für den Sozialhilfebezug. Der erstgenannte Grund betrifft vor allem deutsche Familien und ausländische Familien mit Kindern, die nicht als Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen sind.

Die gestiegenen Arbeitslosenzahlen im Lande betreffen immer mehr Familien mit Kindern und führen in einer wachsenden Zahl von Fällen dazu, daß der Gang zum Sozialamt für viele Familien zur Existenzerhaltung unabdingbar wird. Vor allem von 1992 auf 1993 hat die Zahl der Nichtflüchtlingshaushalte, die auf Grund des Arbeitsplatzverlustes des Ernährers oder der Ernährerin sozialhilfebedürftig wurden, um mehr als die Hälfte zugenommen. Noch drastischer stellt sich die Lage für Gastarbeiterfamilien mit Kindern dar. Die Zahl der ausländischen Nichtflüchtlingshaushalte, die auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren, hat sich im Jahre 1993 im Vergleich zum Vorjahr um 82 % erhöht. Die Zahl der deutschen Haushalte von Ehepaaren mit Kindern ist im gleichen Zeitraum um 27 % angestiegen. Hier macht sich bemerkbar, daß nicht ausreichend qualifizierte Arbeitsuchende auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt nur schwer vermittelbar sind. Da dieser Anteil unter den in Baden-Württemberg lebenden Ausländern höher ist als in der deutschen Bevölkerung, sind ausländische Haushalte stärker von der Rezession betroffen. Allerdings sollte im Hinblick auf die bereits eingetretene und zukünftige Entwicklung innerhalb der deutschen Bevölkerung berücksichtigt werden, daß durch die zugewanderten Aussiedler, deren Qualifikationsprofile häufig ebenfalls nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes in Baden-Württemberg entsprechen,

auch in der deutschen Bevölkerung sich das Potential für die Sozialhilfebedürftigkeit gerade von Familien erhöht.

Ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben immer mehr Familien um Asyl im Lande nachgesucht. Da diese Menschen ohne Hab und Gut ihre Heimat verlassen haben, fehlt ihnen eine ausreichende materielle Grundlage, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Im Jahre 1992 bildeten diese unter allen Ehepaaren mit Kindern die größte Gruppe. Im darauffolgenden Jahr ging ihre Zahl geringfügig zurück, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß ab November 1993 diese Menschen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Rund 2 000 weitere Familien mit Kindern, die als Flüchtlinge 1993 im Lande lebten und keinen Asylantrag gestellt haben, waren ebenfalls auf Sozialhilfe angewiesen.

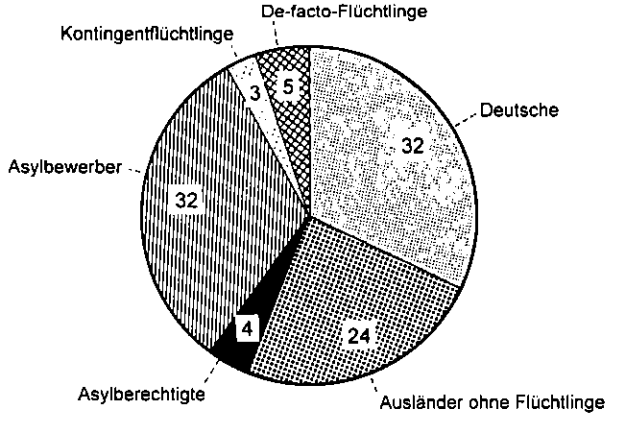
Außer in Haushalten von Ehepaaren und Alleinerziehenden lebten 1993 in etwa 7 500 weiteren Sozialhilfehaushalten Kinder. Das sind zum Beispiel nichteheliche Lebensgemeinschaften, Großeltern mit Enkeln, Wohngemeinschaften, aber auch Frauen mit Kindern, deren Ehemänner eine Gefängnisstrafe verbüßen. Flüchtlinge sind bei diesem Haushaltstypus im Vergleich zu Ehepaarhaushalten mit Kindern in geringerem Umfang vertreten. Die deutschen Haushalte bildeten mit rund 54 % die Mehrheit.

Am 31. Dezember 1993 lebten mehr als 36 000 Kinder unter 15 Jahren mit ihren Eltern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Etwa 40 % davon waren als Flüchtlinge zusammen mit ihren Eltern nach Baden-Württemberg gekommen. Weitere rund 8 000 Kinder unter 15 Jahren lebten am Jahresende 1993 in sonstigen Haushalten (ohne Alleinerziehende und Ehepaare).

Schaubild 6

Ehepaarhaushalte mit Kindern von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg 1993 nach Personengruppen

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 274 95

Ältere Menschen: Ehepaare ohne Kinder und Einzelpersonen

In knapp der Hälfte der Ehepaarhaushalte ohne Kinder hatte der Haushaltsvorstand 1993 das sechzigste Lebensjahr bereits überschritten. Bei allen Haushalten, die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren, lag dieser Anteil nur bei rund 14 %. Insofern ist es wenig überraschend, daß Ehepaare ohne Kinder – sieht man bei den Jüngeren von der Arbeitslosigkeit ab – als häufigste Ursache für die Hilfegewährung unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche angaben. Bei immerhin jedem 20. dieser Ehepaare war eine Erkrankung die Hauptursache für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe.

Von Sozialhilfebedürftigkeit im Alter wegen unzureichender Versicherungs- oder Versorgungsansprüche sind zum ganz überwiegenden Teil Frauen betroffen. Von den rund 13 000 Personen im Rentenalter, die außerhalb von Einrichtungen in Einzelhaushalten lebten und laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, waren mehr als 82 % Frauen. Dieses Ergebnis ist erklärbar, wenn die Durchschnittsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung (Versichertenrente) von Männern und Frauen verglichen werden. Während die Durchschnittsrente der Frauen 1993 im Lande nur etwa 800 DM betrug, lag die Durchschnittsrente der Männer im gleichen Zeitraum bei 1 700 DM.

Neben unzureichenden Alterseinkünften spielt Krankheit bei älteren Personen als Grund für die Sozialhilfebedürftigkeit im Vergleich zu allen Hilfeempfängern eine überproportionale Rolle. Auffällig häufig sind alleinstehende Frauen infolge Krankheit auf laufende Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen. Hier macht sich bemerkbar, daß deutlich mehr ältere Frauen als Männer im Lande leben und dieser demographische Effekt selbstverständlich auch bei der Sozialhilfe wirksam wird.

Sonstige Einzelpersonen

Zwei Drittel der rund 95 000 Einpersonenhaushalte, die in Baden-Württemberg 1993 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben, waren Haushalte von Männern. Das waren zu einem beträchtlichen Anteil jüngere Männer. Etwa jeder vierte Mann, der als Einzelperson im eigenen Haushalt von Sozialhilfe lebte, war 1993 jünger als 25 Jahre. Rund 83 % dieser al-

Tabelle 2

Haushalte von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Baden-Württemberg 1993 nach Hauptursache der Hilfegewährung und Typ des Haushalts oder Haushaltsteils

Typ des Haushalts oder Haushaltsteils	Haushalte oder Haushaltsteile insgesamt	Hauptursache der Hilfegewährung							
		Krankheit	Tod des/der Ernährer(s/in)	Ausfall der/des Ernährer(s/in)	Unwirtschaftliches Verhalten	Arbeitslosigkeit	Unzureichende Versicherungs- oder Versorgungsansprüche	Unzureichendes Erwerbseinkommen	Sonstige Ursachen
Einzelne Haushaltsvorstände	94 766	6 804	730	1 962	722	30 777	10 830	2 774	40 167
Männer	62 041	3 226	90	229	572	23 174	2 051	1 171	31 528
Frauen	32 725	3 578	640	1 733	150	7 603	8 779	1 603	8 639
Sonstige einzelne Hilfeempfänger	27 095	3 987	168	1 436	166	7 302	1 365	824	11 847
männlich	14 115	2 108	61	601	125	5 068	217	380	5 555
weiblich	12 980	1 879	107	835	41	2 234	1 148	444	6 292
Ehepaare ohne Kinder	12 646	623	–	49	46	3 289	2 704	619	5 316
Ehepaare mit Kind(ern)	26 960	493	–	246	101	10 810	457	2 813	12 040
Haushaltsvorstände mit Kind(ern)	39 929	493	450	13 717	69	4 657	412	4 276	15 855
Männer	1 347	49	11	143	8	450	36	116	534
Frauen	38 582	444	439	13 574	61	4 207	376	4 160	15 321
Sonstige Haushalte mit zwei und mehr Personen	11 771	234	58	1 609	52	2 620	428	758	6 012
ohne Kinder	4 225	137	19	229	26	1 049	347	223	2 195
mit Kind(ern)	7 546	97	39	1 380	26	1 571	81	535	3 817
Insgesamt	**213 167**	**12 634**	**1 406**	**19 019**	**1 156**	**59 455**	**16 196**	**12 064**	**91 237**

leinstehenden jüngeren Männer waren ausländischer Nationalität. Zwei Drittel davon kamen als Asylbewerber nach Baden-Württemberg. Betrachtet man die Entwicklung über einige Jahre, dann zeigt sich, daß seit 1989 die stark zunehmende Zahl von jüngeren Männern in Einpersonenhaushalten durch die drastisch gestiegenen Asylbewerberzahlen bestimmt werden. Dagegen hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von jüngeren deutschen HLU-Empfängern seit 1990 deutlich verringert. Diese Entwicklung beruht auf dem Rückgang von 1990 auf 1991. Hier mag sich die vereinigungsbedingte Sonderkonjunktur positiv ausgewirkt haben. Für die ausländischen Haushalte dieses Haushaltstyps (ohne Flüchtlinge) ist ein entsprechender Effekt nicht feststellbar. Dagegen fällt auf, daß ihre Zahl von 1992 auf 1993 sprunghaft angestiegen ist. Vermutlich hat die Rezession alleinlebende ausländische junge Männer weit mehr getroffen als die deutschen.

Flüchtlingsschicksal und Arbeitslosigkeit sind die Hauptgründe für die Sozialhilfebedürftigkeit alleinstehender Männer. Im mittleren Alter zwischen 35 und 54 Jahren war zur Jahreswende 1993/94 in mehr als der Hälfte der Fälle Arbeitslosigkeit der Grund dafür, daß laufende Hilfe zum Lebensunterhalt benötigt wurde. Immerhin jeder achte Hilfeempfänger dieser Altersklasse benötigte finanzielle Hilfe, weil er aus Krankheitsgründen nicht für den eigenen Unterhalt sorgen konnte. Da unter den alleinstehenden jüngeren Männern bis 25 Jahre sehr viele Flüchtlinge waren, ist die Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den Hilfebezug hier erst an zweiter Stelle zu nennen.

Bei alleinstehenden Frauen ist die Gewichtung der Hauptursachen deutlich abweichend von den männlichen HLU-Beziehern. Im erwerbsfähigen Alter sind neben Arbeitslosigkeit und unzureichendem Erwerbseinkommen Trennung oder Scheidung als Hauptursache für die Sozialhilfebedürftigkeit zu nennen. Nach einer langen Phase ohne Erwerbstätigkeit, fällt es offensichtlich einer größeren Zahl von Frauen nach Trennung oder Scheidung schwer, wieder beruflich Fuß zu fassen. Der Ausfall des Ernährers – durch Scheidung, aber auch durch Tod – führte 1993 in jedem neunzehnten weiblichen Einpersonenhaushalt, der laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt, zur Sozialhilfebedürftigkeit.

Bei den alleinstehenden Frauen im mittleren Alter spielen Erkrankungen als Ursache für Sozialhilfebedürftigkeit eine nicht unbeträchtliche Rolle. Zum Jahresende 1993 war jede fünfte alleinlebende Sozialhilfeempfängerin im Alter von 35 bis 54 Jahren aus Krankheitsgründen auf die Leistungen des Sozialamts angewiesen.

Bei den Einpersonenhaushalten von Frauen ist der Ausländeranteil mit einem Fünftel weitaus niedriger als bei den Männern. Auch liegt das Durchschnittsalter der Frauen bei diesem Haushaltstyp wesentlich höher als das der Männer. Nahezu jede zweite Hilfeempfängerin war älter als 60 Jahre. Abgesehen von dem bereits erwähnten beträchtlichen Frauenüberschuß in der älteren Bevölkerung des Landes macht sich bemerkbar, daß ausländische Einpersonenhaushalte von Frauen in jüngeren Altersklassen sehr viel seltener sind als von Männern. Hier spiegelt sich wohl auch die gesellschaftliche Situation der Frauen in vielen Herkunftsländern wider, die in der Regel nur mit ihrem Ehemann oder der Familie die Möglichkeit haben, die Heimat zu verlassen.

Neben Einpersonenhaushalten gibt es auch einzelne HLU-Empfänger, die keinen eigenen Haushalt bilden. Dazu gehören Pflegekinder oder einzelne Mitglieder einer Familie, die Sozialhilfe erhalten. Das können zum Beispiel Minderjährige sein, die im Haushalt der Großeltern, der Eltern oder sonstiger Verwandter leben, oder ein Elternteil, welches im Haushalt der Kinder lebt. Stiefkinder können unter bestimmten Bedingungen ebenfalls Sozialhilfe erhalten. Die meisten einzelnen Hilfeempfänger ohne eigenen Haushalt waren Ende 1993 jedoch im erwerbsfähigen Alter. Dabei spielte Krankheit für die Sozialhilfebedürftigkeit in dieser Altersklasse offensichtlich eine nicht unwesentliche Rolle. In jedem vierten Fall war sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine Erkrankung die Hauptursache für den Sozialhilfebezug. Weiter ist auffällig, daß im Rentenalter fünfmal so viele Frauen als einzelne Hilfeempfänger ohne eigenen Haushalt lebten als Männer. Insgesamt über 2 200 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren – etwa gleich viele Mädchen wie Jungen – erhielten zur Jahreswende 1993/94 als einzelne Personen ebenfalls laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Wohnsituation

Kosten der Unterkunft

Die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhalten Wohngeld als Pauschale. In Baden-Württemberg liegt diese Pauschale bei 46 % der anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes. Der Wohngeldanspruch lag 1993 im Durchschnitt pro Monat bei 213 DM je Empfänger. Die durchschnittlich anerkannte monatliche Miete betrug im selben Zeitraum 463 DM. Diese beinhaltet neben der Kaltmiete auch Nebenkosten wie zum Beispiel Wassergeld, Gebühren für Kanalisation, Müllabfuhr, gemeinschaftliche Treppenbeleuchtung und Hausmeisterkosten. Nicht enthalten in der anerkannten monatlichen Miete sind die Kosten für die Heizung. Haus-

Tabelle 3

Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg 1993 nach Haushaltsgröße, Durchschnittsmiete, durchschnittlicher Wohnfläche und Durchschnittsmiete je Quadratmeter

Haushaltsgröße nach Personen	Empfänger von pauschaliertem Wohngeld			Empfänger von Tabellenwohngeld (Mietzuschuß)		
	Durchschnittsmiete	Wohnfläche	Durchschnittsmiete je m²	Durchschnittsmiete	Wohnfläche	Durchschnittsmiete je m²
	DM	m²	DM		m²	DM
1	369	37	9,94	414	49	8,50
2	543	57	9,59	551	65	8,54
3	629	66	9,51	673	74	9,16
4	688	70	9,85	753	82	9,23
5	727	74	9,86	796	90	8,88
6 und mehr	796	80	10,01	840	98	8,54
Insgesamt	**504**	**52**	**9,74**	**556**	**63**	**8,75**

haltsangehörige, die nicht in die Bedarfsrechnung mit einbezogen wurden, müssen den auf sie entfallenden Anteil der Unterkunft selber tragen. Auch ist die Vergütung für überlassene Möbel nicht zu den Aufwendungen für Wohnraum zu zählen. Im übrigen gilt der Grundsatz, daß auch Aufwendungen anerkannt werden, die den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, wenn es dem Hilfesuchenden nicht möglich oder zuzumuten ist, durch Wohnungswechsel, Untervermietung oder auf andere Weise die Aufwendungen für die Unterkunft zu senken.

Die tatsächliche Miete lag 1993 im Landesdurchschnitt mit 504 DM um rund 9 % über dem Wert der anerkannten Miete. Auffällig ist, daß gerade in Baden-Württemberg der Anteil der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld, deren anerkannte Monatsmiete geringer als die tatsächliche war, mit etwa 35 % weit höher lag als der Bundesdurchschnitt, wo dieser Anteil nur rund 15 % betrug.

Die Kosten für die Unterkunft hängen von der Größe der Wohnung und dem Quadratmeterpreis ab. Je nach örtlichen Gegebenheiten gibt es im Lande nicht unbeträchtliche Unterschiede bei der Quadratmetermiete. Gemäß § 8 Wohngeldgesetz sind die Städte und Gemeinden Deutschlands in sechs Mietstufen eingeteilt. Stufe I sind die Gebiete mit niedrigstem Mietniveau; Stufe VI mit höchstem Mietniveau. In Baden-Württemberg gibt es jedoch keine Gemeinde der Mietstufe VI, so daß die Mietstufe V die höchste im Lande ist.

Fast 20 % der Haushalte von Sozialhilfeempfängern hatten Quadratmetermieten von 15 und mehr DM zu bezahlen. Bei 26 % lag die Miete je Quadratmeter zwischen 10 und 15 DM. Die übrigen etwa 54 % lebten in einer Wohnung mit einem Quadratmeterpreis von weniger als 10 DM. In Gemeinden der Mietstufe I betrug die durchschnittliche Quadratmetermiete von Sozialhilfeempfängerhaushalten 8,78 DM; in Gemeinden der Mietstufe V 11,06 DM. Die durchschnittliche Größe je Wohnung lag in Baden-Württemberg bei 52 Quadratmeter. Einpersonenhaushalte von Sozialhilfeempfängern hatten im Durchschnitt 37 Quadratmeter zur Verfügung. Im Unterschied dazu betrug die Wohnfläche in Haushalten mit mehr als fünf Personen im Landesdurchschnitt 80 Quadratmeter.

Etwa 25 % der Haushalte, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, hatten eine tatsächliche Monatsmiete von 500 DM bis 700 DM. 5 % der Haushalte zahlte mehr als 1 000 DM; bei weiteren rund 5 % lag die tatsächliche Miete unter 300 DM pro Monat. Betrachtet man die tatsächliche Miete in Abhängigkeit von der Personenzahl je Haushalt, zeigt sich, daß die Spannweite zwischen Gemeinden höchster und niedrigster Mietstufe in Baden-Württemberg bei Einpersonenhaushalten und bei Haushalten mit sechs und mehr Personen am größten war.

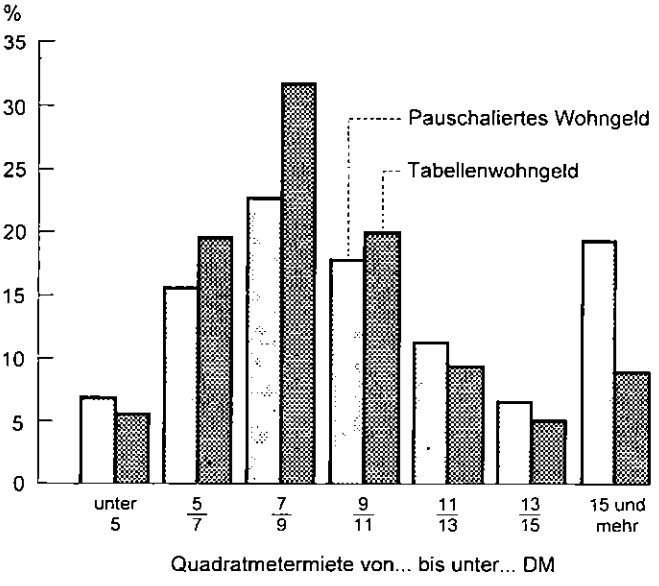
Empfänger von Tabellenwohngeld haben mehr Wohnraum

Wohngeld wird nicht nur an Sozialhilfeempfänger gezahlt, sondern in Form des sogenannten Tabellenwohngelds, das sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschußfähigen Miete bemißt, um auch Niedrigverdienern und bzw. oder kinderreichen Familien zu bezahlbarem Wohnraum zu verhelfen. *Tabelle 3* läßt einen Vergleich der beiden Empfängergruppen zu. Empfänger von Tabellenwohngeld hatten unabhängig von der Anzahl der Personen je Haushalt immer mehr Wohnraum zur Verfügung als gleich große Haushalte von Sozialhilfeempfängern. In Einpersonenhaushalten betrug der Unterschied durchschnittlich zwölf Quadratmeter; in Haushalten mit mehr als fünf Personen waren es rund drei Quadratmeter pro Person. Mit 136 DM im Durchschnitt lag das Tabellenwohngeld 1993 allerdings erheblich unter dem pauschalierten Wohngeld (213 DM), weil es nicht als Vomhundertsatz der anerkannten laufenden Aufwendungen gewährt wird, sondern nach festen Tabellenwerten.

Interessant ist es jedoch, daß der Mietpreis je Quadratmeter bei beiden Empfängergruppen durchaus unterschiedlich war. Im Landesdurchschnitt zahlten Sozialhilfeempfänger um rund 12 % mehr Miete je Quadratmeter als Empfänger von Tabellenwohngeld. Die größte Differenz war bei Einpersonenhaushalten

Schaubild 7

Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg 1993 nach der Quadratmetermiete



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 281 95

und Haushalten mit sechs und mehr Personen zu beobachten. Dort lag der Unterschied sogar bei 15 bzw. 16 %. Außerdem fällt auf, daß jeder 5. Haushalt, der Sozialhilfe erhielt, eine Quadratmetermiete von über 15 DM zu bezahlen hatte, während dies bei Empfängern von Tabellenwohngeld nur bei knapp jedem zehnten Haushalt der Fall war.

Festzustellen bleibt, daß Sozialhilfehaushalte im Vergleich mit den übrigen Wohngeldempfängern weniger Wohnraum zur Verfügung hatten und einen höheren Quadratmeterpreis zahlten.

Erste vorläufige Ergebnisse der neustrukturierten Sozialhilfestatistik

Ökonomische Situation

Wie hoch ist der Bruttobedarf einer Bedarfsgemeinschaft?

Die Höhe der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt wird derzeit vor allem unter der Fragestellung diskutiert, ob der Abstand zwischen unteren Tariflohngruppen und Sozialhilfeanspruch ausreichend ist, damit überhaupt ein Anreiz besteht, sich um Arbeit zu bemühen. Bei der Diskussion um das Lohnabstandsgebot steht der Vergleich zwischen Sozialhilfeempfängern und Niedriglohnempfängern im Vordergrund des Interesses. Die tatsächliche ökonomische Situation der betroffenen Personengruppen rückt dabei eher in den Hintergrund. Die Sozialhilfestatistik bietet ab 1994 erstmals die Möglichkeit, über die tatsächliche ökonomische Situation der Sozialhilfeempfänger verläßliche Daten zu erhalten. Im einzelnen können folgende Fragen beantwortet werden: Was steht einer Bedarfsgemeinschaft zu? Wie hoch ist die Mietbelastung? Welcher Anspruch verbleibt, wenn das eigene Einkommen in Anrechnung gebracht wurde? Daraus läßt sich auch die Frage beantworten, wie hoch der Eigenanteil der Bedarfsgemeinschaft am Bruttobedarf liegt.

Gemäß § 12 des Bundessozialhilfegesetzes umfaßt der notwendige Lebensunterhalt insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Hilfe zum Lebensunterhalt wird durch laufende und einmalige Hilfe gewährt.

Einmalige Leistungen sind Bekleidungsbeihilfen, Heizkostenbeihilfen, Weihnachtsbeihilfen, Beihilfen für die Beschaffung von Hausrat und Beihilfen zu sonstigen Anlässen (zum Beispiel Familienfeste). Wie hoch die einmaligen Leistungen im Einzelfall sind, kann auch aus der neuen Sozialhilfestatistik nicht entnommen werden. Hier lassen sich ausschließlich globale Angaben aus der Aufwandsstatistik als Anhaltspunkt heranziehen. Von den 1,4 Milliarden DM, die 1993 für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von den Sozialämtern des Landes aufgewendet wurden, entfielen rund 17 % auf einmalige Leistungen. Einzelfallbezogenen Pauschalen, die in Sozialhilferichtlinien niedergelegt sind, geben ebenfalls Anhaltspunkte über die Größenordnung einmaliger Leistungen. Zum Beispiel wird zur Deckung des Ergänzungsbedarfs an Bekleidung und Schuhen eine pauschale Bekleidungshilfe zwischen 390 DM und 695 DM je nach Alter pro Jahr gewährt. In der Literatur wird die Höhe der durchschnittlichen einmaligen Leistungen zwischen 15 und 20 % des Regelsatzes beziffert.

Im Rahmen der neustrukturierten Sozialhilfestatistik werden ausschließlich die laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt einer Bedarfsgemeinschaft ermittelt. Der Begriff Bedarfsgemeinschaft ist übrigens nicht notwendigerweise mit einem Haushalt gleichzusetzen, da in einem Haushalt neben HLU-Empfängern auch Personen leben können, die keine Sozialhilfe erhalten. Außerdem werden für Kinder über 18 Jahre sowie Verwandte eigene Bedarfsberechnungen durchgeführt, selbst wenn sie in einem Haushalt mit anderen HLU-Empfängern zusammenleben.

Bestandteile des laufenden Bedarfs einer Bedarfsgemeinschaft außerhalb von Einrichtungen sind die maßgeblichen Regelsätze, die Kosten der Unterkunft und gegebenenfalls Mehrbedarfszuschläge. Außerdem können zum Beispiel Ausbildungskosten, Beiträge zur Krankenversicherung und Kindergartenbeiträge bei der laufenden Hilfe berücksichtigt werden. Diese Größen addieren sich zum Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaft, der in der Sozialhilfestatistik ausgewiesen wird.

Der durchschnittliche Bruttobedarf einer Bedarfsgemeinschaft belief sich nach vorläufigen Berechnungen am 1. Januar 1994 in Baden-Württemberg auf 1 390 DM pro Monat. Der Mindestbruttobedarf lag bei 260 DM, dem Regelsatz für Kinder bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres. Bezogen auf die Anzahl der HLU-Empfänger ergab sich ein durchschnittlicher Bruttobedarf je HLU-Empfänger von 778 DM. Die durchschnittliche Größe einer Bedarfsgemeinschaft lag zu Beginn des Jahres 1994 unter zwei Personen.

Etwas weniger als die Hälfte (48,7 %) der Bedarfsgemeinschaften bestand zu Beginn des Jahres 1994 im Lande aus einer Person. Im Durchschnitt betrug ihr Bruttobedarf 881 DM. Bedarfsgemeinschaften mit zwei Personen erreichten einen durchschnittlichen Bruttobedarf von 1 502 DM. Mit wachsender Anzahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft nahm der durchschnittliche Bruttobedarf zwar zu, doch fielen die Zu-

Tabelle 4

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg am 1. Januar 1994 nach Größe der Bedarfsgemeinschaft, durchschnittlichem Bruttobedarf, durchschnittlichem Anspruch und durchschnittlich angerechnetem Einkommen

Größe der Bedarfsgemeinschaft nach Personen	Durchschnittlicher Bruttobedarf		Durchschnittlicher Anspruch		Durchschnittlich angerechnetes Einkommen	
	der Bedarfsgemeinschaft	pro Person in der Bedarfsgemeinschaft	der Bedarfsgemeinschaft	pro Person in der Bedarfsgemeinschaft	der Bedarfsgemeinschaft	Anteil am Bruttobedarf
	DM					%
1	881	881	559	559	322	37
2	1 502	751	847	424	655	44
3	1 945	648	969	323	976	50
4	2 341	585	1 078	270	1 263	54
5	2 725	545	1 101	220	1 624	60
6 und mehr	3 356	505	1 363	204	1 993	59
Insgesamt	**1 390**	**778**	**757**	**455**	**633**	**46**

wächse mit zunehmender Personenzahl immer geringer aus. Bei einer vierköpfigen Bedarfsgemeinschaft belief sich der Bruttobedarf im Durchschnitt auf 2 341 DM. Große Bedarfsgemeinschaften mit mehr als fünf Personen wiesen einen durchschnittlichen Bruttobedarf von 3 356 DM aus. Ihr Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften lag zu Beginn des Jahres 1994 bei lediglich 1,9 %. Da die Kosten der Unterkunft nicht proportional zur Größe der Bedarfsgemeinschaft ansteigen und Kinder niedrigere Regelsätze erhalten als Erwachsene, verringerte sich der durchschnittliche Bruttobedarf pro Person von 881 DM für eine Einpersonenbedarfsgemeinschaft bis auf 505 DM für eine Bedarfsgemeinschaft mit mehr als fünf Personen.

Regelsätze und Mehrbedarfszuschläge

Abgesehen von den Aufwendungen für die Unterkunft hängt der Bruttobedarf in erster Linie von der Größe der Bedarfsgemeinschaft sowie vom Alter der Mitglieder und der Stellung des einzelnen innerhalb der Bedarfsgemeinschaft ab. Durch die große Zahl der Einpersonenbedarfsgemeinschaften bildeten die Haushaltsvorstände mit rund 45 % aller HLU-Empfänger zum Jahresbeginn 1994 die größte Gruppe. Ihnen stand am 1. Januar 1994 ein Regelsatz von 520 DM pro Monat zu. Für Ehepartner über 18 Jahre – ihr Anteil lag am 1. Januar 1994 knapp über 9 % aller HLU-Empfänger im Lande – beträgt der Regelsatz derzeit 416 DM pro Monat. Etwa 37 % der HLU-Empfänger sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre, deren Regelsatz altersabhängig zwischen 260 und 468 DM liegt. Verwandte und sonstige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erhalten je nach Alter ebenfalls 260 bis 468 DM monatlich.

Zusätzlich zum maßgeblichen Regelsatz werden bei den entsprechenden Voraussetzungen Mehrbedarfszuschläge anerkannt. Diese liegen bei 20, 40 oder 60 % des Regelsatzes. Für Krankenkost wird ein Mehrbedarf in angemessener Höhe gewährt. Bei einer Person können gleichzeitig mehrere Mehrbedarfszuschläge anerkannt werden. Hierbei darf jedoch die Summe des anerkannten Mehrbedarf die Höhe des maßgeblichen Regelsatzes nicht überschreiten.

Jeder vierte HLU-Empfänger erhielt am 1. Januar 1994 mindestens einen Mehrbedarfszuschlag. In etwa der Hälfte aller anerkannten Mehrbedarfsfälle betrug der Mehrbedarf 20 % des jeweiligen Regelsatzes. Mehrbedarfszuschläge in Höhe von 20 % werden wegen Alters, Erwerbsunfähigkeit unter 65 Jahren und für werdende Mütter gewährt. Bei einem Regelsatz für einen Haushaltsvorstand von 520 DM im Monat beträgt der Mehrbedarf in diesen Fällen 102 DM. Alleinerziehende mit einem Kind unter sieben Jahren bzw. zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren erhalten einen Mehrbedarfszuschlag von 40 % ihres maßgeblichen Regelsatzes. Bei vier oder mehr Kindern erhöht sich der Mehrbedarf auf 60 %. Insgesamt 38 % aller Mehrbedarfsfälle entfielen auf Alleinerziehende.

Bei HLU-Empfängern im Rentenalter und erwerbsunfähigen HLU-Empfängern unter 65 Jahren ergibt sich relativ häufig eine Kumulation von Mehrbedarfszuschlägen aus dem Mehrbedarf wegen Alters bzw. Erwerbsunfähigkeit und des ernährungsbedingten Mehraufwands durch Krankenkost. Fast jedem neunten Empfänger, der wegen Alters einen Mehrbedarfszuschlag erhielt, wurde gleichzeitig Krankenkost als Mehrbedarf in angemessener Höhe vom Sozialamt anerkannt. Den erwerbsunfähigen HLU-Empfängern

unter 65 Jahren wurde in jedem sechsten Fall zusätzlich ein Mehrbedarf für Krankenkost zugebilligt. Jede vierte werdende Mutter, der ein Mehrbedarf von 20 % wegen Schwangerschaft gewährt wurde, erhielt auch einen Mehrbedarfszuschlag für Alleinerziehende.

Insgesamt 10 % der HLU-Empfänger mit anerkanntem Mehrbedarf wurden mindestens zwei Mehrbedarfszuschläge gewährt. Bezogen auf alle HLU-Empfänger wurde in zwei bis drei Prozent der Fälle mehr als ein Mehrbedarfszuschlag anerkannt.

Anspruch und angerechnetes Einkommen

Auf den Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaft werden die Einkommen der Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Der nach Abzug der anzurechnenden Einkommen verbleibende Rest wird als Anspruch der Bedarfsgemeinschaft ebenfalls in der Statistik nachgewiesen. Im Landesdurchschnitt belief sich der Anspruch einer Bedarfsgemeinschaft am 1. Januar 1994 auf 757 DM. Dies bedeutet, daß bei einem durchschnittlichen Bruttobedarf von 1390 DM 633 DM an Einkommen angerechnet wurden. Damit wurden 54 % des Bruttobedarfs durch die Sozialhilfe abgedeckt, 46 % standen den Bedarfsgemeinschaften aus anderen Quellen zur Verfügung. Aus der Sozialhilfestatistik läßt sich zwar ersehen, welche Einkommensarten erzielt wurden und welches das Haupteinkommen war, die Höhe der einzelnen Einkommensarten werden jedoch nicht nachgewiesen.

Bei 31 % der Bedarfsgemeinschaften waren Transferleistungen (Kinder- und Wohngeld) die Haupteinkommensarten. Alters-, Betriebs-, Hinterbliebenen- und Arbeitsunfähigkeitsrente bildeten in 15 % der Bedarfsgemeinschaften das Haupteinkommen. Ebenfalls 15 % hatten Unterhaltsleistungen als Haupteinkommensquelle. Für jede 10. Bedarfsgemeinschaft war ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit die größte eigene Einnahmequelle, bei 8 % Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Fast jede fünfte Bedarfsgemeinschaft (18 %) verfügte zum Jahresbeginn 1994 über keinerlei eigenes Einkommen und war zu diesem Zeitpunkt vollständig auf die Leistungen des Sozialamts angewiesen.

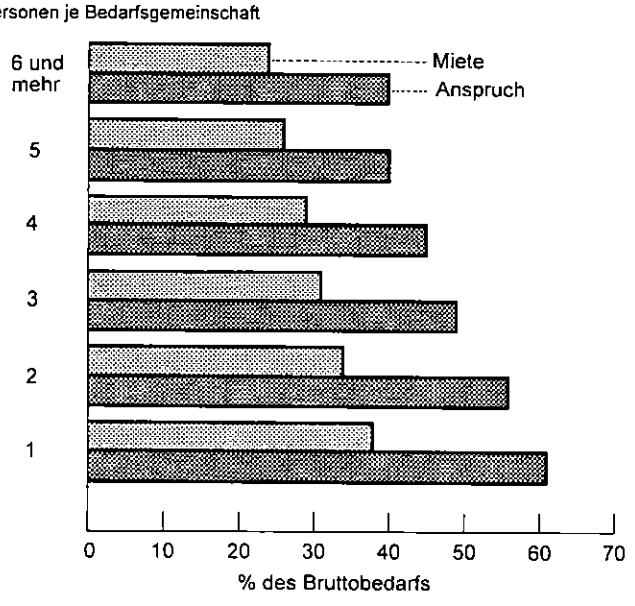
Je nach Größe der Bedarfsgemeinschaft unterscheidet sich der durchschnittliche Anteil des angerechneten Einkommens am Bruttobedarf. Den kleinsten Eigenanteil am Bruttobedarf wiesen zu Beginn des Jahres 1994 Bedarfsgemeinschaften mit einer Person auf. Mehr als drei Fünftel (63 %) ihres Bruttobedarfs bestritt das Sozialamt. Mit wachsender Personenzahl in der Bedarfsgemeinschaft nahm der Anteil des Sozialamts ab und der Eigenanteil der Bedarfsgemeinschaft wurde größer. Bei Bedarfsgemeinschaften mit sechs Personen entfielen auf das Sozialamt durchschnittlich nur noch zwei Fünftel des Bruttobedarfs, während drei Fünftel durch die Bedarfsgemeinschaft selbst aufgebracht wurde. Ab sieben Personen in der Bedarfsgemeinschaft wurde der Sozialhilfeanteil wieder höher, jedoch blieb dieser auch für noch größere Bedarfgemeinschaften unterhalb der 50-Prozentmarke.

Der überwiegende Teil der Bedarfsgemeinschaften (88 %) lebte in einer Mietwohnung. Im landesweiten Durchschnitt lag der Mietanteil (Bruttokaltmiete) zum Jahresanfang 1994 bei 33 % des Bruttobedarfs. Einpersonenbedarfsgemeinschaften, die in Miete lebten, hatten mit 38 % den höchsten Mietanteil, gefolgt von Zweipersonenbedarfsgemeinschaften mit einem Mietanteil von 34 %. Mit wachsender Personenzahl nahm der Mietanteil am Bruttobedarf deutlich ab. Bei Bedarfsgemeinschaften mit sechs und mehr Personen betrug dieser nur noch gut 24 %. Nach Abzug der Miete standen den Bedarfsgemeinschaften für die Lebenshaltung durchschnittlich zwischen 604 DM (eine Person) und 2 563 DM (mehr als 5 Personen) pro Monat zur Verfügung.

Schaubild 8

Sozialhilfeanspruch und Miete in Prozent des Bruttobedarfs in Baden-Württemberg nach Größe der Bedarfsgemeinschaft*)

Stand: 1. Januar 1994



*) Nur Mieter.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 295 95

Dauer des Sozialhilfebezugs und Erwerbsstatus

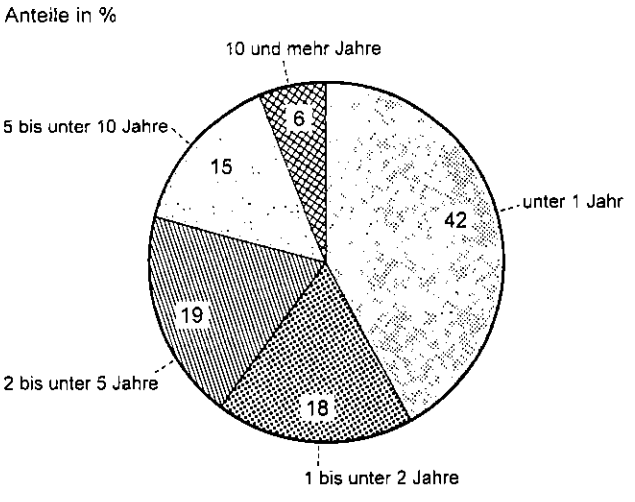
Viele Langzeitempfänger

Nach der Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik besteht nun erstmals die Möglichkeit, die Dauer des Bezugs von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu ermitteln. Erfragt wird der Zeitpunkt, ab dem laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ohne Unterbrechung an die Bedarfsgemeinschaft in der jetzigen Zusammensetzung gewährt wurde. Daneben wird auch der Beginn der ununterbrochenen Hilfegewährung für das Mitglied der Bedarfsgemeinschaft mit der längsten Bezugsdauer ermittelt. Diese beiden Zeitpunkte können unterschiedlich sein. Erhielt im Fall eines Ehepaares der Mann vor der Heirat bereits laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und ist nun die neue entstandene Bedarfsgemeinschaft ebenfalls auf Sozialhilfe angewiesen, dann ist die ununterbrochene Bezugsdauer für den nun verheirateten Ehemann länger als für die Bedarfsgemeinschaft des Ehepaares. Daher war die zum Stichtag 1. Januar 1994 ermittelte durchschnittliche Bezugsdauer von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für das Mitglied mit der längsten Bezugsdauer in der Bedarfsgemeinschaft um rund vier Monate länger als für die gesamte Bedarfsgemeinschaft.

Schaubild 9

Bedarfsgemeinschaften in der jetzigen Zusammensetzung in Baden-Württemberg nach der Dauer des Sozialhilfebezugs

Stand 1. Januar 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 275 95

Die im folgenden angegebenen Durchschnittswerte für die Länge des Sozialhilfebezugs sind als Mindestbezugsdauern zu interpretieren, da sie als zeitliche Differenz zwischen dem Beginn der Hilfegewährung und dem Stichtag ermittelt wurden. Damit bleibt bei dieser Berechnung unberücksichtigt, daß der Sozialhilfebezug in der Regel über den 1. Januar 1994 hinaus fortdauerte.

Die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften, die auf die laufenden Leistungen des Sozialamtes angewiesen waren, erhielten am 1. Januar 1994 bereits mehr als 16 Monate Sozialhilfe. Jede vierte Bedarfsgemeinschaft bezog sogar mehr als vier Jahre laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Die durchschnittliche Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit betrug fast drei Jahre. Diese Ergebnisse zeigen eindeutig, daß eine große Anzahl von Bedarfsgemeinschaften, die zu Beginn des vergangenen Jahres von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lebten, bereits sehr lange ununterbrochen Sozialhilfe bezogen.

Die längste durchschnittliche Verweildauer in der Sozialhilfe wiesen Einpersonenbedarfsgemeinschaften auf. Sie waren am 1. Januar 1994 im Durchschnitt bereits vier Jahre von der öffentlichen Unterstützung abhängig. Auch bezüglich der Streuung nimmt diese Gruppe eine Sonderstellung ein. Einerseits gibt es unter den Bedarfsgemeinschaften mit einer Person viele, die zum Stichtag erst relativ kurze Zeit laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten. Andererseits sind unter diesen jedoch auch eine große Zahl von Menschen, die bereits viele Jahre auf die Leistungen des Sozialamts angewiesen sind.

Waren zwei und mehr Personen in der Bedarfsgemeinschaft, schwankte die durchschnittliche Bezugsdauer zwischen zwei und drei Jahren. Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezugsdauern resultieren auch daraus, daß sich größere Bedarfsgemeinschaften in der Zusammensetzung häufiger ändern. Bei einer Änderung der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft wird der bisherige Beginn der ununterbrochenen Hilfegewährung durch den Zeitpunkt der Änderung in der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft ersetzt. Dies läßt sich deutlich aus der Bezugsdauer des Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft mit der längsten Bezugsdauer erkennen. Mit zunehmender Größe der Bedarfsgemeinschaft fällt diese individuelle Bezugsdauer und die Bezugsdauer für die Bedarfsgemeinschaft insgesamt immer weiter auseinander. So ist zum Beispiel. die Dauer des Sozialhilfebezugs bei einer fünfköpfigen Bedarfsgemeinschaft durchschnittlich acht Monate kürzer als für das Bedarfsgemeinschaftsmitglied mit der längsten Bezugsdauer.

Wenngleich viele Bedarfsgemeinschaften Sozialhilfe nur zur Überbrückung von materiellen Engpässen oder der Bewältigung von schwierigen, aber vorübergehenden Lebenssituationen benötigen, ist doch ein be-

trächtlicher Anteil der Bedürftigen langfristig auf die laufende Unterstützung durch die Sozialhilfe angewiesen. Die Spannweite der Bezugsdauern reichten von unter einem Monat bis zu 32 Jahren. Zwei Fünftel der Bedarfsgemeinschaften wiesen zu Beginn des Jahres 1994 eine Bezugsdauer von unter einem Jahr auf. Gut jede dritte Bedarfsgemeinschaft bezog von einem bis unter fünf Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Bereits fünf und mehr Jahre erhielten 21 % der Bedarfsgemeinschaften Leistungen vom Sozialamt. Wird die längste individuelle durchschnittliche Bezugsdauer in der Bedarfsgemeinschaft analysiert, ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild. Jeder vierte HLU-Empfänger mit der längsten Verweildauer in der Bedarfsgemeinschaft lebte danach mindestens fünf Jahre ununterbrochen von der Sozialhilfe.

HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter

Gut die Hälfte der HLU-Empfänger in Baden-Württemberg war am 1. Januar 1994 im erwerbsfähigen Alter. Fast jeder Dritte dieser Personen ging entweder einer Erwerbstätigkeit nach oder war arbeitslos gemeldet. Als erwerbstätig im Sinne der Statistik gelten auch Frauen, die sich im Mutterschutz befinden, Personen, die einen Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, Soldaten und Zivildienstleistende, mithelfende Familienangehörige, Beschäftigte im Rahmen von ABM-Verträgen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) sowie nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigte (geringfügig verdienende) Arbeitnehmer. Rund 9 % aller HLU-Empfänger von 15 bis 64 Jahren standen in einem Arbeitsverhältnis, betrieben selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft oder übten einen freien Beruf aus. Zwei von drei dieser Personen waren teilzeitbeschäftigt und arbeiteten weniger als die tarifliche Arbeitszeit. 3 % der HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter gingen einer Vollzeiterwerbsbeschäftigung nach.

Von besonderer Bedeutung für die Sozialhilfebedürftigkeit ist die Arbeitslosigkeit. Mehr als jeder vierte Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im erwerbsfähigen Alter war zum Jahresbeginn 1994 arbeitslos gemeldet. Die Zahl der arbeitslosen HLU-Empfänger, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind, kann auch nach der Statistikreform nicht ermittelt werden, da diese Gruppe nur unter der Sammelrubrik "nicht erwerbstätige Personen aus sonstigen Gründen" einzuordnen ist und nicht mehr separiert werden kann. Männer sind prozentual gesehen weit häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Etwas mehr als 45 % der männlichen HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter waren zum Jahresbeginn 1994 als arbeitslos gemeldet. Bei den Frauen betrug dieser Anteil nur etwa 15 %. Dagegen gingen fast 10 % der weiblichen HLU-Empfänger einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach, während dieser Anteil bei den Männern nur bei 3 % lag.

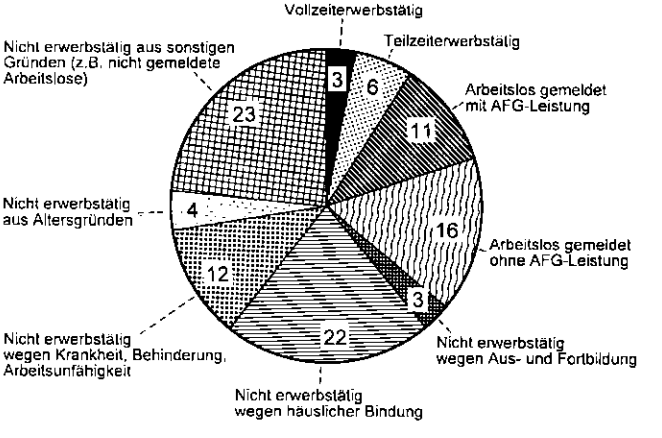
Knapp zwei Drittel der 15- bis 64jährigen HLU-Empfänger im Land waren zu Beginn des vergangenen Jahres nicht erwerbstätig. Abgesehen von der Sammelrubrik "nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen" bildeten die Nichterwerbstätigen wegen häuslicher Bindung die größte Gruppe. Dies sind zu einem ganz überwiegenden Teil Frauen, häufig Alleinerziehende, die wegen der zu versorgenden Kinder keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können. Über ein Drittel der Frauen im erwerbsfähigen Alter war aus diesem Grund nicht erwerbstätig. Ebenfalls als nichterwerbstätig gelten Auszubildende und Umschüler sowie Schüler und Studenten. Ihr Anteil betrug 3 % an allen HLU-Empfängern im erwerbsfähigen Alter. Zu der Gruppe der Umschüler zählen auch Personen, die im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes eine berufliche Umschulung durchlaufen. Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit sind für 12 % der HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter Gründe, die der Ausübung einer Erwerbstätigkeit entgegenstehen. Fast jeder fünfte HLU-Empfänger und jede zehnte HLU-Empfängerin konnten zu Beginn des letzten Jahres keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, weil sie entweder krank, behindert oder arbeitsunfähig waren. Der Anteil der nichterwerbstätigen Personen ist unter den ausländischen HLU-Beziehern geringer als unter den deutschen, was vor allem durch den sehr viel geringeren Anteil Alleinerziehender, die aus familiären Gründen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, innerhalb der ausländischen HLU-Empfänger zu erklären ist.

Schaubild 10

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg nach dem Erwerbsstatus

Stand 1. Januar 1994

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 277 95

Arbeitslose HLU-Empfänger nach Geschlecht, Alter und Personengruppe

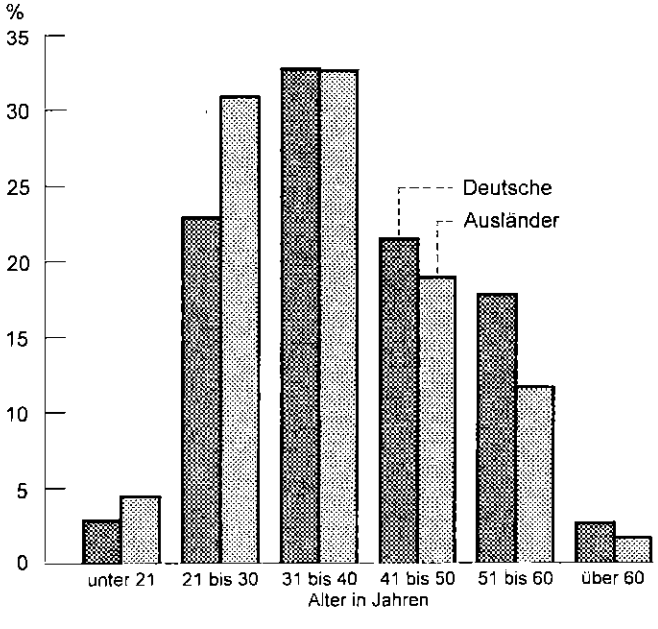
Trotz des konjunkturellen Aufschwungs setzt sich der Personalabbau in vielen Branchen weiter fort, was die Chancen für einen raschen und nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit im Lande kurzfristig eher als unwahrscheinlich erscheinen läßt. Mit einer gewissen Zeitverzögerung wirkt sich eine hohe Arbeitslosigkeit auch auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen aus. Bereits seit längerem gilt die Arbeitslosigkeit neben dem Flüchtlingsproblem als Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit. In etwa jedem vierten Haushalt, der während des Berichtsjahres laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten hatte, wurde in den vergangenen zehn Jahren Arbeitslosigkeit als Hauptursache für die Sozialhilfebedürftigkeit festgestellt. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich die Zahl der betroffenen Haushalte nahezu verdoppelt.

Über die Situation der einzelnen arbeitslosen Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft konnten aus der bisherigen Sozialhilfestatistik jedoch keine Informationen gewonnen werden. Bis 1993 war es lediglich möglich, festzustellen, ob die Sozialhilfebedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft durch Arbeitslosigkeit verursacht wurde. Es gab insbesondere keine Daten zur Dauer der Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit ab 1994 als personenbezogenes Merkmal erhoben wird, sind nunmehr auch Aussagen über die demographischen Merkmale von arbeitslosen HLU-Empfängern möglich. Unterschiede bezüglich Geschlecht, Alter und Personengruppe werden transparent.

Bereits die Gegenüberstellung von männlichen und weiblichen HLU-Empfängern zur Erwerbstätigkeit zeigt, daß Arbeitslosigkeit bei weiblichen HLU-Empfängern wesentlich weniger gewichtig ist als bei männlichen, da bei Frauen andere Gründe – insbesondere Kinderbetreuung – für die Sozialhilfebedürftigkeit im Vordergrund stehen. Daher war zum Jahresbeginn 1994 nur etwa jeder dritte gemeldete arbeitslose HLU-Empfänger weiblichen Geschlechts. Eine Gegenüberstellung von Männern und Frauen, die zum Stichtag arbeitslos gemeldet waren, zeigt bezüglich der Altersverteilung keine gravierenden Unterschiede. Die meisten arbeitslosen HLU-Empfänger sind zwischen 31 und 40 Jahre alt. Etwa jeder Dritte gehört dieser Altersklasse an. Rund ein Viertel der arbeitslos gemeldeten Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt entfiel auf die 21- bis 30jährigen; jeder fünfte war zwischen 41 und 50 Jahre. Im Durchschnitt waren die arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger zu Beginn des vergangenen Jahres 38 Jahre alt.

Schaubild 11

Arbeitslos gemeldete Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg
Stand 1. Januar 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 289 95

Seit der Reform der Sozialhilfestatistik werden als Personengruppen neben Deutschen auch EU-Ausländer, Asylberechtigte, Bürgerkriegsflüchtlinge sowie sonstige Ausländer ausgewiesen. Die zuletzt genannte Gruppe sind Gastarbeiter, die aus einem Staat außerhalb der europäischen Union – in den meisten Fällen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien – stammen. Nicht mehr einbezogen in die Statistik sind in Baden-Württemberg Asylsuchende und deren Familienangehörige, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge mit Duldung, geduldete Ausländer und sonstige zur Ausreise verpflichtete Ausländer (Asylantrag rechtskräftig abgelehnt), da diese Personengruppen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und damit unter die Asylbewerberleistungsstatistik fallen. Bürgerkriegsflüchtlinge im Sinne der Sozialhilfestatistik sind lediglich Flüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen wurden bzw. als Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Drei Viertel der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger waren deutscher Nationalität. Der Anteil der EU-Ausländer lag zu Beginn des vergangenen Jahres bei 5 %. Jeder 25. arbeitslos gemeldete HLU-Empfänger war Asylberechtigter. Drei Prozent entfielen auf Bürgerkriegsflüchtlinge. Gut ein Siebtel aller arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger waren sonstige Ausländer.

Die Altersverteilung von deutschen und ausländischen arbeitslos gemeldeten HLU-Empfängern weist deutliche Unterschiede auf. Mehr als jeder dritte ausländische Hilfeempfänger war 30 Jahre und jünger, bei den deutschen betrug der Anteil 25 %. Dagegen waren 20 % der deutschen Hilfeempfänger über 50 Jahre, während dieser Anteil bei den Ausländern nur rund 13 % betrug. Im Durchschnitt sind die ausländischen HLU-Empfänger ohne Arbeit jünger als die deutschen. Dies spiegelt auch die Altersstruktur dieser Bevölkerungsgruppe wider.

Dauer der Arbeitslosigkeit

In der bisherigen Sozialhilfestatistik fehlten jegliche Angaben über die Länge der Arbeitslosigkeit. Diese Lücke wurde mit der Statistikreform geschlossen. Für jeden arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger wird der Zeitpunkt des Beginns der Arbeitslosigkeit erhoben.

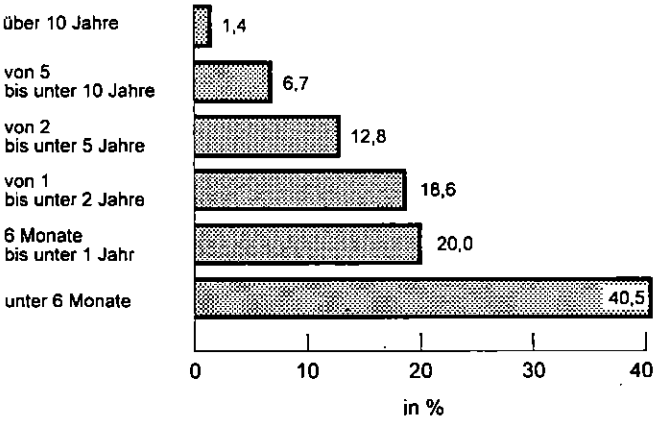
Im Durchschnitt waren die arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger am 1. Januar 1994 knapp 18 Monate ohne Beschäftigung. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Dagegen waren zwischen den verschiedenen Personengruppen durchaus Differenzen festzustellen. Die längste durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit wiesen die deutschen HLU-Empfänger mit 19 Monaten auf. Die übrigen Personengruppen lagen zum Teil deutlich darunter, was sicherlich auch damit zusammenhängt, daß in diesen Gruppen nur verhältnismäßig wenige Arbeitslose schon sehr lange von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die ausgewiesenen Personengruppen waren im Durchschnitt umso länger arbeitslos gemeldet, je länger sie in Deutschland waren. EU-Ausländer, wie Italiener, Spanier usw., kamen als erste Gastarbeiter nach Baden-Württemberg. Im Durchschnitt waren die HLU-Empfänger mit einem Paß aus einem Mitgliedsland der europäischen Union 15 Monate arbeitslos gemeldet. Andere Nationalitäten außerhalb der europäischen Union, die deutlich später als Arbeitskräfte ins Land kamen, wiesen eine durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 13 Monaten auf. Bürgerkriegsflüchtlinge waren im Durchschnitt neun Monate arbeitslos gemeldet. Eine Sonderstellung nehmen asylberechtigte HLU-Empfänger ein. Sie wiesen unter den Ausländern mit einer durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit von über 17 Monaten den größten Wert auf.

Rund 41 % der arbeitslos gemeldeten HLU-Bezieher waren weniger als sechs Monate ohne Arbeit. Unter diese Gruppe der gemeldeten Arbeitslosen fallen auch solche Fälle, welche die Sozialhilfe nur zur Überbrükkung bis zum Erhalt der Arbeitslosenunterstützung benötigen. Wie groß diese Gruppe ist, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststellen. Wenn Daten über Zu- und Abgänge unterjährig verfügbar sind, können hierzu

Schaubild 12

Arbeitslos gemeldete Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Baden-Württemberg nach der Dauer der Arbeitslosigkeit

Stand 1. Januar 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 291 95

weitere Aussagen gemacht werden. Rund 40 % der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger waren mindestens ein Jahr als arbeitssuchend registriert. Zwei und mehr Jahre war etwa jeder Fünfte dieser Personen ohne Arbeit. Gut 8 % der Hilfeempfänger waren fünf Jahre oder länger beim Arbeitsamt als arbeitslos registriert, ohne daß sie in diesem Zeitraum vermittelt werden konnten. Je länger Personen keine Arbeit finden, desto schwieriger wird die Integration in den Arbeitsmarkt. Einerseits gehen mit der Zeit erworbene Kenntnisse in einem erlernten Beruf verloren, andererseits veraltet ihr berufliches Wissen mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit zunehmend. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Vermittelbarkeit stellt das Alter der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger dar. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist positiv mit dem Alter der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger korreliert. Je älter die betroffenen Personen sind, desto länger sind sie im Durchschnitt arbeitslos gemeldet. So war zum Jahresbeginn 1994 etwa eine Person im Alter zwischen 21 und 30 Jahren im Durchschnitt zehn Monate arbeitslos gemeldet, während dies bei der Altersgruppe von 41 bis 50 Jahren 22 Monate waren. Über 60jährige, die zum Stichtag im erwerbsfähigen Alter waren, wurden durchschnittlich bereits 34 Monate als Arbeitslose registriert. Dieser Zusammenhang ist sowohl für Männer und Frauen als auch für die verschiedenen Personengruppen festzustellen.

Nur zwei von fünf arbeitslos gemeldeten HLU-Empfängern bekamen am 1. Januar 1994 Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Die übrigen erhielten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe oder sonstige Leistungen auf Grund dieses Gesetzes. Dar-

unter fallen insbesondere Personen, die überhaupt nie erwerbstätig waren oder nur einfachen, gering bezahlten Beschäftigungsverhältnissen nachgingen. Das können zum Beispiel alleinerziehende Frauen sein, die wegen eines Kindes nicht in der Lage waren, einen Berufsausbildungsabschluß zu erwerben. In der Regel haben diese Personen keine Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz erworben und sind deshalb vollständig von der Sozialhilfe abhängig.

In Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit variiert das Verhältnis zwischen arbeitslosen HLU-Empfängern mit und ohne AFG-Leistungen (Arbeitsförderungsgesetz). Arbeitslose HLU-Empfänger, die zu Beginn des vergangenen Jahres weniger als sechs Monate arbeitslos gemeldet waren, erhielten nur in rund 38 % der Fälle Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Für viele dieser Personen, die erst kurze Zeit arbeitslos sind, hat die Sozialhilfe lediglich eine Überbrückungsfunktion bis die Leistungen des Arbeitsamtes zur Verfügung stehen. Bei einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit lag der Anteil der Bezieher von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz durchweg höher, erreichten aber auch nur maximal 44 %.

neun je 1 000 der gleichaltrigen Bevölkerung auf 82 an. Heute sind 37 % der HLU-Empfänger unter 18 Jahre alt.

- In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nahm die Zahl der Flüchtlinge beträchtlich zu. Da diese Menschen ohne Hab und Gut ihre Heimat verlassen haben, waren sie zum überwiegenden Teil auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Im Jahre 1993 waren mehr als die Hälfte der ausländischen HLU-Empfänger Asylbewerber oder Bürgerkriegsflüchtlinge.

- Frauen und Mädchen sind bezogen auf die Bevölkerung häufiger auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

- Flüchtlingsschicksal, Arbeitslosigkeit, Trennung und Scheidung, Altersarmut sowie Krankheit und Behinderung sind Hauptursachen für den Bezug von Sozialhilfe.

- Sozialhilfehaushalte haben im Vergleich mit den übrigen Wohngeldempfängern weniger Wohnraum zur Verfügung und zahlen einen höheren Quadratmeterpreis.

Zusammenfassung

Ergebnisse der bisherigen Sozialhilfestatistik:

- Obwohl im Laufe des Jahres 1993 auf zwei HLU-Fälle nur ein Fall von Hilfe in besonderen Lebenslagen kam, war der Aufwand für die Hilfen in besonderen Lebenslagen 1993 doppelt so hoch wie für die Hilfen zum Lebensunterhalt.

- In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Zahl der HLU-Empfänger (Fälle pro Jahr) von etwa 60 000 seit Mitte der sechziger Jahre auf rund 400 000 bis heute erhöht.

- Werden zur Illustration der wachsenden Bedeutung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in der Bevölkerung die jährlichen Fallzahlen nach Altersklassen auf die gleichaltrige Bevölkerung bezogen, ergibt sich für alle Altersklassen ein beträchtlicher Anstieg. Eine Ausnahme bilden die über 64jährigen, bei welchen die Häufigkeitsziffer heute im Vergleich zu 1963 praktisch unverändert blieb.

- HLU-Empfänger wurden im Zeitablauf immer jünger. So stieg zum Beispiel die Häufigkeitsziffer für Kinder im Vorschulalter in drei Jahrzehnten von

Erste (vorläufige) Ergebnisse der neustrukturierten Sozialhilfestatistik für Baden-Württemberg:

- Am 1. Januar 1994 belief sich der von den Sozialämtern durchschnittlich anerkannte Bruttobedarf auf 1 390 DM je Bedarfsgemeinschaft und Monat. Etwas weniger als die Hälfte dieses Betrages wurde von den Bedarfsgemeinschaften aus eigenen Einkommensquellen gedeckt. Letztendlich belief sich der durchschnittliche Anspruch je Bedarfsgemeinschaft und Monat auf 757 DM.

- Der Sozialhilfebezug ist für viele HLU-Empfänger keineswegs nur von vorübergehender Dauer. Mehr als jede fünfte Bedarfsgemeinschaft war zu Beginn des Jahres 1994 mindestens fünf Jahre sozialhilfebedürftig.

- Zwei Drittel der HLU-Empfänger von 15 bis 64 Jahren waren nicht erwerbstätig. Häusliche Bindung (vor allem Kinderbetreuung), Krankheit oder Behinderung waren zum Beispiel Gründe, warum diese Personen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten.

- Jeder vierte HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter war am 1. Januar 1994 arbeitslos gemeldet. Im Durchschnitt dauerte die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 1994 18 Monate. Über 8 % der gemeldeten arbeitslosen HLU-Empfänger waren bereits mehr als fünf Jahre ohne Arbeit.

Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht

Für die quantitative Bildungsplanung ist das Verhalten an den "Nahtstellen" des Bildungswesens von weitreichender Bedeutung. Die Entscheidungen insbesondere nach Abschluß der Grundschule und nach dem Durchlaufen des Sekundarbereiches I (das heißt nach Absolvierung der Schulpflicht bzw. der 10. Klassenstufe) haben wesentlichen Einfluß auf die benötigten Ressourcen, da sie in der Regel auch Entscheidungen über unterschiedlich lange bzw. kostenintensive Ausbildungsgänge beinhalten. Von den Entscheidungen über die Schullaufbahn insbesondere an den Eckpunkten des Bildungssystems hängt jedoch nicht nur die Bereitstellung der entsprechenden Personal- und Sachmittel einschließlich der Investitionen in quantitativer Hinsicht ab, sondern auch in struktureller Hinsicht (schulart-/ausbildungsgangspezifisch) sind die Schülerströme für die Planungsseite von Belang. Aus diesem Grunde ist es notwendig, durch die Beobachtung von kurzfristigen Tendenzen und längerfristigen Trends zu versuchen, für Planungszwecke zuverlässige Daten zu gewinnen. Diesem Ziel dient die vorliegende Untersuchung in erster Linie, darüber hinaus hat sie jedoch auch dokumentarischen Charakter.

Eine erste wichtige Weichenstellung für die Schullaufbahn stellt die Wahl einer weiterführenden Schule nach Verlassen der Grundschule dar. Sie beeinflußt den weiteren Verlauf der schulischen Ausbildung in starkem Maße, auch wenn die Durchlässigkeit zwischen den Schularten bzw. der spätere Erwerb zusätzlicher Abschlüsse in den vergangenen Jahrzehnten an Gewicht zugenommen hat und seit kurzem darüber hinaus die Möglichkeit besteht, auch an Hauptschulen durch die Einführung des freiwilligen zehnten Schuljahres einen mittleren Abschluß zu erreichen.

Übergang auf weiterführende Schulen

Die Charakterisierung der Schülerströme nach Abschluß der Grundschule erfolgt in der Praxis häufig durch die Errechnung von Übergangsquoten. Diese stellen dar, wie hoch die Anteile von Viertkläßlern sind, die auf die einzelnen weiterführenden Schularten wechseln. Im Sommer 1994 betrug im Landesdurchschnitt die Übergangsquote auf Hauptschulen 37,1 %, auf Realschulen wechselten 29,5 % der Viertkläßler, während 31,4 % auf Gymnasien übergingen. Die restlichen 2 % der Viertkläßler bevorzugten andere Schularten (zum Beispiel integrierte Schulformen) oder wiederholen die Klassenstufe 4. Demgegenüber waren im Jahre 1970 beispielsweise nur 17,7 % der Viertkläßler auf die Realschule gewechselt. Die Realschul-Übergangsquote wäre für dieses Jahr jedoch um rund 8 Prozentpunkte höher auszuweisen, wenn man die späteren Übergänge von Fünftkläßlern auf die Realschulen berücksichtigte; diese Form des Übergangs spielt jedoch seit der Änderung des Übergangsverfahrens im Jahre 1980 nur noch eine bescheidene Rolle. Für die aktuelle Bildungspolitik ist die Entwicklung in den letzten 10 Jahren von besonderer Bedeutung, vor allem im Blick auf das angestrebte Ziel der Stärkung der Hauptschule. Zwischen 1986 und 1992 sank die Übergangsquote auf die Hauptschule landesweit von 40,4 % auf 35,8 %. Seither ist wieder ein leichter Anstieg auf 37,1 % (1994) feststellbar, der als Stabilisierungstendenz interpretiert werden kann. Es liegt nahe, diese für die Hauptschule positive Entwicklung mit der Einführung des 10. Schuljahres in Verbindung zu bringen.

Die genannten Beispiele unterstreichen, daß ein längerfristiger Vergleich der Übergangsquoten – auch unter Berücksichtigung der verschiedenen methodischen Änderungen beim Berechnungsmodus – problematisch ist. In Ergänzung zur Darstellung der Übergangsquoten wird daher hier versucht, die Verteilung der Schüler mit Hilfe von altersbezogenen Quoten darzustellen. Diese Methode hat den Vorteil, daß sie

- spätere Schulartwechsel bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt und
- auch Schüler einbezieht, die vorher gar nicht die Grundschule besucht haben, zum Beispiel Sonderschüler und Waldorfschüler.

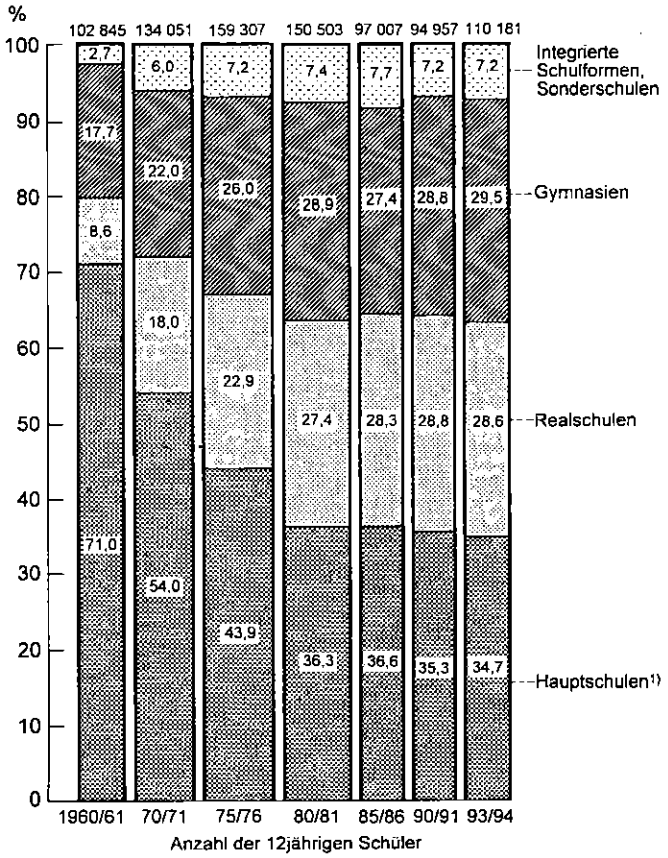
Allerdings kann mit dieser Methode die Durchlässigkeit des Schulsystems im Sekundarbereich I nicht oder allenfalls für die unteren Klassenstufen dargestellt werden. Die "Bewegungen" zwischen den Schularten nach der multilateralen Versetzungsordnung umfassen jährlich etwa 3 % des Schülerbestandes in den Klassenstufen 5 bis 10. Vor allem das nachträgliche Überwechseln auf das Gymnasium ist relativ selten und betrifft derzeit nur etwa 0,4 % der Schüler von Haupt- und Realschulen pro Jahr. Umgekehrt verlassen jährlich nur gut 1 % der Gymnasiasten diese Schulart, um an der Realschule (seltener an der Hauptschule) ihre schulische Ausbildung fortzusetzen. Diese geringen Bewegungen müssen vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß die von der Grundschule ausgesprochenen Empfehlungen zum Besuch einer weiterführenden Schulart von den Eltern weitgehend akzeptiert werden und sich im weiteren Verlauf des Schulbesuches offensichtlich bewähren. Da außerdem der Wechsel zwischen den Schularten im Sekundarbereich I seit 1980 eher abnimmt, erscheint zur Charakterisierung der Verteilung von Schülerströmen eine "ergebnisorientierte" Darstellung von Beständen – in diesem Falle der Schüler im Alter von 12 Jahren – durchaus vertretbar.

Mit Hilfe der Berechnung von Anteilswerten läßt sich in *Schaubild 1* zum Ausdruck bringen, daß sich in den 60er- und 70er-Jahren bei den 12jährigen Schülern erhebliche Verschiebungen von der Hauptschule in erster Linie zur Realschule, in zweiter Linie zum Gymnasium ergeben haben. Verglichen mit den damaligen strukturellen Veränderungen erscheint die schulartenspezifische Verteilung in diesem Alter seit 1980 weitgehend stabil. Zwischen 1960 und 1980 wirkte sich vor allem das höhere Bildungsstreben der Mädchen in einer Änderung der Verteilung auf die Schularten des Sekundarbereichs I aus. Seit Anfang der 80er Jahre sind die 12jährigen Mädchen nicht nur in der Realschule, sondern auch im Gymnasium etwas stärker vertreten als die Jungen.

Haben sich hinsichtlich der Geschlechter die früheren Unterschiede ausgeglichen bzw. in ihr Gegenteil verkehrt, so sind bezüglich der unterschiedlichen Repräsentanz von Deutschen und Ausländern in den einzelnen Schularten wenig Annäherungen zu erkennen. Die Altersgliederung der Ausländer wird zwar nicht an allen Schularten erfaßt, weshalb auf Schätzungen unter Berücksichtigung der Verteilung auf Klassenstufen zurückgegriffen werden muß. Danach sind zum Beispiel die Ausländer an der Hauptschule – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – doppelt so stark vertreten wie die Deutschen. Umgekehrt beträgt ihr Repräsentationsgrad an Realschulen nur etwa die Hälfte und an Gymnasien etwa ein Drittel im Vergleich zur deutschen Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe. Bezüglich dieser Relationen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten nur geringe Veränderungen gezeigt. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Ausländerkinder im Zeitablauf keine homogene Gruppe darstellen. Einerseits sind – was in der Schulstatistik nicht erfaßt wird – heute relativ mehr Ausländerkinder bereits in Deutschland geboren. Andererseits sind insbesondere von jenen Nationen, die in ihrem Bildungsverhalten den Deutschen kaum nachstehen, viele in ihr Ursprungsland zurückgekehrt und gleichzeitig Angehörige anderer Nationen verstärkt zugewandert, die hinsichtlich ihrer Vorbildung und Einstellung dem deutschen Bildungssystem möglicherweise distanzierter gegenüberstehen.

Schaubild 1

Zwölfjährige Schüler in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1960/61 nach Schulart



1) Einschließlich der zwölfjährigen Schüler in Grundschulen (0,5% im Schuljahr 1993/94).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 250 95

Vergleich mit anderen Bundesländern

Mit einem Hauptschulanteil von rund 34 %[1] liegt Baden-Württemberg bei den 12jährigen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (22 %). Zum Teil ist dieser Unterschied auf die größere quantitative Bedeutung von integrierten Schulformen in einigen anderen Bundesländern zurückzuführen. *Anhangtabelle 1* zeigt, daß sich in Nordrhein-Westfalen und Hessen rund 15 % der 12jährigen Schüler in Integrierten Gesamtschulen befinden; in Hessen besucht außerdem knapp ein Viertel der entsprechenden Altersgruppe eine Art integrierte Orientierungsstufe (Förderstufe). Um diese Besonderheit auszuschalten, wurde in *Anhangtabelle 2* ergänzend die Verteilung der 14jährigen auf die einzelnen Schularten dargestellt. Auch hierbei ergibt sich für unser Bundesland eine deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Hauptschulquote. Der Anteil der Realschulen übersteigt mit rund 29 % ebenfalls das Bundesergebnis (26 %). Im Gegensatz hierzu zeigt sich in Baden-Württemberg bei den Gymnasien ein relativ geringer Anteil, der trotz der beachtlichen Gesamtschul-Anteile in Hessen und Nordrhein-Westfalen die dortigen Gymnasialquoten unterschreitet. Dabei ist jedoch zu beachten, daß in Baden-Württemberg über das im überregionalen Vergleich gut ausgebaute berufliche Schulwesen zum Beispiel über die zweijährige, zur Fachschulreife führende Berufsfachschule von

1 Der Unterschied von 0,5 Prozentpunkten zwischen Schaubild 1 und Anhangtabelle 1 beruht darin, daß im Schaubild die (wenigen) Zwölfjährigen an der Grundschule bei der Hauptschule subsummiert werden.

Hauptschulabsolventen der mittlere Abschluß erreicht wird oder über den Besuch eines Beruflichen Gymnasiums von einem erheblichen Teil der Realschulabsolventen die Hochschulreife erworben wird.

In Bayern besuchen gegenwärtig etwa 40 % der 14jährigen Schüler die Hauptschule, Baden-Württemberg liegt mit 37% etwas darunter. Bei den 12jährigen ergibt sich für unser östliches Nachbarland ein außergewöhnlich hoher Hauptschulanteil von 52 %, der jedoch mit einem vergleichsweise geringen Realschulanteil von 11 % korrespondiert. Dieser resultiert aus der Tatsache, daß die bayrischen Realschulen in der Regel nur die Klassenstufen 7 bis 10 umfassen. Wie auch die Beispiele Orientierungsstufe (Förderstufe) und Gesamtschule gezeigt haben, sind somit Vergleiche zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich des Gewichts der Schularten wegen der unterschiedlichen Organisationsbedingungen sehr problematisch.

Konsequenzen für die Absolventenstruktur

Die bereits 1980 weitgehend abgeschlossene Verschiebung im Sekundarbereich I zugunsten von Realschule und Gymnasium hat auch zu entsprechenden Strukturänderungen bei den Abschlüssen geführt *(Tabelle 1)*. Die leichte Erhöhung des Anteils der Abgänger ohne Hauptschulabschluß im allgemeinbildenden Schulwesen nach 1985 ist im wesentlichen auf die Steigerung des Ausländeranteils zurückzuführen. Von den Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit erreicht im allgemeinbildenden Schulwesen etwa jeder fünfte nicht den Hauptschulabschluß; rund die Hälfte davon holt aber später im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres oder der Berufsbildung diese Qualifikation nach. Eine Einbeziehung des beruflichen Schulwesens bei der Betrachtung der Abschlußqualifikationen hätte auf der einen Seite den Vorteil, daß dort erworbene zusätzliche Abschlüsse berücksichtigt werden. Andererseits müssen bei dieser Betrachtungsweise Doppelzählungen in Kauf genommen werden. Die wichtigsten Fälle betreffen Hauptschulabsolventen, die mit der Berufsausbildung ("9+3") oder über die zweijährige Berufsfachschule einen mittleren Abschluß erwerben sowie Realschulabsolventen, die auf das Berufliche Gymnasium übergehen und dort die Abiturprüfung ablegen. Nimmt man solche Doppelzählungen in Kauf und bezieht die Abgänge 1993 aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen auf die entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung, so errechnet sich eine Studienberechtigtenquote (einschließlich Fachhochschulreife) von 33 % und für die mittleren Abschlüsse eine Quote von 46 %; hinzu kommen Hauptschulabschlüsse mit 41 %. Diese Werte lassen neben der Problematik der Mehrfachzählung erkennen, daß bis zum Ende des zweiten Lebensjahrzehnts weit mehr

Tabelle 1

Qualifikationsstruktur der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg 1975 bis 1994

Abschlußniveau	1975	1985	1994
	%		
Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen			
ohne Hauptschulabschluß	12	6	9
mit Hauptschulabschluß	45	37	35
mit mittlerem und höherem Abschluß	43	57	56
Insgesamt	100	100	100

als die Hälfte aller jungen Menschen zumindest einen mittleren Abschluß erwirbt. Dies wird auch durch die Erhebungen des Mikrozensus, eine 1 % - Stichprobe der Bevölkerung, erhärtet: Danach hatten 1993 jeweils 28 % der 20 - bis unter 25jährigen in Baden-Württemberg einen mittleren Abschluß bzw. Abitur/Fachhochschulreife. In der Altersgruppe der 40- bis unter 45jährigen betragen die entsprechenden Anteile nur 17 % (mittlere Reife) bzw. 18 % (Studienberechtigung). Hier zeigt sich eindrucksvoll eine Tendenz zur Anhebung des (formalen) Bildungslevels. Diese war vor allem in den 70er Jahren sehr ausgeprägt und hat sich seither etwas abgeschwächt. Eine solche Betrachtung der Gesamtbevölkerung nach Abschluß der üblichen Ausbildungsphase hat den methodischen Vorteil, daß Doppelzählungen bei der Absolventenstruktur vermieden werden.

Als ein weiteres Kriterium für die relative Bedeutung der Abschlüsse im Schulwesen wird häufig auch die Abiturientenquote herangezogen. Sie bezieht üblicherweise die Abiturientenzahl eines Jahres auf die (gemittelten) Altersjahrgänge der 18- bis unter 21jährigen in der Gesamtbevölkerung. Anhangtabelle 5 beweist, daß diese Quote in der Mehrzahl der Bundesländer derzeit bei ca. 25 % liegt. Die Abiturientenquote Baden-Württembergs liegt nur geringfügig unter derjenigen von Hessen und Nordrhein-Westfalen und übertrifft die bayrische Quote, was angesichts der oben beschriebenen vergleichsweise geringen Gymnasialquote bei den 12- und 14-jährigen auf den ersten Blick erstaunlich anmutet. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß in Baden-Württemberg gegenwärtig fast ein Drittel (31 %) der Abiturienten die Hochschulreife an einer beruflichen Schule erwirbt. Berücksichtigt man zusätzlich die Fachhochschulreife, so stellt man fest, daß im Bund wie im Land etwa jede(r) Dritte eine Studienberechtigung erlangt. Die tendenziell zunehmende (formale) Qualifikation der Schulabgänger hat sich auch bei den Lehrlingen in einer veränderten Vorbildungsstruktur niedergeschlagen. In *Anhangtabelle 3* ist die Vorbildungsstruktur der neu eingetrete-

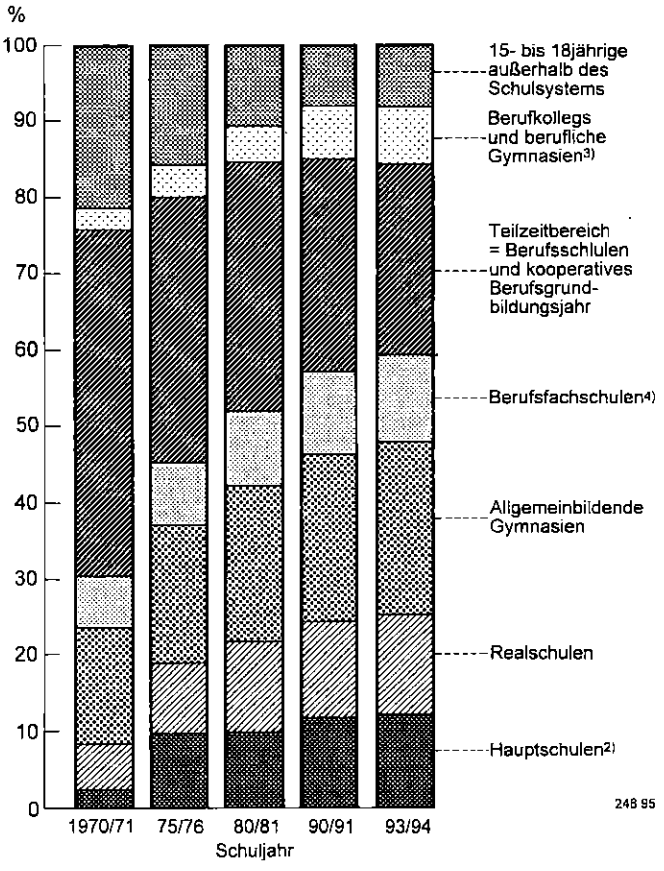
nen Teilzeitschüler mit Ausbildungsvertrag seit 1975 ausführlich dargestellt. Demnach hatte vor 20 Jahren lediglich ein Drittel der Neueintritte mindestens einen mittleren Abschluß; im Schuljahr 1994/95 trifft dies dagegen auf mehr als die Hälfte (52 %) aller neu eingetretenen Lehrlinge zu. Die Differenzierung nach Geschlecht zeigt, daß weibliche Auszubildende im Durchschnitt eine wesentlich höhere Qualifikation mitbringen als ihr männliches Pendant. Dies liegt nicht nur an der höheren Realschul- und Gymnasialquote des weiblichen Geschlechts, sondern auch am stärkeren Interesse von Abiturientinnen an einer praktischen Berufsausbildung.

Längere Verweildauer im Schul- und Ausbildungssystem

Die Tendenz zur Verlängerung der Ausbildungsdauer läßt sich am Beispiel der 15- bis 18jährigen Wohnbevölkerung gut belegen *(Schaubild 2)*. Danach besuchten vor einem Vierteljahrhundert nur 24 % dieser Altersgruppe noch allgemeinbildende Schulen; dieser Anteil hat sich bis zum Schuljahr 1993/94 auf 48 % verdoppelt. Demgegenüber sank der Anteil der Teilzeitschüler unter den 15- bis 18jährigen zwischen 1970 und 1993 von 45 auf 25 %. Im gleichen Zeitraum stieg in dieser Altersgruppe der Anteil derjenigen, die eine berufliche Vollzeitschule besuchten, von 9 auf 19 %. In dem genannten Alter hatten 1970 bereits 22 % das Schul- und Ausbildungssystem im Geschäftsbereich des MKS verlassen; im Schuljahr 1993/94 traf dies nur noch auf 8 % dieser Altersgruppe zu.

Schaubild 2

Fünfzehn- bis achtzehnjährige Schüler in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1970/71 nach Schulart



1) 15- bis einschließlich 18jährige Schüler . - 2) Einschließlich Sonderschulen und Integrierte Schulformen. - 3) Einschließlich Berufsoberschulen. - 4) Einschließlich schulisches Berufsgrundbildungs- und Berufsvorbereitungsjahr.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht *(Anhangtabelle 4)* zeigt sich, daß die Mädchen respektive jungen Frauen im wesentlichen nur in den beruflichen Teilzeitschulen weniger stark vertreten sind als die Jungen. Ein Teil dieser Unterrepräsentanz wird durch den häufigeren Eintritt in das duale System zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen. Außerdem befinden sich in den Schulen für Berufe des Gesundheitswesens überwiegend Frauen. Die entsprechenden Ausbildungsgänge können dem dualen System im weiteren Sinne zugerechnet werden; sie blieben aber im Rahmen dieser Darstellung unberücksichtigt. Zwar ist das weibliche Geschlecht im Berufskolleg und in den zweijährigen Berufsfachschulen stärker vertreten als das männliche, doch wird dies durch die schwächere Beteiligung der Mädchen in den sonstigen Berufsfachschulen zum Teil ausgeglichen. Auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede innerhalb des Teilzeitsystems der Berufsschulen soll hier nicht näher eingegangen werden.

Der Verbleib im beruflichen Schulwesen hat sich ebenso wie der im allgemeinbildenden Bereich in den letzten Jahrzehnten tendenziell verlängert. Im Schuljahr 1980/81 waren nur 15 % der Schüler an beruflichen Schulen 20 Jahre oder älter, im Schuljahr 1993/94 betrug dieser Anteil der "Älteren" bereits 35 %. Nur teilweise ist dies auf das erhöhte Interesse von Abiturienten an hochschulexternen Ausbildungsgängen zurückzuführen. Vielmehr treten auch Schüler, die bereits eine berufliche Vollzeitschule absolviert haben, verstärkt als Nachfrager nach Ausbildungsplätzen auf und bleiben damit dem beruflichen Schulwesen länger "verbunden". Dieses Phänomen wird zum Teil mit dem Begriff "Warteschleife" gekennzeichnet. Möglicherweise ist hierfür die verbesserte materielle Situation der Eltern und die Ausweitung der Ausbildungsförderung mitursächlich. Aus statistischer Sicht kann schwer beurteilt werden, inwieweit der Besuch beruflicher Vollzeitschulen mit dem Ziel erfolgt, die Ausbildungschancen zu verbessern. In *Tabelle 2* sind drei ausgewählte Ausbildungsgänge des Berufskollegs (BK) aufgeführt, bei denen eine solche Funktion möglich erscheint. Zumindest bezüglich des kaufmännischen Berufskollegs (früher: Höhere Handelsschule) und des (BK) für Ernährung und Hauswirtschaft liegt ein Zusammen-

Tabelle 2

Schüler an ausgewählten Berufskollegs in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1976/77

Schüler im Schuljahr	Berufskollegs		
	BK 1 (Höhere Handelsschule)	Ernährung und Hauswirtschaft I	Sozialpädagogik
1976/77	3 925	2 037	5 908
1980/81	5 668	2 023	4 505
1985/86	9 316	2 226	4 539
1990/91	5 403	384	4 482
1991/92	5 351	294	4 709
1992/93	5 232	257	4 739
1993/94	5 654	359	4 896
1994/95	6 730	490	5 186

hang zwischen der Lehrstellensituation – vor allem in kaufmännischen Berufen – und der Entwicklung der Schülerzahlen nahe. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ging in diesen Einrichtungen die Zahl der Schülerinnen parallel zur Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt sehr stark zurück und steigt seit 1992/93 – nicht zuletzt unter dem Einfluß des reduzierten Angebots an Lehrstellen – wieder an.

Ausblick

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich seit Beginn der 80er Jahre die Tendenz zum längeren Verbleib im allgemeinbildenden Schulwesen im Sekundarbereich I deutlich abgeschwächt hat, während sie sich im beruflichen Bereich verstärkt hat. Die neueröffnete Möglichkeit für Hauptschüler, an dieser Schulart auch einen mittleren Abschluß zu erreichen, könnte hier eine Änderung nicht nur im Sekundarbereich I bewirken. Eine starke Inanspruchnahme dieser Möglichkeit könnte auch dazu führen, daß die Verweildauer im beruflichen Schulwesen verkürzt wird. Hierfür wäre die Voraussetzung, daß ein erheblicher Teil der in Klassenstufe 9 Erfolgreichen auf die zweijährige Berufsfachschule verzichtet und statt dessen einen mittleren Abschluß bereits an der Hauptschule erwirbt, gleichzeitig aber die Gesamtzahl der mittleren Abschlüsse von Hauptschulabsolventen nicht wesentlich erhöht wird. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, daß die Hauptschule im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern immer noch eine erhebliche quantitative Bedeutung hat.

Eine wichtige langfristige Entwicklungstendenz ist neben der Stabilisierung der schulartspezifischen Verteilung ein Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Schulbesuch. Zumindest im allgemeinbildenden Schulwesen erwerben die Mädchen respektive jungen Damen heute eine durchschnittlich höhere Qualifikation als das männliche Geschlecht. Allerdings zeigen sie im beruflichen Ausbildungsbereich nach wie vor ein deutlich abweichendes Wahlverhalten. Die Präferenz für kaufmännische und andere Dienstleistungsberufe schlägt sich auch in einer von den Männern abweichenden Struktur des Schulbesuches im Sekundarbereich II nieder. Global betrachtet hat sich unter dem Einfluß des Arbeitsmarkts die Dynamik des Bildungssystems in viel stärkerem Maße in den Sekundarbereich II verlagert; dies erscheint aus längerfristiger Sicht als die wichtigste Veränderung im Schulbesuchsverhalten.

Die weitere Entwicklung der verschiedenen Zweige des Bildungssystems wird sicherlich in erheblichem Maße von der Situation am Arbeitsmarkt und den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft geprägt sein. Daneben spielt auch die Frage eine Rolle, ob sich der Zuzug von Ausländern vor allem aus entfernteren Kulturkreisen fortsetzen wird. Die Integration der Migranten, insbesondere der Ausgleich von Sprachdefiziten, stellen für das Schul- und Ausbildungssystem eine große Herausforderung dar. Dies gilt auch für die Zuzüge von Übersiedlern, bei denen die Einbeziehung in das deutsche Schulsystem ebenfalls zunehmende Anstrengungen erfordert. Sofern diese Zuzugströme anhalten, können sie durchaus zu einer quantitativen Stärkung der Hauptschule beitragen. Auch die Einführung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres dürfte der weiteren Stabilisierung dieser Schulart förderlich sein, auch wenn aus dem längerfristigen Vergleich der Schulbesuchsquoten eher ein Trend zu höheren Abschlüssen zu erkennen ist. Infolge der Erweiterung der Durchlässigkeit innerhalb des Schulsystems – vor allem durch die geschaffenen Möglichkeiten, im beruflichen Schulwesen weitergehende formale Qualifikationen zu erwerben – könnte die Bedeutung des Übergangs zwischen Primar- und Sekundarbereich abnehmen.

Zusammenfassung in Thesen:

- Die Verteilung der Schüler auf die weiterführenden Schularten ist seit Beginn der 80er Jahre vergleichsweise stabil. In den 60er- und 70er Jahren waren dagegen starke Verschiebungen von der Hauptschule zu Realschule und Gymnasium zu beobachten gewesen, die zu einem erheblichen Teil auf den Ausgleich der Benachteiligung von Mädchen beim Übergang auf weiterführende Schulen zurückgeführt werden können.

- Stabilisierend auf die Hauptschulquote wirkte sich in den letzten 10 Jahren unter anderem die Einführung des freiwilligen 10. Schuljahres und der zunehmende Ausländeranteil in der schulpflichtigen Bevölkerung aus. Ausländerkinder besuchen im Durchschnitt etwa doppelt so häufig wie deutsche Kinder die Hauptschule, seltener die Realschule oder das Gymnasium.

- Von den 12- bzw. 14jährigen (Deutsche und Ausländerkinder zusammengenommen) besuchen in Baden-Württemberg überdurchschnittlich viele Kinder (ca. 34 bis 36 %) die Hauptschule. Vergleiche mit anderen Bundesländern sind wegen der dort teilweise größeren Bedeutung integrierter Schulformen allerdings nur eingeschränkt aussagefähig.

- Die vergleichsweise niedrige Gymnasialquote der 14jährigen in Baden-Württemberg führt jedoch nicht zu einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt niedrigeren Abiturientenquote, da hier der Erwerb zusätzlicher Abschlüsse über das berufliche Schulwesen überdurchschnittliche Bedeutung hat.

- Im Bund wie auch in Baden-Württemberg erwirbt derzeit etwa jede(r) Vierte (bezogen auf die entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung) die Hochschulreife. Bezieht man zusätzlich die Fachhochschulreife ein, so kommt man für Bund und Land auf etwa ein Drittel an Studienberechtigten in der altersrelevanten Bevölkerung. Durch den vermehrten Erwerb zusätzlicher Abschlüsse im beruflichen Schulwesen ergibt sich trotz der relativen Stabilität beim Übergangsverhalten nach der Grundschule eine deutliche Tendenz zur (zumindest formalen) Höherqualifizierung in der Bevölkerung.

- Infolgedessen können die Auszubildenden im dualen System heute im Durchschnitt eine wesentlich höhere formale Qualifikation und ein höheres Alter vorweisen als früher. Mädchen besuchen häufiger als Jungen berufliche Vollzeitschulen.

- Es gibt Hinweise, daß die Tendenz zur Verlängerung des Schulbesuches zum Teil von der Lehrstellensituation vor allem in kaufmännischen Berufen mitgeprägt wird.

- Die weitere Entwicklung beim Schulbesuchsverhalten hängt unter anderem vom Ausmaß der Zuwanderungen von Ausländern und Aussiedlern sowie von der Situation auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt ab.

Wohnungsbedarfsprognose für Baden-Württemberg

Vorbemerkung

Die Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg haben Mitte 1994 das Statistische Landesamt Baden-Württemberg beauftragt, eine Wohnungsbedarfsprognose für das Land zu erstellen.

Dabei wurden:

- erstmals die Ergebnisse der 8. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung der amtlichen Statistik Deutschlands einer derartigen Untersuchung zugrundegelegt,
- erstmals ging die jüngste amtliche Haushaltsprognose - des Jahres 1993 - in eine Wohnungsbedarfsprognose für das Land ein,
- erstmals wurde der ermittelte Wohnungsbedarf auf Kreisebene regionalisiert und
- in der Untersuchung die angewandte Methode nachvollziehbar offengelegt.

Infolgedessen bestand nachhaltiges Interesse, das Gutachten unverändert in den "Statistisch-prognostischen Bericht" des Jahres 1995 aufzunehmen.

Der Arbeit liegt der Basisstichtag 31.12.1993 zugrunde, gleichwohl wurden weitere Entwicklungen teilweise berücksichtigt.

Für den Zeitraum bis zum Jahr 2005 - d.h. in 12 Jahren - geht das Statistische Landesamt von einem Gesamtbedarf von etwa 800 000 zu schaffenden Wohnungen aus. Das entspräche einem Baubedarf von 60 000 bis 70 000 Wohnungen je Jahr.

Die jüngste Entwicklung bei der Wohnungsversorgung belegt, daß Baden-Württemberg auf dem besten Weg ist, das 1993 bestandene Defizit und den zu erwartenden Wohnungsbedarf zügig abzubauen bzw. bis zum Jahr 2005 zu decken. Während nämlich die Zahl der Haushalte 1994 um lediglich 70 000 zunahm, erhöhte sich der Wohnungsbestand gleichzeitig um etwa 100 000. Damit konnte der für Ende 1993 ermittelte Fehlbestand von etwa 300 000 Wohnungen bereits im Jahre 1994 um 30 000 verringert werden.

Das Statistische Landesamt erwartet infolge der bereits begonnenen Wohnungsbauvorhaben für das laufende Jahr ein nur geringfügig niedrigeres Fertigstellungsvolumen als im Vorjahr. Nachdem das Bevölkerungswachstum seit drei Jahren an Dynamik verliert - 1993 plus 85 000 und 1994 plus 38 000 -, geht das Amt derzeit von einem weiter abnehmenden Trend aus. Für 1995 wird nur noch mit einer Zunahme von etwa 30 000 gerechnet. Die Zahl der Haushalte wird nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes im gleichen Zeitraum zwar um rund 40 000 Haushalte zunehmen, das ermittelte Wohnungsdefizit wird sich aber wegen der höheren Bauaktivität um weitere 50 000 verringern.

Inwieweit der errechnete Bedarf als konkrete kaufkräftige Nachfrage wirksam wird, läßt sich dagegen nur schwer beantworten. Entscheidend hierfür wird neben der Entwicklung der Zahl und Struktur der Haushalte vor allem auch der Konjunkturverlauf und die reale Einkommensentwicklung sein.

Wo fehlen Wohnungen in Baden-Württemberg?

Eine Wohnungsbedarfsprognose für Baden-Württemberg und seine Stadt- und Landkreise

Eine Untersuchung

des

Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

im Auftrag der

LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg

und der

L-Bank Landeskreditbank Baden-Württemberg

Bearbeitet von Wolfgang Walla und Werner Brachat-Schwarz

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1995 Artikel-Nr. 2415 95001

Einleitung

Daß es in der Bundesrepublik Deutschland und speziell in Baden-Württemberg eine *allgemeine* Raum- oder Wohnungsnot gibt, wird selbst von kritischsten Betrachtern nicht behauptet. Gleichwohl gibt es Hunderte, denen „der Mantel zur Wohnung wurde“[1] und viele, die auf der Suche nach preiswerten Wohnungen sind. Annähernd zwei Millionen Menschen in Baden-Württemberg leben in Wohnungen, die wegen ihrer Größe den Normen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes von 1976 oder des Wohnungsbindungsgesetzes von 1982 bzw. 1990[2] nicht entsprechen. Nach diesen Gesetzen ist für jeden Menschen mindestens ein Wohnraum anzustreben. Aber - und das ist ebenso wichtig - mehr als fünf Millionen besitzen Wohnungen, die diese Norm zum Teil erheblich übertreffen.

Um den Gefahren, die sich aus einer unzureichenden Wohnungsversorgung ergeben, wirksam zu begegnen „ .... gibt es in der sozialen Marktwirtschaft keinen rein marktwirtschaftlich orientierten Wohnungsmarkt. Ein Wohnungsmarkt ist dann funktionsfähig, wenn eine ausreichende Wohnungsversorgung für alle Haushalte gewährleistet ist, die Bedürfnisse individuellen und menschenwürdigen Wohnens auf Dauer erfüllt werden können und die Haushalte wirtschaftlich in der Lage sind, gegebenenfalls mit Unterstützung der öffentlichen Hände, die Wohnungskosten dauerhaft zu tragen. Generelle Aufgabe der Wohnungspolitik ist eine quantitativ und qualitativ angemessene und bezahlbare Wohnungsversorgung für die gesamte Bevölkerung. Dabei wird ... eine Reihe übergeordneter Ziele verfolgt: individuelle Freiheit, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, sozialer Friede, Wohlstand.“[3]

Es ist nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit, den Akteuren auf dem Wohnungsmarkt Handlungsalternativen aufzuzeigen oder gar Empfehlungen auszusprechen. Ziel ist es, die vergangenen Entwicklungen in Erinnerung zu rufen, die derzeitige Situation zu analysieren und Ausblicke bis in das Jahr 2005 zu bieten.

Erstmals wird dabei für Baden-Württemberg eine mit der amtlichen Bevölkerungsvorausrechnung sowie der amtlichen Haushaltsprognose abgestimmte und regionalisierte Wohnungs- und Wohnraumbedarfsprognose vorgelegt.

---

[1] Titel des „Journal am Morgen“ vom 23. September 1994, Süddeutscher Rundfunk

[2] Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnbindungsgesetz - WoBindG) vom 22. Juli 1982 (BGBl. I, Seite 972), geändert durch Gesetz vom 17. Mai 1990 (BGBl. I, Seite 934), zuletzt geändert am 19. August 1994

[3] Antwort der Landesregierung von Baden-Württemberg auf die Große Anfrage der Fraktion der Republikaner vom 15. März 1994, Drucksache 11/3607, Seite 30 ff

Im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Gesetzen haftet gesellschaftswissenschaftlichen Prognosen immer etwas Spekulatives an, da sie sich durch Versuche nicht „beweisen" lassen. Die bei gesellschaftswissenschaftlichen Modellen und Prognosen üblichen nicht erklärbaren Reste, die gelegentlich auch Zufallsfehler genannt werden, lassen Raum für weitere Hypothesen und Handlungsalternativen. Durch ökonometrische Techniken wird seit Jahrzehnten versucht, die Einflußgrößen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Geschehens zu errechnen, um damit letztlich Instrumente an die Hand zu bekommen, die es erlauben, das mögliche künftige Geschehen wenigstens teilweise zu erkennen und vorbeugend zu beeinflussen.

Die vorliegende Prognose zählt zu den Status-quo-Prognosen. Diese Prognosen zeigen auf „was geschieht, wenn nichts geschieht". Sie erheben damit keineswegs den Anspruch der Prophetie - ganz im Gegenteil.

Im einzelnen liegen der Prognose neu aufbereitete Daten aus der Volkszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987, aus dem aktuellen Mikrozensus (der jährlichen kleinen Volkszählung), sowie Daten aus den amtlichen Fortschreibungen der Bevölkerung, der Bautätigkeit und des Wohnungs- und Wohnraumbestandes zugrunde. Im übrigen basiert die Prognose auf der achten koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Bundes und der Länder, der amtlichen kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung[4] sowie der amtlichen Haushaltsprognose[5] für Baden-Württemberg. Damit ist es erstmals gelungen, für Baden-Württemberg ein in sich schlüssiges und aufeinander abgestimmtes System von Landes- und Regionalprognosen zu entwickeln.

Das Projekt wurde von der Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg angeregt und von dieser gemeinsam mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg finanziert. Die Auftraggeber enthielten sich dabei jeder Einflußnahme auf das Statistische Landesamt. Die Berechnungen wurden mit Hilfe der Datenbanken des Landesinformationssystems Baden-Württemberg (LIS) durchgeführt. Die Ergebnisse stehen über diese Datenbanken und den Zentralen Auskunftsdienst des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg der Öffentlichkeit zur Verfügung.

[4] Zu den Bevölkerungsprognosen, vgl. „Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung bis 2005", in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 483, Metzler Poeschel, 1994

[5] Zur Haushaltsprognose, vgl. dazu: Goeken, Silvia und Werner, Joachim: „Haushaltsvorausrechnungen für Baden-Württemberg", in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1, 1995, Seite 2 ff

2. Die wichtigsten Grundlagen, Ergebnisse und Erkenntnisse auf einen Blick

• Grundlegende Annahmen und Erläuterungen

Für die Feststellung des aktuellen Wohnungsdefizits und des künftigen Wohnungsbedarfs werden als normative Vorgaben „ein Wohnraum je Einwohner" und „eine Wohnung je Haushalt" verwandt.

Das (aktuelle) Wohnungsdefizit setzt sich aus dem Grunddefizit und dem Anpassungsdefizit zusammen. Das Grunddefizit gibt an, für wieviele Haushalte Wohnungen fehlen. Das Anpassungsdefizit gibt an, wieviele Haushalte in zu kleinen Wohnungen leben.

Das (aktuelle) Wohnungsdefizit wird durch die Situation zum Ende des Jahres 1993 repräsentiert. Teilweise wurden auch bereits die Entwicklungen bis zum Ende des Jahres 1994 berücksichtigt.

Neben dem „normativen" Wohnungsdefizit wurde auch ein „opportunes" Defizit berechnet. Dieses basiert ebenfalls auf normativen Vorgaben; im Gegensatz zum rein normativen Ansatz werden die regionalen Wohnungsmärkte aber nicht isoliert betrachtet, sondern die festgestellten Defizite rechnerisch in jene Gebiete „umgelenkt", die eine ausreichende Bauaktivität erwarten lassen.

Wegen der hohen Wanderungsaktivität der letzten Jahre bedarf es derzeit für einen funktionierenden Wohnungsmarkt einer erhöhten Fluktuationsreserve - statt der üblichen 2,5 % des Wohnungsbestandes heute 3,2 %, bei derzeit fallender Tendenz.

Der zukünftige Wohnungsbedarf im Land sowie in den Stadt- und Landkreisen wurde für die Jahre 1995, 2000 und 2005 ermittelt. Dabei wurde zusätzlich zum aktuellen Wohnungsdefizit der Wohnungsneubedarf aufgrund der zu erwartenden Haushaltszahlen und der Wohnungsersatzbedarf aufgrund der zu erwartenden Wohnungsabgänge berechnet.

Die Berechnungen des zukünftigen Wohnungsbedarfs basieren auf der achten, zwischen dem Bund und den Ländern koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung sowie der amtlichen Haushaltsprognose für Baden-Württemberg. Danach wird Baden-Württemberg im Jahre 2005 knapp 650 000 Einwohner und annähernd 400 000 Haushalte mehr haben als heute.

Nicht oder nur ansatzweise berücksichtigt wurden die zu erwartenden Einflüsse auf den Wohnungsmarkt, die sich durch Standortschließungen der Alliierten und der Bundeswehr ergeben werden.

∘ Wichtigste Landesergebnisse

Ende 1993 hatten über 290 000 Haushalte keine *eigenen* Wohnungen, das heißt, sie mußten ihre Wohnung mit einem anderen Haushalt teilen.

Ende 1993 wurden außerdem für über 310 000 überwiegend große Haushalte zu kleine Wohnungen festgestellt.

Bis zum Jahr 2005 wird der Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg ein Volumen von etwa 800 000 Wohnungen annehmen.

Der künftige Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2005 setzt sich aus etwa 400 000 Wohnungen für zusätzliche Haushalte, aus knapp 100 000 zu ersetzenden Wohnungen und dem bestehenden, aktuellen Wohnungsdefizit von 300 000 Wohnungen zusammen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, daß Baden-Württemberg auf dem besten Wege ist, das bestehende Defizit abzubauen bzw. den für die Zukunft zu erwartenden Wohnungsbedarf zu decken. Während nämlich die Zahl der Haushalte 1994 um lediglich 70 000 zunahm, erhöhte sich der Wohnungsbestand um etwa 100 000. Damit konnte der Wohnungsfehlbestand in einem Jahr um 30 000 oder 10 % verringert werden.

∘ Erste Erklärungsansätze zum aktuellen Geschehen

Das aktuelle Wohnungsdefizit und der künftige Wohnungsbedarf resultieren mehr aus den sozialen Veränderungen, sich ändernden Wertvorstellungen und dem damit verbundenen individuellen Selbstverständnis als aus einer faktischen Unterversorgung.

Das läßt sich im wesentlichen auf den Trend zur Singularisierung der Bevölkerung und auf die weltpolitischen Veränderungen seit 1989 zurückführen.

Seit dem „Fall der Mauer" und infolge militärischer Auseinandersetzungen (u.a. Jugoslawien, Türkei), nahm die Bevölkerungszahl des Landes um 700 000 Personen zu. Auf diesen Zuwachs war das Land nicht eingestellt. Die daraus resultierende Wanderungsdynamik schlug voll auf den Wohnungsmarkt durch, was die Steigerungen für Wohnungsmieten belegen. Der Preisindex für Wohnungsmieten stieg seit 1985 um etwa die Hälfte an.

Das neuerliche Wohnungsdefizit läßt sich nur zum Teil auf die Zuwanderung von Flüchtlingen und Übersiedlern zurückführen. Wie die Mikrozensen der vergangenen Jahre feststellten, ist allgemein die Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf stärker gestiegen als die Bevölkerungszahl.

Daß der Wohnungsmarkt zusätzlich durch die steigende Zahl von Ehescheidungen beeinflußt wird, kann für Baden-Württemberg nicht überzeugend bestätigt werden.

Für den Wohnungsmarkt entlastend erweist sich die zunehmende Zahl von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften. Das damit teilweise verbundene „Getrennt-Wirtschaften/Gemeinsam-Wohnen", entwickelt sich immer mehr zu einer allgemein akzeptierten Lebensform.

Diese Entlastung ist vor allem für solche Gebiete von nicht zu unterschätzender Bedeutung, in denen in der Berufsausbildung Befindliche einen hohen Bevölkerungsanteil haben.

Die etwa 700 000 Witwen und Witwer belegen nicht selten große Wohnungen, die erheblich über dem Durchschnitt liegen. Wegen kriegsbedingter Besonderheiten im oberen Teil der Alterspyramide werden in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele dieser Wohnungen frei werden.

∘ Jüngere Entwicklung des Wohnungsbaus

Seit der Gründung des Landes hat sich der Wohnungsbestand von 1 ½ Millionen bis auf heute fast 4 ½ Millionen erhöht. Mitte der 80er Jahre konnte die normative Unterversorgung soweit abgebaut werden, daß ohne die weltpolitischen Umbrüche der 90er Jahre eine Vollversorgung hätte erreicht werden können. Das heißt, daß - statistisch gesehen - alle Haushalte, für die das Statistische Landesamt einen Wohnungsbedarf annimmt, eine *eigene* Wohnung hätten bewohnen können.

Die Bautätigkeit geht mehr oder weniger ungebremst weiter. Die mit dem „Fall der Mauer" einsetzende Wanderung nach Baden-Württemberg ließ die Bevölkerung um 700 000 Einwohner anwachsen. Mit diesem Zuwachs konnte die Bautätigkeit zwar gut schritthalten, eine Niveauverbesserung wurde erst 1994 wieder erreicht.

Die hohe Zahl der Baufertigstellungen des Jahres 1994 (102 000) sowie die aufgrund des Bauüberhangs für das laufende Jahr zu erwartenden Fertigstellungen (95 000)

werden bei einer sich abschwächenden Bevölkerungs- und Haushaltszunahme zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen.

Das Schwabe'sche Gesetz, nach dem im allgemeinen mit steigendem Einkommen der Ausgabenanteil für das Wohnen sinkt, gilt nicht für Baden-Württemberg. Hier steigt bei den Arbeitnehmerhaushalten dieser Ausgabenanteil langsam aber stetig.

Die Verdienste der Einkommensschwächeren können seit 1988 nicht mit der Baupreisentwicklung Schritt halten. Ohne die verfügbaren Einkünfte dieser Schichten zu erhöhen, kann der dort zu vermutende Nachholbedarf nicht befriedigt werden.

- **Versorgung der Haushalte mit Wohnraum**

Die Analyse hat gezeigt, daß die Norm „*ein* Wohnraum je Einwohner" keineswegs den Wünschen und Vorstellungen der Bürger entspricht. Im Durchschnitt ist sie schon längst übertroffen und kann somit nicht einmal mehr als „Orientierung am Mittelmaß" verstanden werden.

Die durchschnittliche Wohnungsbelegung sinkt - vom Zeitraum 1989 bis 1992 abgesehen - ungebrochen.

Ende der 50er Jahre zählte gerade ein Viertel der Wohnungen fünf oder mehr Räume, heute ist es fast die Hälfte.

Durch die hohe Bautätigkeit wurde bereits Ende der 60er Jahre dieses Normniveau für die *Wohnraum*versorgung erreicht. Das heißt, allen Einwohnern stand - statistisch gesehen - ein Wohnraum (Zimmer) zur Verfügung.

In Baden-Württemberg überschreitet heute der Wohnraumbestand das normative „Ziel" um fast 4 Millionen Räume oder annähernd 40 %. Dieses günstige Versorgungsniveau kommt aber nicht allen Haushalten zugute.

Von den Haushalten in eigenen Wohnungen haben 2 ½ Millionen über der Norm liegende Wohnungen. Das sind sechs von zehn Haushalten. Eine der Norm entsprechende Versorgung wurde für eine Million der Haushalte ermittelt. Mit ihren derzeitigen Wohnungen sind danach etwa 400 000 Haushalte normativ unterversorgt.

Das normative Wohnungsdefizit konzentriert sich auf 165 000 Vier-Zimmerwohnungen und auf 140 000 Fünf-und-mehr-Zimmerwohnungen.

Sollten allerdings die fehlenden Wohnungen in einem Zuschnitt erstellt werden, der der *realen* Wohnungsstrukur einer zumindest normversorgten Bevölkerung zum Ende des Jahres 1993 entspräche, so würde das erheblich vom *rein normativen* Wohnungsdefizit abweichen. Um dann das aktuelle Versorgungsniveau für alle Bedarfsträger zu erreichen, müßten über 200 000 Fünf-und-mehr-Zimmerwohnungen erstellt werden.

• Wichtigste Ergebnisse zur aktuellen Situation in den Kreisen

Das aktuelle Wohnungsdefizit lag Ende 1993 in den Stadt- und Landkreisen bei knapp 400 000 Wohnungen, wenn für die Bevölkerung eine auf den eigenen Kreis räumlich beschränkte Mobilität zugrunde gelegt wird.

Das Wohnungsdefizit in den Stadt- und Landkreisen würde sich allerdings auf 310 000 Wohnungen reduzieren, wenn die Bevölkerung bereit und in der Lage wäre, über die Grenzen des eigenen Stadt- oder Landkreises hinaus umzuziehen.

Für die eher verdichteten Landkreise und die Stadtkreise summieren sich die normativen Wohnungsdefizite auf etwa 250 000 Wohnungen. Hohe Wohnungsdefizite weisen die meisten Stadtkreise und die Landkreise mit großen Hochschulen auf.

In den Stadtkreisen übertrifft das Grunddefizit an fehlenden *eigenen* Wohnungen das Anpassungsdefizit an normgerecht großen Wohnungen zum Teil um mehr als das Doppelte. Das heißt, daß auch bei einer Befriedigung des Anpassungsdefizits viel zu wenig Wohnungen frei würden, um das bestehende Grunddefizit zu decken. Wollten die Stadtkreise nur ihr aktuelles Wohnungsdefizit von etwa 140 000 Wohnungen auf ihrem Gemeindegebiet vollständig abbauen, wäre dazu eine Siedlungsfläche von etwa 30 km^2 erforderlich.

Günstig ist die Situation in den eher ländlichen und den siedlungsstrukturell gemischten Kreisen. Dort liegt das Grunddefizit von nicht mit *eigenen* Wohnungen versorgten Haushalten bei etwa 50 000 Wohnungen.

Positiv fallen Gebiete im Südosten des Landes auf. Mit Ausnahme des Landkreises Ravensburg liegt in allen südöstlichen Landkreisen das Grunddefizit unter einem Prozent, bezogen auf den aktuellen Wohnungsbestand.

Für den Landkreis Sigmaringen wurde als einzigem im Land beim Grunddefizit eine geringe - statistische - Überversorgung ermittelt.

Niedrige Defizite treten auch im äußersten Nordosten Baden-Württembergs auf. Das ist teilweise auf eine stagnierende, gebietsweise auch rückläufige Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen.

Eine erste Analyse der Situation zum Ende des Jahres 1994 zeigt, daß die meisten Kreise ihr Defizit gegenüber dem Vorjahr bereits reduzieren konnten. Dies ist auf eine hohe Bautätigkeit und/oder auf eine deutlich abgeschwächte Zunahme der Haushaltszahlen zurückzuführen.

- **Aspekte zur künftigen Regionalentwicklung**

Der Wohnungsbedarf hängt von der gesamten Gebietskulisse, den vorangegangenen Aktivitäten und einer Vielzahl äußerer Einflüsse ab. Daher gilt: Die Wohnungsdefizite der Zentren sind auch die Defizite des Umlandes.

Wird die regionale Bauaktivität zwischen 1988 und 1993 auch für die Zukunft unterstellt und als „Entlastung" für die Stadtkreise und hochverdichteten Landkreise interpretiert, dann werden die Defizite der Zentren in jenen Kreise kompensiert, die eine hohe Bauaktivität aufweisen.

Der „Siedlungsdruck" entlädt sich in jene Gebiete, die finanziell tragbares Bauland für Bauwillige ausweisen oder günstige Mietwohnungen für Wohnungssuchende bieten und die unter Arbeits-, Pendler-, Versorgungs- und Freizeitgesichtspunkten attraktiv sind.

Durch die Verlagerung des Siedlungsdrucks verlieren die Stadtkreise erhebliche Bevölkerungsanteile, die sie halten könnten, wenn es ihnen gelänge, auch nur Teile des real vorhandenen Nachfragepotentials zu binden.

Anzeichen für die künftige Entwicklung deuten auf weitere Diffundierung und Ansiedlung in den gemischt strukturierten und den ländlichen Räumen hin.

Ob die aufgezeigten Aussichten ökologisch, ökonomisch und sozial wünschenswert sind, muß im folgenden offen bleiben. Eines scheint aber sicher: Wenn die Entwicklungen sich wie bisher fortsetzen, wird es zu einer noch intensiveren Verdichtung weiter Landesteile kommen.

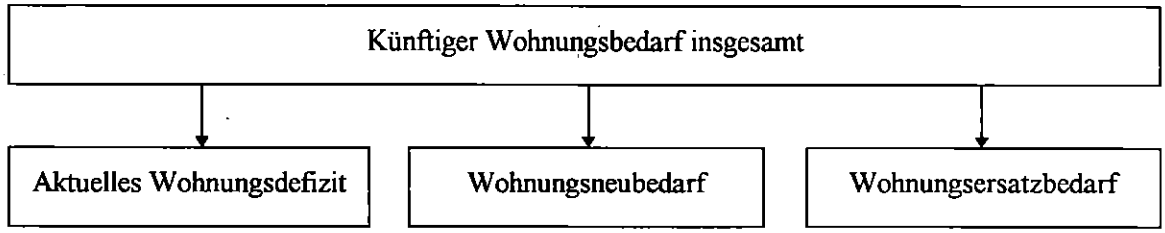
3. Methodische Grundlagen

Dem Gesamtmodell liegen mehrere Detailprognosen und ein komplexes System von weit über 1 000 Gleichungen zugrunde, das deshalb hier nur in seinen Grundzügen dargestellt werden kann.

3.1 Grundsätzliche Modellannahmen

a) Komponenten des Wohnungsbedarfs

Die vorliegende Untersuchung gliedert den künftigen Wohnungsbedarf in folgende drei Komponenten:



- **Aktuelles Wohnungsdefizit**
  Hier ist das Ziel, ein zu Beginn der Prognose (möglicherweise) bereits bestehendes Wohnungsdefizit zu ermitteln. Das Wohnungsdefizit wird auch Wohnungsnachholbedarf oder Wohnungsfehlbestand genannt. Es ist ist eine stichtagsbezogene Bestandsgröße. Sie gliedert sich weiter in das **Grunddefizit**, das angibt, wieviel Haushalte keine *eigenen* Wohnungen haben, das heißt sich ihre Wohnung mit einem anderen Haushalt teilen müssen, und in das **Anpassungsdefizit**, das angibt, wieviele Haushalte normativ unterversorgt sind, also in zu kleinen Wohnungen leben.

- **Wohnungsneubedarf**
  Hier geht es darum, für den Prognosezeitraum den Wohnungsbedarf zu berechnen, der aus (möglicherweise) steigenden Haushaltszahlen resultiert. Der Neubedarf stellt eine Stromgröße dar.

- **Wohnungsersatzbedarf**
  Diese Komponente berücksichtigt den im Prognosezeitraum zu erwartenden Wohnungsabgang. Dabei wird vorausgesetzt, daß für durch Abbruch, Umwidmung oder Zusammenlegung von Wohnungen „abgehende" Wohnungen Ersatz zu schaffen ist. Der Wohnungsersatzbedarf stellt ebenfalls eine Stromgröße dar.

Die Summe aus den drei Komponenten entspricht dem künftigen Wohnungsbedarf. Zur Ermittlung des Wohnungsbedarfs werden sowohl ein *normativer* als auch ein *normativ-opportuner* Ansatz gewählt.

b) Normativer Ansatz

Dieser Ansatz stellt vor allem *soziale* Versorgungsgesichtspunkte in den Vordergrund. Es werden zwei Normen übernommen: Erstens „eine Wohnung je Haushalt mit Wohnungsbedarf" und zweitens „ein Wohnraum je Haushaltsmitglied". Letztere Norm entspricht dem „Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen"[1] Der normative Ansatz repräsentiert das *theoretische, normorientierte Nachfragepotential*, das sich ergäbe, wenn alle Haushalte finanziell in der Lage und auch willens wären, normgerechte oder größere Wohnungen zu beziehen.

Die verwandten Normen „ein Wohnraum je Einwohner" und „eine Wohnung je Haushalt" beinhalten keinerlei qualitative Anforderungen. Ob es sich dabei um Wohnungen mit „einfacher", „mittlerer" oder „guter" Ausstattung handelt, kann wegen fehlender Daten nicht berücksichtigt werden. Ebensowenig wurden Quadratmeter-Flächen und Lage der Wohnung in die Untersuchung einbezogen. Dieses Informationsdefizit mag bedauert werden, läßt sich aber nicht beheben.

Von größter Wichtigkeit, jedoch statistisch kaum in den Griff zu bekommen, ist der Aspekt der „individuellen Zufriedenheit". Unterversorgte mögen sich ihres Status' bewußt sein, das heißt aber nicht, daß sie ihn unbedingt ändern; sei es, weil sie das *nicht können* und sich mit ihrer Situation abgefunden haben, oder weil auf ihrer Präferenzskala das „Wohnen" nicht an einer der ersten Stellen steht.

Wie die weitere Analyse zeigen wird, repräsentiert die Norm „ein Wohnraum je Einwohner" aber keineswegs die Wünsche und Vorstellungen der Bürger. Im Durchschnitt ist sie schon längst übertroffen und kann somit nicht einmal mehr als „Orientierung am Mittelmaß" verstanden werden.

c) Opportuner Ansatz

Die späteren Regionalanalysen belegen, daß Wohnungsdefizite vor allem in hochverdichteten Gebieten auftreten. Das sind Gebiete, in denen es schwer bis unmöglich scheint, die Defizite *vor Ort* abzubauen. Raumplanung, private Bauherren,

[1] Es handelt sich um das Wohnungsbindungsgesetz - WoBindG vom 22. Juli 1982 (BGBl., I Seite 972), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. August 1994 (BGBl., I Seite 2169) bzw. dessen Vorläufern.

Wohnungsbaugesellschaften und Bauwirtschaft suchen daher ersatzweise *nach „günstigen" Gelegenheiten*, das Defizit *anderen Orts* zu befriedigen. Da zur Beschreibung dieses Phänomens ausreichend Daten vorliegen, war es auch angebracht, einen neuen Begriff in die wissenschaftliche Diskussion einzuführen: *das opportune*[2] *Wohnungsdefizit*. Beiläufig hat das Statistische Landesamt damit einen weiteren quantifizierbaren Erklärungsansatz für die seit Jahrzehnten feststellbaren regionalen Zentrifugalkräfte gefunden. Er läßt sich zu folgender These zusammenfassen:

Das aktuelle *normative* Wohnungsdefizit der Zentren bestimmt in der Zukunft maßgeblich das *opportune* Wohnungsdefizit des Umlandes.

Der opportune Ansatz orientiert sich ebenfalls an den bereits erwähnten normativen Vorgaben, darüber hinaus aber auch an der regionalen Bautätigkeit der vergangenen fünf Jahre. Er spiegelt die Reaktion der Raumplanung und der Bauwirtschaft auf den Bevölkerungsdruck der großen Zentren wider. Der opportune Ansatz repräsentiert das tatsächliche bzw. das zu erwartende *Angebotspotential*.

d) Mobilitätsannahmen

Die zugrunde liegende Bevölkerungsvorausrechnung berücksichtigt bereits die künftig zu erwartenden Wanderungsbewegungen. Daher geht das Wohnungsbedarfsprognosemodell in den weiteren mathematischen Schritten von geschlossenen, isolierten Wohnungsmärkten aus. Eine nochmalige Berücksichtigung der Wanderungen würde die Effekte der räumlichen Mobilität unzulässigerweise verdoppeln. Das heißt, die Wanderung der Bevölkerung beschränkt sich immer auf die jeweiligen *einzeln* dargestellten Gebietseinheiten. Das hat zur Folge, daß die Wohnungsdefizite oder der zukünftige Bedarf bei eventuellen Summierungen nicht zu gleichen Landesergebnissen führen können. Je kleiner die betrachteten Gebiete sind, desto größer sind die Gesamtdefizite in der Landessumme, da nur im jeweils betrachteten Teilgebiet ein Wohnungswechsel und damit eine Ausgleich von Angebot und Nachfrage angenommen wird. Zur Verdeutlichung: Bei einer kreisweisen Darstellung würde *rechnerisch* niemand in den Nachbarkreis ziehen müssen, da er aufgrund der Bevölkerungsvorausrechnung dort *rechnerisch* bereits berücksichtigt wäre.

[2]opportun := günstig, passend, nützlich, angebracht, zweckmäßig

3.2 Ermittlung des aktuellen Wohnungsdefizits

Das Wohnungsdefizit ist die Differenz zwischen der an einem Stichtag festgestellten und einer wünschenswerten Versorgungslage. Dafür werden folgende Normen zugrunde gelegt: *Eine Wohnung je Haushalt mit Wohnungsbedarf* und *ein Wohnraum je Haushaltsmitglied.*

Das so definierte aktuelle Wohnungsdefizit ergibt sich aus den Komponenten:

- **Grunddefizit**
  Dieser Bedarf stellt darauf ab, ob Haushalte mit *eigenen*[3] Wohnungen versorgt sind und zwar unabhängig davon, ob es sich um "normgerechte" Wohnungen handelt oder nicht. Er gibt an, wieviele Wohnungen den nicht versorgten Haushalten zu Beginn des Prognosezeitraums fehlen.
- **Anpassungsdefizit**
  Dieser Bedarf gibt an, wieviele Haushalte *normativ* unterversorgt sind. Damit wird aufgezeigt, wieviele *größere* Wohnungen für bisher unterversorgte Haushalte geschaffen werden müssen, um deren Wohnungsversorgung an die vorgegebenen Normen anzupassen. Eine nach unten nivellierte Anpassung für normativ überversorgte Haushalte wurde nicht vorgenommen.

Grund- und Anpassungsdefizit wurden durch folgende Arbeitsschritte berechnet, die hier verkürzt wiedergegeben werden. Die einzelnen Schritte und Annahmen werden auf den nächsten Seiten beschrieben.

a) Bevölkerung in Privathaushalten

In einem ersten Schritt war aus der Bevölkerungsfortschreibung die sogenannte

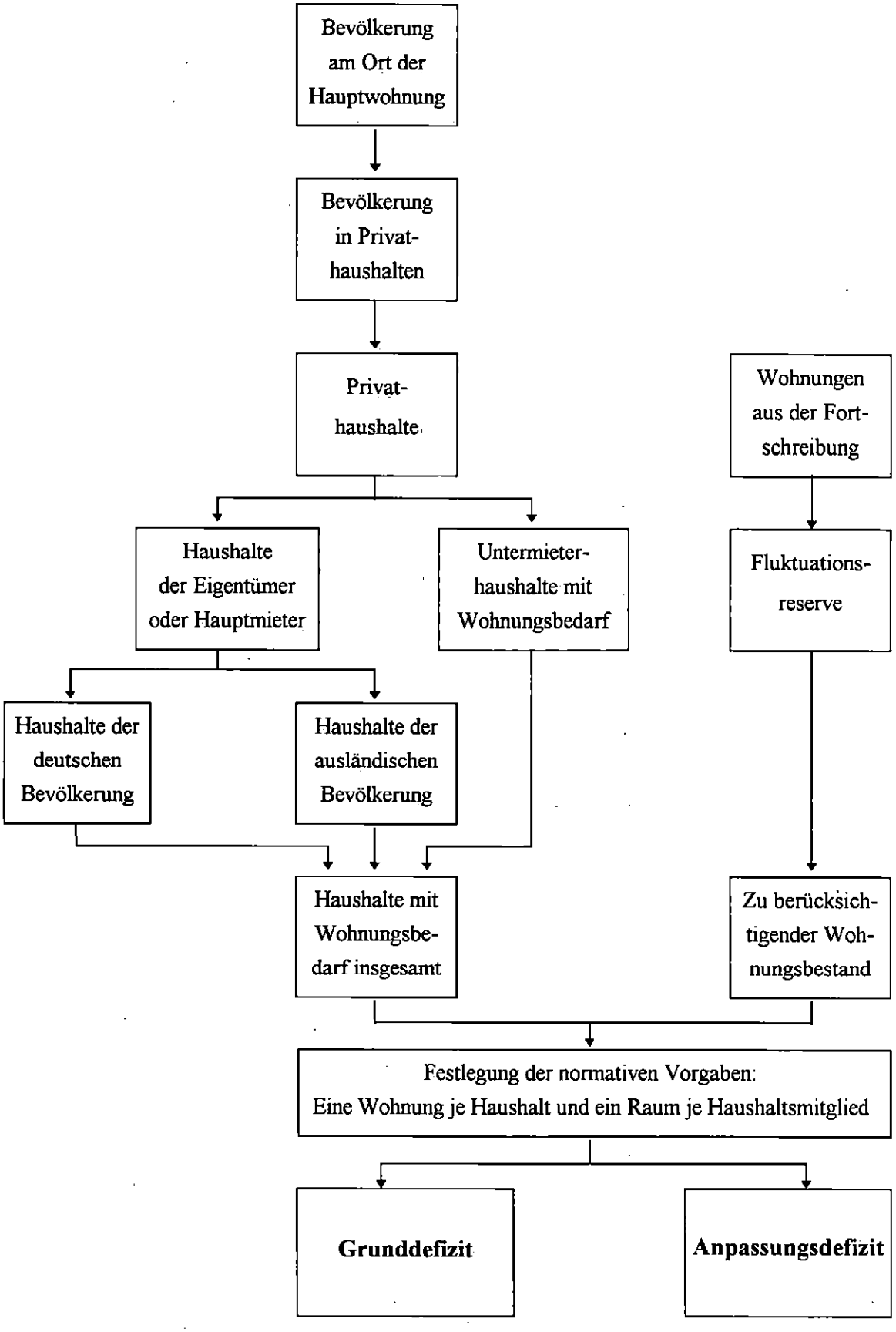
- "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" in die
- "Bevölkerung in Privathaushalten" umzurechnen.

Diese Umrechnung war erforderlich, da zum einen die Bewohner in Anstalten oder Wohnheimen nicht nochmals als Bedarfsträger in die Berechnungen eingehen dürfen; zum anderen sind die Personen mit mehreren Wohnsitzen entsprechend mehrfach zu berücksichtigen. Letzteres gilt aber nicht für die Bevölkerung in Ferienwohnungen, da diese nicht zur sogenannten „Wohnbevölkerung" zählt.

[3] Beim Begriff „eigene Wohnung" geht es um die *alleinige* Verfügbarkeit über eine Wohnung, also nur den Besitz einer Wohnung und nicht um das „Eigentum" an einer Wohnung

Ermittlung des Grund- und Anpassungsdefizits

(vereinfachtes Schema)



Die für die Regionalanalyse erforderlichen kleinräumigen Daten zur Haushaltsstruktur wurden aus einer Sonderaufbereitung der Volkszählung von 1987 gewonnen. Dabei wurde nach Altersgruppen, Geschlecht sowie nach Deutschen und Ausländern differenziert. Ferner wurde unterstellt, daß das *Zahlenverhältnis* "Bevölkerung in Privathaushalten 1987" zur "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 1987" auch für das Ausgangsjahr der Prognose die Wirklichkeit repräsentiert. Damit konnte die "Bevölkerung in Privathaushalten" für 1993 durch Multiplikation dieses Verhältnisses mit der jeweiligen *aktuellen* Altersgruppe der "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" errechnet werden.

b) Haushalte mit Wohnungsbedarf

Ausgehend von der Bevölkerung in *allen* Privathaushalten wurden die *Haushalte mit Wohnungsbedarf* ermittelt. Dazu wurde die bisherige Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur benötigt, das heißt die Verteilung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht auf die verschiedenen Haushaltsgrößen. Auch diese Strukturdaten wurden in regionalisierter Form über eine Sonderaufbereitung der Volkszählungsergebnisse von 1987 gewonnen. Berechnet wurden die altersspezifischen *Haushaltsmitgliederquoten.* Das sind die prozentualen Anteile der jeweils in Haushalten einer bestimmten Größe lebenden Personen an der Gesamtzahl der Personen gleichen Alters. Sie geben beispielsweise den Anteil der 20- bis 25jährigen Männer an ihrer Altersgruppe an, die in Zwei-Personen-Haushalten leben.

Es waren nur für 1987 kleinräumige Ergebnisse zur Haushaltsstruktur verfügbar. Deshalb mußte zur Ermittlung der Haushaltszahlen für 1993 festgestellt werden, wie sich die Haushaltsstruktur seit dem Jahr 1987 verändert hat. Hierzu wurde die Entwicklung der Haushalte deutscher und ausländischer Bevölkerung getrennt ermittelt. Detailuntersuchungen aus dem Mikrozensus haben gezeigt, daß das bisherige Verhalten zur Haushaltsbildung dieser beiden Bevölkerungsgruppen uneinheitlich ist: Während die deutsche Bevölkerung innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte stetig zu immer kleineren Haushalten tendierte, ist für die Entwicklung der ausländischen Haushalte kein klarer Trend feststellbar. Für die ausländische Bevölkerung sind heute noch wirtschaftliche Faktoren und politische Ereignisse von stärkerer Bedeutung als die sonst üblichen demographischen Komponenten.

Für die **deutschen Haushalte** wurden die Haushaltsmitgliederquoten des Jahres 1987 an die entsprechenden Mikrozensus-Ergebnisse des Jahres 1993 angepaßt. Zur Berechnung der regionalisierten Haushaltsmitgliederquoten wurde unterstellt, daß die

landesweiten Veränderungsraten dieser Quoten auch für die Teilräume des Landes gelten. Diese Annahme scheint gerechtfertigt, da die gesellschaftlichen Prozesse in einem (eigentlich) kleinen Land wie Baden-Württemberg überall ähnlich verlaufen. In einem nächsten Schritt wurden die Haushalte nach der Größe, das heißt nach der Zahl der Haushaltsmitglieder ermittelt. Hierzu wurden die altersgruppenspezifischen Haushaltsmitgliederquoten jeweils mit den entsprechenden Bestandszahlen der "Bevölkerung in Privathaushalten" multipliziert. Anschließend wurde die so errechnete Zahl der in Privathaushalten lebenden Personen durch die jeweilige Zahl der Haushaltsmitglieder dividiert. Die Summierung der Werte ergibt die Zahl der deutschen Haushalte.

Für die Ermittlung der **ausländischen Haushalte** wurde ein vereinfachtes Verfahren angewandt. Es wurde die durchschnittliche Haushaltsgröße über die Mikrozensus-Ergebnisse extrapoliert. Für die Teilgebiete wurde eine Entwicklung unterstellt, die jener des Landes entspricht. Damit errechnet sich die Zahl der ausländischen Haushalte als Quotient aus der Bevölkerung in ausländischen Haushalten und der durchschnittlichen Haushaltsgröße.

Bei den so ermittelten Haushalten der deutschen und der ausländischen Bevölkerung handelt es sich um die **Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte**. Diese sind die eigentlichen Wohnungsbedarfsträger.

Dagegen ist nicht für alle **Untermieterhaushalte** ein Wohnungsbedarf anzunehmen. Ein erheblicher Teil dieser Haushalte ist räumlich zufriedenstellend untergebracht oder wünscht aus finanziellen oder sonstigen Gründen keine eigene oder keine Zweitwohnung. Dies gilt beispielsweise für die zur Untermiete wohnenden Studenten oder Monteure, da diese Wohnform für einen zeitlich begrenzten Studien- oder Arbeitsaufenthalt als angemessen erachtet wird. Dennoch wurde für jeden zehnten *Ein-Personen-Untermieterhaushalt* ein Wohnungsbedarf angenommen. *Die Mehr-Personen-Untermieterhaushalte* wurden alle als Bedarfsträger berücksichtigt, da für diese eine insgesamt inadäquate Wohnungsversorgung vermutet wird.

c) Zu berücksichtigender Wohnungsbestand

Zur Ermittlung des Grunddefizits darf nicht einfach die Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf und die Zahl der verfügbaren Wohnungen gegenübergestellt werden. Vielmehr ist die für einen funktionierenden Wohnungsmarkt notwendige **Fluktuationsreserve** vom Wohnungsbestand abzuziehen. Bei der Ermittlung dieser Fluktuati-

onsreserve wurde von der Annahme ausgegangen, daß sie von der Zahl der Umzüge in einem bestimmten Zeitraum und damit von den Zu- und Wegzügen, also dem Wanderungsvolumen, abhängt. Zur Modulierung der allgemeinen Fluktuationsreserve von 2,5 % des Wohnungsbestandes wurde die sogenannte "Wanderungsaktivität" verwandt. Sie stellt die Summe der Zu- und Wegzüge je 1000 Einwohner dar. Da das Wanderungsgeschehen regional sehr unterschiedlich ist, wurde dieser Modulationsindikator auch für Teilgebiete Baden-Württembergs verwandt. Für einen Teilraum mit einer um 50 % höheren Wanderungsaktivität ergibt sich dann auch eine um 50 % höhere Fluktuationsreserve.

d) Grunddefizit

Das aktuelle Grunddefizit ist die Differenz der Zahlen

- „Haushalte mit Wohnungsbedarf" und
- „zu berücksichtigende Wohnungen".

Das Grunddefizit zeigt an, **wieviele Haushalte** mit Wohnungsbedarf **nicht in eigenen Wohnungen** leben. Dieses Grunddefizit ist jedoch nicht so zu interpretieren, daß diese Haushalte überhaupt nicht mit Wohnraum versorgt sind. Es ist vielmehr ein rechnerischer Wert, der zum Ausdruck bringt, daß solche Haushalte - entsprechend den getroffenen Annahmen, keine *eigene* Wohnung bewohnen *können*. So hat die zunehmende Anspannung des Wohnungsmarktes in den letzten Jahren dazu beigetragen, daß beispielsweise junge Erwachsene wieder länger bei ihren Eltern wohnen, obwohl sie - statistisch gesehen - bereits *selbständig wirtschaften* und damit einen *eigenen* Haushalt darstellen.

Darüber hinaus wurde auch noch untersucht, wie sich das Grunddefizit insgesamt auf die *Haushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder* verteilt. Es wurde von der Überlegung ausgegangen, daß diejenigen Haushalte, für die *eigene* Wohnungen fehlen, im allgemeinen kleine Haushalte sind. Es wird wohl keinen Fünf-Personen-Haushalt geben, der zusammen mit einem Vier-Personen-Haushalt in einer Wohnung lebt. Es wurde deshalb unterstellt, daß alle Vier-Personen-Haushalte sowie alle Haushalte mit fünf oder mehr Personen eine *eigene* Wohnung bewohnen. Es wurden folgende weitere Annahmen getroffen: 99 % der Drei-Personen-Haushalte und 95 % der Zwei-Personen-Haushalte sind mit eigenen Wohnungen versorgt. Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte mit *eigenen* Wohnungen wird schließlich als Saldo zwischen den

zu berücksichtigenden Wohnungen insgesamt und den für die anderen Haushaltstypen bereits "vergebenen" Wohnungen ermittelt.

Das Grunddefizit der Haushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder errechnet sich dann durch die Gegenüberstellung der jeweiligen *Haushalte mit Wohnungsbedarf* einerseits und den *Haushalten mit eigenen Wohnungen* andererseits. In der Gegenüberstellung ist noch nicht berücksichtigt, ob die versorgten Haushalte über "normgerechte" Wohnungen verfügen.

e) Anpassungsdefizit

Das Anpassungsdefizit ist der Bedarf an **zusätzlichen** Wohnungen **für unterversorgte Haushalte**. Die Unterversorgung wird dabei ebenfalls an normativen Vorgaben gemessen. Sie wird auch Zusatzbedarf genannt. Aus mathematisch-semantischen Gründen wurde der Begriff „Zusatz..." nicht gewählt, da er nicht additiv verwandt werden kann, wie später gezeigt wird.

Die Belegung der Wohnungen durch Privathaushalte wurde aus einer kombinierten Sonderaufbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung und der Volkszählung von 1987 gewonnen. Dabei wurde ermittelt, wieviele Ein-, Zwei-, Drei-, Vier- und Fünf-und-mehr-Personen-Haushalte jeweils in Ein-, Zwei-, Drei-, Vier- und Fünf-und-mehr-Zimmerwohnungen leben. Es wurde unterstellt, daß die Belegungsstruktur von 1987 auch noch 1993 gilt. Eine Anpassung war hinsichtlich der Zahl der bewohnten Wohnungen erforderlich, da sich diese zwischenzeitlich deutlich erhöht hat. Hierzu wurde auf die bereits oben vorgenommene Anpassung der Struktur der *Haushalte in eigenen Wohnungen* zurückgegriffen. Die Zahl der unterversorgten Haushalte errechnet sich entsprechend der normativen Vorgabe, daß *für jede Person ein Wohnraum* zur Verfügung stehen sollte. Beispielsweise sind diejenigen Drei-Personen-Haushalte unterversorgt, die in Ein- oder Zwei-Zimmerwohnungen leben müssen.

Das so ermittelte Anpassungsdefizit wird als **Anpassungsdefizit ohne Umzugsketten** bezeichnet, weil hier mögliche *Umzugsreaktionen* von bisher unterversorgten Haushalten ausgeschlossen werden. Beispiel: Ein Fünf-Personen-Haushalt, der bisher in einer Vier-Zimmer-Wohnung gelebt hat und jetzt in eine neu geschaffene und normgerechte Fünf-Zimmer-Wohnung umzieht, macht damit gleichzeitig für einen bisher unterversorgten Vier-Personen-Haushalt eine normgerechte Vier-Zimmer-Wohnung frei. Beim Anpassungsdefizit *ohne Umzugsketten* würde die freiwerdende Wohnung nicht mehr belegt, das heißt es wird eine *totale Immobilität* vorausgesetzt.

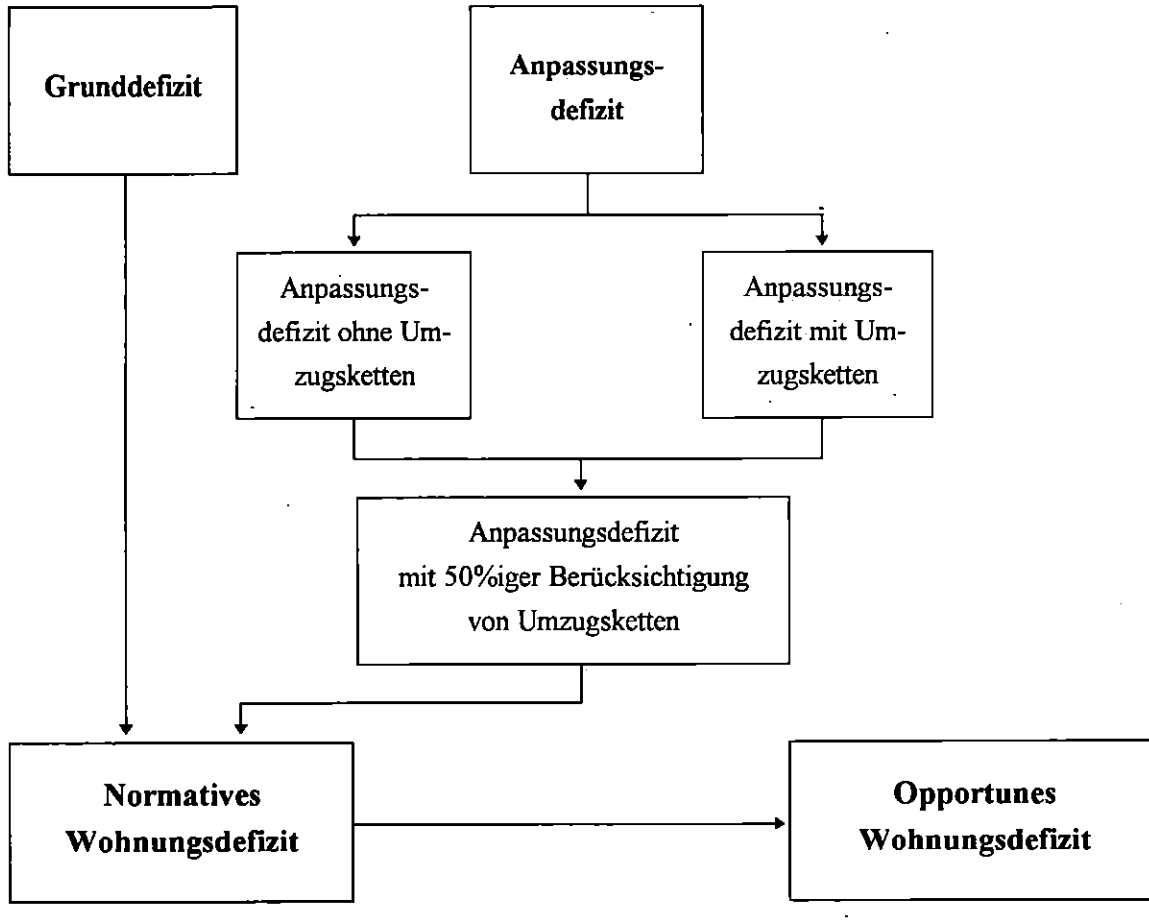
Beim **Anpassungsdefizit mit Umzugsketten** wird dagegen unterstellt, daß immer dann, wenn Wohnungen frei werden, diese von bisher unterversorgten Haushalten bezogen würden. Beim Anpassungsdefizit *mit Umzugsketten* wird eine *totale Mobilität* vorausgesetzt. Sowohl das Anpassungsdefizit *ohne* als auch das *mit* Umzugsketten sind als unrealistische Extreme (des modelltheoretischen Lösungsraumes) anzusehen. Das tatsächliche Verhalten hängt von der Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung ab, welche wiederum von einem Bündel weiterer Einflußgrößen bestimmt wird. Da hierzu keine Daten verfügbar sind, wurde als pragmatische Variante das Mittel aus beiden Werten angesetzt.

f) Wohnungsdefizit 1993

Das Wohnungsdefizit wurde durch folgende Arbeitsschritte berechnet. Auch sie sind verkürzt wiedergegeben. Die einzelnen Schritte und Annahmen werden auf den nächsten Seiten beschrieben.

Ermittlung des Wohnungsdefizits

(vereinfachtes Schema)



Das tatsächliche Wohnungsdefizit ist *nicht (!)* die Summe aus Grund- und Anpassungsdefizit. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß durch Befriedigung des Anpassungsdefizits gleichzeitig das Grunddefizit nach eher kleineren Wohnungen gedeckt werden kann. Es werden nämlich in dem Umfang, in dem für bisher unter versorgte Haushalte größere Wohnungen geschaffen und von diesen bezogen werden, kleinere Wohnungen frei. Aus diesen Überlegungen resultieren für das **normative Wohnungsdefizit** zwei Lösungen:

- Für den Fall, daß das *Grunddefizit (nicht versorgter Haushalte) größer als das Anpassungsdefizit* ist, entspricht das Wohnungsdefizit dem *Grunddefizit.*
- Für den Fall, daß das *Anpassungsdefizit (unterversorgter Haushalte) größer als das Grunddefizit* ist, entspricht das Wohnungsdefizit dem *Anpassungsdefizit.*

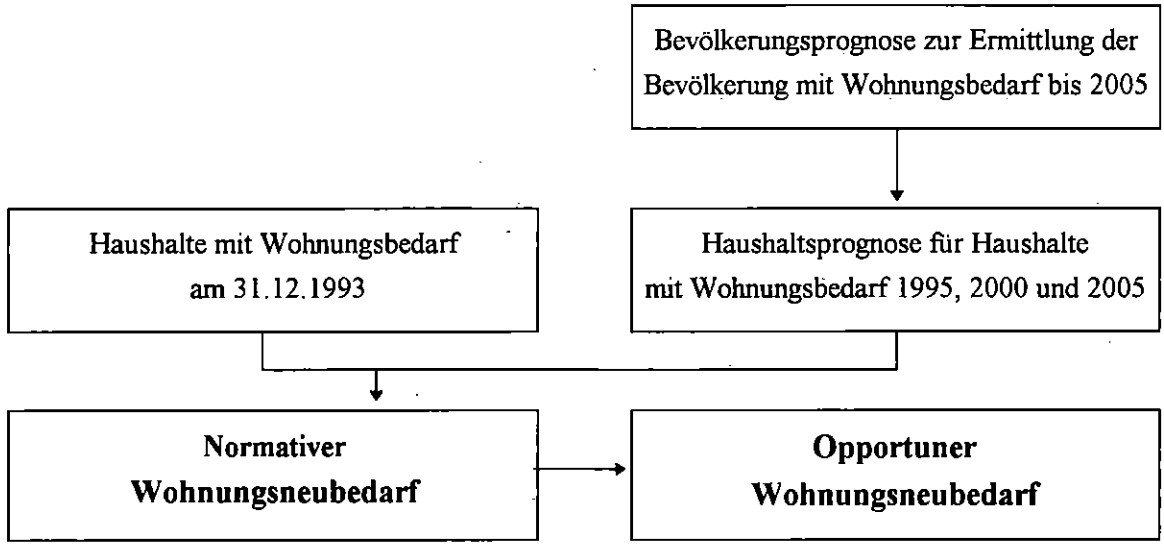
Aufgrund der Modellannahmen ist es möglich, Aussagen zum Bedarf nach kleinen, mittleren und größeren Wohnungen zu machen. Entsprechend der Norm - je Haushaltsmitglied ein Zimmer - werden aus dem detaillierten Wohnungsdefizit die benötigten Wohnungen nach der Zahl der Zimmer ermittelt.

Das normative Defizit berücksichtigt den Handlungsspielraum der am Wohnungsmarkt Beteiligten nur ansatzweise. Er berücksichtigt nicht, daß es in manchen Landesteilen unrealistisch ist, die zur Befriedigung des normativen Wohnungsbedarfs erforderlichen Bauflächen bereitzustellen. Deshalb wurde ein **opportunes Wohnungsdefizit** berechnet. Dabei wird das normative Defizit mit dem Konzentrationsmaß der Bautätigkeit der letzten fünf Jahre gewogen. Das heißt, lag in einem Gebiet die Bautätigkeit um 20 Prozent über dem Landesdurchschnitt, wurden auch die normativen Werte um 20 Prozent erhöht; erreicht die Bautätigkeit gerade 90 Prozent des Landesniveaus, wurden die normativen Werte um 10 Prozent reduziert. Zur Überprüfung der Ergebnisse wurde der aktuelle Bauüberhang herangezogen, der Rückschlüsse auf die Bautätigkeit der kommenden Jahre zuläßt.

3.3 Ermittlung des Wohnungsneubedarfs

Für den Wohnungsneubedarf wurden die amtlichen Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen zugrundegelegt. Während das Wohnungsdefizit als stichtagsbezogene *Bestandsgröße* zu interpretieren ist, verkörpern der Neubedarf und der später beschriebene Ersatzbedarf *Stromgrößen.* Die Stromgrößen resultieren aus den zu erwartenden Veränderungen der bedarfswirksamen Faktoren. Die wesentlichsten Einflüsse kommen aus der Bevölkerungs- und der Haushaltsentwicklung.

Ermittlung des Wohnungsneubedarfs
(vereinfachtes Schema)



a) Bevölkerungsvorausrechnung

Der *zukünftige* Wohnungsbedarf knüpft an die Entwicklung der Privathaushalte an. Deshalb wurde der Wohnungsbedarfsprognose eine Haushaltsprognose vorgeschaltet. Diese wiederum setzt eine Bevölkerungsvorausrechnung voraus. Die Güte der regionalisierten Wohnungsbedarfsprognose hängt deshalb entscheidend von der Qualität der zugrunde gelegten Bevölkerungs- und Haushaltsprognose ab.

Bei der Bevölkerungsvorausrechnung wurde auf eine 1994 fertiggestellte, kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg zurückgegriffen. Der Prognose liegen die 1111 Gemeinden des Landes zugrunde; allerdings werden die Berechnungen beim eingesetzten Prognosemodell SIKURS nicht auf der Ebene der Gemeinden, sondern auf der Ebene größerer und damit statistisch besser abgesicherter Raumeinheiten mit mindestens 100 000 Einwohnern durchgeführt. Diese Raumeinheiten wurden durch Zusammenfassung von Gemeinden mit einem ähnlichen demographischen Verhalten geschaffen. Bei dieser *Gebietstypisierung* blieben die Jahre 1989 bis 1992 außer acht, da diese Jahre durch ein atypisches Wanderungsverhalten gekennzeichnet waren. Die getroffenen Verhaltensannahmen und die landesweiten Eckwerte entsprechen der mittleren Variante der achten, zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern *koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung.*[4]

[4] Vgl. Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2005, in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 483, Metzler Poeschel, 1994

b) Haushaltsprognose

In einem nächsten Schritt wurden die Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung in Privathaushalte umgerechnet, da sie die Träger des Wohnungsbedarfs sind. Die regionalisierte Haushaltsprognose basiert auf den Ergebnissen der Haushaltsberechnungen für Baden-Württemberg mit dem Startjahr 1993. Die Annahmen zur zukünftigen Haushaltsentwicklung der *deutschen* und der *ausländischen* Bevölkerung wurden der aktuellen amtlichen Haushaltsprognose für Baden-Württemberg entnommen.[5]

Für die *deutsche* Bevölkerung wird auch weiterhin ein - allerdings abgeschwächter - Trend zu kleineren Haushalten angenommen. Die Vorausberechnung der deutschen Privathaushalte wurde mit Hilfe des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens durchgeführt. Bei diesem Verfahren wird eine Verteilungsprognose erstellt, die die Bevölkerung den Haushaltsgrößen zuordnet.

c) Wohnungsneubedarf

Der normative Wohnungsneubedarf läßt sich durch Gegenüberstellung

- der Haushalte mit Wohnungsbedarf zum 31.12. 1995, 2000 bzw. 2005 und
- der Haushalte mit Wohnungsbedarf zum 31.12.1993 errechnen.

Allerdings war - wie bei der Ermittlung des Wohnungsdefizits - für die zu schaffenden Wohnungen eine Fluktuationsreserve zu berücksichtigen. Es wurde wiederum ein mit Hilfe des Indikators "Wanderungsaktivität" regionalisierter Ansatz angewandt. Dabei wurden die zu erwartenden Zu- und Wegzüge aus der kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung zugrunde gelegt.

Zusätzlich zum *normativen* Neubedarf wurde auch der *opportune* Neubedarf über oben genannte Konzentrationsmaße berechnet.

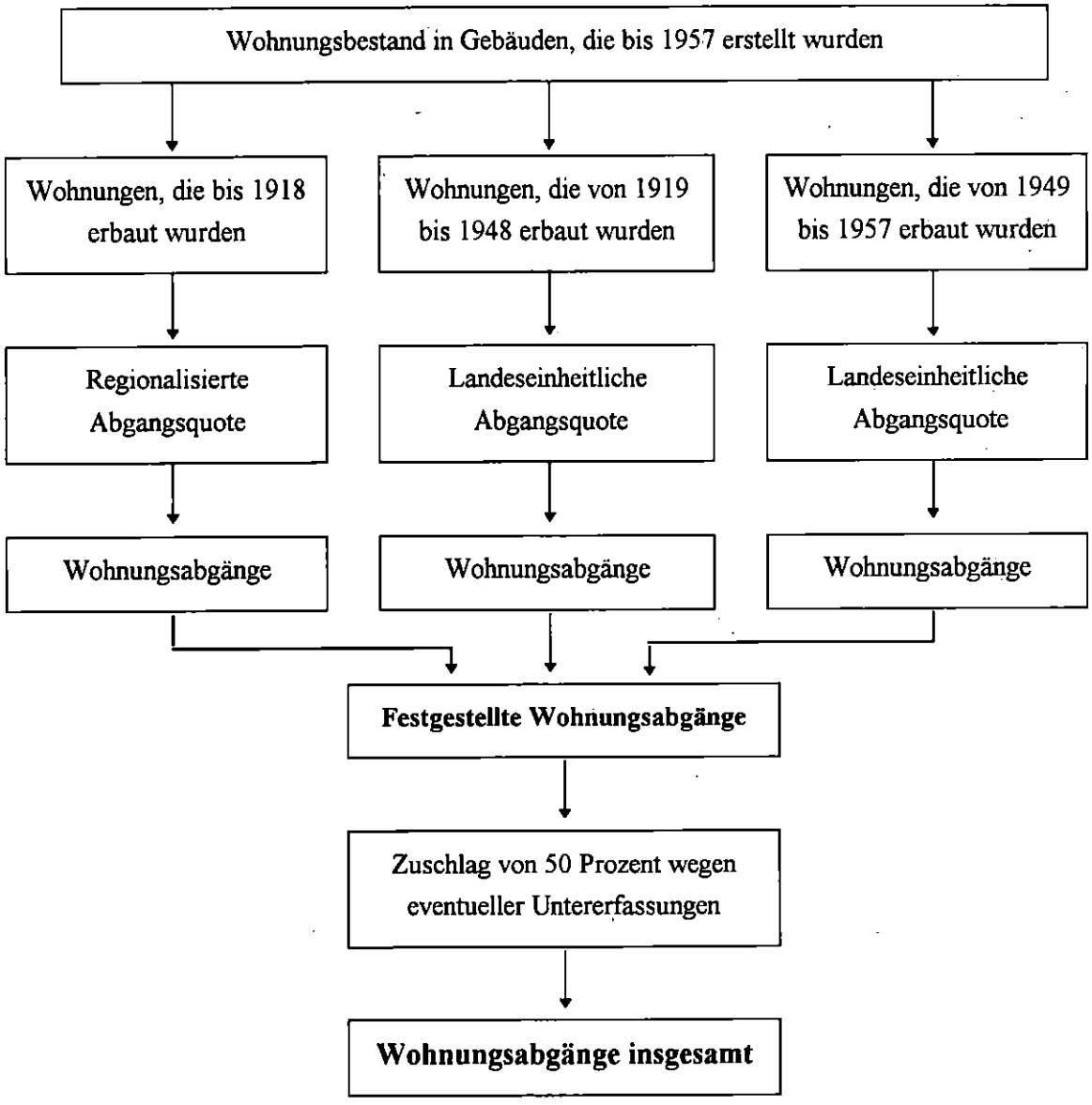
3.4 Ermittlung des Wohnungsersatzbedarfs

Der Ersatzbedarf postuliert, daß für alle durch Abbruch, Umwidmung oder Zusammenlegung von Wohnungen „abgehenden" Wohnungen Ersatz zu schaffen ist. Eine normative oder opportune Bedarfsbetrachtung ist hier nicht erforderlich, da es sich um den *Ersatz* von Wohnungen handelt. Eine Detailanalyse der Wohnungsabgänge ergab, daß die Abgangsquoten stark vom Baualter der Gebäude abhängen. Es wurden deshalb

[5] Vgl. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1995, S. 2 ff

für die Baualtersgruppen „bis 1918", „von 1919 bis 1948" und „von 1949 bis1957" jeweils separate Abgangsquoten berechnet:

Ermittlung des Wohnungsersatzbedarfs



Für *nach 1957* erstellte Wohngebäude wurde angenommen, daß deren Abgänge vernachlässigt werden können bzw. im allgemeinen Zuschlag auf die ermittelte Abgangsquote enthalten sind.

Für Wohngebäude, die *bis 1918* erbaut wurden, war die Abgangsquote in den letzten 10 Jahren relativ stabil. Deshalb wurde eine konstante Quote von jährlich 0,33 % des Bestandes unterstellt. Für die Gebäude dieser Altersgruppe war zu berücksichtigen, daß jene in eher städtischen Gebieten wegen der originären Bausubstanz sowie vorge-

nommener Sanierungen und Modernisierungen einen besseren Zustand aufweisen als jene in den eher ländlichen Gebieten. Deshalb wurden hier regional unterschiedliche Abgangsquoten berechnet. Dabei wurden die Indikatoren "Anteil der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe von 1961" und "Bevölkerungsdichte von 1919" als Korrektiv eingesetzt.

Die Abgangsquote für *zwischen 1919 und 1948* erbauter Wohngebäude war in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dieser Trend wurde vorausgeschätzt und landeseinheitlich vorgegeben. Das gleiche gilt - allerdings mit einem anderen Trend - für die *zwischen 1949 und 1957* erstellten Wohngebäude.

Diese Quoten wurden jeweils mit dem Wohnungsbestand der entsprechenden Baualtersklasse multipliziert und anschließend zu den Abgängen insgesamt aggregiert. Da aber davon auszugehen ist, daß in der Abgangsstatistik nicht alle Abgänge erfaßt werden können (insbesondere durch nicht genehmigungspflichtige Zusammenlegungen von Wohnungen) bzw. kein gesonderter Ansatz für die nach 1957 abgehenden Wohnungen gewählt wurde, wurden die oben errechneten Abgangsquoten pauschal um 50 % erhöht.

3.5 Auswirkungen der Streitkräfteplanung

Mit dem „Fall der Mauer" und dem Zusammenbruch des „Warschauer Paktes" wurde der Wohnungsmarkt nicht nur durch die Ost-West-Wanderung *belastet*. Für die künftige Wohnungsversorgung zeichnet sich durch dieselben Ereignisse auch eine regional höchst wirksame *Entlastung* ab.

Seit Jahren ziehen amerikanische und französische Truppenteile in ihre Heimatländer zurück. Teile der Liegenschaften befinden sich bereits in der Verfügungsgewalt des Bundes oder wurden an Kommunen veräußert. Darüberhinaus sieht die aktuelle Streitkräfteplanung des Bundes für Baden-Württemberg derzeit die Schließung von vier weiteren Standorten und die Verkleinerung des Standorts Münsingen sowie der Schließung von drei Kreiswehrersatzämtern mit zusammen 2 700 Soldaten und Zivilangestellten vor.

Beide Potentiale sollten vor allem bei kleinräumigen Analysen nicht außer acht gelassen werden. Da die Wohnungen der Alliierten in der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987 aber nicht festgestellt wurden, müssen diese - soweit sie noch nicht freigegeben wurden - bei der Prognose unberücksichtigt bleiben.

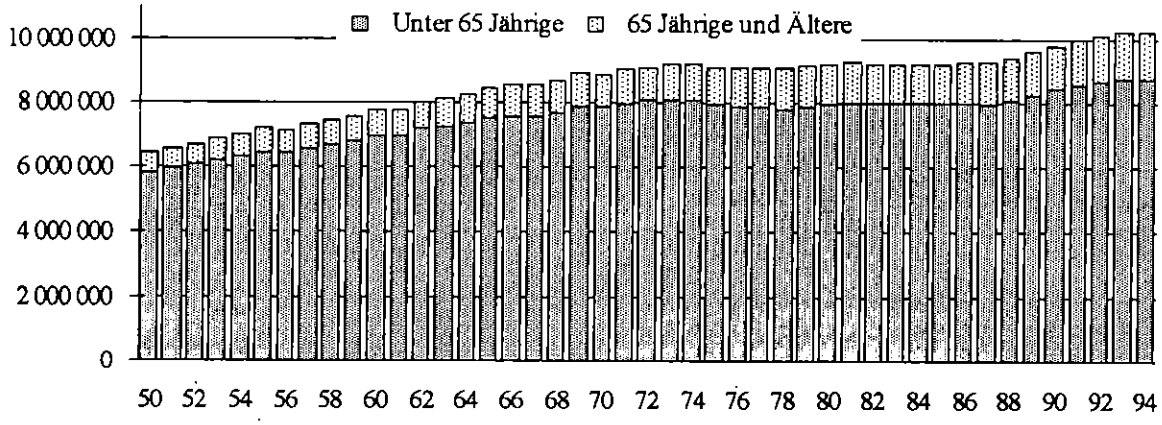
4. Einige Bestimmungsfaktoren für den Wohnungsmarkt

Obwohl es nicht Hauptaufgabe dieser Analyse ist, den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg detailliert zu untersuchen, scheint es doch angebracht, einige der wesentlichen Bestimmungsfaktoren kurz zu charakterisieren.

• Bevölkerungsentwicklung und Altersstrukur der Bevölkerung

Als die Bevölkerungszahl im Zeitraum von 1973 bis 1985 für 12 Jahre mehr oder weniger stagnierte, gelang es, das Wohnungsdefizit fast vollständig abzubauen. Seit dem „Fall der Berliner Mauer" und infolge kriegerischer Auseinandersetzungen (u.a. Jugoslawien, Türkei), nahm die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg um 700 000 zu. Auf diesen Zuwachs war das Land zunächst nicht eingestellt, denn der Wohnungsmarkt „produziert nicht auf Halde". Hinzu kommt, daß sich wegen der Produktionsdauer in der Bauwirtschaft deutlich längere Fertigungszeiten als in den meisten anderen Wirtschaftsbranchen ergeben.

Bevölkerungsstand und ausgewählte Altersgruppen in Baden-Württemberg seit 1950



Von Bedeutung für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist vor allem die jüngere Bevölkerung, die für sich Wohnraum beansprucht. Die ältere Bevölkerung erscheint kaum noch *aktiv* auf dem Wohnungsmarkt. Sie ist meist über der Norm versorgt und bewohnt - nicht selten alleine - recht große Wohnungen.

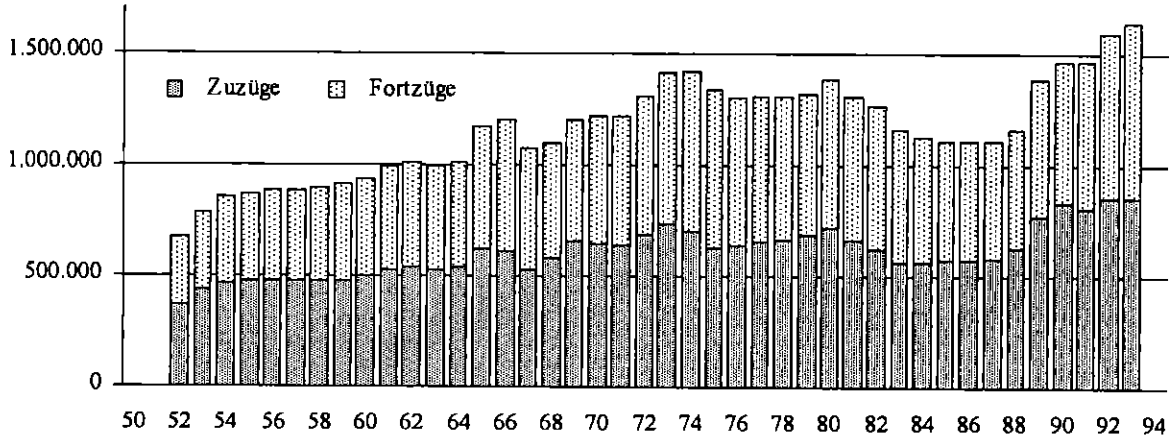
• Wanderungsgeschehen

Das Bevölkerungswachstum der letzten fünf Jahre wurde zu fast neun Zehnteln durch Wanderungsgewinne erzielt. Dabei spielen per Saldo die Zuwanderungen aus den Bundesländern der früheren Bundesrepublik kaum eine Rolle. Die

Hauptanteile trugen die Wanderungen über die Grenze des Bundesgebietes und die Zuwanderung aus den neuen Bundesländern; der Zustrom aus den neuen Bundesländern ebbte allerdings bereits 1992 deutlich ab.

Für den Wohnungsmarkt sind aber nicht nur die Salden von Bedeutung. Ebenso wichtig ist das Wanderungsvolumen selbst. Bei einer geringen Wanderungsaktivität - das heißt, bei einer vordergründig wenig mobilen Bevölkerung - scheint sich der Markt zu entspannen. Es trifft aber ebenso zu, daß ein zu geringes Wohnungsangebot die Freizügigkeit einschränkt bzw. unmöglich macht. Gleichwohl fiel in Baden-Württemberg, wie aus anderen Untersuchungen hervorging, auf, daß die Wanderungsbereitschaft der jüngeren Menschen gerade in jenen Jahren am stärksten abnahm, als der Wohnungsmarkt sich zu entspannen begann. Die Beweggründe für dieses nicht selten von Älteren beklagte Verhalten der jüngeren Generation muß wegen seiner Vielschichtigkeit hier offen bleiben.

Wanderungsvolumen (Zuzüge und Fortzüge über Gemeindegrenzen)
in Baden-Württemberg seit 1952



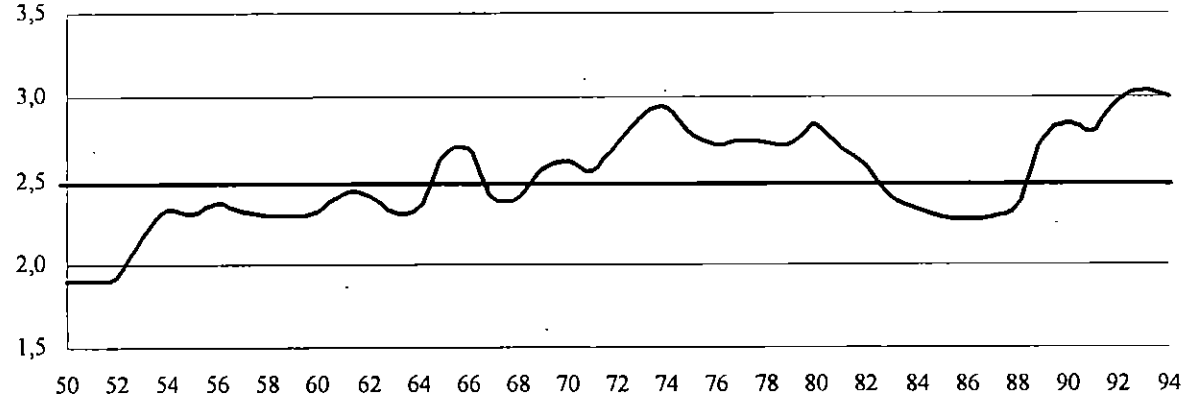
Daß die neuere Wanderungsdynamik voll auf den Wohnungsmarkt durchgeschlagen hat, belegen die Steigerungen für Wohnungsmieten. Der Preisindex für Wohnungsmieten stieg in Baden-Württemberg seit 1985 um etwa die Hälfte an. Allein von Januar 1994 bis Februar 1995 wurde ein Plus von 7,1 %-Punkten oder 5,2 % festgestellt. Die höchste Steigerung seit 1985 wurde sogar in den ersten beiden Monaten des Jahres 1995 ermittelt - nämlich 1,5 %-Punkte oder 1,1 %.

Das angebliche Abbröckeln der Mieten ist daher eher auf Einzelfallerscheinungen als auf eine allgemeine Trendwende zurückzuführen. Es ist überhaupt nicht ungewöhnlich, daß in konjunkturell angespannten Zeiten Spitzenmieten auf dem Wohnungsmarkt nicht ohne weiteres durchsetzbar sind.

- **Fluktuationsreserve**

Der Wohnungsmarkt benötigt zur Abwicklung des Marktgeschehens eine Reserve von durchschnittlich 2,5 % nicht belegter Wohnungen. Bei hoher Wanderungsaktivität - insbesondere der deutschen Bevölkerungsteile - wird eine höhere Reserve beansprucht als bei geringer Aktivität. Für das (aktuelle) Wohnungsdefizit wurde ein Wert von 3,2 % errechnet.

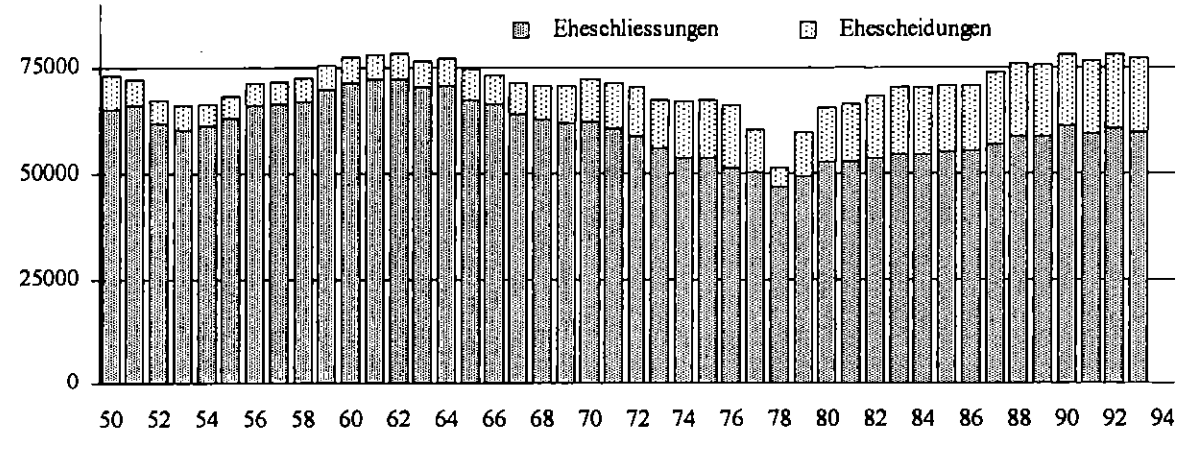
Fluktuationsreserve für den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg seit 1950
(Modulation über das Wanderungsvolumen)



- **Familienstandsänderungen**

Die manchmal in die Argumentation eingeführte Hypothese, daß der Wohnungsmarkt wesentlich durch die steigende Zahl von Ehescheidungen beeinflußt wird, läßt sich für Baden-Württemberg nicht überzeugend bestätigen. Die Zahl der Ehescheidungen schwankt derzeit um 17 000. Sucht die Hälfte der Betroffenen eine neue Wohnung, resultiert daraus ein Nachfragepotential von nur etwa 8 000. Diese Zahl ist für den Wohnungsmarkt nicht von Bedeutung.

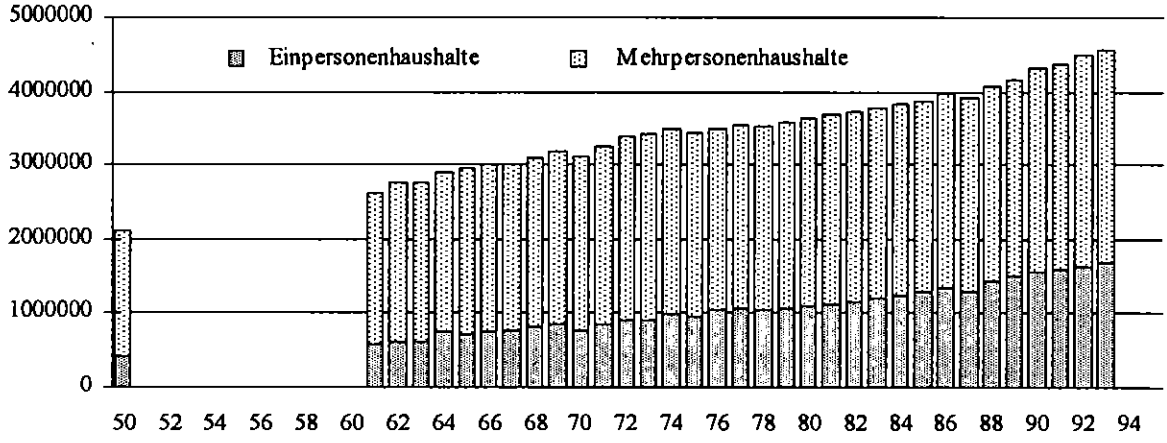
Eheschließungen und Ehescheidungen in Baden-Württemberg seit 1950



• Veränderung der Haushaltsstruktur

Der Wandel bei den zwischenmenschlichen Beziehungen bildet sich deutlicher in den Veränderungen der Haushaltsstruktur ab. Hier ist eine stete Zunahme der Einpersonenhaushalte festzustellen. Das hat drei Hauptursachen:

Ein- und Mehrpersonenhaushalte in Baden-Württemberg seit 1950



Eine eher vordergründige Ursache liegt im Trend zur Singularisierung junger Menschen. Geprägt durch Fernsehen oder Werbung verbinden viele mit Singles junge, dynamische, unabhängige Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen, großen Wohnungen, hoher Mobilität und einer scheinbar gewollten Bindungslosigkeit. Für den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg stellen diese 100 000 bis 200 000 Menschen kein *zusätzliches* Nachfragepotential dar. Quantitativ ist diese Gruppe für den Wohnungsmarkt nicht von so überragender Bedeutung. Viele dieser Singles trachten ihr Alleinsein meist wieder aufzugeben und mit einem Partner zusammenzuziehen. Dadurch machen diese letztlich wieder Wohnungen frei[1].

Ein zweiter und viel gewichtigerer Grund ist die hohe Zahl von derzeit etwa 700 000 Witwen und Witwern. Diese leben überwiegend allein in großen Wohnungen. Die Haushalte mit drei und mehr Generationen gehören schon seit geraumer Zeit der Vergangenheit an. In den 60er Jahren waren viele der neu erstellten Wohnungen nicht geeignet, mehr als eine Familie aufzunehmen. Zudem ließ die hohe Erwerbs- und Bildungswanderung die „klassische Großfamilie" zerfallen. Daß sich der damit verbundene Trend zur Zwei-Generationen-Familie mit zunehmender Größe der Wohnungen umkehren wird, muß bezweifelt werden.

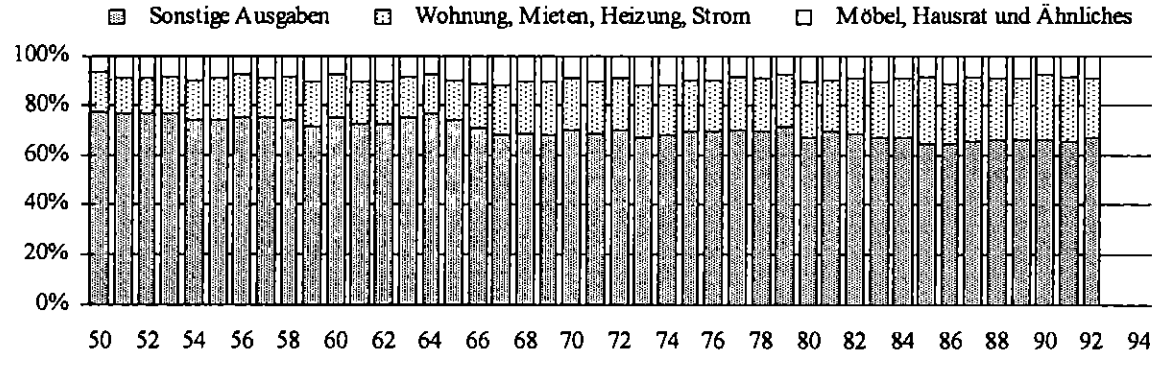
[1] Vgl. dazu: Thomas Schwarz: „Singles in Baden-Württemberg - eine neue Lebensform", in: „Baden-Württemberg in Wort und Zahl", Heft 5, 1991, Seite 202 ff

Für den Wohnungsmarkt eher entlastend erweist sich die wachsende Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften. Trendsetter für diese Entwicklung waren zweifelsfrei die „Blumenkinder" der späten 60er Jahre. Heute scheinen auch Ältere diese andere Art des Zusammenlebens wenigstens zu erwägen - bietet sie doch einen Ausweg aus der oft beklagten Vereinsamung. Da die Mitglieder derartiger Wohnmodelle meist für sich wirtschaften, gehen sie in die amtliche Statistik auch als mehrere Haushalte ein. Diese Ambivalenz - *gemeinsam wohnen, aber getrennt wirtschaften* - erklärt zu wesentlichen Teilen auch das Phänomen, daß es in Baden-Württemberg deutlich mehr Haushalte als Wohnungen gibt.

• Das Schwabe'sche Gesetz

Der amtlichen Statistik liegen seit 1950 aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen Zahlen über die Ausgaben privater Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2] mit mittlerem Einkommen vor. Die Abbildung verdeutlicht, daß besagte Haushalte heute relativ mehr für die Daseinsgrundfunktion des Wohnens aufbringen, als vor über vier Jahrzehnten. Das hat im wesentlichen zwei Gründe. Erstens geben die Privathaushalte größere Teile ihres verfügbaren Einkommens für eine gesteigerte Wohnqualität aus. Zweitens sind viele der langlebigen Konsumgüter (Auto, PC, Video, Foto) - relativ gesehen - wesentlich billiger geworden[3].

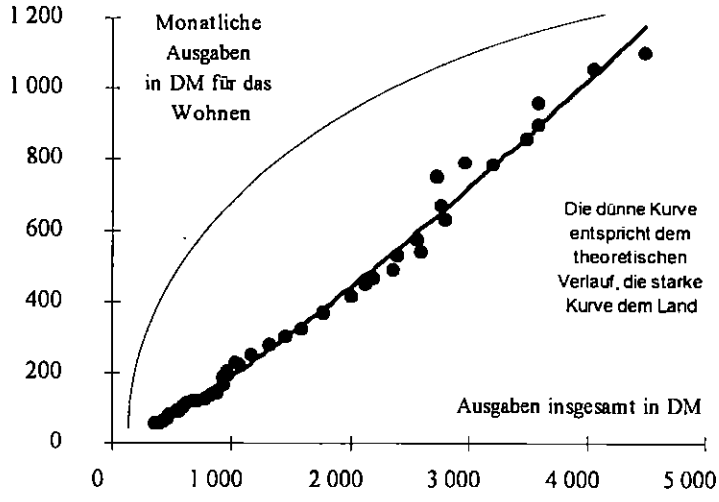
Ausgaben privater 4-Personen- Arbeitnehmerhaushalte für das Wohnen
in Baden-Württemberg seit 1950



[2] Es handelt sich um Ehepaare mit zwei Kindern, darunter mindestens einem Kind unter 15 Jahren. Die Bezugsperson soll als Angestellter oder Arbeiter tätig und alleiniger Einkommensbezieher sein. Ihr monatliches Bruttoarbeitseinkommen sollte 1992 zwischen 3 500 und 5 150 DM liegen. Bei der erstmaligen Bestimmung der Einkommensgrenzen im Jahre 1964 wurde von einem Wert ausgegangen, der ungefähr dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst eines männlichen Arbeiters bzw. eines männlichen Angestellten entsprach. Die Einkommensgrenzen werden seitdem entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung fortgeschrieben.

[3] Vgl. dazu R. Kössler: „Der Weg zur Wohlstandgesellschaft", in: „Baden-Württemberg im Wandel", Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 1992, Seite 163

Schwabe'sche Funktion für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte in Baden-Württemberg



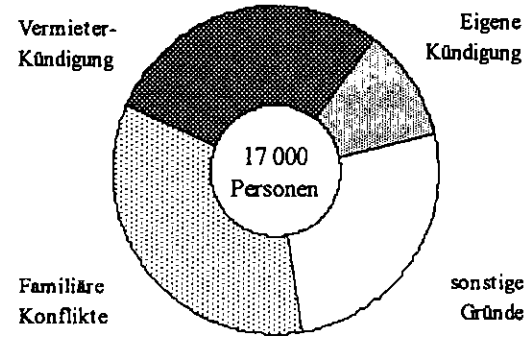
Im 19. Jahrhundert stellte der Statistiker Schwabe fest, daß mit steigendem Einkommen der Ausgabenanteil für das Wohnen sinkt - das entspricht etwa der dünnen Kurve. Für Baden-Württemberg gilt dies keineswegs. Die Ergebnisse aus 43 Jahren belegen eher das Gegenteil, nämlich, daß der Ausgabenanteil mit steigendem Einkommen leicht steigt.

• Obdachlosigkeit

Bundes- und landesweit steigt die Zahl der Obdachlosen. Die Landeswohlfahrtsverbände Baden-Württembergs schätzten für 1992 etwa 17 000 „alleinstehende Wohnungslose“[4]. Gleichzeitig steigt aber auch die Wohnfläche pro Person. Sie liegt heute im Landesdurchschnitt bei etwa 38 Quadratmetern.

Die „Anlässe der ersten Wohnungslosigkeit“[5] belegen, daß vier von zehn Betroffenen durch eigene oder fremde Kündigung wohnungslos wurden.[6]In den weiteren Berechnungen werden die Obdachlosen nicht berücksichtigt, da sie für den Wohnungsmarkt nicht von Bedeutung sind. Sie gelten zunächst „nur“ als Kandidaten für Wohnheime. Wohnheime und deren Bewohner sind sowohl von der Angebots- wie von der Nachfrageseite in den Modellen ausgeklammert.

Anlaß der Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg 1992



[4] Vgl. BSU-Projekt Nr. S-419, Fortschreibung der Kommunalen Konzeption zur Hilfe für alleinstehende Wohnungslose (Nichtseßhafte) in Baden-Württemberg, Stuttgart, Juli 1993, Seite 89

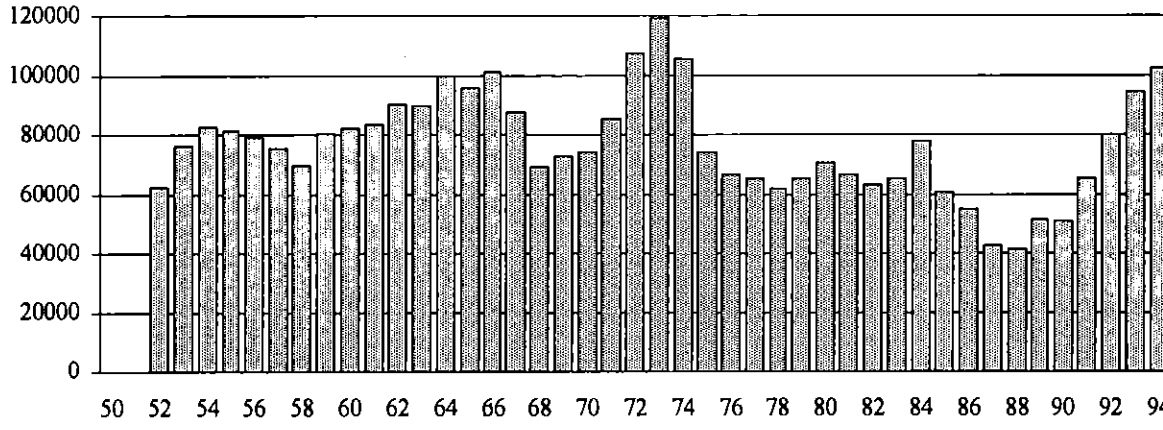
[5] Aufgrund der fehlenden Seßhaftigkeit und der im Zeitablauf oft vielschichtigen Schicksale, wird zur Erreichbarkeit einer statistischen Vergleichbarkeit nur das erstmalige Ereignis einer Obdachlosigkeit in den Zahlen berücksichtigt.

[6] Vgl. BSU-Projekt ... Seite 58; die dort festgestellte Struktur wurde auf obige vier Ursachen zusammengefaßt.

• Wohnungsbautätigkeit und Entwicklung der Wohnungsgröße

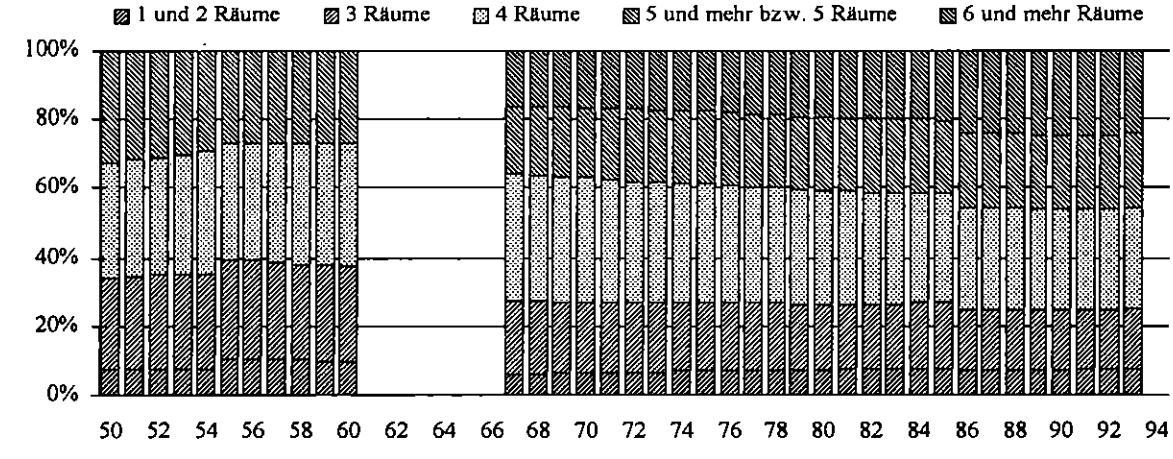
Die Entwicklung der vergangenen vier Jahrzehnte zeigt zum Teil extreme Schwankungen. Die Einflußfaktoren sind derartig vielfältig, daß hier nicht darauf eingegangen werden kann.[7] Für die weitere Entwicklung scheint aber beachtenswert, daß das Bauvolumen zwischen 40 000 und 120 000 Wohnungen jährlich schwankt. Ferner ist die aktuelle Entwicklungsdynamik von Bedeutung, die nur mit jener der frühen 70er Jahre vergleichbar ist. Da die Spitzenergebnisse früherer Jahre fast erreicht sind, ist eine weitere Steigerung fraglich.

Fertiggestellte Wohnungen in Baden-Württemberg seit 1952



Die Wohnungsgröße offenbart heute mehr und mehr den Wohlstand einer Gesellschaft. Steigt der Anteil der großen Wohnungen, dann ist die Gesellschaft auf dem Weg, sich den Traum vom „besseren Wohnen" zu verwirklichen.

Wohnungsbestand nach Zahl der Räume (einschließlich Küchen) seit 1950

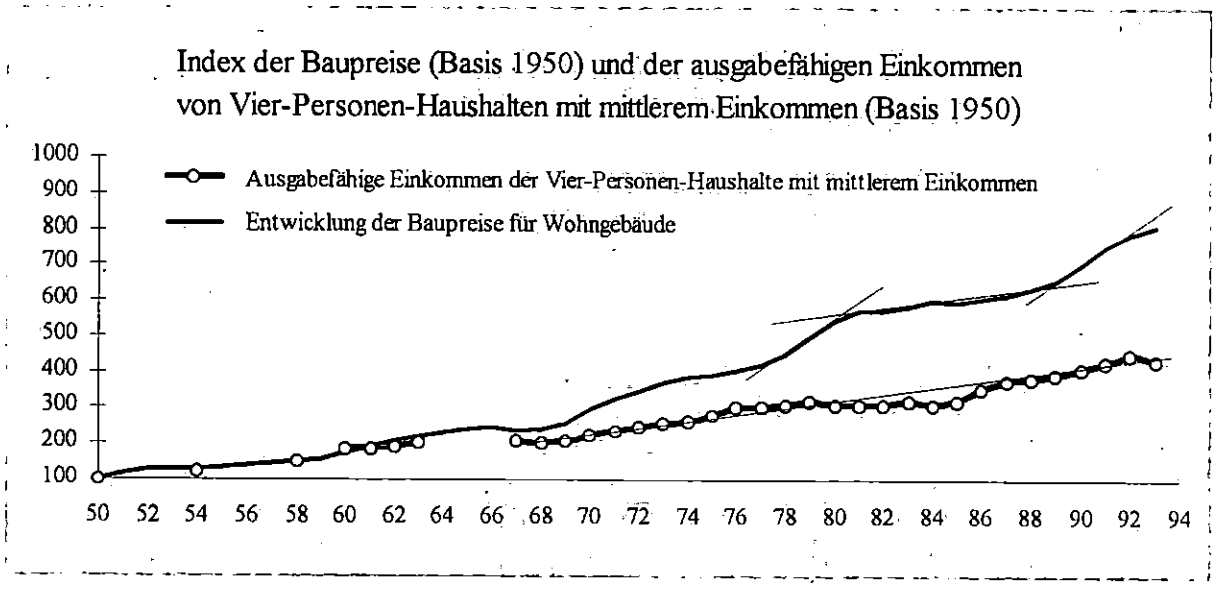


[7] Vgl. dazu Hans J. Richter und Karl Munz: „40 Jahre Bauwirtschaft in Baden-Württemberg", in: „ Baden-Württemberg im Wandel", Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 1992

Ende der 50er Jahre zählte gerade ein Viertel der Wohnungen fünf oder mehr Räume, heute wird diese Raumzahl von fast der Hälfte aller Wohnungen erreicht.

- **Entwicklung der Baupreise**

Werden bei einer Wohnungsbedarfsanalyse Versorgungsmängel festgestellt, so treten diese eher bei den unteren Einkommensgruppen auf. Zu hoffen, daß diese Gruppen in der Lage sein werden, einen Beitrag zum Abbau des Wohnungsdefizits zu leisten, scheint derzeit wenig angebracht. Wie die späteren Regionalanalysen zeigen werden, treten Wohnungsdefizite vor allem in den eher verdichteten Gebieten auf. Dort sind sowohl die Baulandpreise wie die Baukosten für diese Schichten mittlerweile fast unerschwinglich geworden. Die Grafik zeigt, daß seit Beginn der 70er Jahre die Einkommen der hier relevanten Haushalte nur zeitweise mit der Baupreisentwicklung Schritt halten konnten. In jüngster Zeit öffnet sich die Schere deutlich. Seit 1993 ist wegen der schrumpfenden Arbeitnehmereinkommen sogar eine stark gegenläufige Entwicklung festzustellen.



Ohne die verfügbaren Einkünfte dieser Schichten zu erhöhen, kann der dort zu vermutende Nachholbedarf nicht befriedigt werden. Durch die Einführung des Solidaritätszuschlags und der Pflegeversicherung, bei gleichzeitiger Erhöhung des sonstigen Fixkostenanteils in Privathaushalten, ist in naher Zukunft nicht mit einer Trendwende zu rechnen. In einigen Gebieten des Landes scheint es derzeit Absatzschwierigkeiten für bereits erstellte Wohnungen zu geben. Wird berücksichtigt, daß es überwiegend Haushalte mit mittlerem Einkommen sind, die als potentielle Käufer in Frage kommen, dann verwundert es wenig, daß bei rückläufigem ausgabefähigem Einkommen sich eine Kauf- bzw. Investitionszurückhaltung breitmacht.

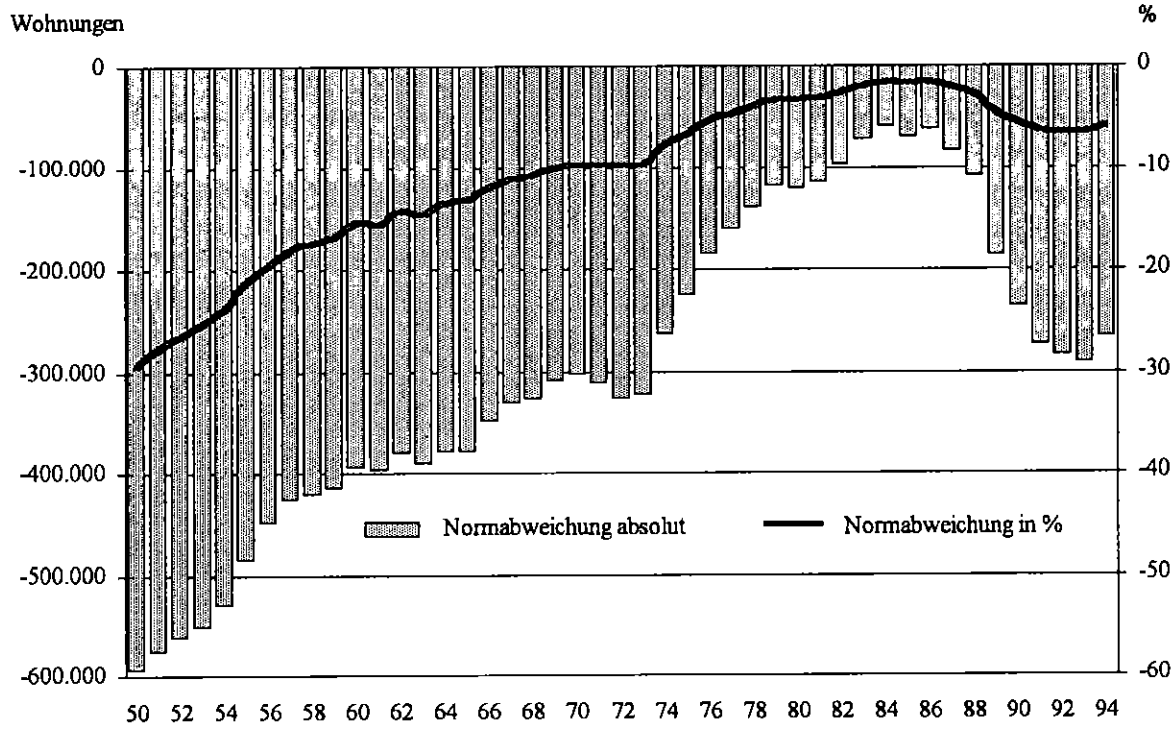
5. Die vergangene Entwicklung der Wohnungsversorgung

Soll ein Urteil über die künftige Entwicklung abgegeben werden, ist es unerläßlich aufzuzeigen, wie es zur aktuellen Situation gekommen ist.

Wenn in den letzten Jahren von einer Wohnungsnot gesprochen wurde, konnte dies auf keinen Fall allgemeingültig sein - schon gar nicht, wenn man sich die Entwicklung seit 1950 vergegenwärtigt. Damals standen für zwei Millionen Haushalte nur 1,5 Millionen Wohnungen zur Verfügung. In den folgenden Jahrzehnten hat sich der Wohnungsbestand bis Ende 1993 auf 4,2 Millionen erhöht. Mitte der 80er Jahre konnte die normative Unterversorgung so weit abgebaut werden, daß ohne die weltpolitischen Umbrüche der späten 80er und der 90er Jahre eine Vollversorgung hätte erreicht werden können. Das heißt statistisch gesehen, daß alle jene Haushalte, für die das Statistische Landesamt einen Wohnungsbedarf annimmt, auch eine „eigene" Wohnung hätten bewohnen können.

Wie die Abbildung verdeutlicht, hat sich das Land von dieser Erwartung in den letzten Jahren zunächst verabschieden müssen. Wie bereits gezeigt wurde, scheint es aber durch die enorme Bauaktivität der letzten Jahre auf dem Weg zu sein, das „verlorene Terrain" zurückzugewinnen.

Normatives Grunddefizit in Baden-Württemberg seit 1950



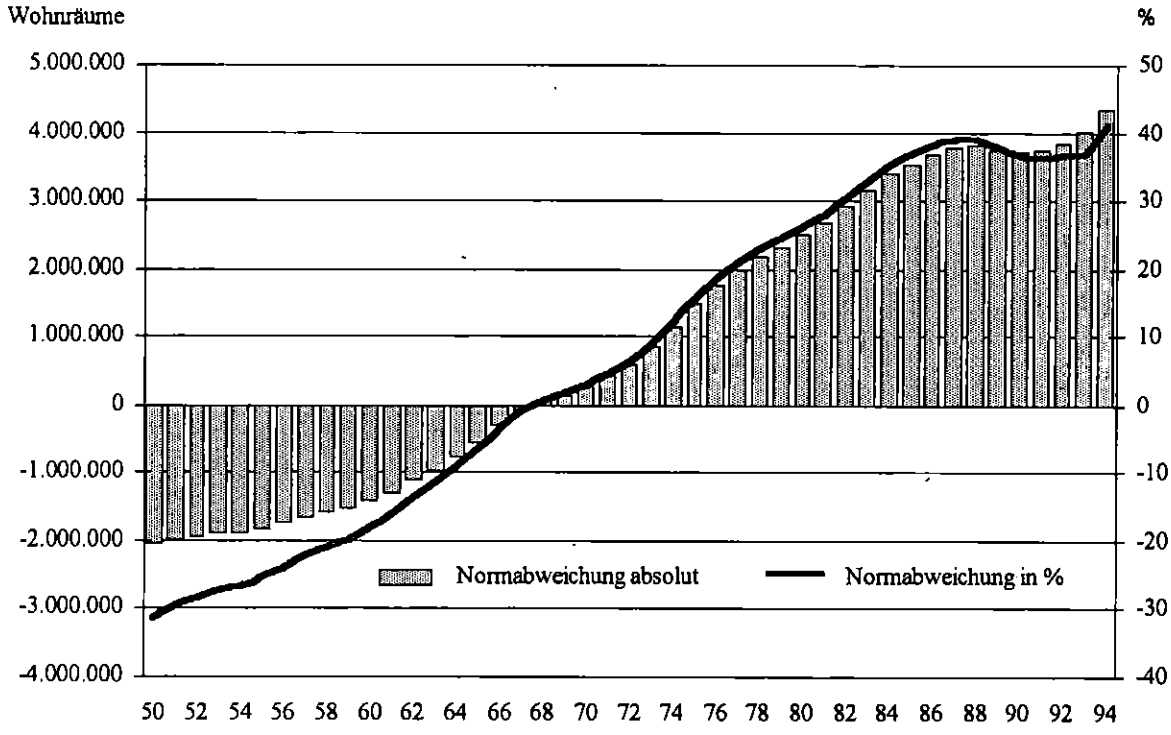
Das neuerliche Wohnungsdefizit läßt sich aber nicht allein, wie zunächst zu vermuten wäre, auf den Zuzug von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Übersiedlern zurückführen. Wie die Mikrozensen der vergangenen Jahre feststellten, ist auch allgemein die Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf wesentlich stärker gestiegen als die Bevölkerungszahl. Das bedeutet, daß einerseits der Trend zur Singularisierung der Bevölkerung zugenommen hat und andererseits gleichzeitig mehrere Haushalte in einer Wohnung gemeinsam leben. Letzteres mag teilweise in Notsituationen begründet sein, wenn zum Beispiel Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien bei ihren Angehörigen unterkommen. Es spiegelt aber auch einen Trend des „modernen" Zusammenlebens wider, nachdem sich die einzelnen Mitglieder in Wohngemeinschaften oder eheähnlichen Lebensgemeinschaften als „Selbstwirtschaftende" betrachten. (Vgl. dazu auch Kapitel 4: „Einige Bestimmungsfaktoren für den Wohnungsmarkt")

Letztlich resultiert der erneute Fehlbestand an Wohnungen wohl eher aus den sozialen Veränderungen, sich ändernden Wertvorstellungen und dem damit verbundenen individuellen Selbstverständnis als aus einer faktischen Unterversorgung, denn mit Ausnahme der Obdachlosen haben ja alle Menschen ein Dach über dem Kopf. Die Unterversorgung scheint mehr verdeckt zu sein. Die überdurchschnittliche Bauaktivität der letzten Jahre verdeutlicht gleichzeitig, daß es sich bei den sozialen Veränderungen nicht um kurzfristige Modetrends handelt. Schließlich wird in Immobilien nicht investiert, um gesellschaftlich „up to date" zu sein.

Der Erfolg der Investitionen wird deutlich, wenn die Versorgung mit Wohnraum näher untersucht wird. Unter der Prämisse, daß eine Bevölkerung dann - statistisch gesehen - mit Wohnraum ausreichend versorgt ist, wenn auf jeden Menschen ein Wohnraum (Zimmer) kommt, hatte das Land 1950 einen Fehlbestand von zwei Millionen Wohnräumen.

Durch die enorme Bautätigkeit wurde bereits Ende der 60er Jahre das Normniveau erreicht, das heißt, allen Einwohnern stand - statistisch gesehen - ein Wohnraum (Zimmer) zur Verfügung. Gleichwohl ging die Bautätigkeit mehr oder weniger ungebremst weiter. Konjunkturelle Einbrüche in der Bauwirtschaft haben sich auf das Versorgungsniveau nur deshalb marginal ausgewirkt, weil damals gleichzeitig auch das Bevölkerungswachstum noch weitgehend von der Konjunktur abhängig war. Um 1986 wurde das höchste Versorgungsniveau bis zu Beginn der 90er Jahre erreicht. Die starke Bautätigkeit des Jahres 1994 hat dazu geführt, daß das Versorgungsniveau von 1986 übertroffen wurde.

Normatives Versorgungsniveau mit Wohnraum in Baden-Württemberg seit 1950



Ende der 80er Jahre setzte eine starke Wanderung nach Baden-Württemberg ein, welche die Bevölkerung um 700 000 Einwohner anwachsen ließ. Mit diesem Zuwachs konnte die Wohnbautätigkeit zwar gut schritthalten, eine weitere Niveauverbesserung war aber bis 1993 nicht zu erreichen. Letzteres hängt auch mit den durchweg positiven Wanderungssalden der vergangenen zehn Jahre zusammen. Waren in den früheren Konjunkturkrisen vor allem ausländische Mitbürger in ihre Heimatländer zurückgekehrt, so ist dieser Entlastungseffekt heute nicht mehr festzustellen. Ganz im Gegenteil, trotz geringerer Chancen auf dem Arbeitsmarkt, zog es zeitweise mehr Menschen in das Land als in den Jahren der absoluten Vollbeschäftigung zwischen 1960 und 1973.

Aus obiger Grafik darf aber keine Sättigung des Wohnungsmarktes abgelesen werden. Warum, wird deutlich, wenn im folgenden Kapitel das vorliegende Zahlenmaterial detailliert auf die Versorgung einzelner Haushaltstypen untersucht wird.

6. Die derzeitige Wohnungsversorgung

6.1 Die Situation in Baden-Württemberg

Im Jahr 1993, das für die derzeitige Situation gelten soll, wurden in Baden-Württemberg 4,57 Millionen Privat-Haushalte und 4,22 Millionen Wohnungen sowie 10,23 Millionen Einwohner und 19,24 Millionen Räume ermittelt.

Die Gegenüberstellung dieser vier Zahlen läßt vermuten, daß es so schlecht mit der Wohnungsversorgung in Baden-Württemberg nicht steht. Ein derartig simpler Vergleich läßt aber sofort Zweifel aufkommen. Die vier Grunddaten sind daher zu modifizieren und zu differenzieren.

Es ist davon auszugehen, daß nicht alle Haushalte einen Wohnungsbedarf haben. So brauchten jene 70 000 Haushalte nicht berücksichtigt zu werden, die in Wohnheimen (zum Beispiel in Altersheimen oder Ausbildungsheimen) nachgewiesen wurden. Auch sind nicht immer alle Wohnungen belegt. Ferner wurde für nur 33 000 der 155 000 Untermieterhaushalte ein Wohnungsbedarf angenommen; und zwar für jene 20 000, die zwei und mehr Personen zählten und für 13 000 Einpersonen-Untermieterhaushalte. Für die sonstigen Untermieterhaushalte wurde angenommen, daß sie keinen Bedarf nach einer *eigenen* Wohnung haben, da sie zum Beispiel als Auszubildende, Studenten oder Monteure anderenorts ihre eigentliche Wohnung haben und nur temporär in einem Untermieterverhältnis leben. Genaues Datenmaterial über die Struktur der Untermieterhaushalte und insbesondere über deren Wohnungsabsichten liegt dem Statistischen Landesamt nicht vor.

Die Saldierung der Größen ergab für das Land insgesamt:

- 4,38 Millionen Haushalte mit Wohnungsbedarf

Die Zahl der Wohnungen wurde um die aktuelle - für das Marktgeschehen notwendige - Fluktuationsreserve von 3,2 % oder um 135 000 reduziert. Das ergab:

- 4,09 Millionen zu berücksichtigende Wohnungen

Das heißt, daß mit Beginn des Jahres 1994 nicht für jeden Haushalt mit Wohnungsbedarf auch eine Wohnung bereitstand. Per Saldo ergab das:

- **0,29 Millionen fehlende Wohnungen als Grunddefizit**

Ganz anders sieht es bei der normativen Versorgung mit Wohnraum aus. Da die Fortschreibung des Raumbestandes jene Räume nicht enthält, die in Wohnheimen existieren, mußte von der Gesamtbevölkerungszahl auch jene Bevölkerung abgezogen werden, die in solchen Heimen lebt. Darüber hinaus mußte eine Schätzung für

die Zahl der *wohnberechtigten* Bevölkerung vorgenommen werden; zu dieser zählen neben der *Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung* auch jene, die im Land nur einen *Nebenwohnsitz* haben. Bei der Volkszählung von 1987 übertraf die Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung jene der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung um 3,7 %. Dieser Prozentsatz wurde auch für 1993 unterstellt.

Die Saldierung der einzelnen Größen ergab:

- 10,57 Millionen Einwohner mit Wohnraumbedarf
  Ferner waren die 19,24 Millionen Räume um 4,16 Millionen Küchen und die verbleibenden Räume um die Fluktuationsreserve von 0,48 Millionen Räume zu verringern. Das ergab:
- 14,60 Millionen zu berücksichtigende Wohnräume
  Werden beide Zahlen miteinander verglichen, ergibt sich ein um
- **4,03 Millionen die Norm überschreitender Wohnraumbestand**

Die gemeinsame Betrachtung der Ergebnisse läßt eine Ungleichverteilung bei der Wohnungsversorgung erahnen. Einerseits eine normative Unterversorgung mit Wohnungen und andererseits eine normative Überversorgung mit Wohnraum für jene Haushalte, die in eigenen Wohnungen leben.

Um dieser Diskrepanz auf den Grund zu gehen, wurde untersucht, wie es um die Wohnraumversorgung von Haushalten mit eigenen Wohnungen steht, und welches Anpassungsdefizit aus einer eventuellen Unterversorgung resultiert. Dazu wären eigentlich Annahmen und Daten über die Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung und Grenznutzenbetrachtungen über Umzüge erforderlich. Da hierzu Daten fehlen, werden zunächst nur die denkbaren, aber keineswegs realistischen Extreme berechnet. Beim ersten Extrem „ohne Umzugsketten" wurde ein immer negativer Grenznutzen für einen Wohnungstausch angenommen. Beim zweiten Extrem „mit Umzugsketten" wurde eine absolute Mobilität und ein immer positiver Grenznutzen für einen Wohnungstausch unterstellt.[1]

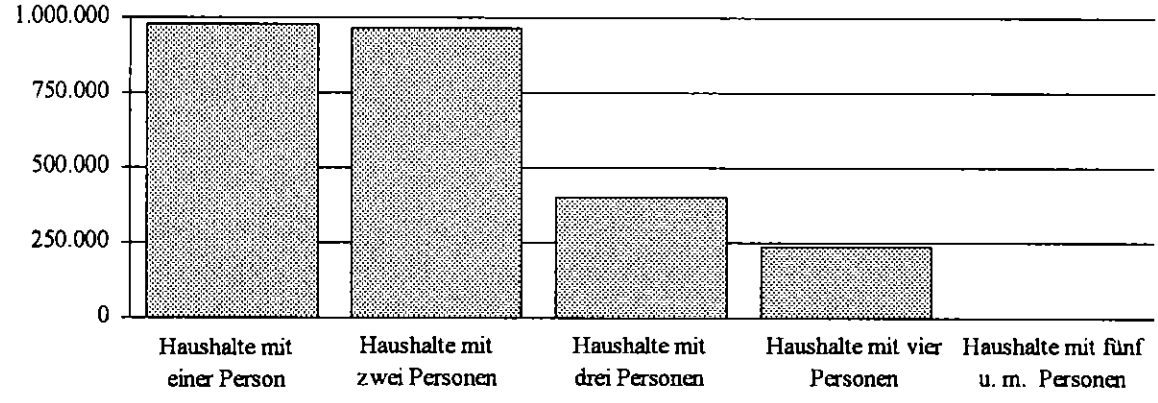
Dazu wurden die 4,08 Millionen Haushalte mit eigenen Wohnungen nach Anzahl der Haushaltsmitglieder differenziert und jeweils den vorhandenen Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume (Zimmer) gegenübergestellt. Das ergab:

[1] Zur Verdeutlichung: Im ersten Fall würde ein Drei-Personen-Haushalt nicht einmal ein freiwerdendes Zimmer neben seiner Zwei-Zimmer-Wohnung beziehen, selbst wenn dies nichts kostete, er würde nur in eine neue Wohnung ziehen; im zweiten Fall würde ein Drei-Personen-Haushalt seine Zwei-Zimmer-Wohnung in Waldshut mit einer Drei-Zimmer-Wohnung in Wertheim tauschen - egal was es koste. Beide - unrealistischen - Modelle spannen den Rahmen auf, in dem das reale Anpassungsdefizit liegt.

- 0,42 Millionen Wohnungen als Anpassungsdefizit *ohne* Umzugsketten
  Setzt man *rechnerisch* einen allgemeinen Wohnungstausch voraus, bei dem jede freiwerdende Wohnung durch einen adäquaten, bisher unterversorgten Haushalt bezogen würde, dann ergäben sich insgesamt „nur":
- 0,21 Millionen Wohnungen als Anpassungsdefizit *mit* Umzugsketten
  Diese Anzahl von Wohnungen würde rechnerisch genügen, um alle unterversorgten Haushalte „normgerecht" zu versorgen. Vorausgesetzt, alle frei werdenden Wohnungen würden - gleichgültig wo sie lägen und was sie kosteten - wieder durch Unterversorgte belegt. Da aber - wie gesagt - beide Betrachtungsweisen unrealistisch sind, wurde das Mittel beider Werte angesetzt. Das ergab:
- **0.31 Millionen fehlende Wohnungen als Anpassungsdefizit**

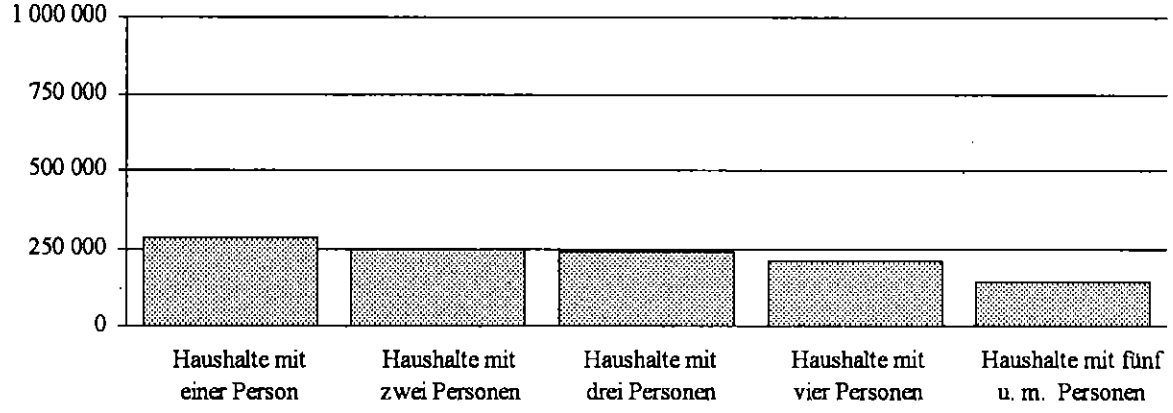
Folgende Abbildungen geben an, wie jene 4,08 Millionen Haushalte mit eigenen Wohnungen mit Wohnraum versorgt sind.

Normativ überversorgte Haushalte in Baden-Württemberg 1993
nach Anzahl der Haushaltsmitglieder



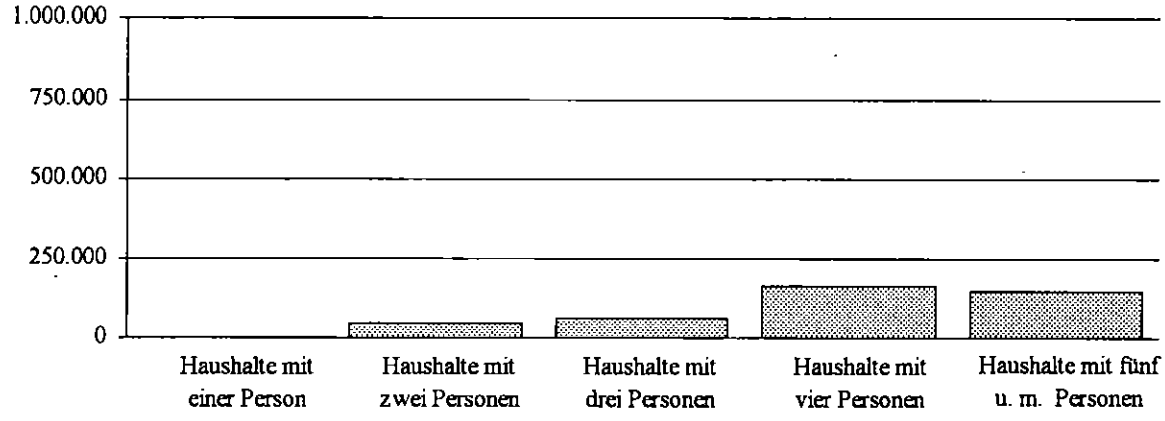
Von den Haushalten haben 2,58 Millionen über der Norm liegende Wohnungen.

Normadäquat versorgte Haushalte in Baden-Württemberg 1993
nach Anzahl der Haushaltsmitglieder



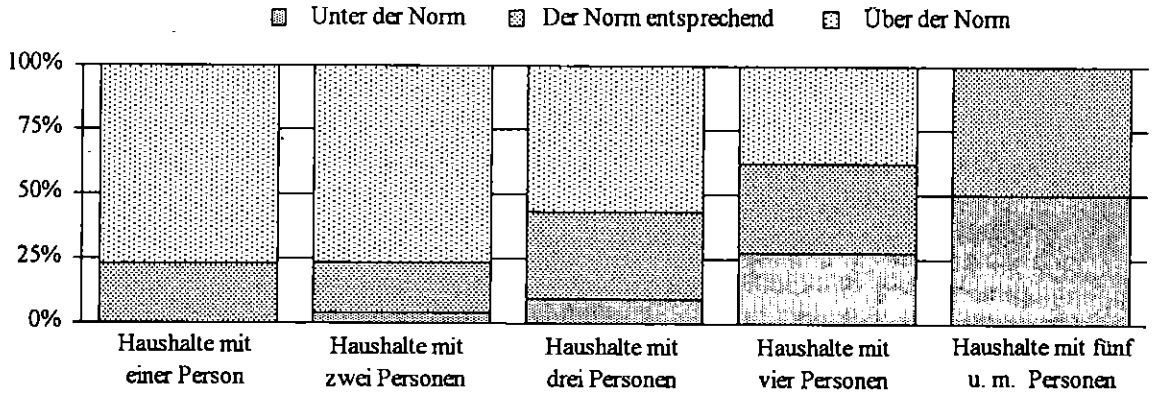
Eine der Norm entsprechende Versorgung haben 1,08 Millionen Haushalte. Mit ihren derzeitigen Wohnungen sind 0,42 Millionen Haushalte - bzw. ein Zehntel aller Haushalte - normativ unterversorgt, wie die folgende Grafik verdeutlicht.

Normativ unterversorgte Haushalte in Baden-Württemberg 1993
nach Anzahl der Haushaltsmitglieder



Untere Grafik verdeutlicht zusammenfassend, daß anteilsmäßig die Hälfte der sehr großen Haushalte zu kleine Wohnungen hat[2], und daß die kleineren Haushalte mit eigenen Wohnungen zu über ¾ über der Norm versorgt sind. Das statistische Datenmaterial belegt zweifelsfrei, daß ein weiterer spezifischer Wohnungsbedarf nicht aus der Luft gegriffen ist. Ein Wohnungsbedarf, der zwar nichts mit jenem der Nachkriegszeit zu tun hat, der aber bei den Nicht- und Unterversorgten wegen der fehlenden Allgemeinbetroffenheit zu individueller Unzufriedenheit führt.

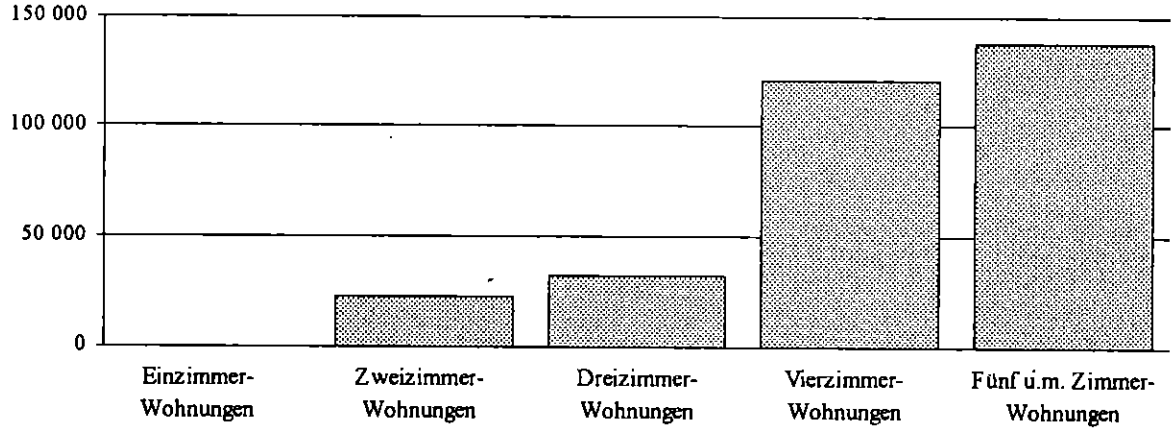
Struktur der Wohnungsversorgung in Baden-Württemberg 1993
nach der Größe der Haushalte mit eigenen Wohnungen



[2] Es ist anzunehmen, daß eine Reihe von Haushalten mit fünf und mehr Personen über der Norm versorgt ist. Das Datenmaterial läßt den Nachweis dieser Versorgungsverhältnisse nicht zu. Da die Haushalte mit fünf und mehr Personen aber nur fünf Prozent aller Haushalte ausmachen, können die schätzungsweise 10 bis 15 % über der Norm Versorgten hier vernachlässigt werden

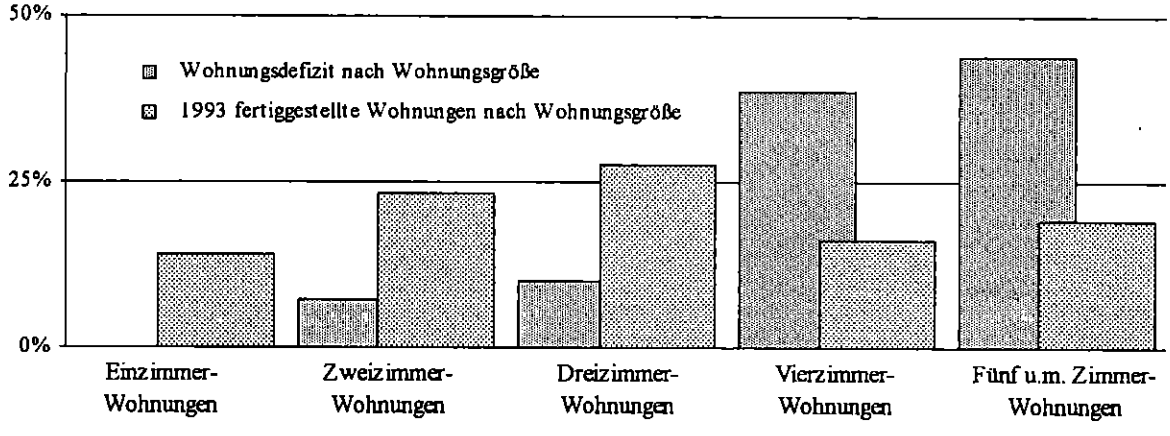
Analog zur Haushaltsstruktur der Bedarfsträger fehlen überwiegend große Wohnungen mit vier und mehr Zimmern. Die Struktur des Wohnungsdefizits beinhaltet einen Erklärungsansatz für den seit Jahren feststellbaren Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt. Da es für die kleineren Haushalte, die noch keine eigenen Wohnungen haben, zu wenig adäquate oder normgerechte Wohnungen auf dem Markt gibt, beanspruchen diese größere Wohnungen und konkurrieren mit den unterversorgten größeren Haushalten. Für letztere wäre aber ein Angebot an noch größeren Wohnungen erforderlich. Da dieses zu erheblichen Teilen auch fehlt, dürfte die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt anhalten.

Normatives Wohnungsdefizit in Baden-Württemberg 1993 nach der Wohnungsgröße



Die tatsächliche Bauaktivität orientiert sich weniger an normativen Defiziten als an den realen Möglichkeiten, die sich den Bauwilligen und der Bauwirtschaft bieten. Es werden daher nicht alle benötigten großen Wohnungen gebaut.

Struktur des Wohnungsdefizits und der Wohnbautätigkeit in Baden-Württemberg 1993 nach Wohnungsgrößen



Das hängt einerseits mit den gestiegenen Bodenpreisen und Baukosten und andererseits mit der Vermögensstruktur der Unterversorgten zusammen. Große Wohnungen werden ex definitione von großen Haushalten benötigt. Das sind meist Familien mit Kindern und nicht selten mit nur einem Erwerbstätigen. In diesen Familien dürfte das verfügbare Kapital häufig nicht ausreichen, um den Bau normgerechter Wohnungen zu finanzieren. Unter der Annahme, daß pro Jahr 60 000 Wohnungen gebaut würden, benötigte die Bauwirtschaft fünf Jahre, um das bestehende normative Wohnungsdefizit auszugleichen. Berücksichtigt wären dabei weder die Ersatzinvestitionen, die durch Wohnungsabgänge erforderlich wären, noch der Neubedarf, der sich aus der zu erwartenden Erhöhung der Bevölkerungszahl und den Haushaltszahlen ergeben wird.

6.2 Die Situation in den Stadt- und Landkreisen

In gleicher Art und Weise wie für das Land wurde auch für die Stadt- und Landkreise die Wohnungsversorgung untersucht. Hier geht das Prognosemodell von regional geschlossenen, isolierten Wohnungsmärkten aus.[3] Dabei ist das normative Wohnungsdefizit nicht (!) die Summe aus Grund- und Anpassungsdefizit. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß durch Befriedigung des Anpassungsdefizits gleichzeitig das Grunddefizit nach eher kleineren Wohnungen gedeckt werden kann. Es werden nämlich in dem Umfang, in dem für bisher unterversorgte Haushalte größere Wohnungen geschaffen und von diesen bezogen werden, kleinere Wohnungen per saldo frei. Aus dieser Überlegung resultieren für das normative Wohnungsdefizit zwei Lösungen:

- Für den Fall, daß das Grunddefizit (für die *nicht* versorgten Haushalte) größer als das Anpassungsdefizit ist, dann entspricht das Wohnungsdefizit dem Grunddefizit.
- Für den Fall, daß das Anpassungsdefizit (für die *unter*versorgten Haushalte) größer als das Grunddefizit ist, dann entspricht das Wohnungsdefizit dem Anpassungsdefizit.

[3]Die zugrunde liegende Bevölkerungsprognose berücksichtigt bereits die künftig zu erwartenden Wanderungsbewegungen. Daher geht das Wohnungsbedarfs-Prognosemodell in den weiteren mathematischen Schritten von geschlossenen, isolierten Wohnungsmärkten aus. Eine nochmalige Berücksichtigung der Wanderungen würde die Effekte der räumlichen Mobilität unzulässigerweise verdoppeln. Das heißt, die Wanderung der Bevölkerung beschränkt sich immer auf die jeweiligen *einzeln* dargestellten Gebietseinheiten. Das hat zur Folge, daß die Wohnungsdefizite oder der zukünftige Bedarf bei eventuellen Summierungen nicht zu gleichen Landesergebnissen führen. Je kleiner die betrachteten Gebiete sind, desto größer sind die Gesamtdefizite in der Landessumme, da nur im jeweils betrachteten Teilgebiet ein Wohnungswechsel und damit eine Ausgleich von Angebot und Nachfrage angenommen wird.

Tabelle 1:

Normatives Wohnungsdefizit in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 31.12.1993

Stadt- und Landkreise	Haushalte mit Wohnungs-bedarf	Grund-defizit	Anpassungs-defizit	**normatives Wohnungs-defizit**	Wohnungs-defizit je 100 Wohnungen
	1000				%
Region Stuttgart					
Stuttgart	313,8	**46,9**	21,8	**46,9**	17,0
Böblingen	144,8	8,0	**12,1**	**12,1**	8,5
Esslingen	212,7	12,8	**16,2**	**16,2**	7,8
Göppingen	104,1	4,8	**7,8**	**7,8**	7,6
Ludwigsburg	208,9	12,6	**16,1**	**16,1**	7,9
Rems-Murr-Kreis	168,9	10,2	**12,4**	**12,4**	7,6
Region Franken					
Heilbronn (Stadt)	56,4	**5,4**	4,2	**5,4**	10,3
Heilbronn (Land)	114,5	3,1	**7,7**	**7,7**	6,7
Hohenlohekreis	37,0	0,5	**2,5**	**2,5**	6,6
Schwäbisch Hall	65,5	0,1	**4,5**	**4,5**	6,7
Main-Tauber-Kreis	50,2	0,4	**3,2**	**3,2**	6,3
Region Ostwürttemberg					
Heidenheim	55,6	2,7	**3,9**	**3,9**	7,2
Ostalbkreis	119,1	4,4	**8,4**	**8,4**	7,1
Region Mittlerer Oberrhein					
Baden-Baden	26,9	0,2	**1,2**	**1,2**	4,5
Karlsruhe (Stadt)	146,5	**20,6**	8,5	**20,6**	15,8
Karlsruhe (Land)	162,8	8,6	**11,2**	**11,2**	7,0
Rastatt	88,9	4,1	**6,9**	**6,9**	7,9
Region Unterer Neckar					
Heidelberg	72,1	**11,2**	4,4	**11,2**	17,5
Mannheim	171,4	**23,6**	12,4	**23,6**	15,4
Neckar-Odenw.-Kreis	53,1	1,1	**3,7**	**3,7**	6,8
Rhein-Neckar-Kreis	220,1	13,5	**14,4**	**14,4**	6,7
Region Nordschwarzwald					
Pforzheim	58,1	**7,1**	4,7	**7,1**	13,5
Calw	63,5	4,0	**5,2**	**5,2**	8,5
Enzkreis	74,7	3,3	**5,5**	**5,5**	7,5
Freudenstadt	47,0	1,5	**3,7**	**3,7**	7,8
Region Südlicher Oberrhein					
Freiburg im Breisgau	103,2	**19,5**	6,5	**19,5**	22,3
Breisgau-Hochschw.	90,8	3,7	**7,5**	**7,5**	8,3
Emmendingen	56,2	2,3	**4,8**	**4,8**	8,6
Ortenaukreis	151,5	0,6	**11,4**	**11,4**	7,3
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg					
Rottweil	53,6	1,3	**3,6**	**3,6**	6,7
Schwarzw.-Baar-Kreis	87,9	3,5	**7,0**	**7,0**	8,0
Tuttlingen	50,0	2,1	**3,4**	**3,4**	6,9

noch Tabelle 1: Normatives Wohnungsdefizit in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 31.12.1993

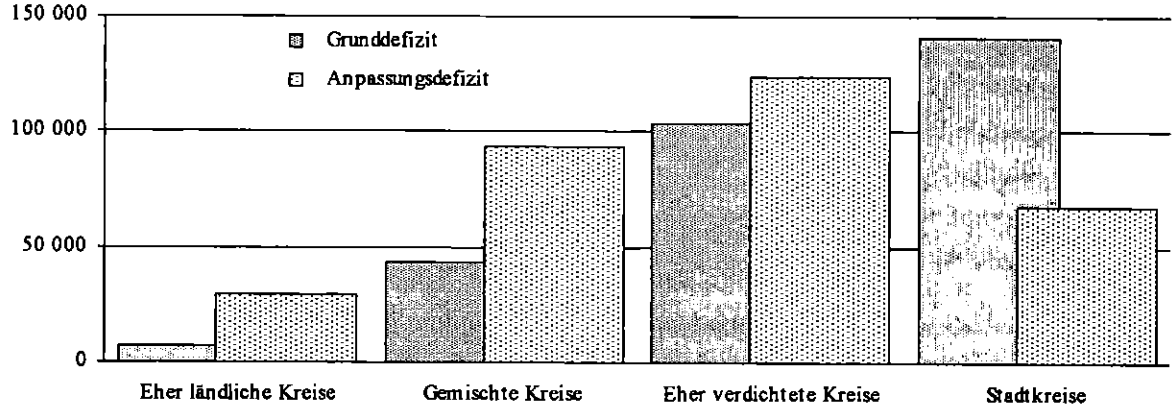
Stadt- und Landkreise	Haushalte mit Wohnungs-bedarf	Grund-defizit	Anpassungs-defizit	**normatives Wohnungs-defizit**	Wohnungs-defizit je 100 Wohnungen
	1000				%
Region Hochrhein-Bodensee					
Konstanz	116,1	**9,7**	7,9	**9,7**	8,8
Lörrach	88,7	4,5	**7,1**	**7,1**	8,2
Waldshut	64,3	1,5	**5,1**	**5,1**	7,9
Region Neckar-Alb					
Reutlingen	109,8	6,3	**8,1**	**8,1**	7,6
Tübingen	87,9	**11,7**	6,1	**11,7**	14,8
Zollernalbkreis	75,7	3,5	**4,7**	**4,7**	6,3
Region Donau-Iller					
Ulm	54,0	**5,9**	3,7	**5,9**	11,9
Alb-Donau-Kreis	63,4	0,8	**4,6**	**4,6**	7,1
Biberach	62,2	0,1	**4,0**	**4,0**	6,2
Region Bodensee-Oberschwaben					
Bodenseekreis	79,5	0,8	**5,8**	**5,8**	7,2
Ravensburg	100,1	6,2	**7,1**	**7,1**	7,3
Sigmaringen	46,4	-0,1	**3,1**	**3,1**	6,5
Summe der kreisweisen Defizite	4 377,9	x	x	395,5	9,4
Baden-Württemberg	4 377,9	294,8	314,0	314,0	7,4

Die Tabelle zeigt deutliche normative Wohnungsdefizite in den meisten Stadtkreisen und in den Landkreisen mit großen Hochschulen. In den Stadtkreisen übertrifft das Grunddefizit das Anpassungsdefizit zum Teil um mehr als das Doppelte. Das heißt, daß auch bei einer Befriedigung des Anpassungsdefizits viel zu wenig Wohnungen frei würden, um das Grunddefizit zu decken. Günstig ist die Situation insbesondere in den ländlichen Gebieten Oberschwabens - und dies trotz der teilweise überdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung. Mit Ausnahme des Landkreises Ravensburg liegt in allen südöstlichen Landkreisen das Grunddefizit unter einem Prozent des Wohnungsbestandes. Für den Kreis Sigmaringen wurde als einzigem beim Grunddefizit sogar eine geringe „Überversorgung" ermittelt. Das schwache Defizit im äußersten Nordosten Baden-Württembergs ist dagegen eher auf eine stagnierende, gebietsweise auch rückläufige Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Läßt man in der Tabelle Baden-Baden außer acht, so streut das „Wohnungsdefizit in Prozent des Wohnungsbestandes" zwischen 22,3 % in Freiburg und 6,2 % im Landkreis Biberach. Beide Extreme verdeutlichen den Dualismus zweier

attraktiver, aber sehr unterschiedlich strukturierter Räume. Freiburg ist gekennzeichnet durch einen überdurchschnittlichen Akademikeranteil, eine relativ hohe Arbeitslosenquote und einen sehr hohen Freizeitwert im Land. Biberach gilt als dynamischer, wohlhabender Landkreis mit einer konservativ ländlichen Bevölkerung, einem geringen Akademikeranteil und einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote.

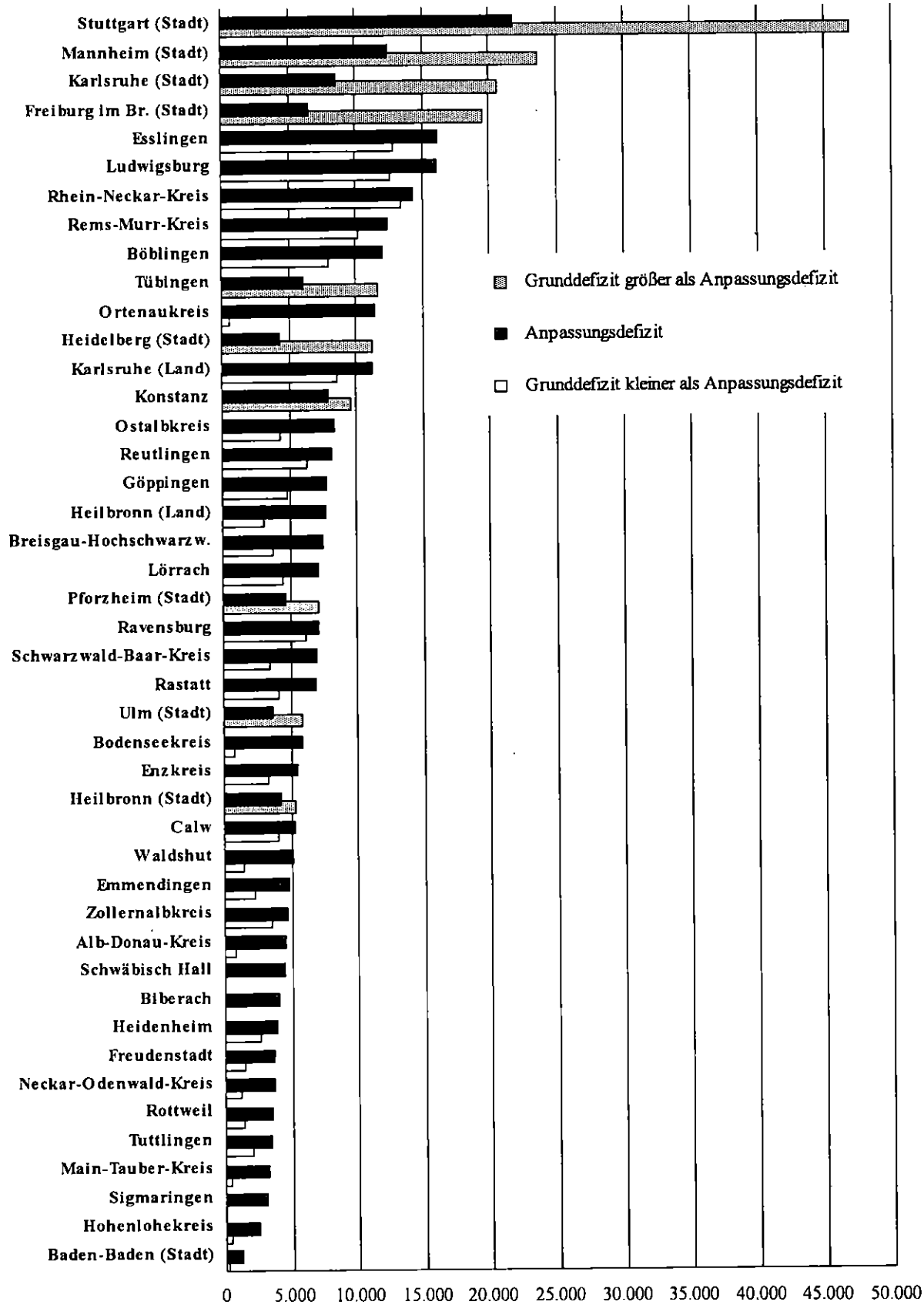
Das Grunddefizit in den Stadtkreisen und den großen kreisangehörigen Städten dürfte unter Nachfrageaspekten etwas niedriger sein als hier nachgewiesen. Wie im Kapitel 4 näher dargelegt, treten die die Nachfrage dämpfenden Lebensformen wie eheähnliche Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften in den verdichteten oder städtischen Gebieten häufiger auf als in ländlichen Räumen. Der nachgewiesene Bedarf kann sich aber dann in reale Nachfrage umsetzen, wenn sich derartige Lebens- und Wohngemeinschaften auflösen. Es bedürfte weitergehender Untersuchungen, die Auswirkungen der sich verändernden Lebensgewohnheiten auf den regionalen Wohnungsmarkt zu beurteilen. Eines scheint aber sicher, je angespannter der Wohnungsmarkt ist, desto eher sind gerade jüngere einkommensschwächere Schichten gewillt, den Fixkostenanteil für „das Wohnen" auch über zunächst unkonventionelle Lebensmodelle zu verringern.

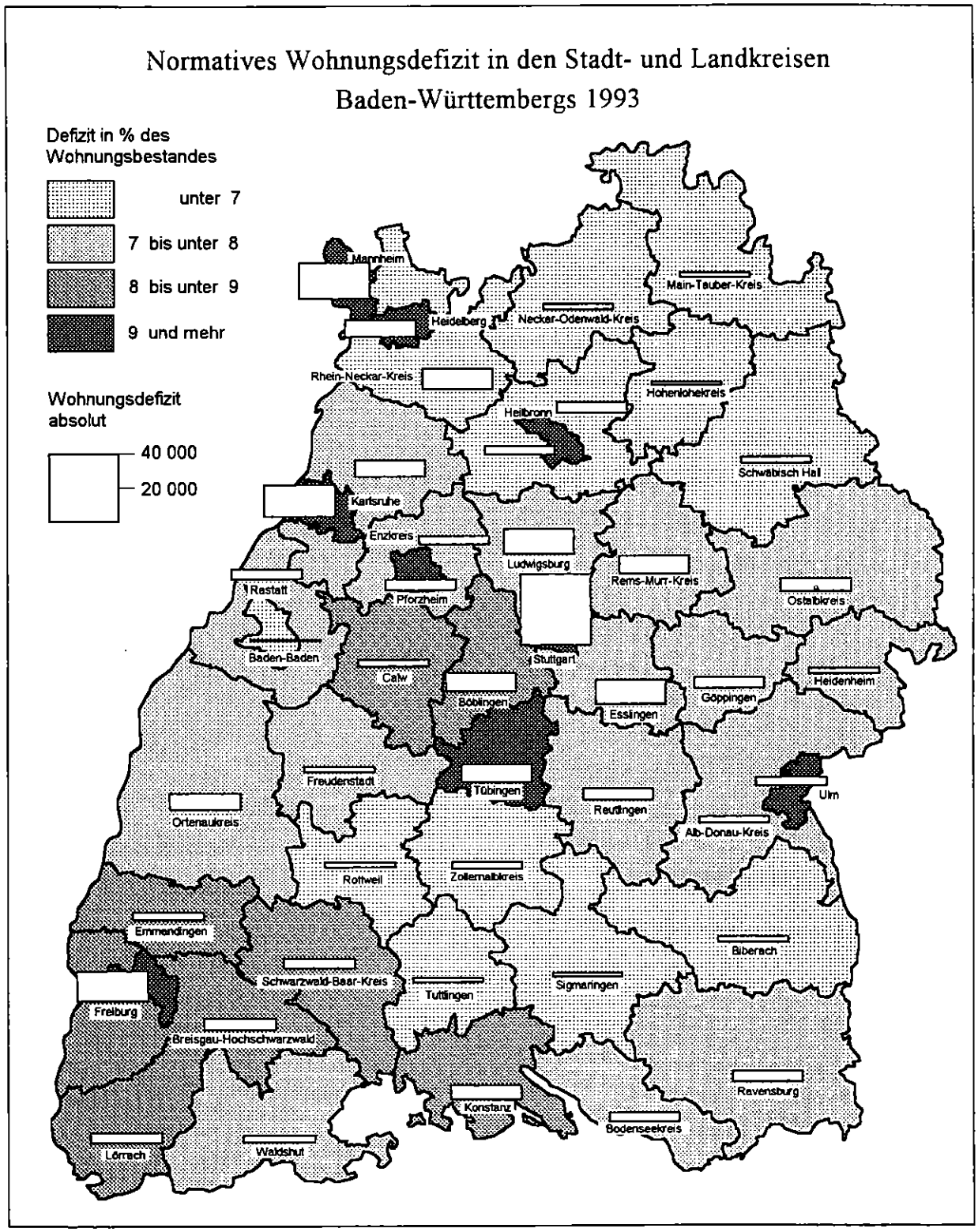
Grund- und Anpassungsdefizit in Baden-Württemberg 1993
nach siedlungsstrukturellen Kreistypen



An dieser Stelle scheint es ferner auch angebracht darauf hinzuweisen, daß der überdurchschnittliche Wohnungsbedarf in den Gebieten mit Hochschulen nicht allein durch den Bau von Wohnungen sondern eher durch den Bau von Studentenwohnheimen befriedigt wird. In Wohnheimen untergebrachte Hochschülerinnen und Hochschüler entlasten den „freien" Wohnungsmarkt.

Normatives Wohnungsdefizit in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1993





Mit obiger Karte sollen die Betrachtungen zum rein *normativen Defizit* abgeschlossen werden. Für die nun folgenden Bedarfsprognosen werden zwar auch normative Meßgrößen verwendet, bei der räumlichen Zuordnung, Darstellung und Interpretation wird aber zusätzlich auf die der Realität näherstehenden *opportunen Größen* zurückgegriffen.

7. Die voraussichtliche Entwicklung des Wohnungsbedarfs bis zum Jahr 2005

7.1 Die voraussichtliche Entwicklung in Baden-Württemberg

Komponenten des künftigen Wohnungsbedarfs sind: das aktuelle Wohnungsdefizit, der Wohnungsneubedarf und der Wohnungsersatzbedarf. Während das aktuelle Wohnungsdefizit als stichtagsbezogene *Bestandsgröße* zu interpretieren ist, verkörpern der Neubedarf und der Ersatzbedarf *Stromgrößen.*

Das *aktuelle Wohnungsdefizit* wurde im Kapitel 6 dargestellt. Das Wohnungsdefizit entsprach unter der Annahme einer *landesweiten* Mobilität 314 000 Wohnungen; unter der Annahme einer nur *kreisweiten* Mobilität 395 000 Wohnungen.

Der *künftige Wohnungsbedarf* resultiert im wesentlichen aus den zu erwartenden Veränderungen der bedarfswirksamen Faktoren im Prognosezeitraum. Die bedeutsamsten Einflüsse kommen aus der Bevölkerungs- und der Haushaltsentwicklung. Deshalb wurde der Wohnungsbedarfsprognose eine Haushaltsprognose vorgeschaltet. Diese wiederum setzt eine Bevölkerungsvorausrechnung voraus.

Das gesamte Prognosesystem basiert auf der achten koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Bundes und der Länder. Bei den daran ausgerichteten Regionalisierungen wurde auf die 1994 fertiggestellte „Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg"[1], bei der Haushaltsprognose auf die Ergebnisse der amtlichen Haushaltsvorausrechnungen auf der Basis von 1993[2] zurückgegriffen.

Damit ist es erstmals gelungen, für Baden-Württemberg ein mehrere Themen übergreifendes, in sich schlüssiges und modelltechnisch aufeinander abgestimmtes System von Landes- und Regionalprognosen zu entwickeln.[3]

---

[1] Zu den Bevölkerungsprognosen, vgl. „Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2005", in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 483, Metzler Poeschel, 1994

[2] Zur Haushaltsprognose, vgl. dazu: Goeken, Silvia und Werner, Joachim: „Haushaltsvorausrechnungen für Baden-Württemberg" in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1, 1995, Seite 2 ff

[3] Bereits 1973 erhielt das Statistische Landesamt von der Landesregierung den Auftrag, die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen für den Zeitraum von 1970 bis 1985 zusammenfassend, das heißt nach Möglichkeit in einem Modell vorauszuschätzen. Den planenden Institutionen sollten systematische, umfassende, widerspruchsfreie und zwischen den verschiedenen Fachplanungen abgestimmte Daten und Instrumentarien an die Hand gegeben werden. Im ersten "Statistischen und prognostischen Jahresbericht" von 1973 fanden die Bestrebungen ihren Niederschlag mit Berechnungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bevölkerung sowie mit Vorausschätzungen der Schüler und Studierenden, der Erwerbspersonen, der wirtschaftlichen Entwicklung und mit einigen finanzwirtschaftlichen Eckwerten jeweils bis 1985. Zum angestrebten einheitlichen Prognose*system* kam es damals aber noch nicht.

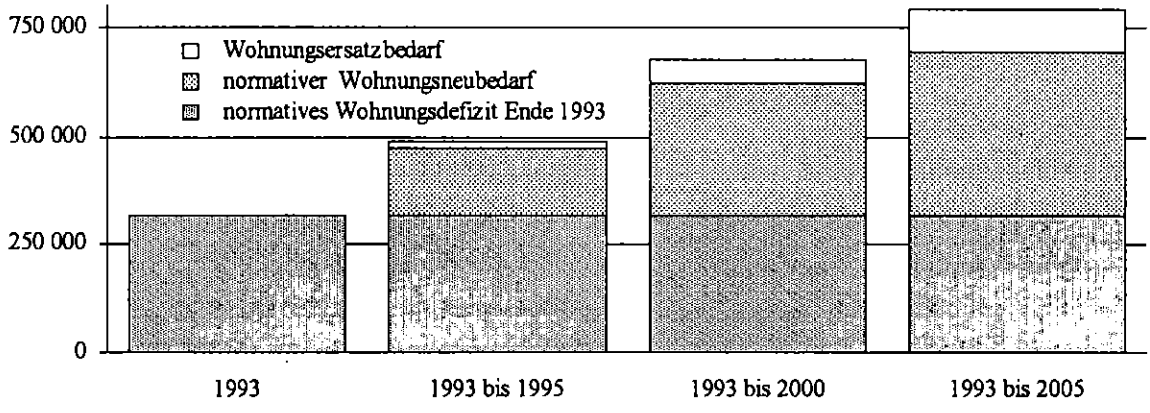
Im einzelnen liegen der Prognose neu aufbereitete Daten aus der Volkszählung und der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987, aus dem aktuellen Mikrozensus (der jährlichen kleinen Volkszählung) sowie aus den Fortschreibungen der Bevölkerung, der Bautätigkeit und des Wohnungs- und Wohnraumbestandes zugrunde. Als Basisjahr für die Vorausrechnungen wurde das Jahr 1993 gewählt.

Der *Neubedarf* wurde anhand der normativen Vorgaben ermittelt. Deshalb können bei einer Abnahme der Haushaltszahlen in der weiteren Zukunft auch negative Werte für den Neubedarf auftreten - wie zum Beispiel für Stuttgart im Zeitraum von 2000 bis 2005.

Der *Ersatzbedarf* postuliert, daß für alle durch Abbruch, Umwidmung oder Zusammenlegung „abgehenden" Wohnungen Ersatz zu schaffen ist. Eine normative oder opportune Bedarfsbetrachtung ist hier nicht erforderlich, da es sich um den *Ersatz* von Wohnungen handelt. Eine Detailanalyse der Wohnungsabgänge ergab, daß die Abgangsquoten stark vom Baualter der Gebäude abhängen. Für die Baualtersgruppen bis 1957 wurden deshalb jeweils separate Quoten berechnet. (Vgl. dazu im einzelnen die Modellbeschreibung in Kapitel 3.)

Die Abbildung veranschaulicht, daß bis zum Jahr 2005 der Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg ein Volumen von zusammen fast 800 000 Wohnungen annehmen wird. Der künftige Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2005 setzt sich aus etwa

Kumulativer Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg bis 1995, 2000 und 2005 nach Komponenten



400 000 Wohnungen für zusätzliche Haushalte, aus knapp 100 000 zu ersetzenden Wohnungen und dem bestehenden, aktuellen Wohnungsdefizit von 300 000 Wohnungen zusammen.

7.2 Die voraussichtliche Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen

Wenn für die Kreise des Landes der normative Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2005 bei über 800 000 Wohnungen liegt, ist es zunächst wenig überraschend, daß davon auf die Stadtkreise des Landes mehr als ein Viertel entfällt. Auf den ersten Blick hängt das mit deren spezifischen Sozialstruktur, der hohen Siedlungsdichte und den Besonderheiten auf dem Wohnungsmarkt zusammen.

Es stellt sich in diesem Kontext aber sofort die Frage, ob die *regionalen* Wohnungsdefizite ausschließlich und auch für die Zukunft unter normativen Gesichtspunkten zu sehen sind, und ob die normativen Zielgrößen als praktikable Größen für die am Wohnungsmarkt Agierenden anzuerkennen sind. Das muß verneint werden, denn was für das Land insgesamt unter sozialpolitischen Gesichtspunkten eine Gültigkeit besitzt, hat für kleinere Gebietseinheiten, wie im folgenden gezeigt wird, unter planerischen und bauwirtschaftlichen Aspekten häufig eine nur eingeschränkte Bedeutung.

Der seit Jahren feststellbare Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt hat erhebliche regionale Auswirkungen. Fehlen zum Beispiel preisgünstige Mietwohnungen, werden mehr Haushalte versuchen, sich Wohneigentum zu schaffen. Da dies in Gebieten mit hohen Wohnungsdefiziten für viele Betroffene schwer möglich ist, kommt es zu einer weiteren Diffundierung in die Randzonen und in den Ländlichen Raum. Das Defizit wird nicht am Ort des *ursprünglichen* Wohnens behoben, sondern dort, wo es möglich ist.

Um dieses seit Jahrzehnten bekannte Phänomen zu untersuchen, wurde als Indikator die *Bautätigkeit der Jahre 1988 bis 1993* zugrunde gelegt. Dieser Indikator repräsentiert das Handeln der Beteiligten zweifelsfrei realistischer als eine Norm. Darüberhinaus führt er zu Erklärungsansätzen für die regionale Bevölkerungsentwicklung, die ohne ihn kaum zu erreichen wären.

Kleinräumige Wohnungsdefizite sind zwar *rechnerisch* vom gewählten Stichtag und den zugrunde liegenden Gebietseinheiten abhängig. *Tatsächlich* hängen sie aber von der gesamten Gebietskulisse, den vorangegangenen Aktivitäten und einer Vielzahl äußerer Einflüsse ab. In ihren Auswirkungen lassen sich diese Rahmenbedingungen in folgende These fassen:

- **Die Wohnungsdefizite der Zentren sind auch die Defizite des Umlandes**

Wollten die Stadtkreise nur ihr aktuelles normatives Wohnungsdefizit von etwa 140 000 Wohnungen auf ihrem Gemeindegebiet vollständig abbauen, wäre dazu eine Siedlungsfläche von etwa 30 km^2 erforderlich. Diese Fläche steht in Gänze nicht zur Verfügung. Das ist in toto aus zwei Gründen auch nicht erforderlich. Erstens ist davon auszugehen, daß ein Teil der normativ unterversorgten Haushalte keine Änderung seiner Situation anstrebt. So wiegen zum Beispiel für viele *jüngere* „Stadtmenschen" die Nachteile bei der Wohnungsversorgung durch die Vorteile des Stadtlebens auf. Zweitens werden Wohnungen außerhalb der Zentren gebaut. Letzteres führt zu einem starken Siedlungsdruck zunächst auf die umliegenden Kreise und dann darüber hinaus.

Tabelle 2 auf der nächsten Seite stellt neben dem *normativen* auch den *opportunen* Wohnungsbedarf dar, also einen Bedarf, der sich ergibt, wenn die Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigt wird. Wird die Bauaktivität zwischen 1988 und 1993 auch für die Zukunft als „Entlastung" für die Stadtkreise und hochverdichteten Landkreise interpretiert und auf den normativen Bedarf angewandt, dann verschieben sich die „Defizite" auf jene Kreise, die eine hohe Bauaktivität aufweisen. Das heißt, der „Druck" entlädt sich in jene Gebiete, die finanziell tragbares Bauland für Bauwillige ausweisen oder günstige Mietwohnungen für Wohnungssuchende bieten und die unter Arbeits-, Pendler-, Versorgungs- und Freizeitgesichtspunkten attraktiv sind.

Dies bedeutet aber auch, daß die Stadtkreise erhebliche Bevölkerungsteile halten könnten, wenn es ihnen gelänge, auch nur Teile des real vorhandenen Nachfragepotentials zu binden. Gleichzeitig würde einer dichteren Besiedlung vor allem in den sonstigen bereits stark verdichteten oder gemischten Kreisen Einhalt geboten. Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen scheinen dafür aber recht ungünstig zu sein. Insbesondere von normativ „überversorgten" Haushalten ist oft nur eine generalisierende aber keine wirkliche Akzeptanz zu erwarten, wenn in unmittelbarer Nähe der eigenen Wohnsitze größere Baugebiete ausgewiesen werden sollen - auf die Nennung von Beispielen kann hier verzichtet werden.

Ob die im folgenden aufgezeigten Aussichten ökologisch, ökonomisch, verkehrspolitisch und sozialpolitisch wünschenswert sind, muß hier offen bleiben. Eines scheint aber sicher: Wenn die Entwicklungen sich wie bisher fortsetzen, wird es in den nächsten Jahren zu einer noch intensiveren Verdichtung weiter Landesteile kommen.

Tabelle 2:

Entstehungskomponenten des normativen und opportunen Wohnungsbedarfs in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs von 1993 bis 2005

Stadt- und Landkreise	Normativer Wohnungsbedarf				Abweichung der Bautätigkeit der Jahre 1988 bis 1993 vom Land	Opportuner Wohnungsbedarf insgesamt 2005
	Wohnungsdefizit 1993	Wohnungsneubedarf 1993 bis 2005	Wohnungsersatzbedarf 1993 bis 2005	Wohnungsbedarf insgesamt 2005		
	1000				%	1000
Region Stuttgart						
Stuttgart	46,9	16,9	7,1	70,9	-54	36,9
Böblingen	12,1	17,5	2,2	31,8	20	38,4
Esslingen	16,2	18,7	3,8	38,7	-4	37,9
Göppingen	7,8	8,9	2,1	18,9	6	20,2
Ludwigsburg	16,1	19,0	3,6	38,7	12	43,6
Rems-Murr-Kreis	12,4	16,0	3,2	31,6	15	36,6
Region Franken						
Heilbronn (Stadt)	5,4	3,7	1,2	10,2	-18	8,8
Heilbronn (Land)	7,7	13,8	2,7	24,2	73	40,7
Hohenlohekreis	2,5	3,2	0,9	6,6	90	12,0
Schwäbisch Hall	4,5	4,8	1,6	10,9	66	17,4
Main-Tauber-Kreis	3,2	2,6	1,6	7,3	-15	6,6
Region Ostwürttemberg						
Heidenheim	3,9	4,2	1,3	9,4	-7	9,0
Ostalbkreis	8,4	10,8	2,5	21,6	4	22,8
Region Mittlerer Oberrhein						
Baden-Baden	1,2	1,9	0,8	3,9	-34	2,9
Karlsruhe (Stadt)	20,6	8,8	2,7	32,1	-45	19,2
Karlsruhe (Land)	11,2	14,9	4,6	30,6	4	32,2
Rastatt	6,9	5,3	2,5	14,7	4	15,5
Region Unterer Neckar						
Heidelberg	11,2	10,0	1,3	22,5	-54	11,2
Mannheim	23,6	9,1	3,4	36,1	-55	18,4
Neckar-Odenw.-Kreis	3,7	3,5	1,5	8,6	1	8,8
Rhein-Neckar-Kreis	14,4	18,2	3,8	36,4	-5	35,4
Region Nordschwarzwald						
Pforzheim	7,1	3,8	1,0	11,9	-14	10,6
Calw	5,2	9,6	1,5	16,3	21	19,8
Enzkreis	5,5	8,9	1,9	16,4	25	20,3
Freudenstadt	3,7	3,6	1,5	8,8	2	9,1
Region Südlicher Oberrhein						
Freiburg im Breisgau	19,5	13,2	1,5	34,2	-25	26,4
Breisgau-Hochschw.	7,5	10,9	2,2	20,5	-1	20,7
Emmendingen	4,8	6,2	1,4	12,4	8	13,5
Ortenaukreis	11,4	9,8	4,4	25,7	9	28,1

noch Tabelle 2: Entstehungskomponenten des normativen und opportunen Wohnungsbedarfs in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs von 1993 bis 2005

Stadt- und Landkreise	Normativer Wohnungsbedarf				Abweichung der Bautätigkeit der Jahre 1988 bis 1993 vom Land	Opportuner Wohnungsbedarf insgesamt 2005
	Wohnungsdefizit 1993	Wohnungsneubedarf 1993 bis 2005	Wohnungsersatzbedarf 1993 bis 2005	Wohnungsbedarf insgesamt 2005		
	1000				%	1000
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg						
Rottweil	3,6	3,9	1,6	9,2	-8	8,7
Schwarzw.-Baar-Kreis	7,0	4,8	2,1	13,8	-20	11,7
Tuttlingen	3,4	4,1	1,4	9,0	19	10,6
Region Hochrhein-Bodensee						
Konstanz	9,7	10,4	2,3	22,3	1	23,0
Lörrach	7,1	7,2	2,1	16,4	9	18,0
Waldshut	5,1	7,2	1,8	14,2	20	17,0
Region Neckar-Alb						
Reutlingen	8,1	11,7	2,5	22,3	1	23,0
Tübingen	11,7	13,2	1,8	26,7	29	34,5
Zollernalbkreis	4,7	4,9	2,2	11,8	-3	11,8
Region Donau-Iller						
Ulm	5,9	4,5	1,1	11,5	-8	10,9
Alb-Donau-Kreis	4,6	4,9	1,6	11,1	22	13,4
Biberach	4,0	5,2	1,6	10,8	40	14,7
Region Bodensee-Oberschwaben						
Bodenseekreis	5,8	8,9	1,5	16,2	39	22,4
Ravensburg	7,1	9,0	2,3	18,3	2	18,9
Sigmaringen	3,1	3,7	1,4	8,2	58	12,4
Summe der kreisweisen Defizite[4]	395,4	381,4	97,1	873,8	0	873,8
Baden Württemberg	314,0	381,4	97,1	792,5	0	792,5

Der gesamte Wohnungsbedarf für das Land wird sich bis zum Jahr 2005 auf 800 000 bis 900 000 Wohnungen erhöhen. Das ist etwa ein Fünftel des derzeitigen Bestandes. Wie auch der aktuelle Bauüberhang in den Stadt- und Landkreisen

[4] Die Werte für das Land sind beim aktuellen Wohnungsdefizit niedriger, da eine Mobilitätsbereitschaft vorausgesetzt wird, die über die jeweiligen Kreisgrenzen hinausgeht (Vgl. dazu Kapitel 3).

bestätigt, kann das opportune Defizit eindeutig als das derzeit wahrscheinlichere erachtet werden.

Umseitige Grafiken zeigen, daß die aktuellen normativen Defizite und der künftige Bedarf weniger in den Gebieten des originären Bedarfs als in den angrenzenden Gebieten oder sogar weiter entfernt behoben werden.

Der Wohnungsdruck in der Landeshauptstadt Stuttgart würde sich danach auf die Landkreise Tübingen, Böblingen, Rems-Murr-Kreis und Ludwigsburg verlagern. Für den Wohnungsbedarf der Oberzentren Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe zeichnen sich derzeit keine bedeutenden Entlastungsräume ab. Berücksichtigt man die unterdurchschnittliche Kaufkraft in den badischen Gebieten, dann ist auch nicht damit zu rechnen, daß das Wohnungsdefizit dort von den Betroffenen vor Ort selbst beseitigt werden kann.

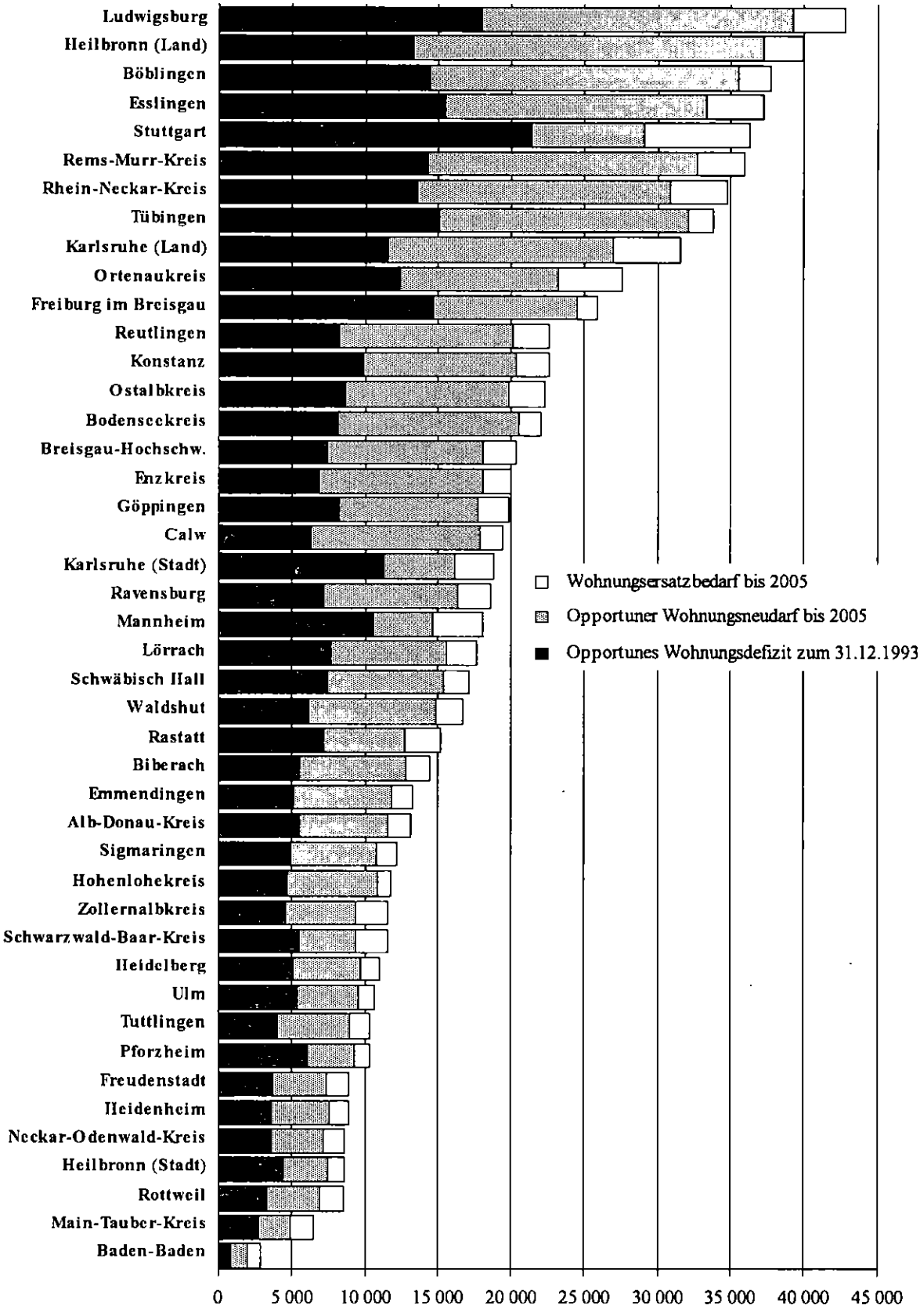
Die Oberzentren Ulm, Pforzheim und Heilbronn scheinen ihre Wohnungsdefizite weitgehend selbst abzubauen. Gleichzeitig tragen Verlagerungen in die Umlandkreise zum Abbau der Defizite bei.

Eine äußerst bemerkenswerte Entwicklung zeichnet sich in Freiburg ab. Dort wurde mit fast 20 % das größte Defizit festgestellt. Freiburg scheint auf dem Weg zu sein, das aktuelle hohe Wohnungsdefizit aus eigener Kraft zu reduzieren. Eine Entlastung durch die umliegenden Kreise zeichnet sich dort derzeit nicht ab, vgl. dazu im einzelnen die Grafik auf der übernächsten Seite.

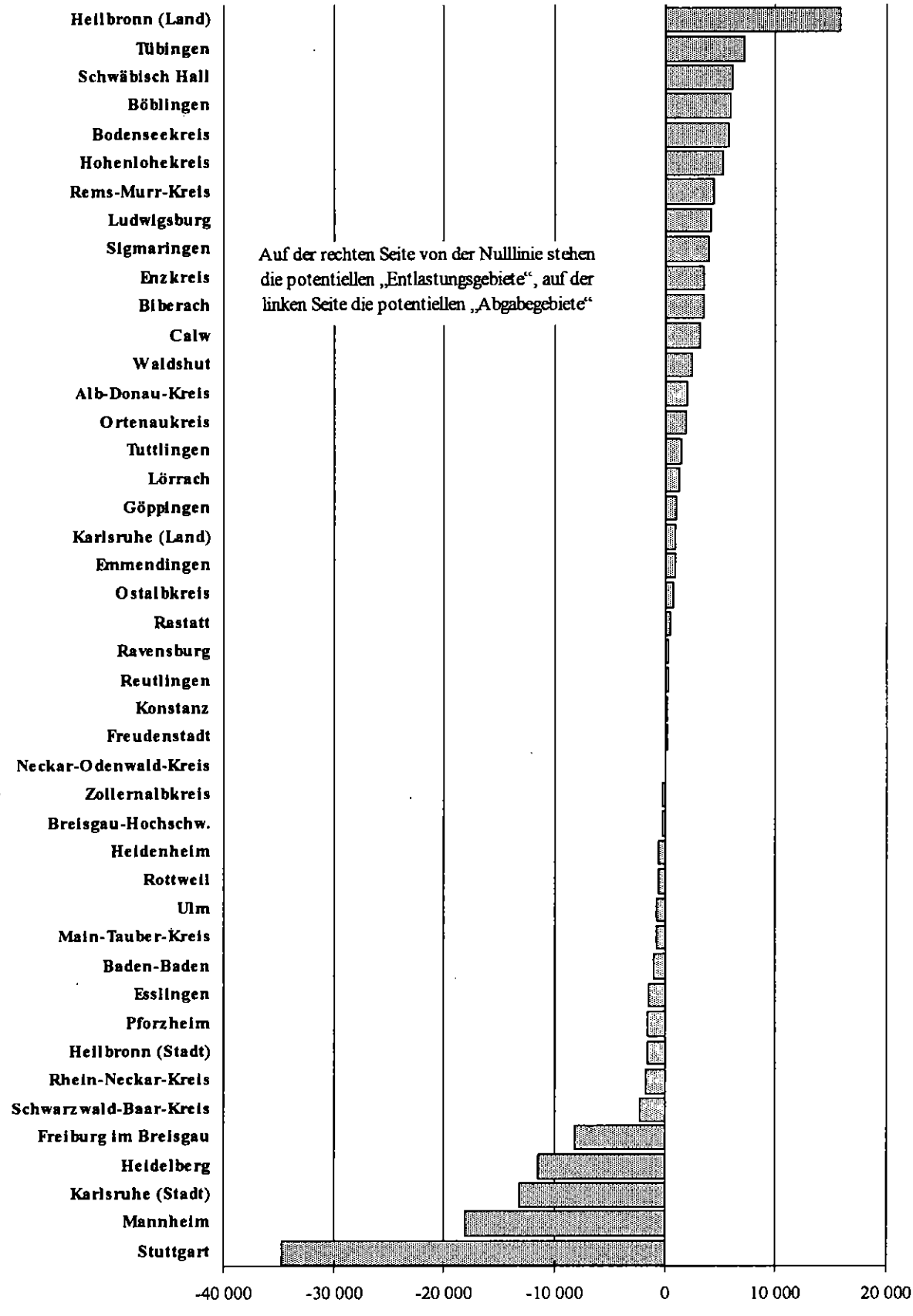
Bemerkenswert sind die geringen opportunen Defizite am Ende der Rangskala auf der folgenden Seite. In den Landkreisen Rottweil, Main-Tauber-Kreis und Heidenheim ist davon auszugehen, daß wegen des bereits hohen Anteils an Eigentümerwohnungen die unterdurchschnittliche Bauaktivität auf eine fehlende Nachfrage zurückzuführen ist. Das gilt so nicht für den Neckar-Odenwald-Kreis und den Landkreis Freudenstadt, dort entspricht die Bautätigkeit dem Landesniveau.

Daß Baden-Baden trotz einer Bautätigkeit, die um ein Drittel unter dem Landesniveau liegt, die beste Wohnraumversorgung unter allen Kreisen des Landes aufweist, kann eindeutig auf den individuellen Wohlstand der Baden-Badener zurückgeführt werden. Eine frühere Untersuchung des Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 1990 ergab, daß dort die höchste Kaufkraft je Einwohner und je Haushalt anzutreffen ist.

Opportunes Wohnungsdefizit, opportuner Wohnungsneubedarf und Wohnungsersatzbedarf in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bis 2005

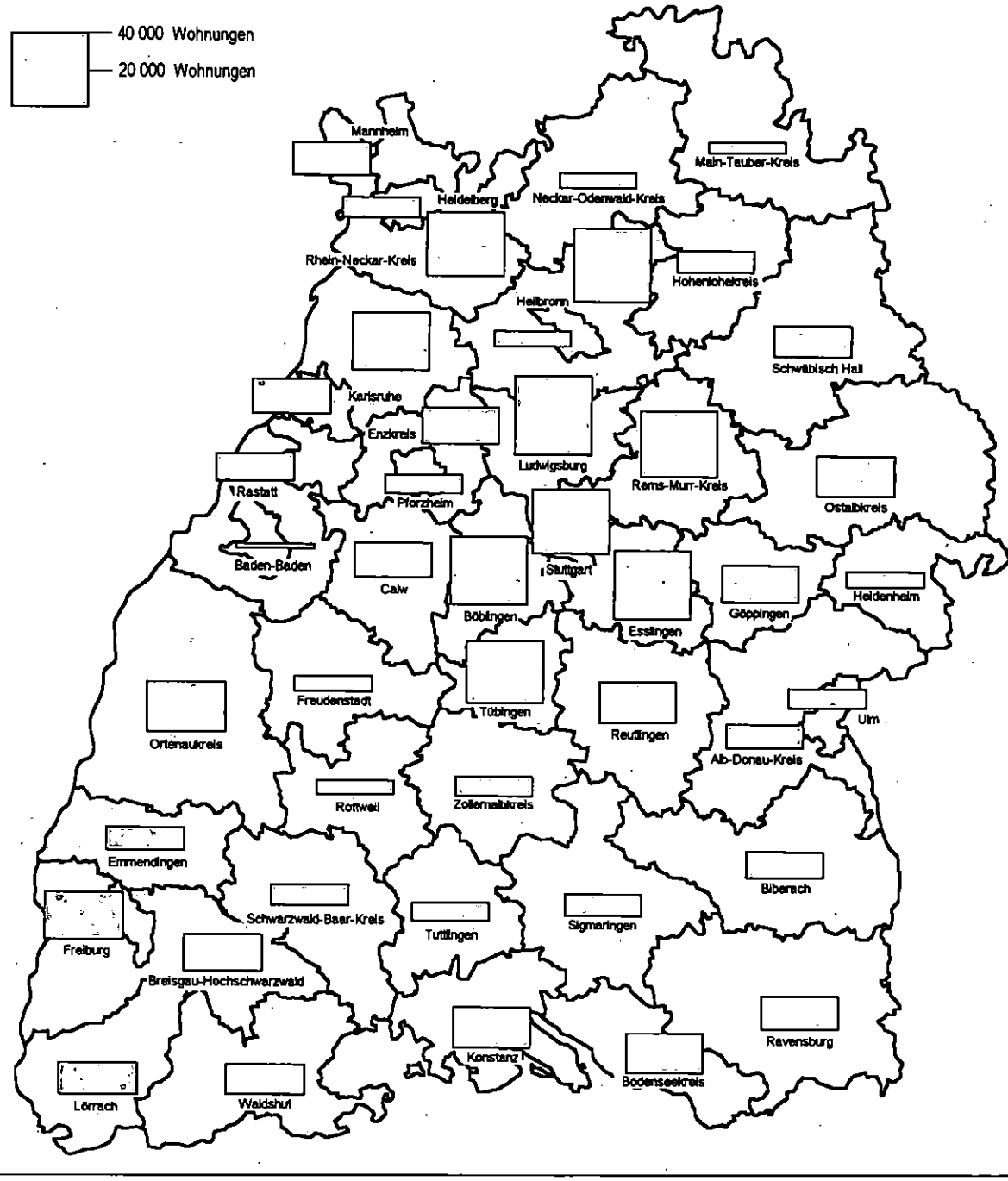


Räumliche Verlagerung des normativen Wohnungsbedarfs, der sich bis 2005 ergeben wird



Die Karte verdeutlicht abschließend, daß in allen Teilgebieten des Landes in nächster Zukunft von einem Wohnungsbedarf ausgegangen werden kann. Das gilt auch für jene Räume, die kaum noch ein Grunddefizit aufweisen. Ursache dafür sind das ermittelte Anpassungsdefizit vor Ort und die angenommenen Verlagerungen aus entfernteren verdichteten Gebieten.

Opportuner Wohnungsbedarf in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bis 2005



Anhang

Zu S. 103 ff.: Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht

Anhangtabelle 1

Zwölfjährige Schüler ausgewählter Bundesländer im Schuljahr 1993/94 nach Schulart

Schulart	Zwölfjährige Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1993/94									
	Baden-Württemberg		Bayern		Hessen		Nordrhein-Westfalen		nachrichtlich: alte Bundesländer[1]	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Grundschulen	551	0,5	391	0,3	695	1,2	2 156	1,2	5 852[2]	0,8
Integrierte Orientierungsstufen[3]	340	0,3	184	0,1	13 874	23,5	–	–	82 916	12,0
Hauptschulen	37 714	34,2	65 644	52,1	4 094	6,9	41 404	22,7	180 171	26,2
Realschulen	31 531	28,6	14 175	11,2	10 383	17,6	42 904	23,5	134 631	19,6
Gymnasien	32 483	29,5	39 614	31,4	18 300	31,0	60 056	33,0	198 854	28,9
Integrierte Gesamtschulen[4]	624	0,6	540	0,4	9 211	15,6	26 098	14,3	50 610	7,4
Freie Waldorfschulen[4]	1 536	1,4	468	0,4	272	0,5	1 118	0,6	4 939	0,7
Sonderschulen	5 402	4,9	5 033	4,0	2 164[5]	3,7	8 489[6]	4,7	30 506	4,4
Alle Schularten zusammen	**110 181**	100,0	**126 049**	100,0	**58 993**	100,0	**182 225**	100,0	**688 479**	100,0

1) Einschließlich Berlin (Ost). - 2) Einschließlich ohne Angaben. - 3) Schulartunabhängige Orientierungsstufe einschließlich Integrierte Klassen an Haupt- und Realschulen. - 4) Soweit vorhanden, einschließlich der zwölfjährigen (und älteren) des Primarbereiches. - 5) Einschließlich Sonderschulzweige der Gesamtschulen. - 6) Einschließlich Sonderschulzweige der Freien Waldorfschulen.

Anhangtabelle 2

Vierzehnjährige Schüler ausgewählter Bundesländer im Schuljahr 1993/94 nach Schulart

Schulart	Vierzehnjährige Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1993/94									
	Baden-Württemberg		Bayern		Hessen		Nordrhein-Westfalen		nachrichtlich: alte Bundesländer[1]	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hauptschulen	37 264	36,6	46 981	40,2	10 627	19,0	49 387	28,6	204 387	31,1
Realschulen	29 414	28,9	32 239	27,6	15 407	27,5	39 465	22,9	174 450	26,6
Gymnasien	28 217	27,7	31 993	27,4	18 020	32,2	51 415	29,8	190 431	29,0
Integrierte Gesamtschulen	566	0,6	470	0,4	9 433	16,8	22 803	13,2	52 793[2]	8,0
Freie Waldorfschulen	1 344	1,3	428	0,4	297	0,5	855	0,5	3 843	0,6
Sonderschulen	4 955	4,9	4 802	4,1	2 223[3]	4,0	8 560[4]	5,0	30 444	4,6
Alle Schularten zusammen	**101 760**	100,0	**116 913**	100,0	**56 007**	100,0	**172 485**	100,0	**656 348**	100,0

1) Einschließlich Berlin (Ost). - 2) Einschließlich Integrierte Klassen für Haupt- und Realschulen. - 3) Einschließlich Sonderschulzweige der Gesamtschulen. - 4) Einschließlich Sonderschulzweige der Freien Waldorfschulen.

Anhangtabelle 3

Vorbildung der neu eingetretenen Schüler mit Ausbildungsvertrag an beruflichen Teilzeitschulen*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1975/76

Vorbildung	Schuljahr	Neu eingetretene Schüler			Anteil der Schüler an der Gesamtzahl		
		zusammen	davon		zusammen	männlich	weiblich
			männlich	weiblich			
Insgesamt	1975/76	52 361	30 041	22 320	100	100	100
	1980/81	87 706	47 810	39 896	100	100	100
	1985/86	94 370	50 201	44 169	100	100	100
	1990/91	75 173	39 709	35 464	100	100	100
	1991/92	74 694	39 984	34 710	100	100	100
	1992/93	70 488	37 600	32 888	100	100	100
	1993/94	66 884	36 014	30 870	100	100	100
	1994/95	66 479	37 459	29 020	100	100	100
davon							
ohne Hauptschulabschluß	1975/76	2 671	1 952	719	5,1	6,5	3,2
	1980/81	3 372	2 658	714	3,8	5,6	1,8
	1985/86	2 133	1 571	562	2,3	3,1	1,3
	1990/91	2 429	1 712	717	3,2	4,3	2,0
	1991/92	2 130	1 536	594	2,9	3,8	1,7
	1992/93	2 724	1 949	775	3,9	5,2	2,4
	1993/94	2 487	1 736	751	3,7	4,8	2,4
	1994/95	2 549	1 906	643	3,8	5,1	2,2
mit Hauptschulabschluß	1975/76	32 390	19 456	12 934	61,9	64,8	57,9
	1980/81	46 431	28 696	17 735	52,9	60,0	44,5
	1985/86	38 739	24 918	13 821	41,1	49,6	31,3
	1990/91	31 032	19 178	11 854	41,3	48,3	33,4
	1991/92	32 018	19 668	12 350	42,9	49,2	35,6
	1992/93	29 917	18 084	11 833	42,4	48,1	36,0
	1993/94	28 996	18 043	10 953	43,4	50,1	35,5
	1994/95	29 202	18 931	10 271	43,9	50,5	35,4
mit mittlerem Abschluß	1975/76	16 250	8 098	8 152	31,0	27,0	36,5
	1980/81	34 690	14 913	19 777	39,6	31,2	49,6
	1985/86	43 324	19 135	24 189	45,9	38,1	54,8
	1990/91	33 176	14 905	18 271	44,1	37,5	51,5
	1991/92	31 512	14 530	16 982	42,2	36,3	48,9
	1992/93	29 598	13 722	15 876	42,0	36,5	48,3
	1993/94	28 185	12 907	15 278	42,1	35,8	49,5
	1994/95	27 423	13 251	14 172	41,3	35,4	48,8
mit Fachhochschulreife	1975/76	–	–	–	–	–	–
	1980/81	794	386	408	0,9	0,8	1,0
	1985/86	1 534	785	749	1,6	1,6	1,7
	1990/91 [1)]	.	.	.	.	.	.
	1991/92	1 745	873	872	2,3	2,2	2,5
	1992/93	1 746	873	873	2,5	2,3	2,7
	1993/94	1 795	849	946	2,7	2,4	3,1
	1994/95	1 762	914	848	2,7	2,4	2,9
mit Hochschulreife	1975/76	1 050	535	515	2,0	1,8	2,3
	1980/81	2 419	1 157	1 262	2,8	2,4	3,2
	1985/86	8 640	3 792	4 848	9,2	7,6	11,0
	1990/91 [1)]	8 536	3 914	4 622	11,4	9,9	13,0
	1991/92	7 289	3 377	3 912	9,8	8,4	11,3
	1992/93	6 503	2 972	3 531	9,2	7,9	10,7
	1993/94	5 421	2 479	2 942	8,1	6,9	9,5
	1994/95	5 543	2 457	3 086	8,3	6,6	10,6

*) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen sowie kooperatives Berufsgrundbildungsjahr. - 1) 1990/91 Hochschulreife einschließlich Fachhochschulreife.

Zu S. 103 ff.: Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht

Anhangtabelle 4

Fünfzehn- bis achtzehnjährige Schüler in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1970/71 nach Schul-

Schuljahr	Geschlecht	Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis einschließlich 18 Jahren[1]	Darunter besuchen ...							
			Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Allgemeinbildende Gymnasien	
		Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1970/71	männlich	248 130	4 782	1,9	1 544	0,6	14 685	5,9	42 150	17
	weiblich	239 091	3 161	1,3	1 053	0,4	13 708	5,7	31 895	12,9
	zusammen	487 221	7 943	1,6	2 597	0,5	28 393	5,8	73 045	15
1975/76	männlich	292 430	24 372	8,3	5 903	2	26 061	8,9	54 280	18,6
	weiblich	278 511	19 636	7,1	3 827	1,4	26 400	9,5	46 125	16,6
	zusammen	570 941	44 008	7,7	9 730	1,7	52 461	9,2	100 405	17,6
1980/81	männlich	341 336	26 812	7,9	7 820	2,3	37 612	11	68 832	20,2
	weiblich	318 018	19 948	6,3	5 286	1,7	40 458	12,7	65 183	20,5
	zusammen	659 354	46 760	7,1	13 106	2	78 070	11,8	134 015	20,3
1990/91	männlich	216 903	18 921	8,7	6 217	2,9	26 075	12	44 475	20,5
	weiblich	206 136	14 543	7,1	4 253	2,1	27 214	13,2	47 363	23
	zusammen	423 039	33 464	7,9	10 470	2,5	53 289	12,6	91 838	21,7
1993/94	männlich	214 142	20 624	9,6	5 850	2,7	26 931	12,6	45 068	21
	weiblich	202 681	15 706	7,7	3 765	1,9	27 697	13,7	48 939	24,1
	zusammen	416 823	36 330	8,7	9 615	2,3	54 628	13,1	94 007	22,6

*) Öffentliche und private Schulen - 1) Jeweils zum Stichtag 31. Dezember. - 2) Einschließlich Berufssonderschulen und Kooperatives Berufsgrundbildungsjahr. - Sozialpädagogik. - 5) Einschließlich Berufsoberschulen.

art *)

Darunter besuchen ...												Geschlecht	Jahr
Integr. Orientierungsst. Schulen besonderer Art Freie Waldorfschulen		Berufsschulen[2]		2jährige Berufsfachschulen		sonstige Berufsfachschulen[3]		Berufskolleg[4]		Berufliche Gymnasien[5]			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
622	0,3	126 259	50,9	8 546	3,4	5 602	2,3	473	0,2	6 563	2,6	männlich	1970/71
640	0,3	94 904	39,7	11 583	4,8	8 761	3,7	2 899	1,2	3 710	1,6	weiblich	
1 262	0,3	221 163	45,4	20 129	4,1	12 773	2,6	3 372	0,7	10 273	2,1	zusammen	
1 275	0,4	118 112	40,4	11 512	3,9	8 529	2,9	1 363	0,5	8 459	2,9	männlich	1975/76
1 245	0,4	81 286	29,2	17 350	6,2	9 216	3,3	7 534	2,7	6 509	2,3	weiblich	
2 520	0,4	199 398	34,9	28 862	5,1	17 745	3,1	8 897	1,6	14 968	2,6	zusammen	
2 797	0,8	126 147	37,0	11 694	3,4	18 106	5,3	2 724	0,8	10 408	3,0	männlich	1980/81
2 691	0,8	89 634	28,2	21 495	6,8	12 413	3,9	8 434	2,7	9 021	2,8	weiblich	
5 488	0,8	215 781	32,7	33 189	5,0	30 519	4,6	11 158	1,7	19 429	2,9	zusammen	
2 605	1,2	67 618	31,2	8 860	4,1	14 001	6,5	3 370	1,6	10 655	4,9	männlich	1990/91
2 758	1,3	51 003	24,7	14 176	6,9	8 411	4,1	6 434	3,1	9 116	4,4	weiblich	
5 363	1,3	118 621	28,0	23 036	5,4	22 412	5,3	9 804	2,3	19 771	4,7	zusammen	
2 716	1,3	60 420	28,2	9 600	4,5	15 218	7,1	3 616	1,7	11 152	5,2	männlich	1993/94
2 889	1,4	44 098	21,8	14 409	7,1	8 242	4,1	6 040	3,0	10 676	5,3	weiblich	
5 605	1,3	104 518	25,1	24 009	5,8	23 460	5,6	9 656	2,3	21 828	5,2	zusammen	

3) Einschließlich einjährige Berufsfachschulen, schulisches Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr. - 4) Einschließlich Fachschulen für

Zu S. 103 ff.: Wandlungen im Schulbesuchsverhalten aus längerfristiger Sicht

Anhangtabelle 5

Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen*) mit Hochschul- und Fachhochschulreife

– Anteile an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung [1] –

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Absolventen mit Hochschulreife									
1986	22,5	16,0	28,3	–	29,3	29,9	25,4	–	20,9
1987	23,2	16,2	26,8	–	28,8	32,3	26,0	–	21,0
1988	24,5	16,8	24,1	–	28,2	31,4	26,5	–	21,5
1989	24,5	17,0	25,4	–	26,1	32,5	25,6	–	21,8
1990	24,8	17,7	24,8	–	26,8	33,6	26,4	–	22,3
1991	25,4	17,8	26,4	.	28,2	33,4	27,4	.	23,3
1992	24,4	17,8	26,4	19,0	27,0	33,6	26,9	19,0	22,9
1993	25,7	18,6	17,8	30,5	27,4	34,1	26,9	25,0	23,9
Absolventen mit Fachhochschulreife									
1986	2,9	5,2	2,9	–	7,6	9,7	5,2	–	5,7
1987	3,5	5,1	3,3	–	8,2	10,3	5,5	–	5,7
1988	4,3	5,7	4,4	–	10,9	11,0	7,2	–	6,1
1989	5,1	6,2	4,5	–	11,4	11,7	7,4	–	7,0
1990	6,0	6,9	4,4	–	12,0	12,1	7,8	–	7,5
1991	6,7	7,2	4,9	.	11,9	11,3	8,4	.	7,7
1992	7,2	8,0	3,8	5,7	11,1	11,0	9,1	2,8	8,6
1993	7,2	8,3	4,1	2,9	12,2	11,1	9,5	3,1	8,7
Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife									
1986	25,4	21,2	31,2	–	36,9	39,6	30,6	–	26,5
1987	26,7	21,2	30,1	–	37,0	42,6	31,6	–	26,8
1988	28,8	22,5	28,5	–	39,1	42,4	33,6	–	27,7
1989	29,7	23,2	29,9	–	37,5	44,2	32,9	–	28,8
1990	30,8	24,6	29,2	–	38,8	45,7	34,2	–	29,8
1991	32,1	25,0	31,4	.	40,1	44,7	35,8	.	31,0
1992	31,6	25,7	30,2	24,7	38,2	44,6	36,1	21,8	31,4
1993	32,9	26,9	21,9	33,4	39,6	45,1	36,4	28,1	32,7
Nachrichtlich: gleichaltrige Wohnbevölkerung [1]									
1986	163 303	184 992	27 066	–	11 103	24 901	90 168	–	129 507
1987	159 596	181 427	26 328	–	10 697	24 189	88 599	–	127 394
1988	153 374	174 327	26 815	–	10 143	23 000	84 940	–	122 670
1989	144 794	165 208	25 130	–	9 681	21 088	80 179	–	114 051
1990	138 131	157 079	24 811	–	9 069	19 650	76 185	–	107 862
1991	130 851	148 881	23 366	.	8 544	18 617	71 804	.	101 352
1992	124 326	139 923	35 312	28 651	7 904	17 546	67 356	22 127	94 240
1993	117 823	133 078	32 931	26 564	7 468	17 008	64 002	20 298	88 024

*) Einschließlich Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen. - 1) Durchschnitt der 18- bis unter 21jährigen deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am
Differenzen in den Summen durch Rundung.

1986 bis 1993 nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Bundesgebiet	Jahr
				Absolventen mit Hochschulreife				
23,2	18,4	15,4	–	–	18,0	–	21,4	1986
22,8	18,5	15,7	–	–	18,8	–	21,6	1987
23,4	19,3	15,8	–	–	20,7	–	22,2	1988
23,3	20,1	16,4	–	–	20,5	–	22,2	1989
24,0	20,7	17,2	–	–	21,3	–	22,8	1990
25,0	21,8	18,2	.	.	22,8	.	23,6	1991
25,3	21,7	18,8	18,0	14,1	23,0	18,8	22,5	1992
25,8	22,1	19,8	27,6	21,9	23,1	24,3	24,2	1993
				Absolventen mit Fachhochschulreife				
10,1	4,4	11,8	–	–	4,5	–	6,4	1986
10,9	5,0	12,4	–	–	4,9	–	6,8	1987
11,5	6,4	12,9	–	–	5,3	–	7,6	1988
12,3	7,0	13,3	–	–	6,4	–	8,2	1989
12,2	7,3	13,4	–	–	7,2	–	8,6	1990
12,0	7,5	15,3	.	.	7,8	.	8,8	1991
13,1	8,2	14,3	0,1	1,3	9,1	2,9	8,2	1992
13,3	8,2	15,8	2,7	2,8	9,1	4,3	8,5	1993
				Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife				
33,3	22,8	27,2	–	–	22,5	–	27,8	1986
33,7	23,5	28,1	–	–	23,7	–	28,4	1987
35,0	25,6	28,7	–	–	26,0	–	29,8	1988
35,5	27,1	29,6	–	–	26,9	–	30,4	1989
36,1	28,1	30,6	–	–	28,5	–	31,4	1990
37,0	29,4	33,5	.	.	30,6	.	32,5	1991
38,4	29,9	33,1	18,1	15,5	32,1	21,6	30,7	1992
39,1	30,3	35,7	30,3	24,7	32,2	28,6	32,7	1993
				Nachrichtlich: gleichaltrige Wohnbevölkerung [1]				
289 737	62 952	17 892	–	–	47 348	–	1 048 970	1986
282 717	60 883	17 070	–	–	46 578	–	1 025 479	1987
270 406	57 152	16 070	–	–	43 455	–	982 352	1988
253 365	53 757	14 722	–	–	41 107	–	923 082	1989
238 370	50 687	13 825	–	–	38 349	–	874 019	1990
221 595	47 467	12 704	.	.	35 245	.	820 426	1991
205 168	44 310	11 640	51 603	32 468	32 317	30 205	945 095	1992
192 154	41 517	10 745	46 893	28 971	29 930	27 604	885 009	1993

[1] 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende Mitarbeiter beteiligt:

Dipl. - Volkswirt Werner Brachat - Schwarz

Dipl. - Volkswirt Reinhard Burkard

Dr. Michael Hohlstein

Dr. Monika Kaiser

Dr. Karl Pristl

Dipl. Kaufmann Wolfgang Walla

Dr. Ilse Anette Walter

Dipl. - Volkswirt Manfred Wörner

Zeichenerklärung:

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann